

# AUFTRAG



HEFT 258 – JUNI 2005

45. JAHRGANG

*Vatikan und Petersplatz, aus: Piranesi, Vedute di Roma, 1748*



- Wechsel im Papstamt
- Vor 40 Jahren endete das II. Vatikanische Konzil
- Diskussion um das Luftsicherheitsgesetz

[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

**GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN**

# INHALT

## editorial ..... 3

### KIRCHE UND GESELLSCHAFT – ZUM WECHSEL IM PAPSTAMT

- Abschied von Johannes Paul II. – Willkommen für  
Benedikt XVI. (von Paul Schulz) ..... 4
- Gedenken und Vermächtnis  
(von Militärbischof Dr. Walter Mixa) ..... 6
- Gedenkgottesdienst der Katholischen Militärseel-  
sorge für Papst Johannes Paul II. im Bonner  
Münster (von Helmut Jermer) ..... 7
- Die Friedenslehre Papst Johannes Pauls II.  
(von Heinz-Gerhard Justenhoven) ..... 8
- Zum Tode des Papstes: Presseecho (KNA) .... 11
- Christliche Friedenshoffnung im Zeichen  
des Kreuzes (von Andreas Martin Rauch) ..... 12
- Benedikt von Nursia ..... 17
- Papst Benedikt XV. (www.dbk.de) ..... 18
- Papst Benedikt XVI.: Kommentarauszüge ..... 19

### SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung  
(von Andreas Martin Rauch) ..... 20
- Transformationprozess und Wehrdienst  
(von Andreas Martin Rauch) ..... 24
- GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“  
Ethische Grenzsituation für Soldaten –  
Zur Problematik des Luftsicherheitsgesetzes  
(von Klaus Achmann) ..... 25
- Ist im Krieg gegen Terrorismus alles erlaubt?  
(von Gerhard Beestermöller) ..... 26
- Moraltheologe Schockenhoff Zur Problematik des  
Luftsicherheitsgesetzes (KNA) ..... 29
- Die Vision von der Freiheit: „All options  
are on the table“ (von Volker W. Böhler) .... 30

### KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- Vor 40 Jahren endete das II. Vatikanische Konzil:  
„...damit frische Luft hereinkommt!“  
(von Georg Kestel) ..... 35
- Die sittliche Dimension der Information  
verdeutlichen (bt) ..... 39
- Die Gemeinde lebt vom Altar  
(Christoph Bersch) ..... 41
- Von der Volkskirche zur missionarischen Kirche  
im Volk (von Thomas von Mitschke-Collande) .. 43
- Religionssoziologie: Kirche soll sich nicht auf  
Pfarrei fixieren (KNA) ..... 44
- „Lebensqualität“ macht nicht die Würde des  
Menschen aus (ZENIT/KNA) ..... 45
- Vor der Papstwahl: Kardinal Ratzinger zum Thema  
Europa in der Krise der Kulturen (bt) ..... 46
- Bündnis für Priesterberufungen (KNA) ..... 49

- COMECE: Eine Schnittstelle von Kirche und  
Politik (Christoph Lennert) ..... 50
- Polen: Polnische Gottesdiener im Dienste der  
polnischen Stasi (von Joachim G. Görlich) .... 51
- Mann in der Kirche: Vereinbarkeit von Beruf und  
Familie – ein Männerthema (PS) ..... 52
- „Was Männern Sinn gibt ...“ ..... 54
- Vor 60 Jahren – am 1. November 1945 starb  
Rupert Mayer: Benedikt XVI. würdigt den seligen  
Münchener Pater Rupert Mayer SJ (ZENIT) .. 55
- Versöhnung – Umgang mit Geschichte:  
Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit ..... 56
- Vor 60 Jahren: US-Truppen erobern unzerstörte  
Rheinbrücke – Erinnerung an das „Wunder  
von Remagen“ ..... 58
- Demokratische Willensbildung / Primat der Politik:  
Kein Aufstand in der Bundeswehr, aber auch  
keine ungeteilte Zustimmung ..... 59
- Ritterliches Soldatentum (von Manfred Müller) . 59
- Vor 20 Jahren in der Sowjetunion: Die Ära  
Gorbatschow im Kreml: (KNA) ..... 61

### GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Familien stark machen – Elternkompetenz  
fördern (von Johanna Graf) ..... 62
- Studie zu Fernbeziehungen: In der Ferne geht die  
Nähe verloren. Nach Auslandseinsatz kämpfen  
Soldaten oft um ihre Partnerschaft  
(von Andreas Otto) ..... 64
- Russland: Rasputin – ein Heiliger?  
(von Paul Roth) ..... 65
- Polen: Absturz von General Wladyslaw Sikorski  
sowjetischer Mord? (von Joachim G. Görlich) 67
- Menschenhandel und Zwangsprostitution:  
Frisches Fleisch für Freier – Eine humanitäre  
Katastrophe mitten in Deutschland  
(von Klaus Liebetanz) ..... 68
- Migration / Parallelgesellschaften: Für die  
Freiheit begeistern (von Karin Kortmann) .. 71
- Menschen in Afrika – ein Erfahrungsbericht:  
(von Klaus Liebetanz)
- Die Meister des Übergangs ..... 73
  - Die unbekannte „Elitetruppe“ der Kirche . 75
  - Erschütternde Zustände im Zentralgefängnis  
von Goma ..... 76

### KIRCHE UNTER SOLDATEN

- Vorbild als Soldat und Christ (bt) ..... 78
- GKS-Politikergespräch mit MdB Petra Heß, SPD:  
Bundeswehr im Jahr 2010 – das veränderte  
Einsatzspektrum und damit einhergehende  
Herausforderungen für die Innere Führung  
(von Helmut Jermer) ..... 80

Rundbrief des Bundesvorsitzenden zur Jahresarbeit der GKS .....	83
Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS (Klaus Achmann) .....	84
Seminar Dritte Lebensphase .....	86
Bereich Niedersachsen/Bremen: .....	86
GKS beim Evangelischen Kirchentag .....	87
GKS im Bereich NRW .....	88
GKS-Kreis Köln-Wahn .....	88
Arbeitskonferenz beim KLMD Koblenz .....	90
Weltfriedenstag 2005 in Trier .....	90
GKS-Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler .....	91
Wehrbeauftragter Penner: Ökumenefrage .....	92
Standort Hammelburg .....	92
Standort Bruchsal .....	93
GKS-Kreis Amberg .....	94
Zentrale Versammlung .....	94

Internat. Soldatenwallfahrt in Lourdes: Rosenkranz und Party unterm Fallschirmzelt .....	95
3. Internat. Pferdewallfahrt nach Altötting .....	96
Militärdekan Joachim Robrahn verabschiedet ..	97
10. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn .....	98
Seminar für Funktionsträger der GKS .....	100

**KURZ BERICHTET .....** 38, 61, 63, 67

**BUCHBESPRECHUNGEN .....** 101

**PERSONALIA .....** 104

**AUTOREN .....** 105

**TERMINE .....** 106

**ZENTRALE VERANSTALTUNGEN ZUM  
XX. WELTJUGENDTAG IN KÖLN .....** 107

## editorial

### Bundekanzler Schröder für Zulassung der Stammzellenforschung

Bundekanzler Gerhard Schröder (SPD) hat sich für eine Lockerung der strengen deutschen Gesetze zur Stammzellforschung ausgesprochen. „Wir werden uns der Tendenz zur Liberalisierung bei der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen nicht entziehen können“, sagte er am 14. Juni bei der Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der Universität Göttingen.

Die Ankündigung des Bundeskanzlers stieß auf Widerspruch der Bündnisgrünen und auf deutliche Kritik der Union, die auf ethisch unbedenkliche Forschungswege verwiesen. Auch aus der SPD-Fraktion kam Kritik. Die Liberalen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) begrüßten dagegen die Rede Schröders.

Der Kanzler betonte, Deutschland dürfe sich in der Bio- und Gentechnologie nicht von der internationalen Entwicklung abkoppeln. Er wisse zwar um Bedenken, gerade auch aus christlicher Perspektive. Bei der Stammzellforschung müsse aber verstärkt auf die Chancen gesetzt werden. „Solange das große medizinische Potenzial der Stammzellenforschung nicht ausgelotet ist, und zwar mit adulten wie mit embryonalen Stammzellen, solange die Chance besteht, Leiden zu lindern und heute noch unheilbare Krankheiten bekämpfen zu können, haben wir die Pflicht, diese Forschung zu nutzen“, erklärte der Kanzler. „Wir müssen der Chance eine Chance geben.“

Die bestehenden Gesetze müssten immer wieder überprüft und bei Bedarf angeglichen werden, so Schröder. Er warb für eine „Forschung ohne Fesseln, aber nicht ohne Grenzen“. Der Kanzler kritisierte, dass Stammzellforscher als gewissenlos hingestellt würden. Es sei anmaßend, die Motive von Biologen und Medizinern in Zweifel zu ziehen. Deren Ziel sei es, Menschen zu helfen. (KNA)

### Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Pater Dr. Hans Langendörfer, zu den forschungspolitischen Äußerungen von Bundekanzler Gerhard Schröder

Mit Entschiedenheit weist die Deutsche Bischofskonferenz die forschungspolitischen Äußerungen im Blick auf die embryonale Stammzellforschung von Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde in Göttingen zurück.

Der Verweis des Bundeskanzlers auf mögliche Chancen embryonaler Stammzellforschung darf nicht darüber hinweg täuschen, dass dabei unverfügbare Grundwerte auf dem Spiel stehen, die einer Abwägung nicht zugänglich sind. Unantastbare Menschenwürde und Lebensrecht kommen jedem Embryo vom Zeitpunkt der Befruchtung an zu.

Bei der embryonalen Stammzellforschung wird mit menschlichen embryonalen Stammzellen experimentiert, zu deren Gewinnung Embryonen getötet werden. Eine solche Forschung widerspricht dem biblischen Menschenbild, das den Menschen von seinem Anfang bis zu seinem Ende schützt und jede Instrumentalisierung menschlichen Lebens ausschließt.

Dem hat der deutsche Gesetzgeber Rechnung getragen, in dem er sowohl die Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken als auch den „Verbrauch“ so genannter überzähliger Embryonen zur Stammzellgewinnung unter Strafe gestellt hat. Bei diesem Verbot, das verfassungsrechtliche Vorgaben umsetzt, muss es auch bleiben.

Gerade die jüngsten Klonexperimente aus Südkorea sollten uns eine Warnung sein, dass mit der embryonalen Stammzellforschung Dämme gebrochen und Wege beschriftet werden, die ethisch nicht zu vertreten und mit dem christlichen Menschenbild in keiner Weise zu vereinbaren sind. (DBK)





## Abschied von Johannes Paul II. Willkommen für Benedikt XVI.

„Du bist Petrus und auf diesen Felsen will ich  
meine Kirche bauen“ (Mt 16,18)

VON PAUL SCHULZ



**E**in besonderes Erlebnis ist es, bei Cäsarea Philippi an der Dan-Quelle, einer der Hauptquellen des Jordans, zu stehen, dort wo „Simon Barjona“ (Mt 16,17), der Jünger Jesu und einer der Zwölf, ein Messias- (bzw. Christus-) Bekenntnis abgelegt hat. Jesus reagiert auf das Bekenntnis mit der Namensgebung, „Du bist Petrus und auf diesen Felsen (petra) will ich meine Kirche bauen ...“, zugleich verheißt er Petrus die Schlüssel des Himmelreiches und überträgt ihm die Binde- und Lösegewalt (Mt 16,19). Obwohl die Szene der Übertragung des (Jurisdiktions-) Primates über die Zwölf und über die Kirche dort an der Nordgrenze des von Juden besiedelten Landes „nur lokalisiert“ wird, kann man sich – so weit man den Platz außerhalb des Tourismusrummels besucht – seiner besonderen Ausstrahlung nicht entziehen.

Der Besuch dieses Ortes in der Karwoche des Jahres stand mir deutlich vor Augen, als ich die perfekte vatikanische Medieninszenierung der Beisetzungsfestlichkeiten für den verstorbenen Papst Johannes Paul II. und die der Inthronisation des neuen Papstes Benedikt XVI. im Fernsehen und in den Printmedien verfolgte.

Beim Besuch der heiligen Stätten in der Umgebung des Sees Genezareth und in Jerusalem war mir aber auch deutlicher denn je geworden, dass Jesus seine Botschaft schwachen, fehlerhaften und gebrechlichen Menschen anvertraut hatte. In der zweiten Primatsszene am See Genezareth, die dicht unterhalb des Berges der Seligpreisungen und wenige hundert Meter von der Brotvermehrungsstelle entfernt „lokalisiert“ wird, sagt der nachösterliche Jesus zu Petrus:

„Weide meine Schafe! Amen, amen, das sage ich dir: Als du

jung warst, hast du dich selbst gegürtet und konntest gehen, wohin du wolltest. Wenn du aber alt geworden bist, wirst du deine Hände ausstrecken und ein anderer wird dich gürten und führen, wohin du nicht willst.“ (Joh. 21,18)

Dieser Missions- und Hirtenauftrag des Auferstandenen an Petrus mit der Leidensankündigung hat sich auch an seinem Nachfolger Johannes Paul II. erfüllt. Ist das nicht die Antwort auf die auch unter Katholiken oft diskutierte Frage, warum dieser Johannes Paul II. trotz Altersgebrechen und Krankheit nicht von seinem Amt zurücktreten konnte?

Woher kam in den letzten Lebenstagen des Papstes diese Anteilnahme nicht nur der vielen Millionen in Rom, nicht nur der Katholiken auf allen Kontinenten, sondern der gesamten Menschheit aller Nationen und Religionen? Sicher dieser Papst Johannes Paul II. war ein Medienstar und Schauspieler im guten Sinne, d.h. „er konnte seine tiefsten Überzeugungen auch gut zeigen“ (*E. von Gemmingen SJ in Radio Vatikan*). Er war ein spiritueller Führer, Vorbild, Freund und Vater, der durch sein persönliches Charisma die Menschen für sich, vor allem aber für die Botschaft, die er überzeugend ver-

trat, gewann. Und dennoch zeigt sich in dem übergroßen Medieninteresse und an dem Mitleiden der Menschen etwas anderes: das große Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit, Verbindlichkeit und Spiritualität, kurz nach Religion.

Johannes Paul II. hat in Gemeinschaft mit Jesus Christus gelitten, so wie dieser es dem Petrus angekündigt hatte. Das Besondere daran aber ist, dass dieser Papst noch auf seinem Totenbett der Menschheit eine aktuelle Botschaft übermittelt hat: Das Sterben gehört zum Leben. Und damit hat er die andere Seite einer Gesellschaft gezeigt, in der es immer nur um Macht, Einfluss, Größe, Einkommen, Jugend, Schönheit und Gesundheit geht. Auch damit hat er uns einen Dienst erwiesen (*E. Läufer in Kirchenzeitung Köln*).

Der EKD-Vorsitzende, Bischof ... Huber nannte auf dem Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover die Form des Sterbens von Johannes Paul II. und die römische Trauer einen „Segen für die Christenheit insgesamt“. Sie hätten die Ökumene vorangebracht. Es sei für alle Christen ein Segen gewesen, zu sehen, „wie ein Mensch als treuer Glaubenszeuge in Würde leidet und stirbt und in Würde zur letzten Ruhe geleitet wird“. Er sei dankbar dafür, in Rom dabei gewesen zu sein. Dieses Erlebnis werde ihm niemand mehr nehmen können.

### Johannes Paul II., ein unermüdlicher Mahner für Frieden und Gerechtigkeit

Für die Soldaten hatte das Pontifikat Johannes Pauls II. seine Bedeutung durch sein unermüdliches Eintreten für Frieden und Gerechtigkeit

- in den jährlichen Botschaften für die Weltfriedenstag;
- in zahllosen Äußerungen, mit denen der Papst für die Menschen-



rechte, insbesondere für die Glaubens- und Religionsfreiheit eintrat;

- sein unbedingtes, praktisches Eintreten für den Frieden in der Welt (z.B. vor und während des 2. Golfkrieges) und die Freiheit nicht nur im früheren Ostblock;
- bei den vielen persönlichen Begegnungen von Soldaten mit dem Papst bei internationalen Soldatenwallfahrten nach Rom und nicht zuletzt
- mit dem Erlass der Konstitution „*Spirituali Militum*“, welche die Seelsorge an Soldaten neu regelte.

Die in diesem AUFTRAG folgenden Beiträge

- „Gedenken und Vermächtnis“ von Militärbischof Dr. Walter Mixa, s.S. 6,
  - „Die Friedenslehre von Papst Johannes Pauls II.“ von Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Leiter des Instituts für Theologie und Frieden (IThF) in Barsinghausen, s.S. 8 ff., auch die
  - Artikel von Prof. Dr. Andreas Rauch (s.S. 12 ff. und 20 ff.),
- gehen auf Friedensverständnis und -einsatz des verstorbenen Papstes ein und heben seine Rolle für die Ethik des modernen soldatischen Dienstes hervor.

Ergänzt wird die Würdigung des verstorbenen Papstes durch eine Auswahl von Stimmen deutscher Tageszeitungen „Zum Tode des Papstes: Presseecho“ S. 11.

### **Benedikt XVI. – ein Deutscher Papst – ein deutscher Papst?**

Mit Joseph Kardinal Ratzinger wurde ohne Zweifel ein Deutscher zum 266. Nachfolger des hl. Petrus gewählt. Aber haben die Kardinäle des Konklaves einen Deutschen zum Papst oder einen deutschen Papst gewählt? Nein, eher kann man sagen, die Kardinäle haben ihn gewählt, obwohl er Deutscher ist. Die nationale Herkunft hat im konkreten Fall, anders als bei der Wahl von Karol Wojtyła, eine völlig untergeordnete Rolle gespielt hat. Von ausschlaggebender Bedeutung wird die Erwartung gewesen sein, dass Joseph Kardinal Ratzinger als langjähriger Präfekt der Glaubenskongregation und damit als enger Vertrauter des ver-

storbenen Papstes am besten in die Fußstapfen seines großen Vorgängers würde treten können, ohne sich an der Last des Amtes zu überheben. Schließlich sollte man auch nicht die Einwirkung des Hl. Geistes übersehen, dessen Einfluss bei dieser Wahl überdeutlich geworden ist.

Wichtiger als die nationale Herkunft ist wohl die Namenswahl des neuen Papstes, die immer auch ein Programm darstellt. Zum einen erinnert der Name Benedikt an den mutigen Friedens-Papst Benedikt XV. (s. *Kasten S. 18*), zum anderen an den hl. Benedikt von Nursia als Patron Europas und Begründer des abendländischen Mönchtums (s. *Kasten S. 17*). Benedikt hatte durch seine Ordensregel und seine Mönche dem Abendland in einer Zeit des massiven Umbruchs eine Stabilität und eine neue Kultur vermittelt. Seine Prinzipien sind immer noch modern und können auch in der heutigen Zeit des Umbruchs den Weg in die Zukunft weisen. Dazu gehören unter anderem die gemeinsame Verantwortung vor Gott, die Achtung der Würde des Individuums, die Integration der Einzelnen in die Gemeinschaft und das rechte Maß im Verhalten, bei den Gesetzen und ihrer Anwendung (*Abtprimas Notger Wolf OSB*).

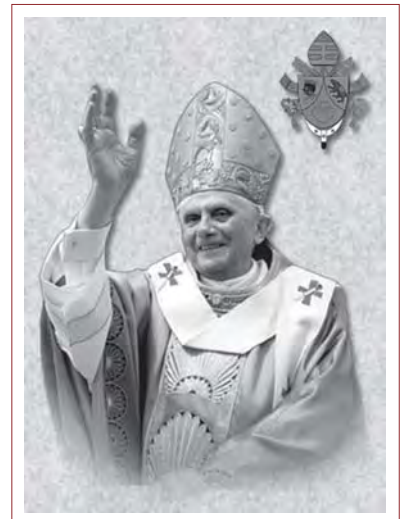
Wer im Hl. Jahr 1975 als Bundeswehrsoldat an der Internationalen Soldatenwallfahrt nach Rom (19. bis 24. November) teilgenommen hat, erinnert sich vielleicht noch an den Gottesdienst der deutschen Pilgergruppe am Samstag um neun Uhr in der deutschen Nationalkirche St. Maria del Anima. Diese hl. Messe hatte Prof. Dr. Joseph Ratzinger – damals noch Ordinarius für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Universität Regensburg – mit den Soldaten gefeiert. Wenn auch keine Erinnerung an die Predigt mehr vorhanden ist, eines hatte sich jedoch eingepreßt: die Begegnung mit einem bescheidenen und seinen Gesprächspartnern aufmerksam zuhörenden Theologen, der so gar nicht intellektuell abgehoben erschien, dafür aber ein ausgesprochen verständnisvolles, menschenfreundliches und warmherziges Verhalten zeigte.

Der katholische Journalist Martin Thull schreibt in der „Funkkorrespondenz“ 16/06 über den „Neuen Papst und die Medien“: „...

Wer nüchtern hinzusehen vermochte, der konnte auch aus der Körpersprache des frischgewählten Joseph Ratzinger auf der Loggia des Petersdoms die Verlegenheit, Unsicherheit, auch eine gewisse Verwunderung und Erleichterung herauslesen. Einerseits Freude über das ihm geschenkte Vertrauen, andererseits aber auch Ungewissheit, was in dem neuen Amt auf ihn wartet ... War in den vorbereiteten Ratzinger-Portraits vielfach der strenge und unbeugsame Vorsitzende der römischen Glaubenskongregation gezeigt worden, so waren die live zugeschalteten bzw. vor Ort befragten Experten differenzierter und plädierten dafür, dem neuen Papst auch die Chance zu geben, in sein Amt hineinzuwachsen.“ (zit. nach: *Informationen der GKP 05/2005*). Zu dieser Chance gehört auch nicht ständig nachzukauen, was die Medien über seine frühere Arbeit sagen, sondern sich vielmehr seiner neuen Aufgabe und Amt als Petrus zuzuwenden.

In diesem Sinne schreibt Reiner Schlotthauer im Rottenburger Katholischen Sonntagsblatt (Nr. 23): „Seltener wohlthuend (ist) in diesen Tagen Benedikt XVI. selbst. Dieser hat sich inzwischen nicht nur als ein Mann der Kontinuität erwiesen, der demütig und klug zugleich das Werk seines Vorgängers fortführt und es mit eigenen Akzenten bereichert. Noch mehr: obendrein gelingt es ihm wie wenigen anderen, theologische Gelehrsamkeit mit Spiritualität zu verbinden.“

*Weltliche Stimmen zu Benedikt XVI. s.S.19*



Fotos u. Wappen: [www.vatican.va](http://www.vatican.va)

## Gedenken und Vermächtnis

Militärbischof Dr. Walter Mixa zum Tod von  
Papst Johannes Paul II.



Papst Johannes Paul II. im Jahr 2003  
– bereits von Alter und Krankheit  
gezeichnet.

Militärbischof Dr. Walter Mixa beim  
Gedengottesdienst der Katholischen  
Militärseelsorge für den verstorbenen  
Papst am 11. April im Bonner Münster.  
(s.a. Beitrag S.7)



Die Katholiken auf der ganzen Welt, und mit ihnen auch unzählige Menschen außerhalb unserer Kirche, trauern um Papst Johannes Paul II.

Mit ihm ist ein treuer Hirte zu Gott heimgerufen worden, der auf dem Stuhl des Apostels Petrus fast 27 Jahre lang die Kirche geführt und sie über die Schwelle ins dritte Jahrtausend geführt hat.

Die Trauer über den Tod des Heiligen Vaters ist durchdrungen von einem Gefühl überaus großer Dankbarkeit für seine unermüdliche Hirtensorge. Die derzeitige lebende Generation kann es noch gar nicht ermessen, was die Menschen insgesamt, nicht nur die katholischen Christen, dem langjährigen Wirken dieses Papstes zu verdanken haben.

Als Katholischer Militärbischof erinnere ich besonders an seinen unablässigen Kampf für die Würde eines jeden Menschen von der Geburt an bis zum Sterben.

Auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil vor nunmehr vierzig Jahren wirkte der damalige Erzbischof von Krakau, vor allem aus seinen Erfahrungen mit dem Kommunismus heraus, wesentlich daran mit, dass als Wurzel der Religionsfreiheit die Würde der menschlichen Person herausgestellt wurde. Es war seine tiefste Überzeugung, dass der Mensch, wie er einmal schrieb, erst durch Christus „ein volles Wissen um seine

Würde und um den Sinn seiner Existenz erworben“ hat. Für diese geistige Haltung hat er ohne Abstriche und unter Einsatz aller seiner physischen und psychischen Kräfte bis zum letzten Tag Zeugnis abgelegt.

Sein Eintreten für die Glaubens- und Gewissensfreiheit, denen er den „Kern der Menschenrechte“ zuerkannte, führte auch zu einer neuen Phase im Dialog der Religionen; der Papst tat alles, um sie zum gemeinsamen Einsatz für den Frieden zu bewegen.

In die Zeit des Pontifikats von Johannes Paul II. fielen auch wichtige Zäsuren im Leben der Militärseelsorge. Im Jahr 1986 wurde die Apostolische Konstitution „SPIRITUALI MILITUM CURAE“ erlassen, wodurch weltweit die katholischen Militärordinariate entsprechend den Intentionen des Zweiten Vatikanischen Konzils eine neue gesetzliche Regelung erhielten. Diese hat eine vorrangig pastorale Zielsetzung: sie will die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten und ihrer Familien festigen und intensivieren sowie die Zusammenarbeit des Militärbischofs und seiner Militärseelsorger mit den Bistümern und Ordensgemeinschaften des jeweiligen Landes fördern. Dadurch konnte dann auch für den Verantwortungsbereich des deutschen Militärbischofs eine Neufassung der entsprechenden Statuten erfolgen und im Jahr 1990 in Kraft treten.

Als bleibendes Vermächtnis bleibt gerade den Angehörigen der Streitkräfte in Erinnerung, was Johannes Paul II. am 19. November 2000 in Rom anlässlich der Soldatenwallfahrt zum Heiligen Jahr gesagt hat:

*„Im Herzen des Menschen darf der Keim der Hoffnung nie sterben. Seid bereit, mit allen Mitteln mutige Initiativen zur Herstellung von Gerechtigkeit und Frieden zu fördern. Seid Männer und Frauen des Friedens! Und nehmt, um es voll und ganz zu sein, Christus in Eure Herzen auf: Er ist der Urheber und Garant des wahren Friedens! Er wird Euch helfen, Eure Kraft in den Dienst der großen Werte des Lebens, der Gerechtigkeit, der Vergebung und der Freiheit zu stellen.“*

Ich bitte die katholischen Soldaten und ihre Familienangehörigen, des verstorbenen Papstes Johannes Paul II. im Gebet zu gedenken. Möge Gott selber, dem der Heilige Vater sein Leben lang treu und opferungsvoll gedient hat, ihm in der Ewigkeit all das vergelten, was er für seine Kirche auf Erden und für alle Menschen guten Willens getan hat!

Dr. Walter Mixa  
Bischof von Eichstätt  
Katholischer Militärbischof  
für die Deutsche Bundeswehr





## Gedenkgottesdienst der Katholischen Militärseelsorge für Papst Johannes Paul II. im Bonner Münster

**A**m 11. April zelebrierte der Katholische Militärbischof Dr. Walter Mixa zusammen mit Militärgeneralvikar Walter Wakenhut und weiteren 16 Militärpfarrern in der Bonner Sankt-Elisabeth-Kirche ein Pontifikalrequiem anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II. Soldaten der GKS trugen beim Ein- und Auszug unsere Fahne voran und dienten als Ministranten am Altar.

In seiner Predigt würdigte Bischof Mixa den Papst als „*Mensch unter Menschen*“, der als „Geh'-hin-Papst“ dem von ihm selbst vorgelegten missionarischen Imperativ: „Duc in altum – Fahrt hinaus!“ überzeugend gelebt habe. Seine Schaffenskraft habe Johannes Paul II. als *Beter* aus einer sehr intensiven Zwiesprache mit dem Gott Jesu Christi gewonnen. Durch sein prophetisches Auftreten hätte er als *Prophet* über die Grenzen der Nationen, der Kulturen und der Religionen hinaus einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass man mit der Kraft aus dem

Glauben Berge versetzen, Mauern einreißen und gar einen Eisernen Vorhang lüften könne, dann hat ihn dieser – heute schon als Jahrtausend-Papst bezeichnete – Pontifex Maximus erbracht.

An der feierlichen Auferstehungsmesse nahmen hochrangige Vertreter aus dem Bundesministerium der Verteidigung und Soldaten aus der näheren und weiteren Umgebung teil. Auch zivile Mitbürger kamen und zeigten Ihre Anteilnahme am Heimgang des Oberhauptes der Katholischen Kirche, der durch sein Leben und Wirken so viele Menschen in seinen Bann gezogen hat.

Musikalisch wurde der Gottesdienst vom Streicherensemble des Musikkorps der Bundeswehr in Siegburg mitgestaltet. (*Helmut Jermer*)

*Eindrücke vom Gedenkpontifikalamt im Bonner Münster. Bild unten: Bundesvorsitzender der GKS Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, hinter ihm der Vorsitzende des Internationalen Sachausschusses der GKS Oberst i.G. Reinhard Kloss. (Fotos: Sandra Elbern, SKA/IMZBw)*



# Die Friedenslehre Papst Johannes Pauls II.

VON HEINZ-GERHARD JUSTENHOVEN

Papst Johannes Paul II. hat keine Friedenszyklika hinterlassen, sehr wohl aber eine umfangreiche Friedensagenda, die er im Laufe seines über 25-jährigen Pontifikats entwickelte. Meilenstein dieser Agenda ist der kompromisslose Einsatz für die Menschenrechte, insbesondere die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Diese Auseinandersetzung führte der Papst in den ersten Jahren seines Pontifikats mit dem kommunistischen System. Der Einsatz für die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist auch der Angelpunkt des in den späteren Jahren geführten Dialogs mit den Religionen, um sie zu einem gemeinsamen Einsatz für den Frieden zu bewegen und alle Ansätze eines „Kampfes der Kulturen oder Religionen“ oder den fundamentalistischen Terrorismus zu unterbinden.

## Ausgangspunkt der Friedenslehre

Johannes Pauls II. sind die Würde und die Rechte des Menschen. Auf die Bedeutung Johannes Pauls II. für die Unterstützung der Menschenrechtsgruppen im ehemaligen Ostblock ist häufig hingewiesen worden. Seine politische Wirkung hat ihren Ursprung in seiner theologischen Anthropologie, die er politisch wirksam zu artikulieren wusste. Zwei zentrale Bedrohungen der Menschenrechte hebt der Papst schon am Beginn seines Pontifikates hervor und wird sie in den folgenden 25 Jahren immer wieder als Friedensbedrohungen thematisieren, zum einen das weltweit bestehende Gerechtigkeitsdefizit, denn Träger von Menschenrechten zu sein, ohne dass die fundamentalen Voraussetzungen für ihre Verwirklichung geschaffen sind, nutzt wenig. Papst Johannes Paul prangert die schreienden Ungerechtigkeiten insbesondere zwischen erster und dritter Welt an und weist auf sie als Ursache für Unfrieden und Gewalt hin. Zum zweiten zählt er Verstöße gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu den schwerwiegendsten Menschenrechtsverstößen, weil sich menschliche Freiheit „im Suchen und im Tun der Wahrheit“ verwirk-

licht.<sup>1</sup> Die Forderung, die Wahrheit in Freiheit suchen zu dürfen, begründet die Glaubens- und Gewissensfreiheit, „den Kern der Menschenrechte“<sup>2</sup>. Johannes Paul II. verteidigte die Glaubens- und Gewissensfreiheit gegenüber drei Formen der Gefährdung: Erstens verlangt er die Einführung von Religionsfreiheit als Bestandteil politischer Freiheit, so im berühmten Gespräch mit Michael Gorbatschow 1989 im Vatikan. Zweitens kritisiert er die westlich-demokratischen Gesellschaften, insofern Religion aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden soll und drittens gehört es zu seinem Verständnis von Religionsfreiheit, „dass der Person auch die Freiheit des Religionswechsels zuerkannt wird“, weil es das Menschsein konstituiert, dem Gewissen folgend die Wahrheit zu suchen und zu äußern und folglich „niemand gezwungen werden (darf), gegen sein Gewissen zu handeln“<sup>3</sup>, wie er gegenüber islamischen Gesprächspartnern betont.

Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden, der Regelungsbedarf zwischen den Staaten aber erheblich gestiegen. Das bestehende Völkerrecht solle ausgehend von den Menschenrechten als Grundnorm die Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten regeln. Die Vereinten Nationen sind nach Vorstellung Johannes Pauls II. der institutionelle Rahmen, in dem die Staatengemeinschaft heute ihre Probleme lösen soll. Die Menschenrechte bilden im Denken des Papstes die Grundlage der staatlichen wie auch der internationalen Rechtsordnung. Trotz eines gewissen Fortschritts sei die Völkergemeinschaft heute jedoch immer noch dem „Gesetz des Dschungels“<sup>4</sup> näher als dem Rechtszustand. Rechtssicherheit und das notwendige Vertrauen zwischen den Staaten werde es jedoch erst dann geben, wenn es „universal geltende Regeln für ihr Zusammenleben gibt, die unter allen Umständen zu gelten haben“<sup>5</sup>. Hier gründet die harsche Kritik, die der greise Papst beispielsweise an der Politik der US-Regierung unter George Bush jr. 2003 geübt hat, als

dieser ohne Rücksicht auf geltendes Völkerrecht und Vereinte Nationen einen Krieg gegen Saddam Hussein begann.

## Gegen die Gewalt in der Welt

hat Papst Johannes Paul II. mit allem Nachdruck und in aller Öffentlichkeit immer wieder Stellung bezogen. Dies hat ihm die Kritik eingetragen, er sei ein Pazifist, der die Wirklichkeit der internationalen Politik ignoriere. Für den ehemaligen Professor für Moralthologie ist es jedoch offenkundig, dass der Schutz des Lebens einer politischen Ordnung bedarf. Während der demokratische Rechtsstaat die gewaltsame Konfliktaustragung im Prinzip überwunden hat, befindet sich die Staatengemeinschaft noch auf der Ebene der Anarchie, des Naturzustandes: Konflikte werden nicht selten gewaltsam ausgetragen. Seine häufigen und leidenschaftlichen Appelle gegen die Gewalt in den internationalen Beziehungen beruhen auf der Überzeugung, dass dieser Weg nicht in eine friedlichere Welt führt: Gegen die Gewalt als politisches Programm verweist Johannes Paul II. auf die gegenteilige Erfahrung und weltpolitische Bedeutung der Gewaltlosigkeit beim Zusammenbruch der kommunistischen Systeme Osteuropas. Gegen die Diktatur der Mächtigen hätten die aufbegehrenden Massen „von der Wahrheit Zeugnis“ abgelegt. „Das hat den Gegner entwaffnet.“ Diese Erfahrung aus dem Umsturz der totalitären Regime in Osteuropa überträgt Johannes Paul II. auf die weltpolitische Ebene: Sie „sind eine Warnung für alle, die im Namen des politischen Realismus Recht und Moral aus der Politik verbannen wollen“. Sie sind eine Warnung, weil sie ihre inneren Antriebe aus der Moral, aus dem Einsatz für Wahrheit und Freiheit hatten; die Demonstranten kämpften „einen gewaltlosen Kampf“ mit den „Waffen der Wahrheit und der Gerechtigkeit“. Als Fazit aus den positiven Erfahrungen des Jahres 1989 wünscht Johannes Paul II., „die Menschen (mögen) lernen, gewaltlos für die Gerechtigkeit zu kämpfen, in den



internen Auseinandersetzungen auf den Klassenkampf zu verzichten und in internationalen Konflikten auf den Krieg“.<sup>6</sup>

**Gewaltlosigkeit in den internationalen Beziehungen?** Johannes Paul II. verweist auf die Erfahrungen des KSZE-Prozesses, der durch einen unaufhörlichen Verhandlungsmarathon in zahllosen geduldigen Gesprächen zur Überwindung von Gegensätzen im Kalten Krieg geführt hat. Die Erfahrung, dass geduldige Diplomatie und nicht-militärische Mittel, das Bestehen auf zentralen ethischen und rechtlichen Positionen – im Kern auf den Menschenrechten in der Schlussakte von Helsinki – und das gewaltlose Eintreten der Bevölkerung für politische Veränderungen den Kalten Krieg beendet haben, bleiben im Denken Johannes Pauls II. konstitutiv. Als Kirchenführer und polnischer Patriot hat er diesen Prozess in seinem Heimatland nicht unerheblich mit befördert und begleitet.

**Überwindung der Gewalt** bedeutet für Johannes Paul II., aktiv nach Gewaltursachen zu suchen und soweit möglich, diese abzustellen. Hier sah er zwei unterschiedliche Verantwortungsbereiche: Zum einen die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die bestehenden Ungerechtigkeiten in der Welt, zum anderen die Verantwortung der Gläubigen aller Konfessionen und Religionen angesichts einer Perspektive, die eingängig mit „clash of civilisations“ beschrieben ist.

Für politisch und ökonomisch motivierte Gewaltausbrüche, wie z.B. im Krieg im ehemaligen Jugoslawien wurde nach historischen und religiösen Legitimationen gesucht. Hier sah der Papst früh die Notwendigkeit gegenzusteuern. Dahinter steht nicht politisches Kalkül, sondern religiöse Überzeugung angesichts der Friedensbotschaft. Daher hat er Vertreter aller Religionen seit 1986 wiederholt zum

Friedensgebet nach Assisi eingeladen, um im gemeinsamen Gebet ein sichtbares Zeugnis gegen die Instrumentalisierung des Glaubens zu setzen. Ehrlicher Dialog ist angesichts vielfacher historischer Belastungen aber erst möglich, wenn die Vergangenheit aufgearbeitet worden ist. Folglich konfrontiert Johannes Paul II. seine eigene Kirche mit ihren Verfehlungen gegenüber Gläubigen anderer Konfessionen und Religionen. Jedoch gehe es nicht allein um die Aufarbeitung historischer Verfehlungen vergangener Generationen, „auch wir haben als Söhne und Töchter der Kirche gesündigt“.<sup>7</sup> Daher hat Johannes Paul II. seiner Kirche im Blick auf das Jahr 2000 ein

großes Programm aufgeladen. Durch das Eingeständnis der eigenen Schuld gegenüber Juden, Moslems wie auch gegenüber den Christen der anderen Konfessionen will er den ersten Schritt auf dem Weg der Versöhnung gehen.

### Dialog mit dem Islam

Lange vor dem 11. September 2001, schon in seinem ersten Amtsjahr, hat Johannes Paul II. den *Dialog mit dem Islam* intensiviert, den das II. Vatikanische Konzil mit der Erklärung zur Religionsfreiheit *Nostra Aetate* angestoßen hatte. Wie kein Papst vor ihm hat Johannes Paul II. islamischen Ländern nicht nur einen Besuch abgestattet und das

Gespräch gesucht. Auf der Basis dieses von ihm über 25 Jahre gepflegten Dialogs war es möglich, dass der Vatikan und die oberste islamische Lehrinstanz, die Al-Azhar-Universität in Kairo, in einer gemeinsamen Erklärung den Terroranschlag des 11. September 2001 nur einen Tag später verurteilten: „Solche Gewaltakte führen nicht zum Frieden in der Welt.“<sup>8</sup> So kann der Papst im Blick auf einen breiten Konsens gerade dort, wo es Not tut, mit den islamischen Autoritäten urteilen: „Niemand darf im Namen Gottes töten“.<sup>9</sup>

**Überwindung der Gewalt** bedeutet für Johannes Paul II., aktiv nach Gewaltursachen zu suchen und soweit möglich, diese abzustellen. Die Verantwortung der Christen sieht der Papst in einem authentischen Zeugnis und Einsatz für die christliche Friedensbotschaft. Gemeinsam mit den Gläubigen der übrigen Religionen sollen sie sich für eine Ordnung in der Welt einsetzen, die in der Würde und den Rechten des Menschen wurzelt. Hierzu gehört auch der Einsatz für Gerechtigkeit unter den Völkern und Staaten.

Jedoch ist der Krieg bis heute trotz völkerrechtlichem Gewaltverbot in der Völkergemeinschaft gegenwärtig: nicht nur als Mittel gewaltförmigen Streites unter den Staa-



Papst Johannes Paul II. ist am Abend des 2. April 2005 im Vatikan gestorben. Die Beisetzungsfeierlichkeiten fanden am 8. April auf dem Petersplatz in Rom statt. Vier Millionen Pilger und rund 200 Staatsgäste haben teilgenommen.

Während des eindrucksvollen, vom Dekan des Kardinalskollegiums Joseph Kardinal Ratzinger, gefeierten Requiems stand ein einfache Zypressenholzsarg mit den sterblichen Resten des Heiligen Vaters auf dem Petersplatz. Anschließend trugen zwölf Männer den Sarg auf ihren Schultern in den Petersdom, wo Johannes Paul II. in den Papstgrotten der vatikanischen Unterkirche beigesetzt wurde. (Foto: KNA-Bild)

ten, sondern als militärische Intervention wie auch als Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Aus seiner entschiedenen Haltung für die Würde eines jeden Menschen und der daraus resultierenden unbedingten Achtung des von Gott geschaffenen Lebens votiert Johannes Paul II. für die Überwindung der Gewalt und für gewaltloses Handeln. Viel zu häufig und schnell schreiten Regierungen der Einschätzung des Papstes zufolge zum Krieg, ohne wirklich zu diesem äußersten Mittel gezwungen zu sein; dies hat er angeprangert und sich dem Verdacht des Pazifismus ausgesetzt. Gleichwohl argumentiert Johannes Paul II. bezüglich des Verteidigungsrechtes in der Linie seiner Vorgänger. Als die westlichen Staaten Anfang der neunziger Jahre lange politisch um die Frage gerungen haben, ob sie in den Krieg in Bosnien-Herzegowina militärisch intervenieren sollen, bezog der Papst Position: „Die europäischen Staaten und die Vereinten Nationen haben die Pflicht und das Recht sich einzumischen, um jemanden zu entwaffnen, der töten will. Dies bedeutet nicht den Krieg anzuhetzen, sondern ihn zu stoppen.“<sup>10</sup> Hier gehe es darum, „unerhörte Leiden für zahlreiche Unschuldige“<sup>11</sup> zu beenden. Auch wenn er

prinzipiell von einem Verteidigungsrecht ausgeht, ist sich Johannes Paul II., der den II. Weltkrieg in seiner polnischen Heimat erlebt hat, der Folgen eines Krieges bewusst: Es ist das unermessliche Leid der Zivilbevölkerung in jedem Krieg, weswegen er sich so erkennbar schwer tut, auch dem legitimen Krieg das Wort zu reden. Darüber hinaus sieht er, dass jede Gewaltanwendung schon den Keim zu neuer Gewalt als Reaktion in sich trägt.

### Prinzip der Nichtgleichgültigkeit

Angesichts seiner entschiedenen Haltung zur Verteidigung des Lebens ist es für Johannes Paul II. keine Frage, dass die Anwendung militärischer Gewalt immer nur als äußerstes Mittel in Frage kommt.<sup>12</sup> Zugleich hat Johannes Paul II. während des Krieges im ehemaligen Jugoslawien erlebt, dass die europäischen Staaten wie die Vereinten Nationen zu lange nicht bereit waren, wirksam einzugreifen. Öffentlich äußerte der Papst, dass das „schlimmste Übel, das dem heutigen Europa passieren könnte, das Sich-Abfinden mit dem Krieg (wäre), der Millionen von Männern und Frauen, zumal in den Balkanländern und im Kaukasus, grausam quält.“<sup>13</sup> Weil

er von den Menschenrechten her denkt, ist es eine Frage von Gerechtigkeit und Solidarität, den Leidenden zu Hilfe zu kommen. „Es ist möglich“, so Johannes Paul II. in Bezug auf das Leid der Zivilbevölkerung auf dem Balkan, „dem ein Ende zu setzen, wenn man Mittel ergreift, die Regeln des Rechtes durchsetzen.“<sup>14</sup> An anderer Stelle nennt er dies das „Prinzip der Nichtgleichgültigkeit“<sup>15</sup>. So macht er deutlich, dass „der Dialog und die Verhandlungen ... auf keinen Fall von der Pflicht entbinden (können), die Aggressoren zu entwaffnen, die ganze Volksgruppen als Geisel genommen haben. Man muß den internationalen Organisationen helfen, die humanitären Hilfsgüter zu sammeln und auszuteilen; falls nötig, muß dabei auch Gewalt angewandt werden, damit diese Hilfsgüter zu der bedürftigen Bevölkerung gelangen, denn es handelt sich um eine begründete, humanitäre Einmischung.“<sup>16</sup>

Die Verteidigung gegen den Terrorismus ist nach Johannes Paul II. „ein Recht, das sich wie jedes andere bei der Wahl sowohl der Ziele wie der Mittel an moralische und rechtliche Regeln halten muss“<sup>17</sup>. Damit ruft der Papst in Erinnerung, dass auch im Fall der Bekämpfung des Terrorismus geltendes Völkerrecht nicht aus den Angeln gehoben werden darf, wie im Fall der extensiv interpretierten Verteidigung zumindest die Gefahr besteht. Denn jede Anwendung militärischer Gewalt, die über die unmittelbare Selbstverteidigung hinausgeht, könne nur der Durchsetzung elementarer Rechtsnormen wie dem Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen geschuldet sein. Dies zu entscheiden kommt aber der Institution zu, die über den Partikularinteressen steht, den Vereinten Nationen.

Anmerkungen: s.S. 12,  
Sp 2 u. 3 u.

Bei der Internationalen Soldatenwallfahrt im November des Heiligen Jahr 2000 war Oberst Dr. Klaus Achmann der militärische Leiter des deutschen Pilgerkontingents, hier spricht er eine Fürbitte beim Soldatengottesdienst auf dem Petersplatz mit Papst Johannes Paul II.

(Foto: PrStelle Vatikan)





## Zum Tode des Papstes: Presseecho

Überwiegend positiv bewerten Kommentatoren in der Tagespresse das mehr als 26 Jahre dauernde Pontifikat Johannes Paul II. Hervorgehoben werden das politische Wirken des Papstes, seine große Menschlichkeit und das Geschick, mit dem er die Medien für seine Botschaft nutzte.

### Die Welt:

„Ein Jahrhundert-Papst ist dahingegangen. Der Prediger einer Zivilisation der Liebe. Ein Mann des Dialogs, der es auf sich genommen hatte, das Verhältnis zum Judentum auf eine neue Grundlage zu stellen – nach den Sünden, die auch seine Kirche auf sich geladen hat, eine Aufgabe, die einen Einzelnen und ein Pontifikat überfordert.“

### Westfälische Nachrichten:

„Es ist nicht vermessen, wenn man Johannes Paul II. schon jetzt in die Reihe jener Päpste stellt, denen Geschichtsschreiber später den Beinamen ‘der Große’ geben werden. Dabei geht es nicht allein um vordergründige Rekordziffern dieser Papst-Vita mit ungezählten Schreiben, Seligsprechungen und Weltreisen. Sondern in erster Linie um das geistige und geistliche Wirken eines Mannes, der in turbulenten Zeiten das Kirchenschiff steuerte.“

### Süddeutsche Zeitung:

„Johannes Paul II. hat notwendige Siege über die Moderne errungen, und er hat sich dabei ihrer Medien vorurteilslos bedient; doch dass seine Begriffe vom Leben der Menschen heute viel zu eng geblieben sind, dürfte sich schon in dieser Generation schmerzlich erweisen.“

### Rheinische Post:

„Die vom Papst initiierten und von ihm jedes Mal genossenen Weltjugend-Treffen schafften es auf faszinierende Weise, eine Brücke zu schlagen zwischen dem alten Mahner und seinen Zuhörern und Mitbetern, die noch so viel Zukunft vor sich haben und womöglich gerade darum nach Orientierung lechzen.“

### Kölner Stadt-Anzeiger:

„Den Tod bringenden Ideologien des 20. Jahrhunderts setzte der Papst entgegen, was er das ‘Evangelium des Lebens’ nannte – die

christliche Verkündigung und eine Ethik, deren letzte Begründung allein im Glauben an Gott zu finden ist. Nur vor diesem Hintergrund ist seine Unbeugsamkeit in moralischen Fragen zu verstehen.“

### Frankfurter Allgemeine:

„Erst langsam beginnen wir zu begreifen, wer uns jetzt abhanden gekommen ist. Wenn wir das verstehen, werden wir wissen, wer dieser von 1978 bis 2005 regierende Papst war. Die Welt hat einen großen Gerechten verloren. Johannes Paul II., der die Menschen liebte, wird der Menschheit fehlen.“

### Berliner Morgenpost:

„Der Papst hat maßgeblich zum Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges beigetragen. Er hat sich nicht gescheut, sich in den politischen Streit vor Beginn des Irak-Krieges einzumischen. Keiner Auseinandersetzung wich er aus.“

### Badisches Tagblatt:

„Der Papst ergriff ganz offen die Partei der Demokratiebewegung im einstigen Ostblock und trug damit zum Untergang der kommunistischen Regime bei. Er las dem amerikanischen Präsidenten die Leviten, als der mit der ‘Allianz der Willigen’ in den Irak-Krieg zog.“

### Neue Osnabrücker Zeitung:

„Dieser Papst aus Polen, das steht fest, war einer der ungewöhnlichsten Menschen unserer Zeit: Eine Titangestalt, ein moralischer Superschwergewichtler, ein Langstrecken-Jünger – auch ein politisch denkender Visionär, kein bürokratischer Amtsinhaber.“

### Nürnberger Zeitung:

„Dieser Heilige Vater wird als Mauerbrecher in die Geschichte eingehen. Denn mit seiner maßgeblichen Hilfe zerriss der Eiserne Vorhang.“

### Stuttgarter Zeitung:

„Nach all den Zeiten ehrfürchtiger Stille, die dieser große Papst verdient hat, und nach den bevorstehenden wohl unvermeidlichen Jahren der Referenz, in denen keiner irgendwelche Reformen einleiten wird, muss in der katholischen Kirche das Gespräch wieder beginnen.“

### Aachener Zeitung:

„Johannes Paul II. hat auf unnachahmliche Weise gezeigt, dass das Schema ‘progressiv-konservativ’ nicht taugt für eine präzise Beschreibung. Dieser Papst vereinigte beide Richtungen in seiner Persönlichkeit. Er war mit der von ihm souverän geführten katholischen Kirche ein überzeugendes Instrument des Friedens und der sozialen Verantwortung.“

### Badische Zeitung:

„Die jüngere Generation hat nie einen anderen Pontifex kennen gelernt als Johannes Paul II. Die Welt erlebte ihn als telegenen, vielsprachigen, nahezu überall präsenten ‘Papst zum Anfassen’. Als ersten ‘Global player’ aus dem Vatikan, der auch dank seines Charismas zum ‘Anwalt der Menschheit’ avancierte, weil er Unfreiheit und Ungerechtigkeit beim Namen nannte.“

### Münchener Merkur:

„Vielleicht ist Johannes Paul II. an seinem irdischen Ende den Menschen noch näher gekommen als in den 26 Jahren seines Pontifikats. Sie haben gespürt, dass er sie unterschiedslos geliebt hat, und sie haben diese Hingabe mit grenzenloser Liebe erwidert.“

### Westdeutsche Allgemeine:

„Dieser Papst war ein Medienstar, wie keiner seiner Zeitgenossen aus Kirche, Showgeschäft oder Politik. Doch es diente nicht der Selbstdarstellung. Er nutzte die Medien perfekt, um seine Botschaft zu verbreiten.“

### Augsburger Allgemeine:

„Das Bild des charismatischen Kirchenführers wird in Erinne-

Fortsetzung auf Seite 12, Sp 1 u.



# Christliche Friedenshoffnung im Zeichen des Kreuzes

Zwei Publikationen des verstorbenen Papst Johannes Paul II.  
zu „Frieden“ und „Versöhnung“

VON ANDREAS MARTIN RAUCH

Am 2. April 2005 starb Karol Józef Wojtyła (1920-2005). Als Papst Johannes Paul II. (1978-2005) leitete er fast 27 Jahre die römisch-katholische Kirche. Zu den zentralen Themen seines Pontifikats gehören „Frieden“ und „Menschenrechte“, „Einheit der Christen“ und „Dialog mit den Weltreligionen“. Sein theologisches Buch „Erinnerung und Identität“ erschien nur wenige Wochen vor seinem Tode und kann als Vermächtnis von Papst Johannes Paul II. angesehen werden – gerade angesichts seines Bemühens um Aussöhnung und seinem „*mea culpa*“ am

12. März 2000 für die Verfehlungen von Christen wie etwa bei den Glaubenskriegen, den Judenverfolgungen und der Inquisition. Die im zweiten Buch „Versöhnung zwischen den Welten“ angesprochene Mahnung zum Frieden und die Friedensgebete von Assisi sind geistiges Erbe des verstorbenen Pontifex und ein Auftrag nicht nur an alle Christen, sondern an alle Menschen guten Willens.

Mit seiner Enzyklika „Redemptor hominis“ (Erlöser des Menschen) hat Johannes Paul II. 1979 als erste von vierzehn Enzykliken sein päpstliches Amt angetreten. Mit seiner



Veröffentlichung „Erinnerung und Identität“ schloss sich nun der Kreis dieses lang andauernden, theologisch facettenreichen Pontifikats, indem er auf das Thema zu sprechen kommt, was ihn bereits zu Beginn seines Amtsantritts bewegte: Jesus, der Christus, der Erlöser der Menschen. So heißt es zu Ende des Bu-

## Fortsetzung von Seite 11

### „Die Friedenslehre ...“

rung bleiben. Kein Papst vor ihm hat so viele Menschen getroffen, keiner war so in den Medien präsent. Johannes Paul II. fühlte sich wohl in der Menge, er liebte den Jubel, der ihm entgegenbrandete.“

#### Schwäbische Zeitung:

„Dieser Papst war eine Autorität im besten Sinne. Höchsten Respekt verschaffte er sich zudem durch seinen engagierten Einsatz für den Frieden – zuletzt im Irak-Konflikt. Johannes Paul II. scheute nicht davor zurück, sich mit den Großen der Welt anzulegen.“

#### Badische Neueste Nachrichten:

„Johannes Paul II. wird der Fels bleiben, an dem sich die Geister scheiden. Dass er ein Fels der Kirche war, ist unstrittig. Der Nachfolger dieses bis zur Unbequemlichkeit starken Pontifex' wird sich schwer tun, aus dem langen Schatten herauszutreten.“  
(aus: KNA • ID Nr. 15)

## Fortsetzung von Seite 10

### Anmerkungen:

- 1 Die Menschheit braucht Mut zur Zukunft. Johannes Paul II. vor den Vereinten Nationen zum 50jährigen Bestehen der Weltorganisation in New York am 5. Okt. 1995, in: L'Osservatore Romano (Deutsch) 41, kurz: OR (D) 41, 13.10.1995.
- 2 In der Achtung der Menschenrechte liegt das Geheimnis des wahren Friedens. Botschaft Johannes Pauls II. zum Weltfriedenstag, in: OR (D) 1 (Dokumentation) 01.01.1999.
- 3 Ebd.
- 4 Enzyklika *Centesimus Annus* Nr. 52.
- 5 Der Friede ist noch möglich. Ansprache Johannes Paul II. an das Diplomatische Korps beim Neujahrsempfang, in: OR (D) (Beilage III) 18.01.1991.
- 6 Enzyklika *Centesimus Annus* Nr. 23.
- 7 Johannes Paul II., *Incarnationis mysterium*. Verkündigungsbulle des Großen Jubiläums des Jahres 2000 Nr. 11, in: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 136, Sekretariat der DBK (Hg.), Bonn 1998.
- 8 zit. nach: Johannes Paul II., *Versöhnung mit der Welt*, Im Gespräch mit den Religionen, hrsg. von Matthias Knopp, München (2004) 111.
- 9 Begegnung mit den Muslimen muss mehr sein als geteilter Lebensalltag. Ansprache von Johannes Paul II. an die regionale Bischofskonferenz von Nordafrika [CERNA] in Tunis, in: OR (D) 17 (Dokumentation) 26.04.1996.

- 10 So zitiert Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano aus seinem Gespräch mit dem Papst über die Lage in Bosnien-Herzegowina: Den zu entwaffnen, der töten will, ist rechtens. Kardinalstaatssekretär Sodano sprach mit dem Papst über Bosnien-Herzegowina, in: OR (D) 33/34, 14.08.1992.
- 11 Wo sind wir vom Evangelium abgewichen? Eine Gewissenserforschung für die Welt an der Schwelle zum Jahr 2000. Interview von Jas Gawronskis mit Johannes Paul II. in der Tageszeitung „La Stampa“, in: OR (D) 45, 12.11.1993.
- 12 Vgl. (Ohne Namen), Recht auf Verteidigung, in: OR (D) 30/31, 28.07.1995.
- 13 Gemeinschaft der Nationen – Ziel politischer Zusammenarbeit in Europa. Ansprache von Johannes Paul II. an den Ministerrat der KSZE am 30.11.1993, in: OR (D) 50 (Beilage XLVI) 17.12.1993.
- 14 Ebd.
- 15 Streitkräfte im Dienst der Verteidigung von Freiheit und Sicherheit. Ansprache Johannes Pauls II. an die Militärbischöfe, in: OR (D) 24/15, 15.04.1994.
- 16 Botschafter der Vergangenheit – Gestalter der Zukunft. Ansprache von Erzbischof Ernesto Gallina, Beauftragter für die Internationalen Regierungsorganisationen, vor der 17. Konferenz des Weltverbandes der Juristen in Kanada, in: OR (D) 46 (Beilage XLIV) 17.11.1995; vgl. auch „Hilfe auch mit Gewalt durchsetzen“, in: OR (D) 6, 12.02.1993.
- 17 Ebd.

ches „Erinnerung und Identität“: „In der Liebe, die ihre Quelle im Herzen Christi hat, liegt die Hoffnung für die Zukunft der Welt. Christus ist der Erlöser der Welt: „Durch seine Wunden sind wir geheilt.“ (Jes. 53,5)

Nur durch die christliche Friedensbotschaft und Auferstehungshoffnung erfährt menschliches Wirken Sinn und Zielrichtung. Die Publikation „Erinnerung und Identität“ kann als das politisch-philosophische Vermächtnis des im Alter von 84 Jahren verstorbenen Papstes gewertet werden, dessen Amtszeit die Drittlängste eines Papstes überhaupt nach dem Heiligen Petrus und Pius IX. gewesen ist. Johannes Paul II. blieb in seinem weltkirchlichen Engagement für die katholische Universalkirche in seinem Herzen Pole, in seinem Denken Europäer und in seinem Handeln Weltbürger. In der vorliegenden Veröffentlichung spricht Johannes Paul II. alle wichtigen Fragen der Menschheit aus christlicher Sicht an – Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die internationale soziale Frage und das Gemeinwohlprinzip, Bewahrung der Schöpfung und Umweltschutz, Religionsfreiheit und Menschenrechte sowie das Verhältnis von Kirche und Staaten: Fragen also, die für alle Menschen nach ersten Schritten in das dritte Jahrtausend von entscheidender und bleibender Bedeutung sind.

### Er Erfahrungen des Bösen

In „ERINNERUNG UND IDENTITÄT – GESPRÄCHE AN DER SCHWELLE ZWISCHEN DEN JAHRTAUSENDEN“ schildert der Pontifex Maximus seine Gedanken über die Phänomene der Gegenwart im Lichte geschichtlicher Ereignisse – als eine Persönlichkeit, die ganz unstrittig selbst Weltgeschichte schrieb. Dabei versucht er, in geschichtlichen Ereignissen die Wurzeln dessen zu entdecken, was in der Welt des 20. Jahrhunderts geschah und sich heute noch immer ereignet. So möchte er seinen Mitmenschen – und zwar Einzelpersonen und Völkern – die Möglichkeit bieten, über eine Neuinterpretation von einer in der Geschichte wurzelnden Erinnerung zu einem lebendigeren Bewusstsein der eigenen Identität zu gelangen. Bei der Behandlung dieser Inhalte geht es in einer moral-

theologischen Wahrnehmung um eine Bewertung von guten und bösen Handlungen.

Papst Johannes Paul II. hat den Druck der vielfältigen Erscheinungsformen des Bösen in seinem Leben persönlich erfahren, etwa bei der Zwangsarbeit im Steinbruch oder beim Besuch eines geheimen Priesterseminars in Krakau. Die Zeit als Priester im kommunistisch regierten Polen hat ihn zutiefst geprägt. Als ein Mann, der im polnischen, von jüdischer Kultur stark beeinflussten Wadowice geboren wurde, hat Karol Wojtyła die Schrecken nationalsozialistischer Herrschaft wie auch des russischen Despotismus, also vielfältige Formen des Bösen, persönlich erfahren und erlitten. „Die Menschenrechte sind das Fundament jeder Zivilisation: Diese Überzeugung habe ich aus Polen mitgenommen, von den Auseinandersetzungen mit dem sowjetischen System und dem kommunistischen Totalitarismus“, sagte der Papst am 21. Januar 1998 auf dem Flug zum kubanischen Havanna. Sein Wirken blieb nicht wirkungslos: jener Fidel Castro, der jahrzehntelang Atheismus propagiert und den Klerus verfolgt hatte, ordnete angesichts des Todes von Johannes Paul II. eine dreitägige Staatstrauer an.

Karol Wojtyła studierte zunächst Philosophie und Literatur, war Schauspieler in der Experimentalthatergruppe „Studio 38“ in Krakau und verfasste auch selbst ein Theaterstück. In seiner Freizeit widmete sich Wojtyła dem Sport, etwa Schwimmen, Skifahren oder Wandern. Nach seinem Theologiestudium, das wegen der deutschen Besatzung in Polen weitgehend im Untergrund stattfinden musste, wurde er 1946 zum katholischen Priester und 1958 zum Bischof geweiht. Ab 1964 war er Erzbischof von Krakau, wurde 1967 zum Kardinal ernannt und 1978 als Nachfolger von Papst Johannes Paul I. gewählt. Johannes Paul II. ist der erste polnische und seit dem Niederländer Hadrian VI. (gestorben 1523) der erste nicht-italienische Papst.

Das Buch „Erinnerung und Identität“ fußt auf Gesprächen, die der Pontifex 1993 in Castel Gandolfo mit zwei polnischen Philosophen führte: Józef Tischner und Krzysztof Michalski, den Gründern des Wiener

Instituts für die Wissenschaften vom Menschen. Diese Gespräche hat der Heilige Vater überarbeitet und aktualisiert. „Es ist ein literarischer Dialog, der nach den Wurzeln und dem Sinn der Geschichte sucht“, sagt der Pressesprecher von Papst Johannes Paul II., Joaquin Navarro-Valls. Als Manifestation des Bösen, so Navarro-Valls, sehe der Papst die politischen Systeme des Nationalsozialismus und des Kommunismus; in ihnen finden sich Formen von totalitärer Herrschaft und von Staatsterrorismus. Das Buch wende sich in besonderem Maße – so der Pressesprecher – an die jungen Menschen, die dem Heiligen Vater gerade im Jahr des XX. Weltjugendtages in Köln am Herzen liegen.

### Friedenshoffnungen in Zeiten des Terrors

Terror und soziale Ungerechtigkeit verleihen der Frage nach dem Bösen zu Beginn des dritten Jahrtausends brennende Aktualität. Hierbei ist zu realisieren, dass wenn Johannes Paul II. vom „Bösen“ und vom Terror spricht, dies für ihn keine abstrakten, keine akademischen Themen sind, sondern Ergebnis von ganz persönlichen Erfahrungen. Dies betrifft neben den angesprochenen Formen des Staatsterrorismus auch den religiös und politisch motivierten Terrorismus einzelner Gruppen oder Personen als einem zentralen politischen Problem der Gegenwart. Erinnert sei daran, dass der Papst 1981 bei einem Attentat auf dem Petersplatz schwer verletzt wurde. Eine persönliche Sensibilität und Betroffenheit für alle Formen von Gewalt und Terror konnte bei Johannes Paul II. auf jeden Fall vorausgesetzt werden. So wie in anderen Kapiteln des Buches auch steht dabei das christliche Glaubenszeugnis im Vordergrund, also eine kirchliche Sichtweise und Beurteilung. Dies wird vor allem im Schlusskapitel, dem Epilog mit der Überschrift „Jemand hatte diese Kugel geleitet...“ deutlich: „All das war ein Zeichen der göttlichen Gnade. ...Agca wusste, wie man schießt; er schoss zweifellos, um zu treffen. Nun, es war, als hätte ‚jemand‘ diese Kugel geleitet und umgeleitet.... Ich war praktisch schon auf der anderen Seite. Möglicherweise hatte Ali Agca intuitiv erfasst, dass es über seiner Macht, jenseits

der Macht, zu schießen und zu töten, eine höhere Kraft gab. ... Ich lebe in dem ständigen Bewusstsein, dass in allem, was ich in der Erfüllung meiner Berufung und Sendung und meines Amtes sage und tue, etwas geschieht, was nicht ausschließlich meine Initiative ist.“ So hat der Papst den Schutz vor dem Bösen in einer persönlich dramatischen Weise erlebt, als er das Attentat – am Jahrestag der Offenbarung von Fatima – überlebte.

Johannes Paul II. behandelt in seiner Publikation die dem Bösen gesetzten Grenzen und setzt dabei die Ideologien des Bösen dem Mysterium der Erlösung gegenüber. Gerade diese gedankliche Vorgehensweise reflektiert den persönlichen Werdegang von Karol Wojtyła. In weiteren vier Kapiteln kommt der Autor auf den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zu sprechen, der doch an die wissenschaftliche Arbeit des ehemaligen Universitätsprofessors anzuknüpfen scheint. Sodann folgen fünf Kapitel zu den Begriffen von Vaterland, Nation und Geschichte, die vor allem auf die christliche Gesellschaftslehre Bezug nehmen. Wenn der Papst hierbei von Geschichte spricht, so ist keine akademische Geschichts- oder Politikwissenschaft gemeint, sondern eine Reflektion dieser Begriffe im Lichte der kirchlichen Lehre. In sechs weiteren Kapiteln geht es um Gedanken zu Polen, Europa und der Kirche, wobei der polnische Patriotismus wie in früheren Schriften des Papstes ein deutlich sichtbares Element bildet. Vielleicht handelt es sich bei Johannes Paul II. um den letzten Papst, bei dem patriotische Gefühle eine große Rolle spielen. In diesem Zusammenhang werden auch die besonderen Beziehungen zwischen Staat und Kirche im „christlichen Europa“ reflektiert, welches sich mit den Herausforderungen von Säkularisierung und Wertewandel konfrontiert sieht. In vier weiteren Kapiteln geht es um die Rolle der Demokratie und um die Frage der Identität Europas, vor allem als christliches Abendland – gerade vor dem Hintergrund eines starken christlichen Glaubens in vielen Staaten Afrikas und Lateinamerikas, trotz und vielleicht gerade wegen der dortigen äußerst bescheidenden, materiellen Rahmenbedingungen.

In der deutschen Öffentlichkeit verbindet sich mit dem Begriff des „Bösen“ sehr eng jener Terminus von der „Achse des Bösen“ bei Bush junior, der ihn aus dem christlichen Fundamentalismus der amerikanischen Südstaaten entnahm. Doch mit einer derartigen apodiktischen Argumentation oder gar einer „Philosophie des Bösen“ oder des „Teuflischen“ haben die Überlegungen des Papstes nichts zu tun. Es ließe sich nun vieles zu den Enzykliken, Schriften und Briefen des Papstes sagen, doch gemeinsam ist ihnen, das sie stets einen klaren, nachvollziehbaren Gedanken entwickeln und reflektieren – so wie auch in der vorliegenden Veröffentlichung. Der Papst gesteht der Französischen Revolution von 1789 und der Aufklärung eine positive Wirkung zu, weil sie einen entscheidenden Beitrag leisteten für eine Stärkung der Würde und Rechte des Menschen. Andererseits macht der Papst die Französische Revolution verantwortlich für einen bis heute anhaltenden Prozess der Säkularisierung Europas und großer Teile dieser Welt.

Geistige Heimat findet der Papst in jener Region, aus der er selber stammt, aus dem katholischen Polen, das deutlich von einer Mystik geprägt ist, die sich der Gottesmutter Maria verpflichtet. Die Erlösung und mit ihr verbundene Heil bringende Gaben und Aufgaben für den Menschen dienen als dem Bösen gesetzte göttliche Grenze: „Im Mysterium der Erlösung ist der Sieg Christi über das Böse dem Menschen nicht nur als persönlicher Gewinn gegeben, sondern auch als Aufgabe. Der Mensch übernimmt diese Aufgabe, indem er sich auf den Weg des inneren Lebens begibt, daher auf den Weg eines bewussten Arbeitens an sich selbst – eines Arbeitens unter der Anleitung des Lehrmeisters Christus.“ Der einzelne Mensch ist dem Bösen nicht machtlos ausgeliefert; auch sind Menschen oder ganze Völker grundsätzlich nicht abgrundtief böse, weshalb das Reden von einer „Achse des Bösen“ in der christlichen Anthropologie nicht zu finden ist. Vielmehr muss das menschliche Leben als eine Aneinanderreihung von guten Taten verstanden werden, eben als Ausdruck von Gottes- und Nächstenliebe, wodurch dem Bösen Einhalt geboten wird.

### **Weltgemeinwohl und die internationale soziale Frage**

Wer Rezensionen zu „Erinnerung und Identität“ liest, stellt rasch fest, dass vielfach auf die zeitgeschichtliche Rolle des Papstes im Kontext des Ost-West-Konflikts und die Befreiung Osteuropas von der kommunistischen Hegemonialmacht Sowjetrußland abgehoben wird, natürlich auch auf die Unterstützung der polnischen Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ durch den Heiligen Stuhl und ihm verbundener Kreise. Der Name des polnischen Papstes ist eng mit den Umbruchjahren 1989/90 verknüpft. Das Pontifikat von Johannes Paul II. war nicht nur lang, sondern auch geschichtsträchtig, und wenn er von „Erinnerung und Identität“, vor allem von der christlichen Identität Europas spricht, so gewinnen diese Aussagen aus seinem Munde ihre spezifische, zeitgeschichtliche Bedeutung.

Leicht wird in Besprechungen übersehen, dass Johannes Paul II. keinesfalls nur in europäischen Kategorien dachte, sondern er als Oberhaupt einer Weltkirche und als Stellvertreter Jesu Christi auf Erden die Botschaft von der Erlösung des Menschen an alle Menschen allerorts richtete. Eben diese Sichtweise führt auch zu einer sozialen Verantwortung der katholischen Kirche, die sich sorgt um Menschen in Entwicklungsländern, vor allem in schwachen, gescheiterten Staaten von Afghanistan, Tschetschenien bis nach Haiti. Der Papst erkennt zu Recht, dass in sozialen Fragen und Konflikten auch Ursachen des internationalen Terrorismus zu suchen sind. Terroristen erhalten Ausbildungen in schwachen Staaten wie im Libanon oder in Afghanistan – aber auch in Russland, wo viele Soldaten überhaupt nicht oder mit großer Verspätung ihren Sold erhalten und deshalb Armeebestände verkaufen. Die Gefahr existiert, dass radioaktives Material für „schmutzige Bomben“ aus diesen schwachen Staaten in terroristische Hände fällt. Für den Papst sind mit der Stärkung eines Weltgemeinwohls die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht gemeint, aber eben auch die Anbahnung von politischen Lösungen angesichts des Vorhandenseins von extremer Armut und schweren, sozialen Konfliktlagen.



Die Gespräche mit den beiden polnischen Philosophen lassen erkennen, dass im Zentrum seiner Überlegungen die Sorge um die „Strömung der Anti-Evangelisierung“ in Europa steht, die einen Kampf „gegen das Leben in seinem Anfangsstadium wie in seiner Endphase“ führe. Diese Richtung verfüge über „große Zentren ökonomischer Macht, mit deren Hilfe sie versucht, den Entwicklungsländern die eigenen Konditionen aufzuzwingen.“ Und der Heilige Vater, der wirklich weit davon entfernt ist, demokratische Regierungsformen zu kritisieren, fragt eben auch ganz im Sinne der Politikwissenschaftlerin und Totalitarismusforscherin Hannah Arendt, ob es nicht „unter dem Anschein der Demokratie“ eine „andere Form des Totalitarismus“ geben könne oder vielleicht schon gibt. Mit diesen Überlegungen befindet sich der Papst im Zentrum aktueller politischer Überlegungen, sowohl in Fragen des Schutzes von ungeborenen Leben wie in Fragen europäischer Kinder-, Jugend- und Seniorenpolitik, die sehr ernst zu nehmen sind. Gerade im Zeichen der Enzyklika „Redemptor hominis“ und im Blick auf das Kreuz und die Erlösungsbotschaft Jesu gilt es, allen Formen des Totalitarismus entgegenzutreten.

### Die Friedensgebete in Assisi

Das Buch „JOHANNES PAUL II. VERSÖHNUNG ZWISCHEN DEN WELTEN. IM GESPRÄCH MIT DEN RELIGIONEN“ ist vom Journalisten und Vatikanexperten Matthias Kopp (Jg. 1968) herausgegeben, der den Papst auf vielen Reisen begleitete. Dem Text ist ein Geleitwort von Erzbischof Michael L. Fitzgerald, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog, vorangestellt. Auch dieses Buch ist dem Frieden gewidmet, doch vor allem unter dem Gesichtspunkt einer Versöhnung zwischen den großen Weltreligionen zu sehen. Die vorliegende Publikation ist eine Dokumentation des bahnbrechenden interreligiösen Engagements Johannes Paul II. – eines der großen Themen seines Pontifikats, erstmalig in einem umfassenden Überblick. Terrorismus und religiöse Radikalisierung ließen in den vergangenen Jahren beim verstorbenen

Papst ein Grundanliegen aktueller werden denn je: den interreligiösen Dialog. So äußerte Johannes Paul II. tiefe Sorge über „die dramatische Konfrontation zwischen den Kulturen und den Religionen“ und er geht weiter und energischer als seine Amtsvorgänger auf andere Religionsgemeinschaften zu.

Mit einer Einführung zum Thema „Der Papst und die Religionen“ und Hinführungen zu jedem Kapitel macht der Herausgeber den jeweiligen zeitgeschichtlichen Kontext deutlich. Ähnlich wie bei den beiden Biographien von George Weigel „Zeuge der Hoffnung. Johannes Paul II. (2002) – der wohl umfangreichsten und am gründlichsten recherchierten Papst-Biographie – und von Andreas Englisch „Das Geheimnis des Karol Wojtyła“ (2004) erscheint die vorliegende Publikation insgesamt als eine kritische, die Werke des Pontifex anerkennende Würdigung. In 232 Seiten gibt die Veröffentlichung einen Überblick über das Thema des interreligiösen Dialogs und des interreligiösen Engagements für den Frieden im Pontifikat Johannes Paul II.. Lange bevor Samuel Huntington mit seinen Überlegungen von einem Kampf der Kulturen (clash of civilizations) auf sich aufmerksam machte, warnte der Heilige Vater vor „Religionskriegen“. Diese weitgehend in der Öffentlichkeit verdrängte Tatsache macht die problematische Bedeutung des Wissenschaftspopulismus in unserer modernen Medienwelt deutlich. So wird Papst Johannes Paul II. vielfach als traditionell in den Medien dargestellt, weil er durch die Mariengläubigkeit und die katholische Mystik

seiner Heimat Polen geprägt ist. Auf dem Gebiet des interreligiösen Dialogs jedoch erscheint der Papst als eine ganz moderne, nach vorne gerichtete Persönlichkeit. Wann hat es das in der Vergangenheit zuvor gegeben, dass sich ein großer Religionsführer aktiv um den Dialog mit anderen (Welt-) Religionen bemüht, die doch in gewisser Weise auch Konkurrenz bedeuten?

Als aktuellen Ausgangspunkt nimmt der Herausgeber das Assisi-Treffen aus dem Jahr 2002, auf dem im Sinne einer vorläufigen Bilanz gefragt wurde: Wo steht die katholische Kirche heute im Dialog der Religionen? Festgehalten werden kann – und das dokumentieren die zahlreichen abgedruckten Predigten und Ansprachen des Papstes in diesem Buch – die große Sympathie von Johannes Paul II. gegenüber den anderen Weltreligionen. Als vier wichtige Höhepunkte sind dabei seine Rede vor 100.000 muslimischen Jugendlichen im Sportstadion des marokkanischen Casablanca am 20. August 1985, sein Besuch in der jüdischen Synagoge von Rom am 14. April 1986, seine Vergebungsbitten für die Sünden an den Orthodoxen am 4. Mai 2001 in Griechenland und sein Besuch der muslimischen Omajaden-Moschee zu Damaskus am 6. Mai 2001 zu nennen.

Im Schlusskapitel „Gemeinsam für den Frieden: der Papst und Assisi“ dokumentiert der Vatikanexperte Kopp die drei Assisitreffen. Assisi I. vom 27. Oktober 1986 war von der ganzen Vitalität des Papstes geprägt, die sich auch auf die anwesenden Vertreter der verschiedenen Weltreligionen übertrug. Nach einer gemeinsamen Reflexion über den Frieden äußerte der Papst: „Wir werden von hier aus zu unseren getrennten Gebetsorten gehen. Jede Religion hat so die Zeit und Gelegenheit, sich in ihrem eigenen traditionellen Ritus auszudrücken. Darauf werden wir uns von diesen getrennten Gebetsorten schweigend zum unteren Teil der Franziskusbasilika begeben.“ Dort hielt der Papst die entscheidende Rede dieses Treffens, indem er das Friedenspotential der Religionen unterstrich und für eine Welt in Gerechtigkeit und Frieden warb: „Unser Gebet hier in Assisi sollte Reue für unsere Versäumnisse als Christen



einschließen, dass wir die Sendung, die wir von Christus für Frieden und Versöhnung empfangen haben, noch nicht voll verwirklicht haben.“ Eine wichtige Konkretisierung erfuhr Assisi I., als der Papst die römische Basisgemeinschaft Sant'Egidio beauftragte, den Geist von Assisi weiter leben zu lassen und ein jährliches Friedenstreffen durchzuführen – siebzehn fanden mittlerweile statt.

Kam es bei Assisi I. eher zu einer Beschäftigung mit dem Thema Frieden auf einer religiös-spirituellen Ebene, so gelang bei Assisi II. am 9./10. Januar 1993 eine Konturierung der Zusammenkunft, die stärker in den gesellschaftlichen Raum hinein wirkt. Vor dem Hintergrund der Konflikte auf dem Balkan wurden auch Religionsvertreter aus dieser Region eingeladen. Zu Beginn von Assisi II. stand die Anhörung der Zeugnisse von Personen, die von Krieg und Gewalttaten betroffen sind. Johannes Paul II. erläutert den Zweck von Assisi II.: „Alle Männer und Frauen in Europa, die für religiöse Werte aufgeschlossen sind, sollten gleichsam am eigenen Leib die Wunden des Krieges empfinden. ... Angesichts einer solchen Tragödie können wir nicht gleichgültig bleiben und die Augen schließen.“ Mit Assisi II. setzte der Papst ein sichtbares Zeichen für Frieden und Versöhnung.

Am 24. Januar 2002 fand Assisi III. statt, welches von Friedensappellen und symbolischen Gesten geprägt war. Über 250 Vertreter von Religionen aus aller Welt, Delegationen von Hindus, Buddhisten, Schintoisten, Konfuzianern und Naturreligionen, folgten der Einladung des Papstes, um zu unterstreichen: In manchen Situationen hilft nur noch das Gebet! Kurz vor ihrer Rückreise verpflichteten sich die Religionsvertreter in einer offiziellen Erklärung zur Bewahrung und Sicherung des Friedens in einer Abwandlung des von Immanuel Kant formulierten, ethischen Grundsatzes: „Was du von einem anderen erwartest, das tu auch für ihn.“ Alle Formen von Gewalt und Terrorismus werden in dieser Stellungnahme ebenso verurteilt wie der Rückgriff auf Gewalt und Krieg im Namen Gottes: „Nie wieder Gewalt! Nie wieder Krieg! Nie wieder Terrorismus! Im Namen Gottes brin-

ge jede Religion der Welt Gerechtigkeit und Frieden, Vergebung und Leben, Liebe!“.

### **Interreligiöser Dialog als Beitrag zu Frieden und Versöhnung**

In einem ausführlichen Einführungskapitel gibt Kopp einen Überblick über das interreligiöse Engagement für den Frieden während des Pontifikats von Johannes Paul II.. Der Papst möchte die Religionen miteinander versöhnen, sie in ihrer religiösen Lehre als nicht mehr von Gegensätzen zueinander geprägt dargestellt wissen. Das theologische Denken des Oberhauptes der römisch-katholischen Kirche ist von Achtung und Akzeptanz der anderen Weltreligionen bestimmt, die heute Grundlage für einen dem Frieden dienenden Dialog zwischen den Weltreligionen bildet. Joseph Kardinal Höffner prägte den Ausspruch, dass Kirche eine „Geh-Hin“-Kirche und nicht eine „Warte-Ab“-Kirche sein solle. Johannes Paul II. ist dieser Vorstellung in vielfacher Hinsicht nachgekommen, vor allem durch seine über einhundert Pastoralreisen in alle Welt, bei denen er stets um Treffen mit Vertretern der Weltreligionen bemüht ist. Und es darf wohl gesagt sein, dass das Bemühen um interreligiösen Dialog auch seine Kritiker so stark beeindruckte, dass etwa Hans Küng sich in seinem Projekt „Weltethos“ seit vielen Jahren um einen Dialog zwischen den Weltreligionen sowie das Herausarbeiten von Grundwahrheiten und Grundwerten bemüht.

Die vorliegende Publikation widmet sich in drei großen Abschnitten dem Judentum, dem Islam und den asiatischen Religionen. Im Kapitel „Ihr seid unsere älteren Brüder“ nimmt der Autor anhand von Rede- und Textauszügen des Papstes eine Verhältnisbestimmung des Pontifikats von Johannes Paul II. zum Judentum vor, welches um eine Versöhnung von Christentum und Judentum bemüht ist. Dabei wird zunächst die theologische Dimension reflektiert, also die gemeinsamen Grundlagen von Judentum und Christentum durch die Schriften des Alten Testaments. Vorstellungen des Bundes zwischen Gott und den Menschen, das Bild vom guten Hirten oder der Dekalog werden ebenso behandelt

wie gemeinsame monotheistische Vorstellungen. Herausgehoben werden die Heilig-Land-Reise des Papstes im Heiligen Jahr 2000 mit dem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem sowie das Bemühen des Heiligen Stuhls seit 1947, für die Stadt Jerusalem einen durch das Völkerrecht abgesicherten internationalen Status von Jerusalem zu erwirken, ganz so wie es Papst Pius X. 1904 Theodor Herzl verdeutlichte: „Der Boden Jerusalems...ist geheiligt durch das Leben Jesu Christi.“

In einem weiteren Abschnitt unter der Überschrift „Dem gemeinsamen Erbe verpflichtet“ wird das Engagement des Papstes für einen Dialog mit dem Islam skizziert, weshalb auf Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Islam reflektiert wird. In Redeauszügen des Papstes wird auf gemeinsame monotheistische Vorstellungen ebenso abgehoben wie auf die prophetische Bedeutung von Abraham, Moses und Jesus für die beiden Weltreligionen. Gerade weil die Unterschiede zwischen den Weltreligionen überwiegen, entspricht es der klugen Friedensdiplomatie des Heiligen Stuhles, an bestehende theologische Gemeinsamkeiten anzuknüpfen. Dazu gehört es, die Aspekte des Friedens, die zweifelsohne im Koran und im Islam enthalten sind, herauszustellen und zu preisen. Dadurch wird auch ein in der westlichen Öffentlichkeit vorhandenes Bild relativiert, welches den Islam ausschließlich als Kampfreligion und Quelle des internationalen Terrorismus wahrnimmt. Es ließe sich nun vieles sagen zum Verhältnis von Christentum und Islam, auch aus religionswissenschaftlicher Sicht. Festgehalten werden kann, dass zum religiösen Leben und zur geistigen Identität beider Weltreligionen keinesfalls Mord und Selbstmord gehören, also auch keine Selbstmordattentäter. Und sicherlich steht die islamische Sekte der Assassinen, die mit ihren Selbstmordattentätern zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert wirkte, ebenso isoliert im islamischen Raum wie islamisch motivierte Selbstmordattentäter heute.

Ein dritter Abschnitt „Im Einsatz für den Menschen“ bestimmt das Verhältnis des Pontifikats von Johannes Paul II. zum Buddhismus, zum Hinduismus sowie den afro-amerika-

nischen Naturreligionen. In besonderer Weise würdigt der Heilige Vater das gegenwärtige Wirken des Dalai Lama, des Oberhauptes des tibetischen Buddhismus, der sich im Einsatz für Religionsfreiheit und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit große Verdienste erwarb. Friedensengagement und Religionsfreiheit sind zwei für den Papst auf das Engste miteinander verwobene Themen, die aus seiner Sicht nicht getrennt gesehen werden dürfen. Zugleich warnt der Papst vor der Ausbreitung der Sekten, die mit wirklichen Religionsgemeinschaften nicht verwechselt werden dürfen. Interreligiöser Dialog bedeutet für den Papst die Annahmung von Grundwerten im Zeichen des Kreuzes: „Dieser Dialog ist nicht nur auf die Worte der Vergangenheit und der Gegenwart ausgerichtet. Er blickt auch in die Zukunft. Er zielt auf eine Zusammenarbeit aller hin, um gemeinsam einzutreten für „den Schutz und die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen“ (Nostra aetate, Nr. 3).“

### **Das Vermächtnis des verstorbenen Papstes: Mahnung zum Frieden an alle Menschen guten Willens**

„Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus“, rief Johannes Paul II. bei seiner Amtseinführung am 22. Oktober 1978. Der Papst verstand sein Amt und den Auftrag zum Frieden politischer als seine Vorgänger: „Öffnet seiner rettenden Macht die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts.“ Die politische Dimension seines Friedensengagements wurde sichtbar in seiner Unterstützung des polnischen Widerstandes gegen das kommunistische Regime und der Gegner des Irak-Feldzuges der USA einige Jahre später. Sein Engagement für den Frieden war bestimmt durch Versöhnung und die Erinnerung an die Opfer der Geschichte, wie etwa den jüdischen Opfern in der nationalsozialistischen Ära, so wie er dies in einer Ansprache in Jerusalem am 23. März 2000 zum Ausdruck brachte: „Ich

bin nach Yad Vaschem gekommen, um der Millionen zu gedenken, denen alles geraubt wurde, vor allem ihre menschliche Würde, und die im Holocaust ermordet wurden.“

Bis zu letzt war das päpstliche Wirken von einem hohen Maß an Willensstärke gekennzeichnet. „Ausruhen kann ich mich im Paradies“, sagte der Diener der Diener Gottes einmal. Anlässlich des Todes von Johannes Paul II. unterstrich Karl Kardinal Lehmann, dass der Papst ein mutiger Zeuge des Evangeliums, einer der Großen der Weltgeschichte und ein bleibendes Vorbild nicht nur für die katholischen Christen gewesen sei. Seine Krankheit und seine gesundheitliche Leiden hatte der Papst nicht versteckt, sondern angenommen und in der Öffentlichkeit gezeigt: dadurch wurde er sichtbarer

Ausdruck christlicher Friedenshoffnung im Zeichen des Kreuzes – und einer „Liebe, die Herzen bekehrt und Frieden schenkt“ (so Papst Johannes Paul II. in einer letzten Botschaft).

*Johannes Paul II.: „Erinnerung und Identität – Gespräche an der Schwelle zwischen den Jahrtausenden“. Weltbild Buchverlag: Augsburg, 2005. 224 Seiten.*

*Johannes Paul II.: „Versöhnung zwischen den Welten. Im Gespräch mit den Religionen“. Herausgegeben und eingeleitet von Matthias Kopp. Geleitwort von Erzbischof Michael L. Fitzgerald, Präsident des Päpstlichen Rats für den interreligiösen Dialog. Verlag Neue Stadt: Oberpfaffenhofen, 2004. 232 Seiten, gebunden. □*

### **Benedikt von Nursia (um 480 bis 547)**

**H**eiliger, Gründer des Klosters Montecassino. Er gilt als Vater des abendländischen Mönchtums.

Benedikt wurde als Sohn einer vornehmen Familie in Nursia (Mittelitalien) geboren und studierte anfangs in Rom. Entsetzt vom Leben in der Stadt, das von Verfall gekennzeichnet war, zog er sich in eine unbewohnte Gegend in der Nähe von Subiaco zurück, wo er in einer Höhle lebte. In dieser Zeit wuchs sein Ruhm als Heiliger, und viele kamen, um ihn zu sehen. Mönche aus Norditalien luden ihn ein und machten ihn zum Abt ihrer Gemeinschaft. Als sich die Mönche nicht mit seinen Regeln einverstanden erklärten, versuchten sie, ihn zu vergiften. Nachdem das Komplott aufflog, verließ er die Gruppe und gründete das Kloster Montecassino.

Benedikt stellte Klosterregeln auf, die das Leben in der Gemeinschaft und körperliche Arbeit betonten und die später von fast allen abendländischen Klöstern übernommen wurden. Den Mönchen war jeglicher Besitz untersagt, die Mahlzeiten wurden gemeinsam eingenommen und unnötige Gesprä-



*Benedikt überreicht seinen Mönchen die Regel. Fresko von Sodoma im Kloster Monte Oliveto Maggiore. (Foto Archiv)*

che vermieden. Einen großen Teil seiner Zeit widmete Benedikt den Nöten der einheimischen Bevölkerung und verteilte Almosen und Nahrung an die Armen. Sein Festtag ist der 11. Juli.

Die Benediktiner zählten im Mittelalter zu den wichtigsten theologischen und kulturellen Lehrern des Abendlandes. In neuester Zeit wirkt der Benediktinerorden (Ordo Sancti Benedicti, Abk. OSB; ca 10.000 männliche und 20.000 weibliche Ordensmitglieder) vor allem in Liturgie, Bibelwissenschaft, Theologiegeschichte sowie in der Mission und Ökumene.

*(nach: Microsoft Encarta® und Brockhaus)*





### Papst Benedikt XV. (03.09.1914 - 22.01.1922)

**G**iacomo Paolo Battista della Chiesa wurde am 21.11.1854 als Sohn des Marchese *Giuseppe della Chiesa*, aus altem genuesischen Adel stammend, in Genua geboren. Nach einem Jura-Studium studierte er u.a. an der Päpstlichen Universität Gregoriana Theologie und wurde 1878

in der Lateranbasilika zum Priester geweiht. Nach seinen Studien an der Päpstlichen Diplomaten-Akademie (1878-82) nahm Nuntius *Mariano Rampolla* (†1913) ihn als Sekretär mit an die Nuntiatur in Madrid. 1887 wurde er enger Mitarbeiter des zum Kardinalstaatssekretär ernannten *Rampolla* und 1901 sein Unterstaatssekretär. *Pius X.* (1903-14) ernannte *della Chiesa* 1907 zum Erzbischof von Bologna und am 25.05.1914 zum Kardinal.

Kardinal *della Chiesa* wurde am 03.09.1914 im 10. Wahlgang mit den Stimmen der deutschen und österreichisch-ungarischen Kardinäle als *Benedikt XV.* zum Nachfolger von Papst *Pius X.* gewählt.

Bereits bei seiner Krönung am 8. September sandte er die Botschaft *Ubi primum* an die katholische Welt, in der er das Ende des Blutvergießens beschwor und die Priester aufforderte, nie die Sprache des Hasses und der Verachtung, sondern des Friedens und der christlichen Liebe zu predigen. Am 01.11.1914 wurde er in seiner Antrittsenzyklika *Ad beatissimi Apostolorum Principis* mit seinem päpstlichen Friedensprogramm noch deutlicher: er rief zum Frieden in der Welt auf und forderte die Beendigung des Krieges, des Hasses und der Menschenverachtung. Er verurteilte den nationalistischen Egoismus, den Rassenhass und den Klassenkampf sowie die Entchristlichung der Gesellschaft.

Seine Politik setzte im Krieg auf politische Neutralität, was ihm seitens der Krieg führenden Mächte unterschiedlich ausgelegt wurde, bis hin zu verächtlichen Schmähungen und zu Parteiungen innerhalb der Kurie.

Unterstützt von seinem Kardinalstaatssekretär *Pietro Gasparri* (†1934) bemühte sich der Papst um vertrauliche Sondierungen der Friedensbedingungen. Ein neuer Abschnitt der Aktivitäten begann, als der junge *Eugenio Pacelli* – der spätere Papst *Pius XII.* (1939-58) – im Mai 1917 zum Nuntius in München ernannt wurde und er vertrauliche Gespräche mit den Regierungen von Deutschland und von Österreich-Ungarn führte.

Nach langer Vorbereitung richtete dann der Papst eine Friedensnote am 01.08.1917 „an die Oberhäupter der Krieg führenden Völker“. Hier beschwor er die Abrüstung nach festgelegten Normen, die Freiheit der Meere, den gegenseitigen Erlass der Kriegsschulden

und die Rückgabe der besetzten Gebiete. All seine Friedensbemühungen blieben erfolglos und wurden von den politischen wie den militärischen Führern auf beiden Seiten der Krieg führenden Staaten nicht beachtet.

Nach dem Scheitern dieser Friedensbemühungen verstärkte der Papst in humanitären Bemühungen seine Sorge um die Kriegsoffer und verlangte nach dem Krieg Gerechtigkeit auch für die Besiegten. Er bemühte sich um die Aussöhnung der Kriegsgegner. Den Versailler Vertrag betrachtete er „als ein rachsüchtiges Diktat“ (*Gasparri*). Ebenso distanzierte er sich von den Pariser Friedensverträgen.

Zur Linderung der Not richtete er Hilfswerke für Gefangene, Vertriebene und Notleidende ein, die in Deutschland vor allem vom Kölner Erzbischof *Karl Joseph Schulte* mit seiner Kriegsgefangenenhilfe und einem eigens zu diesem Zweck eingerichteten Suchdienst für Vertriebene und Vermisste unterstützt wurden.

Nach dem Krieg arbeitete der Papst zusammen mit seinem Kardinalstaatssekretär an der kirchlichen Neuordnung unter wesentlich veränderten politischen Gegebenheiten. In Konkordaten und ähnlichen Kirchenverträgen fand die notwendige Neuordnung ihren Niederschlag.

Die Vorarbeiten zu einem neuen kirchlichen Gesetzeswerk wurden von Benedikt fortgesetzt. Mit der Apostolischen Konstitution *Providentissima Mater Ecclesia* vom 27.05.1917 (in Kraft gesetzt am 19.05.1918) wurde der neue Codex iuris canonici (CIC), das Gesetzbuch der Kirche, eingeführt.

Mit der Errichtung der Kongregation für die Ostkirchen gab er den Beziehungen zu den Ostkirchen neuen Auftrieb. Die Missionsenzyklika *Maximum illud* vom 30.11.1919 enthielt ein neues in die Zukunft weisendes Programm der katholischen Mission: sie sah unter anderem eine bessere Vorbereitung der Missionare, Eingehen auf kulturelle und nationale Eigenheiten der Völker und die Ausbildung eines einheimischen Klerus vor.

Auch wenn der Papst während seines Pontifikats seine konkreten Friedensziele nicht verwirklichen konnte, so hat er doch in hohem Maße als Papst der Verständigung und der Versöhnung gewirkt. Er hat so das Ansehen des Heiligen Stuhles in schwieriger Zeit erheblich gefördert. „Gerne opfern Wir Unser Leben für den Frieden der Welt“, äußerte der sterbende Papst.

„Manche sehen in *Benedikt XV.* den bedeutendsten Papst des 20. Jhs., der das Unglück hatte, seine großen Fähigkeiten und Absichten in der Ungunst seiner Zeit nicht gebührend verwirklichen zu können.“ (*G. Schwaiger*). *Benedikt* starb am 22.01.1922 und wurde in den Grotten von St. Peter beigesetzt.

(Quelle: [www.dbk.de](http://www.dbk.de), gekürzt)

## Papst Benedikt XVI.: Kommentarauszüge

**D**ie Wahl von Kurienkardinal Joseph Ratzinger zum neuen Papst Benedikt XVI. war in den Kommentaren deutscher Tageszeitungen auf ein geteiltes Echo gestoßen. Gefragt wurde, ob der brillante Theologe auch genug Seelsorger ist, der auf die Menschen zugehen kann.

### Frankfurter Allgemeine Zeitung:

„Dass Ratzinger aus Deutschland stammt, jenem Land, welches in der Geschichte der Kirche auch immer das Land der Reformation ist, das sprach am Ende nicht gegen, sondern für ihn. Ratzinger, das ist die Gegen-Reformation in Person – nicht mit Feuer und Schwert, sondern mit der Macht des Geistes. Eins soll die Kirche sein – das ist die Botschaft des Konklaves, zum Segen für die Stadt und den Erdkreis.“

### Stuttgarter Nachrichten:

„Ein Papst muss mehr sein als nur ein theologisches Superhirn und ein strenger Glaubensrichter. Benedikt XVI. wird sich an seinem charismatischen Vorgänger messen lassen. Johannes Paul II. war für Millionen Gläubige in aller Welt ein Papst zum Anfassen – war Vorbild, Vater und Freund in einem.“

### Westfalenpost:

„Benedikt XVI. war und ist das große bewahrende Element der katholischen Kirche. Die Kritik an dieser Wahl wird nicht lange auf sich warten lassen, doch auch daran ist der neue Papst seit Jahrzehnten gewöhnt, damit hat er längst gelernt umzugehen.“

### Berliner Morgenpost:

„Ratzingers Wahl ist ein Zeichen für das Bewusstsein der katholischen Kirche von der Moderne, der sie nie ausweichen kann, sondern sich stellen muss. Mit seiner deutlichen Kritik am Relativismus der Werte umreißt er sehr präzise die Aufgabe der Kirche in der Gegenwart: Sie muss Korrektiv und Gegeninstanz des Individualismus und des Säkularismus sein.“

### Märkische Allgemeine:

„Die Katholiken werden keinen geschmeidigen, sondern einen prinzipientreuen Papst erhalten, der sich – in seinen Worten – den Wellen ideologischer Moden, der Diktatur des Relativismus entgegenstellen wird. Insofern bedeu-

tet diese Wahl ein Stück Kontinuität. Die Nähe zum Vorgänger ist unverkennbar.“

### Allgemeine Zeitung Mainz:

„Ratzinger hat vor wenigen Tagen seinen 78. Geburtstag gefeiert. Er weiß also, die Zeit drängt, wenn er nach einem Mann wie Karol Wojtyla seinen eigenen Stil prägen und dauerhaft Zeichen setzen will. Er ist eine internationale Persönlichkeit, weltweit hoch geschätzt und anerkannt. Er kann es deshalb nicht schwer haben, mit seiner Botschaft auch die aufstrebenden Gemeinden in Übersee zu erreichen.“

### Die Welt:

„Dass dieser Papst aus dem Land mit der wohl tiefsten geistigen Zerklüftung kommt, dass seine Botschaft für die Welt in einem deutschen Leben gründet, das macht seine Wahl auch für diese Nation so wichtig. Freuen wir uns darüber.“

### Kölner Stadt-Anzeiger:

„Johannes Paul II. stützte sich gern und sehr bewusst auf die dogmatische Strenge Ratzingers, weil sie ihm nicht nur bei seinen weltweiten Ambitionen Halt gab, sondern auch bei seinen Initiativen gegenüber den Juden und anderen Weltkirchen. Nun hat Kardinal Ratzinger ein neues, grundlegend anderes Amt übernommen, das des Petrus, der seine Weltkirche in schwerer Zeit zusammenzuhalten hat.“

### Tagesspiegel:

„Joseph Ratzinger ist ein Mann des alten Systems – zwar von überragenden Fähigkeiten und scharfem Geist, aber ohne Charisma und unbefangene Lebensfreude. Es wird ihm deshalb schwerfallen, aus dem Schatten seines Vorgängers Johannes Paul II. hervorzutreten. Das weiß er selbst. Er steht für ein blutleeres Weiter-so, nicht für einen frischen Start oder gar ein neues katholisches Koordinatensystem.“

### Süddeutsche Zeitung:

„Die Mehrheit der deutschen Katholiken, einschließlich vieler Bischöfe, haben einen Papst Ratzinger gefürchtet, eine Minderheit dagegen auf diesen Papst gehofft. Das Verhältnis der Deutschen zu ihrem berühmtesten Vertreter im Vatikan war schon immer wie der Zustand in einer streitlustigen Familie: Man kennt sich so gut, dass man um die Schwächen weiß, und doch wieder zu wenig, um die Stärken des anderen zu schätzen.“

### Berliner Zeitung:

„Wenn Benedikt XVI. den Kurs von Joseph Kardinal Ratzinger weiterfährt, wird er kräftig dazu beitragen, dass überall auf der Welt die Trennung von Kirche und Staat Fortschritte macht. Dafür werden ihm seine Gegner am Ende danken.“

### Frankfurter Rundschau:

„Joseph Ratzinger ist ein konservativer, in vielen Dingen ein reaktionärer Glaubenswächter gewesen. Allerdings: Als Papst ist er nicht mehr nur der Glaubenspolizist, der Abweichler ermahnen muss. Sein neues Amt erfordert vielmehr, dass er die widerstreitenden Pole der Kirche zusammenhält.“

### Rhein-Zeitung:

„Papst Benedikt wird eher ein geschickter Verteidiger der römischen Lehre, allenfalls ein behutsamer Reformator. Die Auseinandersetzung mit ihm wird spannend werden. Freuen wir uns auf ihn, wenn er im August zum Weltjugendtag nach Deutschland kommt.“

### Stuttgarter Zeitung:

„Ratzinger hat in seinem Leben aber auch die Fähigkeit zur Veränderung gezeigt: In der Zeit des Zweiten Vatikanischen Konzils beispielsweise galt er als ausgewiesener Reformator, den erst die aufkommende Unruhe in seiner Kirche zum Skeptiker wandelte. Benedikt XV., der letzte Namensvorgänger Ratzingers auf dem Heiligen Stuhl, war ein Papst in einer globalen Krisenzeit.“

(KNA • ID Nr. 18)

# Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung

Neue Publikation von Militärbischof Walter Mixa

VON ANDREAS MARTIN RAUCH

Joseph Kardinal Ratzinger, der Vorsitzende der römischen Glaubenskongregation im Vatikan, der seit dem 19. April 2005 als Papst Benedikt XVI. amtiert, schreibt im Vorwort des Buches „*Friede und Versöhnung im Zeichen des Kreuzes*“ von Militärbischof Dr. Walter Mixa, Bischof von Eichstätt: „Bei der Geburt Jesu durften die Hirten der Botschaft der Engel lauschen, die sozusagen in diesem Augenblick das ‚neue Lied‘ anstimmten, das den mit der Geburt des Erlösers beginnenden neuen Äon ankündigt: ‚Verherrlicht ist Gott in der Höhe und auf Erden der Friede bei den Menschen seiner Gnade‘. (Lk, 2,14) Der neugeborene ‚König der Juden‘ ist vor allem ein Friedenskönig.“ Folgerichtig ist die Botschaft des Neuen Testaments, die Botschaft Jesu Christi, eine Botschaft des Friedens. Ratzinger äußert weiter: „Ich freue mich, dass Bischof Walter Mixa, der sein Amt als Militärbischof zu recht als einen Dienst für den Frieden auffasst, in diesem Band die ganze Breite der Thematik Friede entfaltet, ihre tiefen theologischen Gründe aufzeichnet, und sie zugleich ins ganz Praktische unseres Lebens übersetzt. Dies ist eine Botschaft, die uns alle angeht.“

In der vorliegenden, theologischen Publikation setzt sich Bischof Walter Mixa mit den großen politischen Themen unserer Zeit auseinander, also der Suche nach Verwirklichung von Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung. Gerade in einer Welt, in der es tagtäglich zu Terror, Hass und Gewalt kommt, wird die utopische Dimension der politischen Ziele von Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung jedermann deutlich. Doch Mixa stellt richtigerweise fest, dass die neutestamentliche Friedensbotschaft, die Botschaft Jesu Christi, keine Utopie ist. Jesus hat durch seinen Kreuzestod und seine Auferstehung das Leid und den Tod auf immer besiegt und allen Menschen seine Liebe und immerwährenden Frieden geschenkt. Walter Mixa wirft Fragen auf: Wie gehen Menschen mit

dieser Friedensbotschaft um? Wie nehmen sie diese Botschaft der Liebe und der Versöhnung für ihr Leben an?

In tief anrührenden Meditationen setzt sich Bischof Mixa mit diesen Fragen auseinander. Nüchtern konfrontiert Mixa die politischen Bemühungen um Frieden mit der Botschaft von Jesu und tritt für eine Politik des gerechten Friedens ein, die sich vom Evangelium inspirieren lässt. Zugleich macht er deutlich: Friede und Versöhnung sind Geschenke Gottes; sich dafür einzusetzen ist Aufgabe eines jeden Einzelnen.

## Gott verbindet sich mit dem Elend dieser Welt

Gerade in der Bundesrepublik Deutschland der vergangenen zwei Jahrzehnte stand die „Spaßgesellschaft“ im Vordergrund. Alles, was mit ‚Spaß‘ nichts zu tun hat, wurde vielfach ausgeblendet, also Leid und Not, Krankheit und Tod, Alter und Armut. Ganze Gesellschaftsbereiche entwickelten sich zu ‚Tabuzonen‘, die in den Medien nicht kommuniziert und weitgehend aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwanden. Doch die Bilder der Terroranschläge vom 11. September, die ständige Präsenz von Terror und Gewalt sowie ihrer Opfer an vielen Orten auf dieser Welt und die verschärfte wirtschaftliche Situation lenkt den Blick vieler Menschen vermehrt auf Leid und Elend im bundesdeutschen Alltag und in dieser Welt. Das Bild vom scheinbar ‚göttlichen‘ Menschen bröckelt, Narzissmus und Egoismus verlieren an Konjunktur, Selbstbereicherung wird gesellschaftlich geächtet. Vielen Menschen dringt die Erkenntnis wieder stärker in ihr Bewusstsein, dass sie nur Gast auf Erden sind, weshalb sie nach Antworten auch im christlichen Glauben suchen.

Für eine Vielzahl von Menschen ist Papst Johannes Paul II. Orientierung, weil er sich zu seiner eigenen Gebrechlichkeit und Krankheit, zu seinen Schmerzen und seinem Lei-

den bekannte. Elend und Leid in dieser Welt brauchen Christen nicht verschweigen oder zum Tabu zu erklären, da Jesus selbst einen Weg des Elends, des Leidens und der Qual durchschritten hat. Walter Mixa: „Wir können nur eines tun, die menschliche Hand Gottes, die er uns in seinem Fleisch gewordenen Sohn Jesus, dem Kind von Bethlehem, entgegenstreckt, ergreifen und dadurch im wahrsten Sinn Kinder Gottes werden. Nur als Kinder Gottes werden wir fähig sein, mit seiner Hilfe Frieden und Gerechtigkeit zu schaffen und so als von Gott geliebte Menschen leben zu können.“

## Bereitschaft zur Umkehr

Der christliche Glaube stellt ein Angebot an jeden Menschen dar, Jesus nachzufolgen. Immer wieder erfahren Menschen im Alltag unseres Lebens, dass sie nicht alles richtig machen und „schuldig werden“. Dadurch kann es geschehen, dass Menschen anderen Menschen Schmerz und Leid zufügen, Ängste und Sorgen bereiten. Auch Jesus war nicht vollkommen, auch er hat als Mensch Fehler gemacht, er hat an sich und seinem Glauben gezweifelt. Doch Jesus war eben auch der ‚Heiland‘; er hat Wunden geheilt, sowohl seelische und als auch körperliche.

Jesus ist immer eine Einladung an jeden Menschen guten Willens, in seinem persönlichen Leben neue Akzente zu setzen und im Sinne Jesu zu handeln und umzukehren. Die Botschaft Jesu Christi ist eine Einladung zur Verwirklichung von einem Mehr an Frieden, Gerechtigkeit und Liebe in dieser Welt. Walter Mixa formuliert dies so: „All unser Scheitern, all unsere Traurigkeiten und Enttäuschungen, unsere Krankheiten und unser Sterben-Müssen sind in ihn hineingelegt, sind in seinem Kreuz enthalten und sind sichtbar in seinem Angenagelt-Sein und seinem durchstoßenen Herzen.“ Jedes menschliche Leben kennt Höhen und Tiefen, Scheitern und Erfolg. Auf jeder Station des menschlichen Lebens besteht



die Chance, sich zu Jesus zu bekennen, zu ihm umzukehren. Jesus, der Christus, steht am Anfang und am Ende jedes menschlichen Lebens: er ist der gute Hirte, der sich um seine Schafe sorgt.

### Das Böse überwinden

Menschen werden stets auf das Neue und während ihres ganzen Lebens mit schlechten Nachrichten und Ereignissen, mit Erfahrungen des Bösen konfrontiert. Walter Mixa: *„Als Militärbischof geht es mir bei meinen Auslandsaufenthalten immer wieder unter die Haut, wenn ich sehe, von welchem Hass Menschen erfüllt sein können. Sie springen einander wie wild gewordene Hunde an die Kehle, sprengen Häuser von Andersdenkenden oder Angehörigen anderer Volksgruppen heimtückisch in die Luft. ... Was mich im Innersten beunruhigt, sind diese Feindseligkeiten unter den Menschen, ob nun in Bosnien oder im Kosovo, in Uganda oder in anderen Teilen der Welt.“*

Immer mehr dringt heute in das öffentliche Bewusstsein, dass Gewalt und Krieg keine politischen Lösungen voran bringen oder gar ermöglichen. „Krieg ist immer eine Niederlage für die Menschheit“, hat Papst Johannes Paul II. nochmals im Kontext des Irak-Krieges unterstrichen. Sich auf das Böse einlassen, hat die Menschheit zu keinem Zeitpunkt weiter gebracht, wohl aber, wenn sie der Friedensbotschaft Jesu folgten. Walter Mixa: *„Die einzige menschenwürdige und mögliche Lösung für die Überwindung unserer Probleme lautet nicht, man könne hier und jetzt eine heile Welt schaffen. Aber wir können mit Gewissheit bezeugen: Das Böse und der Tod haben nicht das letzte Wort, sondern diese absolute hingabebereite Liebe.“* Der christliche Gott will nicht bestrafen, sondern er intendiert das Heil für jeden Menschen. Durch Ehrfurcht vor Gott und vor den Menschen erwachsen neue Chancen für die Überwindung von Unfrieden.

Das Böse lässt sich durch Liebe in vier Zielrichtungen überwinden.

- (1) Die erste Zielrichtung christlicher Liebe ist ausgerichtet auf Gottvater, den Vater unseres Herrn Jesus Christus. Bestandteil dieses Liebesdienstes, dieser Gottesliebe (Mt 22,37) ist die

Feier des sonntäglichen Gottesdienstes in der Eucharistie.

- (2) Die zweite Ausrichtung der Liebe besteht in der Nächstenliebe: „Ein zweites Gebot ist diesem ersten gleich, den Nächsten sollst du lieben wie dich selbst.“ (Mt 22,39) Dazu gehört die Beantwortung der Frage, wie ein jeder zu sich selbst steht, mit seinen Fähigkeiten und Eigenschaften, und mit seiner Bereitschaft zur Selbstdisziplin, ohne die es keine innere Befreiung gibt.
- (3) Eine dritte Zielrichtung ist ausgerichtet auf den Nächsten, ihn zu lieben wie sich selbst. Zu diesem Liebesdienst gehört die Achtung vor dem Lebensrecht und dem Schutz des Nächsten. Walter Mixa: *„Für meine Begriffe ist es ganz wertvoll, im Neuen Testament zu lesen, dass beispielsweise Jesus nie etwas gegen Soldaten sagt. Er sagt auch nie etwas gegen diejenigen, die eine gewisse Macht ausüben, die andere führen und leiten müssen. Er mahnt vielmehr die Soldaten, die Machthaber und die Reichen, dass sie das, was sie tun, für die anderen tun und sich dabei niemals über andere erheben dürfen, sondern Gerechtigkeit und Frieden immer vor Augen haben müssen. Dann werden sie das Ziel des Lebens auf dieser Welt und das Ziel des Lebens über den Tod hinaus in der Ewigkeit erreichen.“*
- (4) Die Feindesliebe stellt eine vierte Zielrichtung christlicher Liebe dar. Mit der Feindesliebe ist gemeint, nicht Böses mit Bösem zu beantworten.

### Im Dienst der Versöhnung: Aufgaben und Perspektiven

Bischof Mixa findet mitunter deutliche Worte, wenn er meint, diene der Sache. So ist ein Kapitel überschrieben mit „Unser Auftrag: Verkündigung, nicht Miesmacherei!“ Tatsächlich ist die Botschaft Jesu eine Botschaft des Friedens und der Liebe; sie baut nicht auf dem Schaden oder den Niederlagen anderer auf, sie findet keinen Gefallen daran, andere schlecht, eben ‚mies‘ zu machen. Jedoch vermag die christliche Botschaft Orientierung zu vermitteln, was von zentraler Bedeutung in Zeiten ist, die in ihrer Mehrdimensiona-

lität und Komplexität für den Einzelnen immer schwieriger zu verstehen sind. Der christliche Glaube vermag Antworten zu geben auf die Fragen nach dem Sinn und Ziel des menschlichen Lebens.

Die derzeit größte gesellschaftliche Herausforderung erwächst aus dem Umstand, dass es in der bundesdeutschen Gesellschaft keinen Wertekonsens gibt, wir stattdessen einen tief greifenden Wertewandel erleben. „Grundwerte“, wie sie noch in den siebziger und achtziger weitgehend akzeptiert wurden, sind inzwischen in Frage gestellt. Dazu gehört, dass etwa Institutionen wie „Ehe“ und „Familie“ keine gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten mehr sind. Familien geraten vielfach in gesellschaftliches Abseits und in soziale Not. In einer Gesellschaft, der es an gemeinsamen Grundwerten mangelt, fällt Versöhnung, fällt das gesellschaftliche Miteinander schwer. Hier kann der christliche Glaube eine Hilfe sein, um Brücken zu bauen. Walter Mixa: *„Jesus ist der Messias, der wirklich von Gott Gesandte, der nicht nur unser Leben teilt bis in die letzte Konsequenz des Todes, sondern uns durch seine wahre Auferstehung die Gewissheit gibt, dass nicht das Böse und der Hass in seinen unterschiedlichen Ausprägungen und auch nicht der Tod den Sieg davontragen.“* In diesem Zusammenhang kommt dem interreligiösen Dialog eine wichtige Rolle zu, der einen Beitrag leisten kann, um Grenzen zu überwinden und Frieden zu suchen, ohne dabei die Achtung vor den Überzeugungen anderer zu missachten. Versöhnung kann nur dort nachhaltig Platz greifen, wo auch Bekenntnis zum Glauben an die Herzlichkeit Gottes abgelegt wird. Aus der Sicht der katholischen Soziallehre geht es darum, die Frage der ethischen Legitimität militärischer Gewaltanwendung offen zu halten auf die größere Perspektive des „gerechten Friedens“.

### Das Vaterunser

Verschiedentlich wurde durch Mixa das Thema Gottesliebe angesprochen als zentralem Bestandteil eines christlichen Verständnisses von Frieden und Versöhnung. Doch wie mit Gott kommunizieren? Hier bietet sich wie seit alters her das Ge-

bet an, vor allem das Vaterunser als wichtigem Grundgebet. Viele Menschen heute meinen, beten sei überholt, oder sie hätten keine Zeit zum Beten. Mancher würde gerne beten wollen, findet sich aber nicht in der Sprache traditioneller Gebete wieder. Dies mag auf einige Gebetstexte für einzelne Menschen zutreffen. Das Gebet des Herrn jedoch, das Vaterunser, hat an Aktualität und Aussagekraft bis heute nichts verloren, so Walter Mixa: „Man muss zuinnerst ergreifen, was es heißt: *’Dein Wille geschehe, wie im Himmel so auf Erden.’* So unbegreiflich manches Leid und früher Tod in unserem Leben sind, so provozierend ist es auch, dass Gott durch Jesus Christus nicht in irgendeiner vordergründig tröstlichen Weise unser Leben ernst nimmt, sondern dass er es blutig ernst nimmt, im wahrsten Sinne des Wortes.“

Das Gebet des Herrn ist ein Gebet, welches Menschen in besonderer Weise für sich einnimmt, da es von letzten Wahrheiten, von Gottes Liebe zu den Menschen, von seinem Willen von Anbeginn der Zeiten bis in Ewigkeit kündigt. Mixa setzt sich in seinem Text mit jeder Zeile des Vaterunsers auseinander und äußert, wie er die jeweilige Textstelle für sich persönlich und seinen christlichen Glauben wahrnimmt. Dadurch gibt der Autor Orientierung und Hilfestellung für alle, die auf der Suche nach Gott sind und die sich ihm im Gebet anvertrauen wollen.

### Im Zeichen des Kreuzes

Die Bedeutung des christlichen Glaubens für den Menschen und für die Welt wird besonders sinnfällig im Zeichen des Kreuzes in seiner ganzen Vielschichtigkeit und Tragweite. Gerade in der Gegenwart, in der Begriffe wie „Wiedergutmachung“ und „Sühne“, „Sünde“ und „Schuld“ scheinbar an Strahlkraft in den westlichen Gesellschaften verlieren, wird deutlich, dass das Kreuz Christi Maßstab für unsere Welt ist. In Jesu Christus finden Menschen einen Platz der Sündenvergebung und des Friedens – trotz aller Not und Traurigkeit, aller Ängste und Probleme um sie herum. Walter Mixa: „Das Kreuz ist seit dem Augenblick der Hinrichtung Jesu an diesem Schandpfahl und der Erfahrung seiner wahren, wirklichen, leiblichen Auferstehung nicht mehr ein ‚Minuszeichen‘, son-

dern es ist das ‚Pluszeichen‘, das wir bei allen unseren Rechnungen immer wieder setzen müssen. Durch den Menschen gewordenen, durch den gekreuzigten und auferstandenen Christus stehen wir, steht unsere Welt unter dem ‚Pluszeichen‘ des Kreuzes.“

Der Text der vorliegenden, theologischen Veröffentlichung ist einfach und verständlich geschrieben. So wie in Texten von Josef Ratzinger oftmals die wissensreiche Eloquenz des Theologieprofessors noch immer spürbar ist, so klingt in Texten von Walter Mixa jahrelange pädagogische Übung an, christliche Sichtweisen für jedermann verständlich und überzeugend darzulegen. Der Autor versteht die einzelnen Kapitel seines Textes als Meditationen. Komplizier-

sungen aus seinem christlichen Glauben heraus sucht.

Das Büchlein von Militärbischof Walter Mixa ist ganz persönlich gehalten; es reflektiert eigene Erfahrungen und Sichtweisen. Dabei benutzt der Autor lebendige Ausdrücke der Zeit und driftet nicht ab in für Nicht-Theologen schwer nachvollziehbare Begrifflichkeiten. An Wörtern wie „Mobbing“ oder „Happening“ bricht immer wieder durch, dass der Verfasser als Lehrer und Seelsorger seit Jahrzehnten auch in engem Kontakt mit der jungen Generation steht. Besonders überzeugend liest sich die Textstelle, in der Mixa vom Tod zweier seiner Schüler der 13. Klasse erfährt und der Autor äußert, auch nicht auf alle Fragen Antworten zu wissen: „Ich weiß nur eines und glaube auch daran: dass wir einmal von Gott in der Ewigkeit ein Antwort bekommen werden.“

Die Schrift von Walter Mixa stellt eine Einladung dar, sich mit den Themen Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung in den schwierigen Umbruchzeiten von Terror und Gewalt, Naturkatastrophen und Bürgerkrieg, Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit auseinanderzusetzen. Friede ist nicht irgendein abstraktes Thema, sondern ein Auftrag an jeden Christen, sich für Frieden in seinem persönlichen Umfeld einzusetzen. Wenn von Friede gesprochen wird, so sollte auch der Friede Gottes und seine Liebe zu den Menschen in den Blick genommen werden, ganz so, wie es katholischen Christen in der Feier der Heiligen Eucharistie bekennen: „Deinen Tod, o Herr, verkünden wir, und deine Auferstehung preisen wir, bist du kommst in Herrlichkeit.“

### Papst Johannes Paul II. – sichtbarer Ausdruck von Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung

Für Militärbischof Walter Mixa finden die Begriffe „Friede“, „Gerechtigkeit“ und „Versöhnung“ einen sichtbaren Ausdruck im Pilgerweg des verstorbenen Papstes Johannes Paul II. Beim Pontifikalrequiem zum Gedenken an den Heiligen Vater in der Bonner Elisabeth-Kirche am 11. April 2005 machte Mixa deutlich, dass der Papst diese Prinzipien der christlichen Gesellschaftslehre in dreifacher Hinsicht gelebt



te politische und gesellschaftliche Sachverhalte werden auf gelungene Weise skizziert und in Beziehung zum christlichen Glauben gesetzt.

Die Publikation „Friede und Versöhnung im Zeichen des Kreuzes“ ist illustriert mit Fotos von mittelalterlichen Kunstwerken aus dem Dom zu Eichstätt und vom Figurenfeld im Hessental bei Eichstätt, einem Mahnmahl gegen Krieg und Gewalt. Dieses Figurenfeld wurde vom Bildhauer und Maler Alois Wünsche-Mitterecker (1903-1975) geschaffen. Das Büchlein stellt eine empfehlenswerte Lektüre für jeden dar, der sich mit den politischen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit auseinandersetzt und nach Antworten und Lö-

habe: als „Mensch unter Menschen“, als „Beter“ und als „Prophet“.

Walter Mixa: *„Es ist nicht immer so deutlich ausgesprochen worden, dass es für alle Menschen erfahrbar geworden ist: Der Papst hat aus seinem höchsten Dienstamt für sich selbst keine herrschaftlichen Verhaltensweisen übernommen, sondern ist immer in einer beeindruckenden Weise bescheiden und ganz offen für den Menschen gewesen.“* Dem Papst ging es bei seinem Engagement im In- und Ausland nicht um Selbstdarstellung, sondern um die Vermittlung der ihm wichtigen Themen wie Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung. Johannes Paul II. wirkte als „Mensch unter Menschen“, weil er zu den Menschen ging, vor allem zu jenen in Ländern der so genannten „Dritten Welt“, die selbst einen Besuch in Rom sich nicht ermöglichen können. „Friede“ und „Gerechtigkeit“ sind dabei für den Papst unauslösbar miteinander verbunden, also die Lösung von sozialen Problem- und Konfliktslagen, und eben keine Verengung des Friedenthemas auf militärische und sicherheitspolitische Sichtweisen alleine. Der Militärbischof: *„Bei den vielen Begegnungen, die ich persönlich und mit kleineren und größeren Gruppen unserer Diözese mit dem Heiligen Vater hatte, waren es für mich und die anderen immer wieder die Erfahrungen, einem sehr gütigen und väterlichen Menschen zu begegnen.“* Vielen Menschen wird unvergessen bleiben, wie der bereits sterbenskranke Papst sich drei Tage vor seinem Tode ein letztes Mal minutenlang am Fenster seiner Wohnung zeigte und stumm den Segen an die Menschen spendete, die auf dem Petersplatz versammelt waren: auch in den letzten Tagen seines Lebens wollte er sich nicht in die stillen Kämmerlein seines Apostolischen Palastes zurückziehen, sondern „Mensch unter Menschen“ sein.

Frieden beginnt im Denken und Handeln jedes einzelnen Menschen. Wer Frieden stiften will, bedarf auch eines gewissen Maßes an Innerlichkeit, und eben diese hat der verstorbene Papst als „Beter“ vorbildlich gelebt. Walter Mixa: *„Wer bei seinen heiligen Messen in der Privatkapelle mitfeiern konnte, musste davon bewegt sein, wie intensiv und auch lan-*

*ge der Papst vor Beginn der heiligen Messe gebetet und bewusst nach der Verkündigung des Evangeliums und nach dem Empfang der heiligen Kommunion eine längere Gebetsstille eingehalten hat. Selbst bei der Begegnung mit vielen Menschen im Rahmen der Audienzen konnte man spüren, dass der Papst immer wieder in der Zwiesprache war mit seinem Herrn und Gott.“* Vielen Menschen ist noch das Bild des betenden Papstes erinnerlich, etwa vor einer Darstellung der Muttergottes; in der betenden Haltung des Papstes wird eine tiefe und überzeugende Christusverbundenheit sichtbar.

Aufgrund seiner zuinnerst geistlichen Grundeinstellung muss Johannes Paul II. auch als „Prophet“ bezeichnet werden. Sein prophetischer Friedensdienst lässt sich in dreifacher Hinsicht charakterisieren:

- a) Walter Mixa: *„Für den Papst ist Jesus Christus, der Mensch gewordene, der gekreuzigte und auferstandene Herr, Inhalt und Ziel jedes menschlichen Lebens gewesen. Ohne irgendwelche 'ideologischen' Vorstellungen zu fördern, hat er immer und überall auf den Mensch gewordenen Gottessohn gezeigt.“* Johannes Paul II. hat stets wieder neu auf Jesus Christus hingedeutet und alle Menschen, insbesondere die Jugendlichen eingeladen, ihm, dem Erlöser, ihr Vertrauen, ihre Freundschaft und ihre Liebe zu schenken. Im besonderen Maße wurde diese Verbindung zwischen den Jugendlichen und Jesus Christus auf den Weltjugendtagen seit 1986 deutlich.
- b) Der Militärbischof: *„Der prophetische Dienst dieses Papstes zeigte sich vor allem auch darin, dass er ohne Verlust der umfassenden katholischen Wahrheit bemüht gewesen ist, mit den Christen aller Konfessionen zu einer größeren Erkenntnis in der Wahrheit und auch in der kirchlichen Gemeinschaft zu kommen.“* Die Versöhnungsbitten des Papstes im Heiligen Jahr 2000 gegenüber allen, die von Christen Unrecht erfahren haben, bleiben unvergessen, ebenso der Gang des greisen Papstes zur Jerusalemer Klage-mauer. Bestandteil dieses pro-

phetischen Dienstes bildet das Herausstellen der Bedeutung der Eucharistie als Quelle und Höhepunkt des Lebens der Kirche.

- c) *„Sein prophetisches Auftreten hat uneingeschränkt über die Grenzen der Nationen, der Kulturen und der Religionen einen bleibenden Eindruck hinterlassen, da er unermüdlich nicht nur für soziale Gerechtigkeit, sondern auch für den Frieden im Zusammenleben der Völker eingetreten ist“,* so Walter Mixa. Diese eindeutige Positionierung für den Frieden ermutigte viele Menschen, sich ebenfalls für den Frieden entschieden zu engagieren, so auch seine polnischen Landsleute, wodurch der Beginn vom Ende des Ost-West-Konflikts eingeläutet wurde. Denn dadurch wurden auch viele Deutsche in der damaligen DDR gestärkt in ihrer Überzeugung, sich mit Gebeten und Kerzen für den Frieden einzusetzen.

Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung sind keine toten Theoreme, sondern sie sind durch Papst Johannes Paul II. in überzeugender und vorbildlicher Weise mit Leben gefüllt worden. Die Begeisterung vieler Jugendlicher für diesen Papst gründet darin, dass sie bei ihm ein Stück Wahrhaftigkeit erfuhren – jenseits von Einzelinteressen und Machtpolitik. Die Verwirklichung von einem Mehr an Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung in dieser Welt stellt sich als Auftrag an jeden Christen und an alle Menschen guten Willens. Friedensförderung und Friedenssicherung in dieser Welt speist sich aus der christlichen Friedenshoffnung: *„Ich bin die Auferstehung und das Leben. Wer an mich glaubt, wird leben, auch wenn er stirbt, und jeder, der lebt und an mich glaubt, wird auf ewig nicht sterben.“* (Joh 11,25-26)

*Walter Mixa: Friede und Versöhnung im Zeichen des Kreuzes. Meditationen von Bischof Walter Mixa. Vorwort von Joseph Kardinal Ratzinger. Mit Bildern aus dem Dom und dem Figurenfeld im Hessental bei Eichstätt. München: Don Bosco Verlag 2004, 120 Seiten, ISBN 3-7698-1501-7.*



# Transformationsprozess und Wehrdienst

## Petersberger Gespräche zur Sicherheit

VON ANDREAS MARTIN RAUCH

Am 19. Februar 2005 fanden auf dem Petersberg bei Bonn Gespräche zur Sicherheit in Verbindung mit der Theodor-Molinari-Stiftung statt. Im Vordergrund stand ein Vortrag von Generalleutnant Hans-Heinrich Dieter, Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr und Inspekteur der Streitkräftebasis, zum Thema „Auswirkungen des Transformationsprozesses der Bundeswehr auf Auftrag, Struktur, Personal und Ausrüstung der Streitkräfte“. General Dieter unterstrich, dass der Bundesverteidigungsminister mit den verteidigungspolitischen Richtlinien vom März 2003 und der Weisung zur Weiterentwicklung der Bundeswehr vom Oktober 2003 den Auftrag der Bundeswehr neu definiert und gewichtet sowie einen Prozess der Transformation eingeleitet hat. Übergeordnetes („Unternehmens-“) Ziel der Transformation ist die Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr vor allem im Ausland; alle anderen Ziele bleiben nachrangig. Der Prozess der Transformation umfasst vier Dimensionen:

- ein wandelndes sicherheitspolitisches Umfeld und Antworten auf neue Formen der Bedrohung,
- die Beachtung eines dynamischen Entwicklungsprozesses von Gesellschaft und Wirtschaft sowie ihre Nutzbarmachung für die Bundeswehr,
- die Integrationsförderung von technologischen Entwicklungen in der Bundeswehr mit dem Ziel, die Streitkräfte zu einer vernetzten Operationsführung streitkräftegemeinsam im multinationalen Rahmen zu befähigen und
- den Anpassungsprozess durch die Anwendung neuer Verfahren und Methoden zu gestalten.

### Bundeswehrkonzeption

Die Grundzüge der neuen militärischen Strukturen sind in der Bundeswehrkonzeption vom 9. August 2004 verankert. Bis zum Jahr 2010 sollen die Streitkräfte ihre Zielstrukturen eingenommen haben in den

neuen Krätekategorien „Eingreifkräfte“, „Stabilisierungskräfte“ und „Unterstützungskräfte“. Der Transformationsprozess führt etwa beim Heer von vormals stark gepanzerten und hoch mechanisierten Großverbänden zu stark differenzierten, leichten und luftbeweglichen Truppen. Eine angemessene Sprachkompetenz in den gängigen NATO-Sprachen ist gefordert. Eine wichtige Koordinierungsfunktion in diesem Prozess nimmt das Zentrum für Transformation der Bundeswehr in Waldbrohl ein.

General Dieter führte aus, dass hinsichtlich des Personalumfangs der Bundeswehr ein Grundumfang von 252.500 Soldaten in einem ersten Entwurf erarbeitet und dem Minister zur Billigung vorgelegt wurde. Der zivile Umfang soll bis 2010 auf 75.000 Dienstposten reduziert werden, bis Ende 2006 von rund 111.000 zivilen Dienstposten auf ca. 104.000.

Familienbetreuungszentren und Betreuungskonzepte für Auslandseinsätze sollen ebenso wie die Versorgung von Soldaten bei Dienstunfällen verbessert werden. Dieter warb um Vertrauen für das neue Konzept angesichts der Angst, die er bei vielen Betroffenen beobachtete. Hinsichtlich der Material- und Ausrüstungsplanung unterstrich der General, dass die Bundeswehr sich von allen Planungen trennte, die nicht zwingend erforderlich sind.

### Wehrdienst

Zum zweiten Thementeil „Wehrdienst“ referierte Ines-Jacqueline Werkner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, dass deutliche Reduzierungen hinsichtlich der Wehrdienstdauer und des Anteils der Wehrpflichtigen in den Streitkräften erkennbar sind. Ein Grossteil der EU- und NATO-Staaten weist inzwischen Wehrpflichtanteile von deutlich weniger als fünfzig Prozent auf; bei zwei Dritteln dieser Länder liegt der Wehrpflichtigenanteil unter dreißig Prozent, womit eine

selektive Einberufung von Wehrpflichtigen – auch bestimmt durch die jeweilige Ausbildung – vorliegt. Insgesamt ist ein eindeutiger Trend zu Freiwilligenarmeen festzustellen. Betrachtet man die EU- und NATO-Staaten, so besaßen 1990 fünf dieser Staaten Freiwilligenarmeen (USA, Kanada, Großbritannien, Irland und Luxemburg). 2005 verfügen bereits elf der EU- und NATO-Staaten über Freiwilligenarmeen (Belgien, Niederlande, Frankreich, Spanien, Slowenien und Portugal). Ungarn, Tschechien und Italien befinden sich gegenwärtig in der Umstellung. Und bis 2006 werden es mindestens sieben sein (Slowakei, Bulgarien, Rumänien).

Gründe für die Aussetzung der Wehrpflicht sind in Europa relativ einheitlich erkennbar: Änderungen der sicherheitspolitischen Lage nach 1989, die steigende Bedeutung internationaler Einsätze, das Problem der Einsatzfähigkeit von Wehrpflichtigen bei internationalen Einsätzen, eine zunehmende Wehrungerechtigkeit infolge stark reduzierter Streitkräfteumfänge und eine abnehmende Akzeptanz der allgemeinen Wehrpflicht in der Bevölkerung. An der Wehrpflicht halten gegenwärtig die skandinavischen und baltischen Staaten, die neutralen Staaten, die Türkei und Griechenland vor dem Hintergrund ihrer zwischenstaatlichen Konflikte sowie Deutschland und Polen fest.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Walter Kolbow, stellte klar, dass die Bundeswehr in allen drei von General Dieter genannten Krätekategorien auf Wehrpflichtige angewiesen ist: „Während die freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistenden in Auslandseinsätzen einsatzwichtige Funktionen übernehmen, tragen die Grundwehrdienstleistenden in den Unterstützungskräften im Inland zum Erhalt der Einsatzfähigkeit und der Durchhaltefähigkeit der Einsatz-

Fortsetzung auf Seite 25 u.

# Ethische Grenzsituation für Soldaten – Zur Problematik des Luftsicherheitsgesetzes

Bericht über eine Diskussion am 25. Feb. 2005 in Bonn

VON KLAUS ACHMANN

**D**er Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten diskutierte in seiner ersten Sitzung dieses Jahres am 25. Februar 2005 in Bonn die schwierige Problematik des Luftsicherheitsgesetzes. Dieses Gesetz war erst kürzlich mit der Unterzeichnung durch den Bundespräsident und der nachfolgenden Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt in Kraft getreten. Es hat unter Soldaten, aber auch unter den verantwortlichen Politikern eine lebhaft und kontroverse Diskussion ausgelöst. Da es für den einzelnen sehr schwierig ist, sich ein abgerundetes Urteil über dieses Gesetz zu bilden, hatte der Bundesvorstand der Gemeinschaft Katholischer Soldaten den zuständigen Sachausschuss beauftragt, sich damit zu befassen. Ziel sollte sein, den Mitgliedern der GKS eine fundierte Hilfe zur Meinungsbildung an die Hand zu geben. Zugleich sollte ein Beitrag zur öffentlichen Diskussion geleistet werden.

Die Diskussion im Ausschuss wurde eingeleitet durch Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden in Hamburg. Er machte deutlich, dass die mit dem Luftsicherheitsgesetz verbundenen ethischen und rechtlichen Fragen auch an seinem Institut vertieft diskutiert werden. Allerdings sei die Meinungsbildung dort noch nicht abgeschlossen. Dabei stünden zwei Komplexe im Mittelpunkt der Betrachtung: Zum einen die Frage, ob der im Gesetz vorgesehene Einsatz der Bundeswehr ohne Änderung des Grundgesetzes gesetzlich geregelt werden kann, zum anderen das Problem der Abwägung zwischen Menschenleben durch den Gesetzge-

ber.

Dr. Justenhoven stellte wichtige Meinungsbeiträge aus der öffentlichen Diskussion vor:

## a. Dr. Burkard Hirsch

(Vizepräsident des Dt. Bundestages a.D.; in: SZ v. 10.05.04):

Nach der Auffassung Hirschs definiert das Luftsicherheitsgesetz das Problem nicht hinreichend. Offen blieben zentrale Fragestellungen: Soll eine Vermutung des über einen Abschuss entscheidenden Bundesministers der Verteidigung über die Absicht der Flugzeugentführer genügen? Welchen Maßstab soll er anlegen? Welche Gewissheit benötigt er für seine Entscheidung? Ist die An-

zahl der betroffenen Passagiere relevant?

Völlig offen seien ganz grundsätzliche Fragen: Ist die direkte Tötung von Passagieren zulässig, um den Tod anderer Menschen zu vermeiden? Was bedeutet das strafrechtliche Verbot einer Abwägung von Menschenleben für den handelnden Soldaten?

## b. Reinhard Merkel,

(in: DIE ZEIT v. 08.07.04)

Merkel äußert eine sehr grundsätzliche Kritik. Nach seiner Meinung verweigert der Staat durch die Regelung des Luftsicherheitsgesetzes den Lebensschutz in einer Situation, die der Abwägung entzogen ist. Zwar sei Güterabwägung grundsätzlich ein zulässiges Vorgehen, nie aber dürften Menschenleben gegeneinander abgewogen werden.

Das Problem – so Merkel – bestehe darin, dass Terroristen im Kern auf die Zerstörung des Rechtsstaates abzielten und damit die Garantiefunktion des Rechtsstaates angriffen.

Dr. Justenhoven vertrat dem gegenüber die Auffassung, dass die staatliche Ordnung als Ganzes wohl nicht so leicht zu erschüttern sei. Das Argument Merkels sei daher zu hinterfragen.

## c. Prof. Michael Pawlik,

Priv. Dozent für Strafrecht, Bonn  
(in: FAZ v. 19.07.04)

Pawlik führt aus, dass der Staat die Aufgabe habe, den Grundrechtsschutz des Bürgers zu gewährleisten. Diese Pflicht werde nach der Regelung des Luftsicherheitsgesetzes ausgesetzt, um größeres Unheil zu vermeiden.

Aus Art. 20 GG (Widerstandsrecht) könne der Rechtsgedanke abgeleitet werden, dass vom Bürger unter gewissen Umständen verlangt werden könne, sein Leben zu opfern.

Dr. Justenhoven merkte dazu an, die Bezugnahme auf das Widerstandsrecht sei fraglich, weil die betroffenen Bürger als Passagiere des abzuschießenden Flugzeugs nicht gefragt würden.

## d. Franz-Josef Lindner

(in: FAZ v. 15.10.04)

Dieser Autor kommt zu dem Er-

## Fortsetzung von Seite 25

kontingente entscheidend bei.“ In allen drei Krätekategorien zusammen wird die Bundeswehr künftig über 55.000 Wehrpflichtige verfügen, wofür jährlich rund 62.000 Wehrpflichtige eingezogen werden müssen. Davon entfallen 30.000 auf Grundwehrdienstleistende und 25.000 auf freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistende.

Staatssekretär Kolbow unterstrich, dass der Transformationsprozess der Bundeswehr nur erfolgreich mit der Wehrpflicht zusammen gestaltet werden kann. Ein Wegfall

der Wehrpflicht hätte weitreichende Konsequenzen, nicht nur strukturell und finanziell, sondern auch sicherheitspolitisch. Bei einer Umstellung auf eine reine Freiwilligenarmee bleibe der Bundesregierung nur die Wahl zwischen einer drastischen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes oder eine weitere massive Reduzierung des bisherigen Umfangs. Beide Optionen erscheinen sicherheits- als auch haushaltspolitisch unsinnig, da sie zudem negative Auswirkungen auf den Einsatzwert der Bundeswehr und die Stellung Deutschlands im Nordatlantischen Bündnis hätten. □

gebnis, dass es sich bei einem von Terroristen beabsichtigten Absturz eines Passagierflugzeuges auf eine große Menschenansammlung um eine ausweglose Situation handele. Eine Lösung sei nicht möglich. Letztlich liege hier ein rechtsfreier Raum vor.

Dr. Justenhoven stellt abschließend fest, das nach seiner Auffassung die Legitimität des Luftsicherheitsgesetzes im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung nicht begründet werden könne. Durch das Gesetz sei er vom Grundgesetz geforderte absolute Schutz des Lebens nicht mehr gegeben.

**d. Prof. Dr. Gerhard Beestermöller, Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel**  
(Argumentation im Wortlaut s. neben stehender Beitrag)

Nach Prof. Beestermöller kann das Verbot der Tötung Unschuldiger nicht aufgehoben werden, ohne unsere Rechtsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen. Auch das Argument, die Schutzfunktion des Staates werde bedroht und müsse erhalten werden, führe zu keiner Lösung. Zu fragen sei, ob diese Schutzfunktion durch einen einzelnen Terrorangriff tatsächlich gefährdet werden könne.

Schließlich sei zu fragen, ob es sich tatsächlich um eine Lage handle, in der nicht zwischen den Terroristen und unschuldigen Passagieren unterschieden werden könne.

Ein denkbarer Lösungsansatz könnte darin bestehen, zu prüfen, ob der Abschuss in einer Weise möglich wäre, dass die Tötung Unschuldiger zwar vorhersehbar, aber nicht unmittelbar beabsichtigt ist. Dies würde gegenüber der beabsichtigten Tötung der Passagiere einen erheblichen moralischen Unterschied bedeuten.

Die nachfolgende Aussprache war gekennzeichnet von der im Ausschuss vertretenen reichen Berufs- und Lebenserfahrung der Soldaten und ihrer Betroffenheit durch die im Luftsicherheitsgesetz getroffenen Regelungen. Eine abschließende gemeinsame Antwort auf die komplizierten ethischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Luftsicherheitsgesetz war nicht möglich und auch nicht zu erwarten. Es wurden jedoch wichtige Gesichtspunkte und Auffassungen vorgetragen:

– Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Anwendung militärischer Gewalt, also die Abwägung des Lebens weniger Menschen gegen das Leben vieler Menschen, kann hier nicht angewendet werden. Dieser Grundsatz wurde für den Fall militärischer Gewaltanwendung gegen einen Angreifer entwickelt.

– Dem Staat obliegt eine Handlungspflicht zum Schutz seiner Bürger. Die Diskussionsteilnehmer vertraten unterschiedliche Auffassungen zu der Frage, ob dies auch zu einer Pflicht zum Abschuss des von Terroristen für einen Massenmord entführten Passagierflugzeuges führen

könne.

– Teilweise wurde die Auffassung vertreten, das Luftsicherheitsgesetz sei zwar verfassungswidrig, aber die Verantwortlichen müssten dennoch handeln, also das Passagierflugzeug in der geschilderten Situation abschießen. Die Verantwortlichen seien dann zwar nicht gerechtfertigt, aber strafrechtlich entschuldigt.

– Für den Soldaten sei wichtig, dass der Pilot des Kampfflugzeuges, der den Abschuss einer Passagiermaschine durchführt, durch das Luftsicherheitsgesetz vor strafrechtlichen Folgen geschützt ist.

Der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ wird die Diskussion fortsetzen. □

## Ist im Krieg gegen Terrorismus alles erlaubt?

### Zu der Problematik des Luftsicherungsgesetzes

VON GERHARD BEESTERMÖLLER

**S**tellen wir uns folgenden Fall vor: Einer Gruppe von Terroristen gelingt es, sich eines Flugzeuges zu bemächtigen. Das Flugzeug nähert sich Frankfurt am Main. Aus den abgehörten Gesprächen im Cockpit wird zweifelsfrei deutlich, dass die Terroristen das Flugzeug in den Messturm lenken werden. Zur gleichen Zeit befindet sich eine Maschine der Luftwaffe in hinreichender Nähe zu dem entführten Luftfahrzeug, und es verfügt über die notwendige Bewaffnung, dieses abzuschießen. Würde die Passagiermaschine nicht unter Beschuss genommen, würden mit größter Wahrscheinlichkeit sowohl die Fluggäste als auch die vielen Menschen, die sich im Messturm aufhalten, zu Tode kommen. Würde hingegen das Flugzeug abgeschossen, würden ausschließlich dessen Insassen – das sei hier einmal unterstellt – sterben. Was spricht dagegen, den Piloten der Luftwaffe einen entsprechenden Befehl zu erteilen? Warum soll es verboten sein, unschuldige Menschen zu retten und dabei anderen das Leben zu nehmen, wenn man unterstellen muss, dass diese schon so gut wie tot sind?

Nach Meinung des Bundestages jedenfalls gibt es keine zwingenden Gründe, ein derartiges Flugzeug nicht abzuschießen: „Die unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt ist nur zulässig, wenn nach den Umständen davon auszugehen ist, dass das Luftfahrzeug gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden soll, und sie das einzige Mittel zur Abwehr dieser gegenwärtigen Gefahr ist.“ So die entscheidenden Worte des neuen „Gesetz(es) zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben“ (§ 14 Absatz 3), das am 24. September 2004 vom Bundestag beschlossen wurde. Es soll dem Staat erlauben,

unter bestimmten Umständen unschuldige Menschen zu töten, deren Leben nicht gerettet werden kann, um das Leben anderer unschuldiger Menschen zu retten.

Was ist gegen eine derartige Abwägung zu sagen? Stellt sie nicht einfach eine Forderung des gesunden Menschenverstandes dar? Folgt man der Argumentation des Hamburger Rechtsphilosophen Reinhard Merkel (Reinhard Merkel ist Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg), ist das keineswegs der Fall. Für ihn läuft der Gesetzentwurf darauf hinaus, dem Staat zu erlauben, angesichts einer



äußersten Bedrohung Menschen aus dem Bereich des Rechts auszuschließen, was die grundgesetzliche Ordnung der Bundesrepublik aufs Schwerste verletze (DIE ZEIT, 08.07.2004).

In der Tat stellt auch m.E. eine Legalisierung der Tötung Unschuldiger und darüber hinaus durch den Garanten des Rechts selbst unter allen denkbaren Bedingungen einen schweren Bruch unserer Rechtsordnung dar. Denn es ist das Wesen individueller Grundrechte, dass sie sich jeder Verrechnung sowohl mit den Rechten anderer Einzelner als auch sogar mit dem Bestand des Gemeinwesens entziehen.

Die Argumentation von Merkel lässt sich in diesem Punkt noch verstärken. Die Tötung Unschuldiger ist auch dann nicht rechtfertigungsfähig, wenn den todgeweihten Menschen, die zum Schutz anderer durch den Staat sozusagen vorab getötet werden sollen, nur noch einige Minuten zu leben bleiben. Wie viele der am 11. September 2001 zu Tode Gekommenen haben vielleicht in den letzten Sekunden ihres Lebens ihren Lieben die entscheidenden, erlösenden Worte, zu denen sie sich jahrelang nicht haben durchringen können, über ihr Handy noch sagen können? Aber auch dann, wenn es in dem Flugzeug neben den Terroristen nur einen einzigen Menschen geben sollte, der seit Jahrzehnten im Koma und der darüber hinaus im Sterben liegt, lässt sich ein Abschuss dieser Maschine nicht legitimieren. Denn die Menschenwürde und das aus ihr erwachsene Lebensrecht haben ihren Grund darin, dass der Mensch eine zur Sittlichkeit fähige Person ist. Nur deshalb hat sein „Dasein an sich selbst einen absoluten Wert“ (Kant). Würde man diesen Wert an irgendein Kriterium binden, das ein Mensch über seine schlichte Zugehörigkeit zur Spezies Mensch hinaus erfüllen kann oder nicht, und sei es ein Minimum an Lebenserwartung, würde man eine Setzung vornehmen. Der Wert des Menschen wäre dann nur noch eine relative Größe, nämlich abhängig von der Entscheidung dessen, der diese Kriterien festlegt.

In diesem Punkt sehe ich keine Differenz zwischen dem Hamburger Rechtsphilosophen und mir. Hingegen scheint er aber der Ansicht zu

sein, dass sich der Abschuss eines Passagierflugzeuges in Szenarien der beschriebenen Art letztlich doch rechtfertigen lasse. Das möchte ich entschieden bestreiten. Die direkte Tötung unschuldiger Menschen ist m.E. unter keinen Umständen erlaubt.

Ich bin mir sehr wohl darüber im Klaren, dass dies starke Worte sind. Ich bin mir auch durchaus der Tragik bewusst, die Situationen der beschriebenen Art bedeuten. Es bedarf keiner weitschweifender Erläuterungen, um die Gewissensnot derjenigen zu erkennen, die für unsere gesetzliche Ordnung Verantwortung zu tragen haben, und derjenigen, die im kritischen Augenblick über das Leben vieler, vieler unschuldiger Menschen entscheiden müssen – so oder so. Das alles kann aber nicht davon abhalten, sondern muss uns gerade dazu zwingen, die Dinge zwar mit glühendem Herzen, aber eben mit kühlem Verstand konsequent zu bedenken.

Müssen wir also tatenlos zusehen, wie das Flugzeug in den Messturm stürzt? Alles in uns sträubt sich gegen diese Schlussfolgerung. Merkel jedenfalls sucht nach einer Möglichkeit, einen Abschuss am Ende doch legitimieren zu können; dann nämlich, wenn von derartigen terroristischen Aktionen die staatliche Rechtsmacht in ihrem Fortbestand bedroht wird. Die Erhaltung der friedens- und rechtsichernden Macht des Staates ist eine Bedingung sine qua non seiner Legitimität. Wenn also der Staat als äußerstes Mittel seiner Selbsterhaltung Unschuldige tötet, dann ist er, so muss man die Argumentation wohl interpretieren, gerechtfertigt. Es ehrt den Hamburger Rechtsphilosophen, dass er keinen Zweifel daran aufkommen lässt, dass eine derartige Auffassung mit unserem Grundgesetz und den es repräsentierenden Grundnormen bricht. Denn es würde bestimmte Menschen aus dem Kreis der Grundrechtsträger ausschließen.

Mir scheint, dass man diese Argumentation an diesem Punkt noch verschärfen muss. Wer unschuldige Menschen unter bestimmten Bedingungen aus dem Kreis des Rechts ausschließt, schließt alle aus, die diese Bedingungen erfüllen, und, da alle zu diesem Kreis gehören könnten: jeden! Wer dies legitimieren

will, und zugleich zugibt, dass es sich im Sinnzusammenhang unserer Rechtsordnung nicht legitimieren lässt, hat nur zwei Möglichkeiten. Eine erste Alternative besteht darin zuzugeben, dass die direkte Tötung Unschuldiger einen direkten Bruch mit den grundlegenden Normüberzeugungen darstellt, für die unsere Ordnung steht. Die zweite Alternative besteht darin zu behaupten, es gäbe sozusagen oberhalb des Normensystems, auf dem unser Staat ruhe, eine übergreifende Legitimationsebene. Unser Normensystem stelle im Blick auf diese Ebene sozusagen eine erste Anwendung dar, die für die allermeisten Fälle gelte. Daneben gäbe es aber noch Fälle wie der unseres Flugzeugs. Eine Anwendung der obersten Normebene auf diese Fälle würde eben zu Handlungsanweisungen jenseits der Möglichkeiten unserer Ordnung führen. Auch diese Alternative stellt einen Bruch mit unseren Grundnormen dar, die sich sozusagen als Erst- bzw. Letztgrößen verstehen.

Vielleicht ein wenig zu spitz formuliert, läuft die Argumentation Merkels darauf hinaus, dass im Krieg gegen den Terrorismus alles erlaubt ist, was zur Sicherung des Bestandes des Staates notwendig ist. Der Unterschied zur klassischen Kriegsethik besteht im Wesentlichen darin, dass es dort in der Regel um die Frage geht, in welchem Umfang man die Zivilbevölkerung des Staates, gegen den man Waffengewalt richtet, in Mitleidenschaft ziehen darf. Hier hingegen läuft es auf die Frage hinaus, inwiefern man legitimiert ist, unschuldigen Menschen der eigenen Bevölkerung in der gewaltsamen Bekämpfung des Terrorismus das Leben zu nehmen. Merkel, so scheint es mir, bricht mit der Tradition des sogenannten ‚ius in bello‘, in dem es darum geht, dem Staat in der Wahl seiner Mittel auch in äußerster Selbstverteidigung Grenzen zu ziehen.

Hier drängt sich sofort eine Frage auf: Wie soll sich ein Staat mit Waffengewalt verteidigen können, ohne auch nur einen einzigen unschuldigen Menschen zu töten? Läuft diese Forderung nicht darauf hinaus, eine kampflose Kapitulation zu fordern? Kann man eine derartige Forderung allen ethischen Ernstes erheben?

Nun, die klassische Kriegsethik fordert keineswegs, jedwede Gewaltanwendung schlechthin zu unterlassen, die nach menschlichem Ermessen Unschuldigen das Leben nimmt. Sie sucht vielmehr nach einem schmalen Grat zwischen Scylla und Charybdis, nämlich auf der einen Seite Menschen schutzlos ungerechter Gewalt zu überlassen und auf der anderen Seite auch nur einen Menschen zu instrumentalisieren.

Um hier Grund unter die Füße zu bekommen, unterscheidet das klassische ius in bello zwischen der direkten und der indirekten Tötung von Unschuldigen. Demzufolge ist es ethisch ein himmelweiter Unterschied, ob ein unschuldiger Mensch in Folge einer kriegerischen Handlung zu Tode kommt, die sich direkt gegen ihn richtet, oder ob sein Tod als deren Nebenfolge eintritt.

Stellen wir uns vor, wir könnten einen Terroristen nur dadurch von einem schweren Anschlag abhalten, in dem wir ihn hier und jetzt in die Luft jagen. Wir nehmen uns vor, nicht mehr Sprengstoff zu verwenden als unbedingt notwendig. Zugleich wis-

sen wir, dass es dennoch eine unvermeidbare Splitterwirkung geben wird, die ein in der Nähe spielendes Kind töten wird. Folgt man dem Prinzip der Doppelwirkung einer Handlung, wäre für die sittliche Bewertung dieser Tat die Tötung des Terroristen und damit die Verhinderung weiterer Terroranschläge und nicht der Tod des Kindes entscheidend. Wer so handelt, verletzt nicht auf illegitime Weise das Lebensrechts des unschuldigen Kindes.

Bei Handlungen mit Todesfolge von Nebenwirkungen zu sprechen, hat in der letzten Zeit eine schlechte Presse. Vor wenigen Jahren wurde gar das Wort „Kollateralschaden“ zum Unwort des Jahres erkoren. Es soll nicht bestritten werden, dass es die Möglichkeit einräumt, beispielsweise die Tötung von unschuldigen Menschen im Krieg auf missbräuchliche Weise zu rechtfertigen. Natürlich kann man eine Kriegshandlung, die eine ganze Stadt in Schutt und Asche legt, nicht dadurch legitimieren, dass sie aus der Intention geführt wurde, ein bestimmtes militärisches Ziel innerhalb des Stadtgebie-

tes zu treffen. Im rechten Gebrauch des Begriffs geht es vielmehr gerade darum, das Argument abzuwehren, durch Verweis auf die gute Intention des Handelnden jedwede Schadensdimension legitimieren zu können.

Die Tötung von Unschuldigen ist aber nicht schon dann legitim, wenn sie sich als eine Nebenwirkung einer rechtfertigbaren Hauptwirkung darstellen lässt. Vielmehr fordert das Prinzip der Doppelwirkung als zweite Bedingung, dass beide Wirkungen zugleich aus der Handlung hervorgehen. Die dritte Bedingung ist, dass sich der Haupteffekt der Handlung nicht auf andere, sittlich weniger problematische Weise erreichen lässt. Die vierte Bedingung besteht darin, dass die positiven Wirkungen im Verhältnis zu den negativen stehen. Erst die fünfte Bedingung hebt auf die Intention des Handelnden ab. Er handelt nur dann schuldfrei, wenn er ausschließlich durch die positiven Wirkungen motiviert ist und die negativen nur bedauernd in Kauf nimmt.

Natürlich kann man das Prinzip der Doppelwirkung in Frage stellen. Vielleicht muss man das auch. Wird die Unverrechenbarkeit eines jeden menschlichen Lebens hier wirklich gewahrt? Soviel lässt sich aber sagen: Wenn sich der Abschuss einer zivilen Maschine nicht einmal mittels dieses Prinzips rechtfertigen lässt, dann zeigt sich überhaupt kein Ansatz für eine mögliche Rechtfertigung. Der Abschuss muss dann m. E. als verwerflich gelten und unterbleiben, wenn man denn daran festhalten will, dass auch im Krieg nicht alles erlaubt ist, dass auch der Krieg gegen Terrorismus keine grundwertfreie Zone schafft.

Ließe sich nun der Abschuss einer Passagiermaschine mittels des Prinzips der Doppelwirkung rechtfertigen? Ich denke nicht, obwohl der Tod der Passagiere und der Terroristen in keinem kausalen Verhältnis miteinander verbunden sind, die Rettung der einen und der Tod der anderen zugleich aus der Handlung hervorgehen, sehr viele Menschen gerettet werden können und die Anweisenden und Ausführenden den Tod der Unschuldigen nur bedauernd in Kauf nehmen, was man ohne weiteres unterstellen kann! Denn wer ein Flugzeug abschießt, tötet Terror-

#### MORALTHEOLOGE SCHOCKENHOFF ZUR PROBLEMATIK DES LUFTSICHERHEITSGESETZES

##### Klare Position: Flugzeugabschuss im Sonderfall ethisch vertretbar

**D**as Abschießen eines von Terroristen gekidnappten Verkehrsflugzeugs kann nach Ansicht des Freiburger Moraltheologen Eberhard Schockenhoff in bestimmten Fällen ethisch vertretbar sein. Es könne ethisch erlaubt sein, „noch rettbares Leben dem ohnehin unrettbaren vorzuziehen“, sagte das Mitglied des Nationalen Ethikrats am 13. Januar in Freiburg der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Der katholische Theologe bezog sich dabei auf den angenommenen Fall, dass Kidnapper ein Flugzeug als Waffe in ein Hochhaus stürzen könnten. Gleichzeitig hob er hervor, dass das Abwägen menschlichen Lebens unter einem rein quantitativen Gesichtspunkt ethisch unzulässig sei.

Schockenhoff sagte im Zusammenhang mit dem Streit um das neue Luftsicherheitsgesetz, ein solcher Abschuss sei nur in dem tragischen Sonderfall denkbar, dass es keine Möglichkeit gebe, das Leben der Fluggäste zu retten. An die Feststellung dieser Voraussetzung müssten die „höchsten Anforderungen gestellt werden“. Der Moraltheologe hält eine Überprüfung des umstrittenen Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht für wünschenswert, damit eventuelle Zweifel an seiner Verfassungsmäßigkeit sicher ausgeschlossen werden könnten. „Es wäre in einer solchen extremen Notsituation keinem der Beteiligten zumutbar, unter einem verfassungsrechtlichen Risiko handeln zu müssen“, betonte Schockenhoff. – Bundespräsident Horst Köhler hatte das Gesetz, das den Abschuss von entführten Flugzeugen durch die Bundeswehr erlaubt, zwar unterzeichnet, aber wegen erheblicher Zweifel eine verfassungsrechtliche Prüfung angeregt. Damit zog er sich den Unmut von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) zu.

(KNA)

risten und Passagiere unterschiedslos in einem. Es mag in vielen Fällen schwierig sein zu bestimmen, ob man noch zwischen Haupt- und Nebenwirkungen unterscheiden kann oder nur von einer einzigen Wirkung sprechen muss. Im Fall des Flugzeugabschusses scheint mir die Sache genauso eindeutig wie im Fall eines Hauses, in dessen Keller sich Soldaten befinden. Dieses Haus samt seinen Bewohnern in die Luft zu sprengen kann nicht mittels der Kategorie der Nebenfolge einer legitimen

Kriegshandlung gerechtfertigt werden.

Daher ist der Abschuss eines zivilen Flugzeuges in Szenarien der geschilderten Art nicht zu legitimieren, ohne die rechtsmoralische Identität unseres Gemeinwesens aufzugeben und ohne mit jenen Traditionen zu brechen, in denen sie wurzelt. Alles in uns sträubt sich gegen diese Konsequenz – aber gegen den Abschuss von Passagierflugzeugen doch wohl nicht weniger!!

Was wir heute dringend brau-

chen, ist eine breit geführte Debatte über die Grenzen legitimer Gewalt. Es sei nur an die Beiträge erinnert, die die Absolutheit des Folterverbotes in Zweifel ziehen. Im Grunde brauchen wir eine neue Grundwertedebatte. Es ist zu vermuten, dass die CDU/CSU vor das Bundesverfassungsgericht ziehen wird. Vielleicht findet das Thema auf diese Weise die notwendige Aufmerksamkeit, die es bisher erstaunlicherweise nicht gefunden hat. Wir sollten uns Zeit lassen, zuviel steht auf dem Spiel! □

## Luftsicherheitsgesetz

Der Bundestag hat am 24. September 2004 das  
Luftsicherheitsgesetz beschlossen

### Konsequenzen aus dem 11. September

Im Kern des Gesetzes stehen die Regelungen, wie in Zukunft die Bundeswehr die Polizei in solchen Fällen einer schweren Bedrohung der Luftsicherheit unterstützen kann. Zum Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs ist es dazu zunächst erforderlich, klare Zuständigkeiten bei Bund und Ländern zu schaffen. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft die notwendigen schnellen und effizienten Informations- und Entscheidungsstrukturen und erhöht so die Sicherheit vor äußeren Angriffen auf den Luftverkehr.

Der Einsatz der Streitkräfte wird in den Fällen, in denen die Polizeibehörden der Länder nicht über die personelle und technische Ausstattung zum Handeln verfügen, ausdrücklich geregelt. Die Handlungsbefugnisse der Streitkräfte beschränken sich auf Gefahrenlagen, in denen ein besonders schwerer Unglücksfall bevorsteht.

### Wann darf die Bundeswehr zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden?

Die Gefahr eines solchen besonders schweren Unglücksfalles im Sinne von Artikel 35 des Grundgesetzes bezieht sich auf die Folgen, die von einem zur Angriffswaffe umfunktionierten Flugzeug ausgehen können. Also zum Beispiel bei möglichen Angriffen auf ein Hochhaus,

auf gefährliche Industrieanlagen oder auf Kernkraftwerke.

Die Vorschrift des hierfür entscheidenden Paragraphen 14 des Luftsicherheitsgesetzes regelt den schwersten aller denkbaren Eingriffe, also den Abschuss eines Flugzeuges. Hierfür enthält das Gesetz eine ultima ratio-Klausel: Das bedeutet, dass dieser Fall nur die allerletzte Möglichkeit sein darf. Voraussetzung hierfür muss sein, dass das Flugzeug als Waffe gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden soll. Eine weitere Voraussetzung ist, dass zusätzlich zu dem Leben der im Flugzeug befindlichen Menschen zielgerichtet auch das Leben anderer Menschen damit bedroht wird. Zudem muss im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung festgestellt werden, dass die unmittelbare Einwirkung von Waffengewalt das einzige Mittel ist, um diese Menschenleben zu retten. Nur dann darf von diesem letzten Mittel eines Abschusses Gebrauch gemacht werden.

Den Einsatz der Streitkräfte beschließt die Bundesregierung. Die Befehls- und Kommandogewalt über die eingesetzten Soldaten hat der Bundesminister der Verteidigung. Dies dient der Rechtssicherheit und der Rechtsklarheit.

Der Paragraph 14 Luftsicherheitsgesetz, der die möglichen Einsatzmaßnahmen zur Verhinderung eines besonders schweren Unglücksfalls und die entsprechenden An-

ordnungsbefugnisse regelt, besagt im Einzelnen:

### Einsatzmaßnahmen, Anordnungs-befugnis (§ 14)

- (1) Zur Verhinderung des Eintritts eines besonders schweren Unglücksfalles dürfen die Streitkräfte im Luftraum Luftfahrzeuge abdrängen, zur Landung zwingen, den Einsatz von Waffengewalt androhen oder Warnschüsse abgeben.
- (2) Von mehreren möglichen Maßnahmen ist diejenige auszuwählen, die den einzelnen und die Allgemeinheit voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Die Maßnahme darf nur so lange und so weit durchgeführt werden, wie ihr Zweck es erfordert. Sie darf nicht zu einem Nachteil führen, der zu dem erstrebten Erfolg erkennbar außer Verhältnis steht.
- (3) Die unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt ist nur zulässig, wenn nach den Umständen davon auszugehen ist, dass das Luftfahrzeug gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden soll, und sie das einzige Mittel zur Abwehr dieser gegenwärtigen Gefahr ist.
- (4) Die Maßnahme nach Absatz 3 kann nur der Bundesminister der Verteidigung oder im Vertretungsfall das zu seiner Vertretung berechnete Mitglied der Bundesregierung anordnen. Im Übrigen kann der Bundesminister der Verteidigung den Inspekteur der Luftwaffe generell ermächtigen, Maßnahmen nach Absatz 1 anzuordnen. □



# Die Vision von der Freiheit: „All options are on the table“

## Betrachtungen zur Lage im Nahen und Mittleren Osten

VON VOLKER W. BÖHLER

### Der syrische Störenfried

Die neu ernannte US-Außenministerin Condoleezza Rice hat die „Achse des Bösen“ um eine neue Liste über die „Vorposten der Tyrannei“, auf der sich neben dem Iran und Nord-Korea auch Kuba, Myanmar, Weißrussland und Zimbabwe wiederfinden, bereichert. Es fällt auf, dass Syrien fehlt. Dies als Zeichen einer jüngst entdeckten Präferenz für Diplomatie zu deuten, wäre allerdings verfrüht. Immerhin hat Syrien seinen festen Platz auf der Liste der „Schurkenstaaten“.

Die Liste der gegen Syrien erhobenen Vorwürfe hat sich seit Sommer 2003 kaum verändert:

- **Aktive Unterstützung der Insurgenten im Irak**

Für diese Behauptung, insbesondere einen Waffentransfer, gibt es keinerlei Beweise. Angesichts der sich im Laufe der US-Invasion auflösenden irakischen Armee, die mit Mann und Waffen einfach von der Bildfläche verschwand, ist dieser Vorwurf kaum glaubhaft. Im Irak gibt es mehr Waffen als die Aufständischen einsetzen könnten.

- **Laxe Kontrolle der syrisch-irakischen Grenze**

Syrien und der Irak verfügen über eine gemeinsame Grenze von ca. 500 km. Diese führt durch die nahezu unbewohnte Große Syrische Wüste und die menschenleere Dschezirah. Diese Grenze ist -wenn überhaupt – bestenfalls durch einen Graben gekennzeichnet. Eine Sicherung, die ein Einsickern von ausländischen Dschihad-Kämpfern verhindern könnte, wäre selbst bei gutem Willen unmöglich. Die US-Administration muss sich von der Vorstellung freimachen, Syrien könnte diese Grenze – ähnlich des „Tortilla Curtain“ zwischen den USA und Mexiko – lückenlos überwachen. Selbst der US-Militärgeheimdienst DIA hat in seinem jüngsten Jahresbericht bestä-

tigt, dass es „wenig Anhaltspunkte dafür gibt, dass Syrien die Aufständischen im Irak aktiv unterstützt“.

- **Asylgewährung für irakische Baathisten**

Bei rund 300.000 irakischen Flüchtlingen in Syrien ist es anzunehmen, dass unter ihnen auch solche sind, die durch die neue irakische Regierung oder die Besatzungsmacht gesucht werden. Syrien hat den Saddam-Halbbruder Sabawi Ibrahim Al Hassan Ende Februar 2005 in Haft genommen und ausgeliefert. Von den 55 Meistgesuchten sind jetzt noch 11 auf freiem Fuß.

- **Unterstützung palästinensischer Terrorgruppen**

Dieser Vorwurf ist nicht von der Hand zu weisen. Die Informationsbüros der PLO und ihrer Abspaltungen genießen seit den 70er, die der Hamas und des Dschihad seit den 90er Jahren ein eng kontrolliertes Gastrecht. Syrien betrachtet diese Gruppen nicht als terroristische Organisationen, solange Palästina durch Israel besetzt ist. Dennoch ist die Luft für palästinensische Extremisten in Syrien dünner geworden.

- **Steuerung der Hisbollah**

Die Aktivitäten der Hisbollah im Libanon wurden bis zum Abzug der Israelis aus dem Süd-Libanon im Jahre 2000 toleriert, vielleicht auch



gefördert. Geistiger Mentor der Hisbollah und wahrscheinlich auch materieller Förderer aber ist das iranische Regime. Wer die Auftritte des vor Selbstbewusstsein strotzenden Sheiks der Hisbollah, Hassan Nasrallah, beobachtet, wird nicht das Gefühl mitnehmen, dass der säkulare Baathist Bashar, der die großen Schuhe seines Vaters Hafiz Al Assad kaum ausfüllt, in der Lage wäre, die shiitische Hisbollah für seine Zwecke zu nutzen. Längst ist die Hisbollah über eine Gruppe bärtiger Gotteskrieger hinausgewachsen. Seit dem Abzug der israelischen Armee im Süden sind die militärischen Aktivitäten nahezu völlig zurückgegangen.

- **Mangelnde Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus**

Die syrische Zurückhaltung in der Unterstützung des Kampfes gegen den Terrorismus liegt unter anderem daran, dass bislang die USA diesen Kampf weitgehend als Kampf gegen muslimische „Schurkenstaaten“ verstanden. Dies hinderte Syrien allerdings nicht daran, 22 Islamisten, die mit den Terroranschlägen vom November 2003 in Istanbul in Verbindung gebracht wurden, an die Türkei auszuliefern.

- **Besitz und Streben nach Massenvernichtungswaffen**

Der Vorwurf, Syrien besitze oder strebe nach Massenvernichtungswaffen, rät nach den Lügenmärchen im Vorfeld des 3. Golf-Krieges zur nüchternen Beurteilung. Eine Quelle für diese Mutmaßungen ist der israelische Auslandsgeheimdienst MOSSAD,

### Gliederung:

**Der syrische „Störenfried“**

**Wiederbelebung des Friedensprozesses?**

**Grenzen der Reformfähigkeit**

**Mord im Zedernstaat**

**Wider den „Großen Satan“**

**Bestandsaufnahme**

**Bush II geläutert?**

der Syrien bezichtigt, über ein beträchtliches Potential von 1000 SCUD B, C und D Boden-Boden-Raketen zu verfügen, die mit einer Reichweite von bis zu 700 km „überall auf Israel niedergehen können“. Seriöse Schätzungen gehen von ca. 100-150 SCUD und mehreren Dutzend Kurzstreckenraketen aus, die zweifelsohne mit chemischen Gefechtsköpfen bestückt werden können. Die Verfügbarkeit von C- Waffen ist wahrscheinlich, B-Waffen sind denkbar. Es gibt keine erkennbaren Bestrebungen, Nuklearwaffen oder deren Technologien zu erwerben. Dennoch kokettiert der syrische Präsident Bashar Al Assad mit dem Besitz von MVW. In einem Interview mit der Londoner „Daily Telegraph“ erklärte Assad: „Verhandlungen über eine Abrüstung von MVW seien reine Zeitverschwendung, solange das nicht für alle Staaten gilt“. Hier hat Assad zweifellos das in Israel verfügbare beträchtliche Nuklearpotential im Auge, das derzeit möglicherweise zu einer seegestützten Zweitschlagfähigkeit ausgebaut wird. Die Lieferung deutscher U- Boote an Israel ist in diesem Zusammenhang kaum ein Beitrag zur Entspannung in der Region. Dass Syrien generell bemüht ist, seine maroden Streitkräfte zu modernisieren, ist angesichts der neuen strategischen Lage im Nahen und Mittleren Osten nachvollziehbar. Der frühere israelische Geheimdienstchef Uri Sagny konstatiert, dass die Syrer „keine Bedrohung sind“.

**Fazit:** Syrien stellt mit seinem veralteten Militärpotential kaum eine ernst zu nehmende Bedrohung dar. Es gibt auch keinerlei Anzeichen dafür, dass Syrien Angriffspläne gegen einen Nachbarstaat hegt oder an eine gewaltsame Rückeroberung des israelisch besetzten Golan denkt.

#### • Truppenpräsenz im Libanon

Die syrische Truppenpräsenz im Libanon ging – als der Libanon im Chaos eines blutigen Bürgerkrieges versank – auf einen Hilferuf der libanesischen Regierung zurück, die 1976 den großen Bruder um Hilfe rief. Mit einem Mandat der Arabischen Liga versehen, baute Syrien seine Truppenstärke bis zum Ende des Bürgerkrieges 1991 auf ca. 30.000 Mann und einige tausend

Muhabarat-Leute aus. Nach dem Teilabzug der israelischen Besatzungsmacht im Süden des Landes und der Auflösung der mit Israel kollaborierenden South Lebanese Army (SLA) im Jahre 2000 wurden die syrischen Truppen bis auf 14.000 reduziert, die großteils im Raum Beirut, im Norden und der Beeka stationiert waren. Rechtliche Grundlage für die syrische Truppenpräsenz waren das Abkommen von Taif (1989) und der 1991 abgeschlossene Grundlagen- und Kooperationsvertrag. Taif sah einen syrischen Truppenabzug nach zwei Jahren beziehungsweise nach Aussöhnung der vom Bürgerkrieg zerrütteten konfessionellen Bevölkerungsteile vor. Die mit Taif den Syrern zugebilligte Schutzmachtfunktion war von allen Partnern, insbesondere aber von Frankreich und den USA, zugestanden oder stillschweigend geduldet worden. Beide Staaten verließen 1983 nach verheerenden Selbstmordanschlägen shiitischer Extremisten, denen 300 Elite-soldaten zum Opfer fielen, in einer unrühmlichen Räumung das Land. So muss unter dem Strich festgestellt werden, dass es syrische Truppen waren, die diesen Bürgerkrieg beendeten. Amerika brachte mit Billigung Frankreichs im September 2004 im UN- Sicherheitsrat die Resolution 1559 zustande, die Syrien zum Abzug seiner Truppen aufforderte. Frankreich ließ erstmalig eine Abkehr von seiner bislang eher pro-syrischen Politik erkennen. Mit der Ermordung Hariris, einem Freund Jacques Chiracs, verstärkte sich der Druck auf Syrien. Die Zeichen standen auf Abzug in der Hoffnung, dass der Libanon nicht in die Barbarei eines Bürgerkrieges falle, und am 26. April 2005 hat offiziell der letzte syrische Soldat den Libanon verlassen. Die von einigen Experten vorhergesagte Verliererrolle der Hisbollah muss aber angezweifelt werden. Längst ist die Hisbollah im Libanon zur politischen Realität geworden, wie die Wahlen im Frühjahr 2005 bewiesen.

#### Wiederbelebung des Friedensprozesses?

Unter dem Dach der Madrider Friedenskonferenz (1991) und der militärischen Beteiligung der Syrer auf der Seite der Koalition im 2. Golf-



„Auf einen Blick“: Internetseite der Botschaft der Syrischen Arabischen Republik in Berlin:  
[www.syrienembassy.de](http://www.syrienembassy.de)

krieg gegen den Irak gab es hoffnungsvolle Zeichen für einen Friedensschluss mit Israel. Als Folge des israelischen Eingreifens im Libanon (Operation FRÜCHTE DES ZORNS) kamen die offiziellen Gespräche 1996 zum Erliegen.

Syrien besteht auf der Erfüllung der UN-Resolutionen 242 und 338, die eine Rückgabe des völkerrechtswidrig besetzten Golan verlangen, und Israel ist nicht willens, die Annexion von 1981 zurückzunehmen. Unter den Regierungen Netanyahu und Scharon erfuhren die beiderseitigen Beziehungen eine stete Verschlechterung und gipfelten im Oktober 2003 in einem weltweit verurteilten israelischen Luftangriff auf ein angebliches Ausbildungslager palästinensischer Terroristen nahe Damaskus. Die Ermordung des Hamas-Funktionärs Sheik Chalil in Damaskus im September 2004 machte deutlich, dass Israel die Liquidierungen der Hamas- und Dschihad-Führer auch außer Landes fortsetzen würde.

Trotz dieser wenig ermutigenden Lage schlug der syrische Präsident Bashar Al Assad im Dezember 2003 in einem Interview mit der New York Times eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel vor. Dessen ungeachtet kündigte die israelische Regierung den massiven Ausbau der Siedlungen auf dem Golan an, wo in den nächsten drei Jahren neun neue Siedlungen entstehen sol-



Die syrische Staatsflagge rot, weiß, schwarz mit zwei grünen Sternen

len und die Gesamtzahl der Siedler auf 20.000 verdoppelt werden soll.

Noch im Januar 2004 schien es, als käme Tauwetter in die frostigen Beziehungen beider Länder. Israels Staatspräsident Mosche Katzav lud seinen syrischen Kollegen nach Israel ein; Ministerpräsident Ariel Scharon sah sich unter Druck gesetzt und stellte eine Reihe von Vorbedingungen. Syrien lehnte ab, und eine weitere Chance war vertan. Einen neuerlichen syrischen Vorstoß gab es im November 2004, als Syrien Gesprächsbereitschaft ohne Vorbedingungen signalisierte. Eine Antwort Israels blieb aus.

Besessen von der Vision, ihre Vorstellungen von Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten zu implantieren, verschärfte die Bush-Administration den Druck gegen den syrischen „Störenfried“. Der Erfolg oder Misserfolg von Sanktionen ist aus dem Irak leidlich bekannt.

Mit der Ermordung des libanesischen Politikers Rafik Al Hariri erreichten die Spannungen einen neuerlichen Höhepunkt. Zweifelsohne aber beschleunigte dieser Mord den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon.

### Grenzen der Reformfähigkeit

Bei allem äußeren Druck stellt sich die Frage, ob dieser in seiner Wucht nicht kontraproduktiv ist. Die Beziehungen zu Rußland wurden wiederbelebt, die Nähe zum Iran wird noch intensiver, und der iranische Vizepräsident Resa Aref versprach Syrien Beistand im Falle eines US-Angriffs. Im Inneren gibt es seit der Amtsübernahme von Bashar Al Assad zahlreiche, hoffnungsvolle Zeichen für Reformen, wenn sich auch die Alt-Kader der syrischen Baath sperren und der junge Assad noch nicht über eine ausreichende Machtbasis verfügt, um die Bremser in die Wüste zu jagen. Völkerrechtsexperten diskutieren an der Universität Damaskus über den Internationalen Strafgerichtshof, und Syrien denkt über einen Beitritt zum Statut

nach. Wirtschaftliche Reformen, wie die Öffnung des Finanzmarktes und die Zulassung ausländischer Banken, haben wohl eine höhere Priorität, aber auch politische Reformen zeichnen sich ab. Satellitenfernsehen, Internet und Handy sind längst kein Thema mehr, und mit dem neuen syrischen Informationsminister Mahdi Daklallah kommt Bewegung in die Medienlandschaft; ein modernes, liberales Pressegesetz sei in Erarbeitung. Innenpolitische Reformen auf den Weg zu bringen ist in Syrien wie in allen anderen arabischen Ländern ein schwieriges Unterfangen. Zweifellos hat Assad einige fähige, reformfreudige Minister berufen. Auf der unteren und mittleren Ebene aber behindern Clan-Strukturen, persönliche Loyalitäten, Korruption, Geheimdienst, Militär und Baath-Funktionäre den Gang in eine moderne Gesellschaft, da sie Verlierer dieser Reformen sein werden. Stigmatisierung und Drohungen mit der „Keule“ der Freiheit werden nur eines bewirken: Säkulare Syrer werden sich um ihren Präsidenten scharen und islamistische Kräfte werden Auftrieb erhalten, besonders bei der jungen Generation, die 80% von einer Million Arbeitslosen ausmachen. All dies wird zum Nachteil der religiösen Minderheit der Christen und shiitischer Sekten führen, die bislang in einer für muslimische Länder exemplarischen Toleranz miteinander leben. Syrien hat längst erkannt, dass es als arabischer Vorposten Europas im Nahen Osten neue Wege suchen muss. Eine erkennbare Annäherung an die Türkei könnte dieser eine Vermittlerrolle zuweisen. Dies enthält auch eine verschlüsselte Botschaft an die USA und Israel: Bereitschaft zu einer neuen Dynamik im Nahen Osten.

### Mord im Zedernstaat

Am 14. Februar 2005 fiel der beliebte libanesische Politiker Rafik Al Hariri in Beirut einem Attentat zum Opfer. Hariri stammte aus einfachen Verhältnissen und hatte als Bauunternehmer in Saudi-Arabien ein Milliardenvermögen erworben. Seit dem Ende des Bürgerkrieges war er mehrmals Regierungschef und hatte erheblichen Anteil am Wiederaufbau des Landes. Während dieser Zeit fiel Hariri nicht durch eine sonderlich

ausgeprägte Opposition zum syrischen Assad-Regime auf, im Gegenteil, er war regelmäßig zum Befehlsempfang in Damaskus. Im Oktober 2004 trat Hariri als Regierungschef zurück, nachdem die Syrer eine Verfassungsänderung durchgesetzt hatten, die es dem Staatspräsidenten Emile Lahoud ermöglichte, seine Amtsperiode zu verlängern. So war, als Hariri dem feigen Anschlag erlag, sein Widerstand gegen die syrische Bevormundung gerade eben vier Monate alt.

Die anti-syrische Opposition ist in erster Linie im christlichen Lager zu finden, wo dem Patriarchen der Rom-unierten Maronitischen Kirche, Kardinal Nasrallah Sfeir, eine Rolle im Hintergrund zukommt, die am ehesten mit der Rolle des Großayatollah Ali Al Sistani im Irak vergleichbar ist: Kein aktives Eingreifen in die Politik, Einflussnahme durch geistliche Autorität. Die sunnitischen Bevölkerungsteile sind gespalten. Es gibt einen starken prosyrischen Anteil, der sich mehr auf den Norden des Landes konzentriert und eine anti-syrische Opposition, die im Großraum Beirut angesiedelt ist. Die shiitischen Bevölkerungsteile in Beirut, an der Küste und im Süden des Landes zeigen eine starke Affinität zum Iran, die shiitisch-säkularen Parteien neigen mehr zu Syrien. Die shiitische Religionsgemeinschaft der Drusen, die im Shuf-Gebirge nahe Beirut lebt, war bislang eher auf der Seite der syrischen Ordnungsmacht. Nach dem Mord an Hariri scheint aber der Chef der Drusen, Walid Dschumblat, mehr und mehr in die Rolle eines Oppositionsführers hineinzuwachsen.

Die libanesische Verfassung von 1943 beruht auf einem „Nationalpakt“, nach dem die höchsten Staatsämter im Proporz besetzt werden. Staatspräsident ist ein maronitischer Christ, Regierungschef ein sunnitisch-muslim, Parlamentspräsident ein shiitischer Muslim und Oberbefehlshaber der Armee ein Christ. Dieser religiöse Proporz geht an den heutigen demographischen Gegebenheiten völlig vorbei. Längst sind die Christen im Libanon eine Minderheit unter 50%, während die muslimische Bevölkerung, insbesondere die Shiiten, stark anwuchs. Noch wird der „Nationalpakt“ selbst von der



Hisbollah anerkannt. Störungen von außen aber können – wie der unselige Bürgerkrieg zeigte – katastrophale Folgen haben.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es darauf ankommen, dass eine neutrale Übergangsregierung die ab Mai anstehenden Parlamentswahlen vorbereitet und einen gesichtswahrenden Rücktritt des Staatspräsidenten Emile Lahoud ermöglicht. Massive Störungen dieses Prozesses könnten die immer noch schlummernden Geister des blutigen Bürgerkrieges neu erwecken. Die Massendemonstrationen Syrienfreundlicher Kräfte in der ersten Märzwoche machen deutlich, dass der nationale Versöhnungsprozess längst nicht abgeschlossen ist.

### Wider den „Großen Satan“

Mitte Januar 2005 erschien in dem amerikanischen Magazin „New Yorker“ ein Artikel des renommierten Reporters Seymour Hersh, der die Welt aufhorchen ließ. Pulitzer-Preisträger Hersh ist jener Journalist, der 1969 das Massaker von My Lai aufdeckte, das amerikanische Truppen in Vietnam angerichtet hatten. In seinem neusten Buch „Die Befehlskette“ legte Hersh offen, wie die Bush-Administration mit fabrizierten Gründen einen Angriffskrieg im Irak vom Zaun brach und Menschenrechte in Guantanamo Bay und Abu Ghraib mit Füßen trat. Nach Hershs Bericht habe Bush die Weichen für den nächsten Krieg gestellt und die Ausspähung von möglichen Angriffszielen im Iran durch geheime Kommandotrupps angeordnet. Der Präsidentenberater Dan Bartlett dementierte lauwarm: Die USA setzten gegenüber Teheran auf Diplomatie, Hershs Bericht sei „voller Ungenauigkeiten“, im Übrigen könne man ein militärisches Vorgehen grundsätzlich nicht ausschließen. Der Präsident äußerte sich ähnlich. Er hoffe, den Streit über das iranische Nuklearprogramm diplomatisch zu lösen, aber er werde „niemals irgendeine Option vom Tisch nehmen“.

Die Feindschaft zwischen dem Iran und den USA sitzt tief. Amerika hat bis heute nicht überwunden, dass das Regime des Ayatollah Khomeini 1979 die gesamte US-Botschaft als Geisel nahm und die Supermacht vor den Augen der Weltöffentlichkeit de-

*Die Omai-jaden-Moschee in Damaskus, eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt wurde auch von Papst Johannes Paul II. bei seiner Auslandsreise in den Nahen Osten im Jahr 2001 besucht.*



mütigte. In den Augen der shiitischen Kleriker aber stellen die USA den „Großen Satan“ und Israel den „Kleinen Satan“ dar, die für alle Probleme im Mittleren Osten verantwortlich sind.

Seit Mitte der 90er Jahre zeichnet sich im iranischen Nuklearprogramm eine Entwicklung ab, die zu Recht Anlass zur Sorge gibt. Noch unter der Herrschaft des Schahs ratifizierte der Iran 1970 den Atomwaffensperrvertrag; 1973 unterzeichnete der Iran ein Abkommen, wonach Nuklearanlagen den Kontrollen der Wiener Atombehörde IAEA unterworfen sind. Unter der Beteuerung der friedlichen Nutzung baut der Iran den Leichtwasserreaktor Bushir aus, der sich an sich zur Gewinnung von spaltbarem Material schlecht eignet. Dennoch – so fürchten die USA – ist nicht völlig auszuschließen, dass die Brennstäbe wiederaufbereitet und zur Gewinnung von waffenfähigem Plutonium genutzt werden. Bushs freundliches Gespräch mit Putin am 24. Februar 2005 in Bratislava, bei dem man sich einig war, „die Kontrolle über Nuklearwaffen zu verstärken“, reichte aber offensichtlich nicht aus, um Rußland von der Lieferung nuklearen Brennstoffs an den Iran abzuhalten. Am 27. Februar unterzeichneten beide Länder ein entsprechendes Abkommen. Eine Rückgabegarantie für die abgebrannten Brennstäbe soll verhindern, dass der Iran diese doch für die Gewinnung von Plutonium manipuliert.

In Natanz entstand eine Urananreicherungsanlage, die sowohl Brennstoff für eine friedliche Nutzung als auch waffenfähiges Uran liefern kann. Nach dem Atomwaffensperrvertrag ist die Anreicherung von Uran nicht untersagt, vorausgesetzt sie wird friedlich genutzt. Hierzu stellte die IAEA im Februar 2003 fest, dass sich dort 400 bis 500 Kilogramm hoch angereichertes Uran herstellen ließ, das für 10 bis 20 Nuklearwaffen pro Jahr reichen könnte.

Ohne sonderliches Wohlwollen der USA verhandeln England, Frank-

reich und Deutschland seit 2003 mit dem Iran, um das Land zum Einlenken zu bewegen und uneingeschränkte Kontrollen der IAEA zu ermöglichen. Im Dezember 2004 schienen diese Verhandlungen erfolgreich zu sein. Als bekannt wurde, dass der „Vater der pakistanischen Atombombe“, Abdul Kader Khan, in der Vergangenheit den Iran mit Material und technologischem Know How versorgt hatte, drohten die Folgeverhandlungen zu kippen. Es ist dem Verhandlungsgeschick der EU-Drei zu verdanken, dass Teheran schließlich zustimmte, sein Anreicherungsprogramm vorläufig auszusetzen. Die Folgeverhandlungen in Berlin Ende Februar 2005 brachten zwar keine endgültige Regelung, aber man blieb im Gespräch. Die Grundpositionen waren unverändert: Forderung auf Verzicht der Urananreicherung und das Beharren Irans auf Fortführung zur friedlichen Nutzung. Die Verhandlungen selbst wurden vom Iran auf Ende März begrenzt, danach sollte gegebenenfalls die Urananreicherung wieder aufgenommen werden.

Zweifelsohne liegen die Dinge im Iran anders als im Irak, und so konnte der Chef der IAEA, Mohamed Al Baradei, nicht umhin, den Iranern zu bescheinigen, dass sie getäuscht und gelogen haben und in zwei bis drei Jahren über die Bombe verfügen könnten.

In seiner Rede zur Lage der Nation Anfang Februar bündelte Bush die Vorwürfe gegen den Iran und führte aus: „Der Iran bleibt der weltweit wichtigste staatliche Unterstützer von Terror. ... Wir arbeiten mit unseren europäischen Verbündeten zusammen, um dem iranischen Regime klarzumachen, dass es sein Programm zur Urananreicherung und jede Form der Plutonium-Wiederaufbereitung aufgeben und seine Unterstützung von Terror beenden muss ...“. Ein signifikanter Politikwechsel im Umgang mit dem „Ayatollah-Re-



*Gasse in der Altstadt von Damaskus. Damaskus ist die älteste ununterbrochen besiedelte Stadt der Welt. Viele Zivilisationen haben dort ihre Spuren über die Jahrhunderte hinterlassen: Aramäer, Griechen, Römer, Byzantiner, Araber. (alle Abb. [www.syrienembassy.de](http://www.syrienembassy.de)).*

gime“ ist jedenfalls nicht zu erwarten, trotz der von der EU ins Spiel gebrachten wirtschaftlichen Anreize wie ein möglicher Beitritt zur Welthandelsorganisation oder Lieferung von Verkehrsflugzeugen. Sollte der Iran die ausgesetzte Urananreicherung wieder aufnehmen, so würde das zu einer schweren Krise führen. Solange das Irak-Debakel anhält, ist ein Militärschlag der Bush-Administration eher unwahrscheinlich.

Sollte ein „Worst Case“-Szenario eintreffen, so können trotz aller Aufgeschlossenheit der jungen Generation zur westlichen Freiheitsidee die Angreifer nicht mit Sympathie oder gar Verbündeten rechnen. Der Nationalstolz der Iraner ist stärker als die Verheißung westlicher Freiheit.

### Bestandsaufnahme

Eine nüchterne Bestandsaufnahme der ersten Phase von Bushs „Krieg gegen den Terrorismus“ ergibt folgendes Bild:

- Er richtete sich ausschließlich gegen muslimische Staaten; für den konfuzianischen „Schurken“ Nord-Korea wird einer „diplomatischen Option“ der Vorzug gegeben. Autoritäre muslimische Regime, die als Finanz- oder Bündnispartner benötigt werden, wie beispielsweise Saudi-Arabien, Kuwait, Ägypten, oder Pakistan bleiben von Bushs „Freiheitskampf“, sieht man von gelegentlichen, milden Ermahnungen ab, verschont.
- In den Präsidentschaftswahlen Afghanistans setzte sich der Kandidat der USA, Hamid Karsai, durch. Weite Teile des Landes sind nach wie vor unter der Kontrolle der lokalen Milizchefs, der Mohnanbau

hat sich im letzten Jahr verdreifacht. Die Taliban und Bin Laden treiben immer noch ihr Unwesen und halten Bushs Spezialeinheiten zum Narren. Ein Demokratiedanke fasst nur schwer Fuß.

- In Palästina machte der Tod Jassir Arafats den Weg für eine hoffnungsvollere Zeit frei. Mahmud Abbas, der vom Westen bevorzugte Kandidat, setzte sich durch. Die Passivität der Bush-Administration scheint einer neuen Nahost-Diplomatie zu weichen. Israel und die Autonomiebehörde sprechen wieder miteinander. Vom Frieden aber ist man noch weit entfernt.
- Im Irak unterlag der Wunschkandidat der USA, Ijad Allawi. Deutlicher Sieger der Wahlen zum Übergangsparlament war mit 48% die Vereinigte Irakische Allianz, die das Wohlwollen des mächtigen shiitischen Groß-Ayatollah Al Sistani genießt. Die Kurdenliste belegte mit 26% Platz zwei. Die Sunniten haben sich dieser Wahl weitgehend verweigert. Die Wahl fand im Ausnahmezustand unter einem Besatzungsregime statt. Die Sicherheitslage hat sich dramatisch weiter verschlechtert. Längst befindet sich der Irak in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand.
- In Syrien und dem Libanon gibt es im Hinblick auf einen Truppenabzug der Syrer hoffnungsvolle Zeichen. Zweifelsohne haben die massiven Drohungen der Bush-Administration Wirkung gezeigt. Katalysator aber war die Ermordung des libanesischen Politikers Hariri, die den Abzug beschleunigt. Das Haupthindernis für einen israelisch-syrisch-

libanesischen Frieden aber bleibt der israelisch besetzte Golan.

- Der Iran gibt wenig Anlass zum Optimismus. Das Regime der Religionsgelehrten bleibt weiterhin Mentor der libanesischen Hisbollah. Solange die Bush-Administration Diplomatie durch Drohungen ersetzt und beide Seiten sich nicht in ihrer inakzeptablen Sprache mäßigen, wird es keine Fortschritte im Atomstreit geben. Die Rolle der EU reicht alleine nicht aus, eine dauerhafte Einigung zu erzielen.

### Bush II geläutert?

George W. Bush bemühte sich, während seiner Europareise die gewohnten bellizistischen Töne zu vermeiden, auch wenn das nicht immer gelang. Daraus zu schließen, er habe sich gewandelt, ist ein Trugschluss. In der Sache gab er nicht ein Iota nach. Auch sollte man nicht glauben, die neokonservativen Hardliner wie Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz hätten an Einfluss verloren. Ihr Credo fokussiert sich nach wie vor auf die Idee einer globalen Sonderstellung der USA, die das Ziel einer „pax americana“ ohne besondere Rücksichtnahme verfolgt. Ein Machtkampf zwischen den Hardlinern und Rice fand nicht statt. Frau Rice versteht es allerdings, ihre Härte charmanter zu verpacken. Insofern ergänzen sich Bush und seine Außenministerin großartig. Die Ernennung John Boltons zum neuen UN-Botschafter liegt ganz auf der Linie der Bush-Administration: Bolton gilt als scharfer Ideologe, Unilateralist und Feind der Weltgemeinschaft.

Das pathetische Gerede vom gottgegebenen Auftrag und der Freiheitsvision wurde in der Lautstärke um einiges erhöht. Der Trierer Bischof Reinhard Marx brachte es auf den Punkt: „Die derzeitige amerikanische Außenpolitik stolpert im Stechschritt durch die Welt, mit einem erstaunlichen Mangel an kultureller Sensibilität und einer zum Teil abenteuerlichen Interpretation des Völkerrechtes“.

Bislang hat die Administration des George W. Bush keine „Leuchttürme der Freiheit“ errichtet.

*(gekürzte Fassung unter Weglassung der Fußnoten; Bearbeitung bt)*

## VOR 40 JAHREN ENDETE DAS II. VATIKANISCHE KONZIL

## „...damit frische Luft hereinkommt!“

VON GEORG KESTEL

„Wir haben alles vorbereitet. Die Herren werden in Rom nicht so lange zu tun haben. Sie werden rasch unterschreiben und wieder nach Hause fahren. Die Kirche hat ja auch nichts anderes als einen Sack voll Wahrheiten. Den wird sie von Zeit zu Zeit schüteln. Dann wird manches wieder nach oben kommen. Aber es ändert sich nichts. Dies wird sich auch beim Konzil erweisen“. – Der im Frühherbst des Jahres 1962 im Nachtzug von Freiburg nach Rom so spricht, ist der Jesuit Sebastian Tromp. Ihm gegenüber sitzt ein junger Priesteramtskandidat, der zum Studium ans Germanicum in die Heilige Stadt fährt: Karl Lehmann, seit 1983 Bischof von Mainz, seit 1987 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, seit 2001 Kardinal.<sup>1</sup>

Die römische Kurie rechnet tatsächlich mit einem „Blitzkonzil“, nachdem sich Papst Johannes XXIII. nicht davon abbringen lässt, die Väter einzuberufen. Doch es kommt ganz anders. Das Konzil dauert mit vier Sitzungsperioden vom 11. Oktober 1962 bis zum 8. Dezember 1965.

Bereits Pius XI. und Pius XII. denken über eine Fortsetzung des wegen des deutsch-französischen Krieges vorzeitig abgebrochenen Ersten Vatikanums (1869/70) nach. Dort ist zwar das Unfehlbarkeits-Dogma verabschiedet worden, aber leider nicht die ursprünglich geplante Kirchenkonstitution. So hängt die Primatsdefinition kirchentheologisch gleichsam in der Luft. Ironie der Geschichte: als die Unfehlbarkeit nach langem Ringen endlich definiert ist, wollen die Päpste nicht mehr und nutzen fortan das Instrument der Apostolischen Rundschreiben (Enzykliken) als niederschwelliges Mittel der Lehrverkündigung – und das nicht ohne positive Wirkung innerhalb und außerhalb der Kirche.

**Die Krise vor dem Konzil**

„Vor dem Konzil war alles besser!“ – diese von manchen (konservativen) Kreisen verbreitete Parole hält dem Blick der Fakten nicht stand. Das Konzil ist nicht Auslöser einer Glaubenskrise, sondern reagiert endlich (zu spät?) auf deren unübersehbare Symptome.

Der Kirchenbesuch in Deutschland sinkt von 55% um 1935 bis zum Konzilsbeginn auf 45% ab – das Vorkriegsniveau wird nie mehr erreicht. Der Zustrom der Flüchtlinge nach dem Krieg bessert die Statistik nur vordergründig auf. Bei Zuwanderern in den Städten und bei Jugendlichen gibt es schon in den 50er Jahren einen großen Bruch im religiösen Verhalten. Vom Kriegsende bis zum Konzil hat sich in Deutschland die Zahl der Jugendlichen, die in Pfarrei und Verbänden organisiert sind, schlichtweg halbiert. Im deutschen Katholizismus ist am Vorabend des Konzils die Rede von einer starken Krise der Verbände.<sup>2</sup>

O. H. Pesch beschönigt nichts: „Ein Drittel der Menschheit lebte unter bewusst atheistischen Regimen.

Die Zahl der praktizierenden Katholiken in den traditionell christlichen Ländern: höchstens 30%. In Italien, einschließlich Rom (2-3% praktizierende Katholiken!), und in Frankreich weite Landstriche vollkommen entchristlicht [...] In den Entwicklungsländern eine wachsende Kluft zwischen Klerus und Volk [...]

Und auch dort, wo die Kirche nicht verfolgt wurde, wuchs [...] eine vom Christentum sich abkehrende Kultur. Diese Kultur gewann auch in der Kirche an Faszinationskraft. Auch Katholiken wollten [...] in Denken und Fühlen moderne Menschen sein dürfen. Darum gab es [...] eine Stimmung für Reform, Dezentralisierung; Versöhnung mit einer Welt, gegen die die Kirche lange Zeit zu Unrecht Generalangriffe geführt hatte; Überdross an einem kirchlichen Druck, der bisher das ganze kirchliche Leben erfasste“.<sup>3</sup>

Die Probleme tauchen also nicht erst nach dem Konzil auf. Und gleichermaßen gibt es Ansätze zu Reformen schon reichlich vor dem Vatikanum – nicht zuletzt durch die Päpste selbst.

**Die Päpste als Motoren der Reform**

Pius XII. wirbt in seinen Enzykliken schon in den 40er Jahren für ein offeneres Verständnis der Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen (*Mystici Corporis*), eröffnet einen neuen Zugang zur Bibelforschung (*Divino afflante Spiritu*) und plädiert für die Erneuerung der Liturgie durch intensive Mitbeteiligung der Gläubigen (*Mediator Dei*). Langsam wächst ein erneuerter Sinn für Geschichte und Geschichtlichkeit in der Auseinandersetzung mit dem Modernismus – interessanterweise zunächst stärker in den päpstlichen Gemächern selbst als in den nachgeordneten Amtsstuben der römischen Kurie. Man entdeckt neu die Theologie der alten Kirchenväter in ihrem Reichtum und in ihrer Breite sowie die reichen geschichtlichen Ausformungen der römischen Liturgie, so dass manche scheinbare Konzils-Neuerung in Wahrheit eine Rückkehr zu den Quellen ist.<sup>4</sup>

Ironie der Geschichte: so mancher „progressive“ Professor, über den von Rom noch ein Publikationsverbot verhängt ist, nutzt die zwangsweise gewonnene Zeit, um derweil seinem Heimatbischof bei der Formulierung von Konzilsbeiträgen beratend zur Seite zu stehen!

Nach der ersten Sitzungsperiode (Okt.-Dez. 1962) stirbt Papst Johannes XXIII. (3. Juni 1963). Bereits am Tag nach seiner Wahl erklärt Papst Paul VI. die Fortsetzung des Konzils.

**Was ist ein Konzil?**

Das Kirchenrecht kennt keine genaue Definitionsformel. Die verschiedenen Bestimmungen sagen etwa folgendes: Ein „Ökumenisches Konzil“ ist „die Versammlung aller höchsten Jurisdiktionsträger der Kirche zu dem Zweck, zusammen mit und unter dem Papst die höchste Lehr- und Gesetzgebungsvollmacht auszuüben“<sup>5</sup>, ist aber nicht etwa nur ein Beratungsgremium des Papstes, sondern als „Kollektiv“ der Träger der obersten und universalen kirchlichen Vollmacht. Nur der Papst kann ein



Konzil einberufen bzw. verlegen, unterbrechen oder auflösen. Verpflichtungskraft haben Konzilsbeschlüsse nur, wenn sie von ihm bestätigt und auf seine Anordnung hin veröffentlicht werden. Das Konzil, das mit dem Papst Träger der höchsten kirchlichen Vollmacht ist, steht zugleich unter dem Papst. Es gibt keinen Konzilsbeschluss gegen das Votum des Papstes.

Obwohl ein Konzil die Methoden parlamentarischer Verhandlung anwendet (Versammlungsleiter, Plenar- und Ausschusssitzungen, Änderungsanträge, mehrere Lesungen, Abstimmungen, Protokolle), besteht es nicht aus gewählten, sondern aus geborenen Mitgliedern.

Der Kreis der stimmberechtigten Mitglieder umfasst alle regierenden Patriarchen, Metropolitane, Erzbischöfe, Bischöfe, Leiter der Personalprälaten, die leitenden Äbte der Mönchskongregationen und die Generaloberen der unmittelbar Rom unterstehenden Orden. Theologen und Experten haben nur beratende Stimme, obwohl ihr Einfluss auf den Beratungsverlauf und die Textentwürfe sehr entscheidend sein kann.

### Die Vorbereitung des Konzils

Das Pontifikat Johannes' XXIII. wird zunächst vielfach als Übergangszeit betrachtet. Wieder hat man die Rechnung ohne den Heiligen Geist gemacht. „Ein einziger Tag, nämlich der 25. Januar 1959, genügte, um diese so weit verbreitete Ansicht zu Fall zu bringen. An diesem Datum, dem Fest der Bekehrung des Apostels Paulus, kündigte Johannes XXIII. ganz unerwartet drei große Projekte an: die Abhaltung einer römischen Synode, die Reform des Kodex des Kanonischen Rechts und die Einberufung eines ökumenischen Konzils“.<sup>6</sup>

Die römische Kurie ist von der Absicht des Papstes nicht sehr begeistert, versucht aber dann, als alle Blockaden nichts bringen, die Initiative an sich zu ziehen. Auf den Einwand, im kurzen Zeitraum bis 1963 lasse sich ein Konzil nicht organisieren, soll Johannes XXIII. geantwortet haben: „Gut, dann machen wir es schon 1962!“ – Was dann auch geschieht. Und als ein Besucher

in dieser hektischen Zeit fragt, warum denn überhaupt eine Versammlung der Väter nötig sei, geht der Papst zum Fenster, lässt frische Luft herein und ruft energisch: „Darum!“

Die zunächst von der römischen Kurie zu verschiedenen Themen vorbereiteten Entwürfe werden alle im Verlaufe der Konzilsberatungen völlig umgestaltet. Karl Rahner schreibt darüber 1962 in einem Gutachten für Kardinal König: „Sie sind alle Ergebnisse einer dürftigen Schultheologie: richtig, ausgewiesen mit genügend vielen Zitaten aus päpstlichen Erklärungen der letzten Jahrzehnte [...] Die Verfasser [...] haben bestimmt noch nie versucht, einen gebildeten mitteleuropäischen Menschen von heute, der als Neuheide aufgewachsen ist, für die Wahrheit des Christentums zu gewinnen“.<sup>7</sup>

### Pastorale Grundausrichtung

Zum II. Vatikanum als dem ersten Konzil mit betont seelsorgerlicher Zielsetzung sagt rückblickend Kardinal Ratzinger: „Pastoral“ – das sollte nicht heißen: verschwommen, substanzlos, bloß erbaulich [...] Sondern es sollte heißen: in der positiven Sorge um den heutigen Menschen formuliert, dem mit Verurteilungen nicht geholfen ist, der lange genug gehört

hat, was alles falsch ist und was er alles nicht darf, der aber endlich hören will und viel zu wenig gehört hat, was wahr ist, mit welcher positiven Botschaft der Glaube unserer Zeit gegenüberübertreten kann, was er positiv zu lehren und zu sagen hat“.<sup>8</sup>

Hören wir den Originalton des Papstes aus der Eröffnungsansprache des Konzils am 11. Oktober 1962:

„In der täglichen Ausübung unseres Apostolischen Hirtenamtes geschieht es, dass bisweilen Stimmen solcher Personen Unser Ohr betrüben, die zwar von religiösem Eifer brennen, aber nicht genügend Sinn für die Beurteilung der Dinge noch ein kluges Urteil walten lassen. Sie meinen nämlich, in den heutigen Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft nur Untergang und Unheil zu erkennen [...] Sie reden unablässig davon, dass unsere Zeit im Vergleich zur Vergangenheit dauernd zum Schlechten abgeglitten sei. Sie benehmen sich so, als hätten sie nichts aus der Geschichte gelernt, die eine Lehrmeisterin des Lebens ist, und als sei in den Zeiten früherer Konzilien, was die christliche Lehre, die Sitte und die Freiheit der Kirche betrifft, alles sauber und recht zugegangen“.

Und dann wird Johannes XXIII. noch deutlicher: „Wir aber sind völlig anderer Meinung als jene Unglückspropheten, die überall das Unheil voraussagen, als ob die Welt vor dem Untergang stünde. In der gegenwärtigen Entwicklung der Ereignisse muss man viel eher einen verborgenen Plan der göttlichen Vorsehung anerkennen.“

Nur um die vertrauten Glaubensaussagen zu wiederholen oder um Irrlehren zu verurteilen, brauche er, so der Papst, kein Konzil einberufen. Die Treue zur Überlieferung sei unabdingbar, aber die Kirche müsse „auch der Gegenwart Rechnung tragen, die neue Umweltbedingungen und neue Lebensverhältnisse geschaffen und dem katholischen Apostolat neue Wege eröffnet hat“.<sup>9</sup>

### Wichtige Ergebnisse

Im Folgenden sind zu einigen zentralen Themen Grundgedanken des Konzils zusammen-

### Aus dem Geistlichen Testament von Papst Johannes Paul II. verfasst im März 2000

An der Schwelle des Dritten Jahrtausends „in medio ecclesiae“ [inmitten der Kirche] möchte ich noch einmal meine Dankbarkeit gegenüber dem Heiligen Geist für das große Geschenk des Zweiten Vatikanischen Konzils zum Ausdruck bringen, in dessen Schuld ich gemeinsam mit der ganzen Kirche – und vor allem mit dem gesamten Episkopat – stehe.

Ich bin überzeugt, dass es den neuen Generationen noch lange aufgegeben sein wird, die Reichtümer auszuschöpfen, die dieses Konzil des 20. Jahrhunderts uns geschenkt hat.

Als Bischof, der an dem konziliaren Ereignis vom ersten bis zum letzten Tag teilgenommen hat, möchte ich dieses große Erbe all jenen anvertrauen, die in Zukunft gerufen sein werden, es zu verwirklichen. Für meinen Teil danke ich dem Ewigen Hirten, der es mir erlaubt hat, dieser großartigen Sache im Laufe all der Jahre meines Pontifikats zu dienen.

gefasst – weniger als vollständige Aufzählung denn als „Appetit-anreger“, zum 40-jährigen Jubiläum einmal einige Konzilsbeschlüsse im Volltext nachzulesen.

### • **Kirche**

Kirche ist „*Zeichen und Instrument der Vereinigung zwischen Gott und den Menschen*“. Alle Glieder der Kirche, des Volkes Gottes, haben teil am König-, Priester- und Prophetenamt Christi.

Institution und Gemeinschaft sind zu unterscheiden, aber nicht zu trennen; beide sind wie die göttliche und menschliche Natur in Christus selbst.

### • **Pastoral**

„*Pastoral*“ im Sinne von Johannes XXIII. meint „*dort zu sein und zu wirken, wo Gott ist und wirkt, nämlich wo die Menschen sind, und für sie da zu sein und so Gott die Ehre zu geben.*“ (10).

Die Kirche tritt der Welt nicht bloß als „*Lehrmeisterin*“ gegenüber, denn sie versteht sich nicht als Gegenüber zur Welt, sondern als Teil davon: „*Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute [...] sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi*“.

### • **Offenbarung**

Das Verständnis von Offenbarung orientiert sich stärker an biblischen Vorbildern, ist weniger die Summe geschichtsloser Wahrheiten, sondern Gottes Wort und Tat in der Geschichte und auf die Zukunft vorausweisend. Nicht durch Ämter und Funktionen konstituiert sich Kirche, sondern durch das gemeinsame Hören auf Gottes Wort.

### • **Laienapostolat**

Durch das gemeinsame Priestertum, die Anteilnahme am prophetischen Amt und am Königsamt Christi sind alle Gläubigen zur Mitwirkung an der Sendung der Kirche berufen. Das Apostolat der Laien besitzt eine Eigenständigkeit und ist keineswegs vom Klerus abgeleitet.

### • **Liturgie**

Wichtige Vorarbeit leistet die Liturgische Bewegung anfangs des 20. Jhs., die Papst Pius XII. als „*Durchbruch des Heiligen Geistes in seiner Kirche*“ bezeichnet hat – für Klemens

Richter „*das Ende des Mittelalters in der Liturgie*“. Liturgie ist Höhepunkt und Quelle allen kirchlichen Lebens und gehört neben Martyria und Diakonia zu den drei Grundfunktionen christlicher Gemeinde. Betont wird nicht mehr einseitig der Gott geschuldete Kult, sondern das Handeln Gottes zur Heiligung des Menschen – ein Dialog, der „*unter wirksamen sinnenfälligen Zeichen durch den Mittler Christus im Heiligen Geist*“ geschieht.

### • **Soziale Kommunikationsmittel**

Soziale Kommunikation wird in ihrer Bedeutung für die Bewahrung und Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft gewertet. Jede Kommunikation ist verwurzelt und vorgebildet im Geheimnis der ewigen Gemeinschaft in Gott zwischen Vater, Sohn und Geist – Christus ist der „*perfectus communicator*“.

### • **Ökumene**

Mit dem Konzil gliedert sich die katholische Kirche in den ökumenischen Prozess ein und würdigt ihn als Werk des Heiligen Geistes. Vertreter der nichtkatholischen Gemeinschaften werden vom Papst als amtliche Beobachter eingeladen – zum Konzilsende sind es über 100 aus 29 Gemeinschaften. Sie haben das Recht zur Teilnahme an allen Sitzungen und zur Einsicht in alle Vorlagen. Der ökumenische Blickwinkel wird zu einem Prüfstein für alle Aussagen des Konzils.

### • **Nicht-christliche Religionen**

Die Kirche drückt ihren Respekt aus vor der Religiosität außerhalb der Kirche, denn sie schätzt die Würde der menschlichen Person und achtet das, was ihr heilig ist. Die konkreten Religionen sind aber von Christus her zu bewerten. Diese Position ist eine Aufforderung zur Verkündigung

Jesu Christi und gleichzeitig zum Dialog in Form des Gesprächs und der Zusammenarbeit mit den Bekennern anderer Religionen.

### • **Bischöfe und Priester**

Das Dienstant der Bischöfe ist als „*Mitarbeitern des Bischofsstandes*“ in untergeordnetem Rang den Priestern übertragen. Die grundlegenden priesterlichen Aufgaben sind die des Liturgen und des Hirten. Doch werden hier die Priester einseitig als von den Bischöfen abhängig beschrieben. „*Ins Bild vom Schachspiel gebracht heißt dies: die Priester sollten in jedem Fall Bauern bleiben, da die Bischöfe sich selbst als Springer, Läufer und Türme definiert haben*“.<sup>11</sup> Daneben wurde den Laien das bisher den Priestern zugeordnete priesterliche, königliche und prophetische Amt Christi zugesprochen. Was bleibt zwischen den aufgewerteten Bischöfen und den aufgewerteten Laien noch für die Priester?

### • **Mission**

Die Kirche ist ihrem Wesen nach missionarisch. Durch den interreligiösen Dialog wird das Anliegen von Mission nicht aufgehoben. Denn es ist derselbe Geist, der sich sowohl im Wahren und Guten der nichtchristlichen Religionen, als auch in Fülle im Christusgeschehen manifestiert.

### Papst Benedikt XVI. am 20. April 2005, dem Tag nach seiner Wahl, vor den Kardinälen in Rom

Ich will mit Nachdruck meinen entschiedenen Willen betonen, die Verpflichtung zur Verwirklichung des Zweiten Vatikanischen Konzils auf der Spur meiner Vorgänger fortzusetzen. Die Kirche hat sich mit dem Evangelium in der Hand, das durch die maßgebliche Auslegung des Zweiten Vatikanischen Konzils an die moderne Welt angepasst wurde, in das neue Jahrtausend begeben.

Zu Recht hat Papst Johannes Paul II. das Konzil als 'Kompass' bezeichnet, um sich im weiten Ozean des dritten Jahrtausends zu orientieren.

Gerade in diesem Jahr jährt sich zum vierzigsten Mal der Jahrestag des Abschlusses der Konzilsversammlung. Im Laufe der Jahre haben die Konzilsdokumente nichts an Aktualität verloren; ihre Lehren erweisen sich vielmehr als besonders passend in Bezug auf die neuen Erfordernisse der Kirche und der gegenwärtigen, globalisierten Gesellschaft.

### • Religionsfreiheit

Die Religionsfreiheit besteht darin, dass „in religiösen Dingen niemand gezwungen wird, gegen sein Gewissen zu handeln, noch daran gehindert wird, privat oder öffentlich, als einzelner oder in Verbindung mit anderen innerhalb der gebührenden Grenzen nach seinem Gewissen zu handeln“. Das Recht auf Religionsfreiheit muss in der Ordnung der Gesellschaft so anerkannt werden, dass es zum bürgerlichen Recht wird. Die Religionsfreiheit entlässt den Menschen aber nicht aus der Verpflichtung gegenüber der Wahrheit.

### Volk Gottes vor neuen Aufgaben

In den vierzig Jahren seit dem Vatikanum hat die Diskussion über die konkrete Umsetzung der vom Konzil gewollten Impulse nicht nachgelassen. Und das ist gut so. Kardinal Lehmann sieht gegenwärtig folgende Herausforderungen, die damals noch nicht so im Mittelpunkt standen, aber heute und morgen auf der Tagesordnung der Christen stehen müssen:<sup>12</sup>

- Die Gottesfrage ist in der Krise; die Frage nach Gott muss erneuert werden.

- Der Bruch in der Weitergabe des Glaubens an die künftige Generation darf uns nicht ruhen lassen.
- Die Kirche muss noch viel stärker in ihrer dienenden Hinordnung auf Gott und die Menschen für ein glaubwürdiges Zeugnis gesehen und entfaltet werden.
- aktive Verantwortung der Christen für die Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse muss immer neu geweckt werden.
- Notwendig ist eine neue missionarische Initiative. Inmitten des vielfältigen Pluralismus muss der Glaubens-Standort in der Gesellschaft offensiver markiert werden.

### Anmerkungen:

- 1 F. X. Bischof/St. Leimgruber (Hrsg.), Vierzig Jahre II. Vatikanum. Zur Wirkungsgeschichte der Konzilstexte. Würzburg 2004, S. 366
- 2 W. Damberg, Pfarrgemeinden und kath. Verbände vor dem Konzil, in: G. Wassilowsky (Hrsg.), Zweites Vatikanum – vergessene Anstöße, gegenwärtige Fortschreibungen. Freiburg i.Br. 2004, S. 20
- 3 O. H. Pesch, Das Zweite Vatikanische Konzil. Vorgeschichte, Verlauf – Ergebnisse – Nachgeschichte, Würzburg 1994, S. 23
- 4 P. Henrici, Das Heranreifen des Konzils in der Vorkonzilstheologie, in: G. Wassilowski, a.a.O., S. 58
- 5 O. H. Pesch, a.a.O., S. 25
- 6 J. O. Rovira, Stürmische Zeiten. Die katholische Kirche in der zweiten Hälfte des 20. Jhs., Aachen 1999, S. 24
- 7 zit. nach H. Vorgrimler, Vom 'Geist des Konzils', in: K. Richter, Die Konstitution über die heilige Liturgie (Sacrosanctum Concilium), in: F. X. Bischof/St. Leimgruber, a.a.O., S. 26
- 8 zit. nach: P. Schladoth, Das II. Vatikanum und seine Bedeutung für die Religionsdidaktik, in: K. Richter (Hrsg.), Das Konzil war erst der Anfang, Mainz 1991, S. 202 f.
- 9 O. H. Pesch, a.a.O., S. 76
- 10 N. Mette, Die pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute (Gaudium et spes), in: F. X. Bischof/St. Leimgruber, a.a.O., S. 282
- 11 L. Mödl, Das Dekret über Dienst und Leben der Priester (Presbyterium Ordinis), in: F. X. Bischof/St. Leimgruber, a.a.O., S. 309
- 12 Karl Kardinal Lehmann, Hermeneutik für einen künftigen Umgang mit dem Konzil, in: G. Wassilowski, a.a.O., S. 87f

### KURZ BERICHTET:

#### Ökumene: Frostige Stimmung

In die katholisch-lutherischen Beziehungen ist Frost eingekehrt. Den ersten Kälteeinbruch bescherte im November das auch intern umstrittene Papier der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD) zu Ordination und Beauftragung, das massive Reaktionen auf katholischer Seite auslöste (ID Nr. 80 v. 26.1.2005). Niedrige Temperaturen erhöhen die Glatteisgefahr; und so ließ ein weiterer Ausrutscher nicht lange auf sich warten. Mit provokanten Äußerungen in einem „Welt“-Interview beförderte der Catholica-Beauftragte der VELKD, der bayerische Landesbischof Johannes Friedrich, am 8. Februar das ökumenische Klima vollends unter den Gefrierpunkt.

Dabei war sein Plädoyer für eucharistische Gastfreundschaft, eine gemeinsame Feier des Pfingstmontags und ökumenische Sonntagsgottesdienste keineswegs neu. Nachhaltig verschnupft hat er die katholische Seite jedoch mit seiner Argumentation: Die katholische Kirche könne wegen des Priestermangels sowieso nicht mehr allen Gläubigen die Eucharistie am Sonntag garantieren. Also warum nicht gemeinsam feiern, bevor „politische oder religiöse Rattenfänger“ in die Lücke stoßen. Der Münchner Kardinal Friedrich Wetter verwahrte sich umgehend gegen Form und In-

halt dieser Äußerungen und mahnte mehr Respekt an.

Der Kardinal wies darauf hin, dass in der Vergangenheit bei schwierigen Fragestellungen sachliche Gespräche immer wieder zu guten Ergebnissen geführt hätten. Zugleich hielt er fest, dass es für die katholischen Bischöfe in Deutschland „bei der Eucharistie und beim geistlichen Amt um die Treue zur Stiftung Christi geht“. Ökumenische Fortschritte könne es nur geben, „wenn man sich gegenseitig auch in Unterschieden respektiert und nicht vom jeweiligen Kirchenverständnis her öffentlichen Druck ausübt“. Eine Ökumene, die lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner oder praktische Lösungen suche, dient laut Wetter nicht der Einheit. Auch könne eine „dritte Konfession“, bei der die Bekenntnisse individualistisch beliebig gemischt würden, weder im Sinn der katholischen noch der evangelischen Kirche sein. Beim ökumenischen Weg gehe es nicht um eine rein organisatorische Fusion, sondern um das „Streben nach einer vollen Gemeinschaft in der einen Kirche Jesu Christi“. Dieser Weg sei wegen der bestehenden großen Unterschiede noch „sehr weit“, unterstrich der Kardinal.

In einem vertraulichen Gespräch wollen Wetter und Friedrich nun die entstandenen Irritationen ausräumen. Wetter erwartet eine „Klarstellung, dass wir fair miteinander umgehen“. Wer schon einmal halb erfrorene Finger wieder auftauen musste, weiß, dass so etwas ziemlich weh tut. (KNA)



# Die sittliche Dimension der Information verdeutlichen

## Papst Johannes Paul II an die Verantwortlichen der sozialen Kommunikationsmittel (Kurzfassung)

In seinem apostolischen Schreiben „Die schnelle Entwicklung der Medien-Technologie“ vom 24.01.2005 – Gedenktag des hl. Franz von Sales, Patron der Journalisten – bezeichnet Papst Johannes Paul II. in seiner Einleitung die Medien-Technologie als Zeichen des Fortschritts in der heutigen Gesellschaft. Beim Betrachten dieser ständigen Neuerungen gewinnt das am 4. Dezember 1963 veröffentlichte Dekret *Inter Mirifica* noch größere Aktualität: „Unter den erstaunlichen Erfindungen der Technik ... richtet sich die Aufmerksamkeit der Kirche auf jene, die sich unmittelbar an den Menschen selbst wenden und neue Wege erschlossen haben, um Nachrichten jeder Art, Gedanken und Weisungen leicht mitzuteilen.“

### I. Ein fruchtbarer Gang auf dem Weg des Dekrets *Inter Mirifica*

Nach über vierzig Jahren erscheine es angebracht, darüber nachzudenken, wie bedeutend die Herausforderungen der sozialen Kommunikationsmittel für die Kirche seien. Die Kirche sei nicht nur dazu berufen, das Evangelium mit Hilfe der Medien zu verbreiten, sondern sie auch in die „neue Kultur“ zu integrieren. Für die Sendung der heilbringenden Botschaft im dritten Jahrtausend seien „die Techniken und Technologien der Kommunikation“ unabdingbar. Deswegen strenge sich die christliche Gemeinschaft an, mit den Kommunikationsmitteln religiöse Information zur Evangelisierung und Katechese, zur Bildung der pastoralen Mitarbeiter sowie zur Erziehung der Nutzer und Empfänger dieser Medien zu einer reifen Verantwortung zu verbreiten.

Die Ansprüche für die Neuevangelisierung in dieser Welt sind vielfältig. Deswegen habe er in der Enzyklika *Redemptoris missio* unterstrichen, dass die Kommunikationswelt die Menschheit zu einem „globalen Dorf“ zusammenführe, schreibt Johannes Paul II. Die sozialen Kommunikationsmittel seien zum Hauptinstrument der Orientierung und Gestaltung des gesellschaftlichen Verhaltens geworden. Dabei spiele eine weitgehende Rolle, „dass es neue Weisen gibt, in bisher nicht gekannten Sprachen und Techniken zu kommunizieren.“

In unserer Zeit der weltweiten Kommunikation würden viele Phasen der menschlichen Entwicklung

durch mediale Vorgänge beeinflusst, z.B. bei der Persönlichkeits- und Gewissensbildung, den gefühlsbetonten Beziehungen, der Erziehung und Bildung sowie bei der Gestaltung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens. Um die Gerechtigkeit und Solidarität zu fördern müssten die Medien Ereignisse genau und „wahrheitsgetreu“ berichten, Probleme und Situationen von allen Seiten betrachten und untersuchen sowie unterschiedlichen Meinungen sich ausdrücken lassen. Diese Kriterien müssten den Rahmen bilden für eine verantwortungsvollen Umgang mit der Freiheit und „den modernen, machtvollen sozialen Kommunikationsmitteln“, meint der Heilige Vater.

### II. Unterscheidung nach dem Evangelium und missionarischer Einsatz

„Auch die Welt der Medien bedarf der Erlösung durch Christus. Eine vertiefte Betrachtung der Heiligen Schrift kann zweifelsohne helfen, die Vorgänge und den Wert der sozialen Kommunikationsmittel mit den Augen des Glaubens zu sehen, denn sie erweist sich als ein *großer Kodex* der Übermittlung einer Botschaft, die aufgrund ihrer erlösenden Bedeutung nicht vergänglich und beiläufig, sondern grundlegend ist.“ In der Heilsgeschichte werde ersichtlich, wie sich Gott unter Nutzung aller Formen der Kommunikation den Menschen mitgeteilt habe. Der Mensch sei nach Gottes Bild und ihm ähnlich geschaffen, um seine Offenbarung aufzunehmen und in einen Dialog der Liebe mit ihm zu treten.

Durch die Sünde sei diese Fähigkeit der Menschen zum Dialog gestört worden mit der bitteren Erfahrung des Unverständnisses.

Aber Gott habe den Menschen seinen Sohn gesandt und durch das fleischgewordene Wort werde der Mensch im Heiligen Geist fähig, die Erlösung zu empfangen und sie allen zu verkünden sowie zu bezeugen. Die Offenbarung Gottes im Handeln aus Liebe schaffe gemeinsam mit der Glaubensantwort der Menschen einen fruchtbaren Dialog, betont der Papst. Wir könnten den Herren bitten, uns zu zeigen, wie wir mit den Instrumenten der sozialen Kommunikation mit den Menschen ins Gespräch kommen könnten. Hier böten die Medien als Mittel der Vorsehung die Gelegenheit, um die Glaubensinhalte durch die Überwindung aller Grenzen von Zeit, Raum und Sprache zu verbreiten. Jesus sei uns das Beispiel, wie wir mit dem Vater und unseren Mitmenschen kommunizieren sollten, sei es in der Stille, in der Verkündung an allen Orten und in allen Sprachformen.

Dabei werde das Kommunizieren zur vollen Gemeinschaft durch die Begegnung in der Eucharistie. Christus „beim Brechen des Brotes“ (vgl. Lk 24, 30-31) zu erkennen, sporne die Gläubigen an, seinen Tod und seine Auferstehung zu verkünden. Mit der Erlösung sei die Kommunikationsfähigkeit der Gläubigen geheilt und erneuert worden. Die Begegnung mit Christus mache sie zu neuen Geschöpfen und lasse sie Teil des Volkes werden, das er sich am Kreuz mit seinem Blut erworben habe. In der Nutzung der Massenmedien sehe die Kirche die Möglichkeit universell die Gemeinschaft zu stärken und eine wirksame Verkündigung zu erreichen. Für diese Vorsehung Gottes zur weiteren Verbreitung des Evangeliums und zur Stärkung des kirchlichen Zusammenhalts über die Medien müssten wir ihm danken, betont der Pontifex.

### III. Ein Wandel der Denkweise und eine pastorale Erneuerung

„In den Kommunikationsmitteln findet die Kirche eine wertvolle Hilfe ..., um Informationen über sich selbst zur Verfügung zu stellen und die Evangelisierung, die Katechese und die Bildung voranzutreiben“ unter dem Gebot des Herrn: „Geht hinaus in die ganze Welt und verkündet das Evangelium allen Geschöpfen!“ (Mk 16,15). Dieses sei sicher nicht leicht in einer Welt, in der die Zeit der Gewissheiten hoffnungslos vorbei sei und der Mensch vor einem Horizont völliger Sinnferne im Zeichen des Vorläufigen und Vergänglichen lebe. Dies müssten die Christen der Medienkultur berücksichtigen.

Die Kirche werde durch die sozialen Kommunikationsmittel zu pastoraler und kultureller Erneuerung angespornt. Deswegen müssten sich die Hirten um eine einprägsame Präsentation kümmern, die das Hören und die Aufnahme der Verkündigung unterstütze. Den gottgeweihten Personen komme in diesem Feld besondere Verantwortung zu, um einerseits „die vom Missbrauch der Medien hervorgerufenen Schäden“ hinsichtlich des Moralgesetzes und der menschlichen wie christlichen Werte abzuwenden sowie eine höhere Qualität der Sendungen mit Botschaften des Christentums zu fördern. Deswegen habe er bereits vor 15 Jahren vorgeschlagen, dies in den Pastoralplänen zu berücksichtigen. Die neuen Technologien einschließlich des Internets schafften neue Möglichkeiten für eine Kommunikation als Dienst am Hirtenamt, unterstreicht Johannes Paul II. Trotzdem seien auch weiterhin katholische Zeitungen, Veröffentlichungen verschiedener Natur, Fernsehen und Rundfunk wichtig in der kirchlichen Kommunikation. Es komme aber auch darauf an, die in der Kommunikation Tätigen auszubilden und pastoral zu betreuen, da sie von der Kirche Orientierung und Unterstützung erwarteten, was im ethischen und sittlichen Bereich recht sei.

### IV. Die Medien, Brennpunkt der großen sozialen Fragen

Die Kirche müsse ihren eigenen Beitrag für ein besseres Verständnis

der Perspektiven und Verantwortung leisten im Zusammenhang mit den Entwicklungen der sozialen Kommunikationsmitteln. Wegen ihres Einflusses auf das Gewissen, die Mentalität und die Sichtweise des Einzelnen seien die sozialen Kommunikationsmittel ein zu schützendes und zu förderndes Gut. Sie müssten in einen organisch strukturierten Rahmen von Pflichten und Rechten eingegliedert sein wegen ihres Bezugs zur Bildung und ethischen Verantwortung, zu den Gesetzen sowie den institutionellen Kompetenzen. „Wegen der starken Verbindungen der Medien zur Wirtschaft, Politik und Kultur ist es nötig, ein System zu schaffen, das in der Lage ist, die Zentralität und die Würde der Person, den Vorrang der Familie als der grundlegenden Zelle der Gesellschaft und die richtige Beziehung zwischen den einzelnen Subjekten zu wahren.“ Deswegen müssten einige Entscheidungen getroffen werden.

An erster Stelle stehe eine breit angelegte Bildungstätigkeit zur bewussten und angemessenen Nutzung der Medien. Mit den von ihnen eingeführten neuen Sprachformen veränderten sich die Lernvorgänge und die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen, was bei einer fehlenden ausreichenden Bildung dazu führen könne, dass Menschen instrumentalisiert und beeinträchtigt würden. Zweitens müssten, wenn die Kultur der Mitverantwortung bei der weltweiten Bedeutung der sozialen Kommunikationsmittel wachsen solle, immer zeitgemäße Formen zur Garantie des Pluralismus und eine breite Beteiligung an ihrer Leitung gefunden werden. Drittens hätten die Medien große Möglichkeiten den Dialog zum gegenseitigen Kennenlernen, zur Solidarität und zum Frieden zu fördern. Im Dienst der Völkerverständigung seien sie eine große positive Ressource; eine zerstörerische „Waffe“ wären sie, wenn sie Ungerechtigkeiten und Konflikte nährten, wovor bereits weitsichtig der selige Johannes XXIII. die Menschheit in der Enzyklika *Pacem in terris* gewarnt hatte, erklärt Papst Johannes Paul II.

Über die Rolle „der öffentlichen Meinung in der Kirche“ und der

„Kirche in der öffentlichen Meinung“ gebe es großes Interesse. Schon mein ehrwürdiger Vorgänger Paul VI. habe vor Herausgebern katholischer Zeitungen gesagt, in der Kirche würde etwas fehlen, wenn es die öffentliche Meinung nicht gäbe. Auch der Kodex des Kanonischen Rechts erkenne unter bestimmten Voraussetzungen das Recht auf Meinungsäußerung an. Allerdings könnten Glaubenswahrheiten nicht willkürlich ausgelegt werden und die Rechte der Anderen setzten bei der Äußerung von Werturteilen eigene innere Grenzen ohne den Meinungsaustausch unter Katholiken in anderen Bereichen einzuschränken. „Sowohl die Kommunikation innerhalb der kirchlichen Gemeinschaft, als auch die der Kirche mit der Welt erfordern Transparenz und eine neue Weise, die mit der Welt der Medien verbundenen Fragen anzugehen. Eine solche Kommunikation muss sich um einen konstruktiven Dialog bemühen, um in der kirchlichen Gemeinschaft eine richtig informierte und unterscheidungsfähige öffentliche Meinung heranzubilden.“ Dies sei einer der Bereiche, wo es besonders auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Laien und Hirten ankomme, was auch bereits das Konzil hervorgehoben habe. Bei den Laien werde so die Bereitwilligkeit sowie der Sinn für die eigene Verantwortung gestärkt und die Hirten könnten mit „Hilfe der Erfahrung der Laien in geistlichen und weltlichen Dingen genauer und besser urteilen.“

### V. Mit der Kraft des Heiligen Geistes kommunizieren

Für alle Menschen guten Willens gelte es als große Herausforderung, eine wahrheitsgemäße und freie Kommunikation zu unterhalten. Dazu gehöre es, eine gesunde Kritikfähigkeit mit einem aufmerksamen Urteilsvermögen und ständige Wachsamkeit gegenüber der Überzeugungskraft der Medien zu entwickeln. Dabei könnten die Christgläubigen mit der Hilfe des Heiligen Geistes rechnen, was umso nötiger sei, wenn man bedenke, „wie sehr Ideologien, das Streben nach Machtgewinn, Rivalitäten und Konflikte zwischen Einzelnen und Gruppen,

menschliche Schwächen und soziale Übel die Kommunikation erschweren können.“ In der Heilsgeschichte habe sich Christus uns als der *Kommunikator* des Vaters vorgestellt: „In dieser Endzeit hat Gott zu uns gesprochen durch den Sohn“ (Hebr 1,2). Jesu, das fleischgewordene Wort, lehre, dass Kommunikation sittliches Handeln sei: „Über jedes unnütze Wort, das die Menschen reden, werden sie am Tag des Gerichts Rechenschaft ablegen müssen; denn aufgrund deiner Worte wirst du freigesprochen und aufgrund deiner Worte wirst du verurteilt wer-

den“ (Mt 12,35-37). Und der Apostel Paulus habe eine klare Botschaft für alle an der sozialen Kommunikation Beteiligten: „Über eure Lippen komme kein böses Wort, sondern nur ein gutes, das den, der es braucht, stärkt und dem, der es hört, Nutzen bringt“ (Eph 4,25,29).

Der Papst schreibt dann weiter an die in der Kommunikation Tätigen und da besonders an die Gläubigen: „Fürchtet euch nicht vor den neuen Technologien! ...Fürchtet euch nicht vor dem Widerstand der Welt! Jesus hat uns versichert: *Ich habe die Welt besiegt!* (Joh 16,33). ...Fürchtet euch

nicht vor eurer Schwäche und der fehlenden Eignung! Der göttliche Meister hat gesagt: *Ich bin bei euch alle Tage bis zum Ende der Welt* (Mt 28,20). Der Heilige Vater fordert dann dazu auf, in dieser vergänglichen Welt die Botschaft der Hoffnung, der Gnade sowie der Liebe Christi mit der ewigen Perspektive des Himmels mitzuteilen. Johannes Paul II. schließt das apostolische Schreiben mit der Bitte: „Die heilige Jungfrau helfe uns mit allen Mitteln die Schönheit und die Freude des Lebens in Christus, unserem Erlöser, mitzuteilen!“ (bt)

## Die Gemeinde lebt vom Altar

Die Lust an der Seelsorge überwiegt die Last bei weitem: Warum das Berufsziel Pfarrer auch im Jahr 2005 noch attraktiv ist – Ein persönlicher Bericht

VON CHRISTOPH BERSCH

*„Pfarrer an den Gemeinden St. Ludger und St. Mariä Empfängnis in Wuppertal-Vohwinkel und Pfarr-Vikar an St. Bonifatius in W-Elberfeld und St. Remigius in W-Sonnborn“ – der Platz für die Tätigkeiten auf dem „Zelebret“, dem Dienstaussweis für Priester, reicht nur deshalb aus, weil man Abkürzungen einbaut und manche Aufgaben erst gar nicht erwähnt: Leiter des Pfarrverbands Wuppertaler Westen im Dekanat Wuppertal-Elberfeld, Präses der Kolpingfamilie Vohwinkel, der Frauengemeinschaft, des Kirchenchores ... – muss ich da ein schlechtes Gewissen haben, dass ich es im vergangenen Herbst abgelehnt habe, mich auch noch für das Amt des Dechanten aufstellen zu lassen?*

**P**farrer sein im Jahr 2005: Das ist nicht mehr vergleichbar mit dem Gemeindeseelsorger früherer Jahrzehnte: eine Kirche, ein Kirchenvorstand, ein Pfarrgemeinderat (wenn überhaupt), aber auch: ein Altar, ein Beichtstuhl, eine Kanzel, eine Sakristei ... Wenn uns unser Erzbischof öfters an das Beispiel des heiligen Pfarrers von Ars erinnert, dann denke ich schon ein wenig wehmütig an solche Zeiten, da man als Pfarrer in (und auch an) einer Gemeinde heilig werden konnte. 150 Jahre später ist alles differenzierter und komplizierter geworden: Mit zwei Pfarrern, Diakonen, einer Ordensschwester als Gemeindereferentin und einem Pastoralassistenten in der Ausbildung sind wir für mehr als 11.000 Katholiken in unserem Pfarrverband verantwortlich. Für uns beide Pfarrer heißt das: vier Kirchengemeinden leiten, zu denen drei Kin-

dergärten, ein Altenheim, eine Alten-  
tagesstätte, Grundstücke, Miethäuser, Dienstwohnungen, Pfarrheime und zwei Friedhöfe gehören. Im Pfarrverband liegen dreizehn Schulen. Etwa siebzig Kommunionkinder und fast ebenso viele jugendliche Firmkandidaten bereiten wir in jedem Jahr auf den Empfang des Altarsakramentes beziehungsweise des Firmsakramentes vor.

### Termine, Termine, Termine

Manchmal wird es schwierig, noch einen abendlichen Termin für ein Tauf- oder Ehevorbereitungsgespräch zu finden: die Sitzungen der Kirchenvorstände, des Pfarrgemeinderats und des Pfarrgemeinderatsvorstands, der Pfarrverbandskonferenz und der Pfarrverbandsvorstandskonferenz (die ich qua Satzung des Erzbistums Köln regelmäßig einzuberufen und zu leiten habe), die

Trägerleiterkonferenz der Kindergärten, Mitarbeiterbesprechungen, die Pfarrbrief-Redaktionssitzung, die Jahreshauptversammlungen der Gruppierungen, deren Präses ich bin ... – ich freue mich schon auf den Sommer, weil dann mit dem Kirchengemeindeverband als Rechtsträger der Kooperation im Pfarrverband ein weiteres Gremium – unter Beibehaltung aller übrigen, versteht sich – installiert wird. Und damit ein Pfarrer bis dahin nicht doch noch dem Luxus freier Abende frönt, laufen derzeit die „Arbeitsgruppen Zukunft heute“, wo es gilt, die Sparmaßnahmen des Erzbistums vor Ort in die Tat umzusetzen: So lernt man ganz nebenbei noch die Regelung von Zinserträgen bei Grundstücksveräußerungen im Fabrikfonds II, die baulichen Voraussetzungen für die Umwandlung einer pfarrlichen Kindertagesstätte in eine integrative Einrichtung und Ähnliches kennen. Dass zudem in den gut drei Jahren meiner Pfarrertätigkeit ein Pfarrheim sowie einer der Kindergärten umfassend saniert wurden, die Heizung der größten Kirche gerade erneuert werden musste und die Renovierung der Friedhofskapelle unmittelbar bevorsteht, sei nur nebenbei erwähnt.

Pfarrer sein im Jahr 2005 – das skizzierte Bild ist nicht überzeichnet,



und es macht deutlich, wie sehr eine strukturelle Entlastung not tut! Und doch ist dieses Bild ergänzungsbedürftig, weil Pfarrer-Sein für mich immer noch eine großartige Berufung darstellt und ich jederzeit wieder dem Ruf des Herrn in das Priesteramt – auch in die Aufgabe als Pfarrer folgen würde.

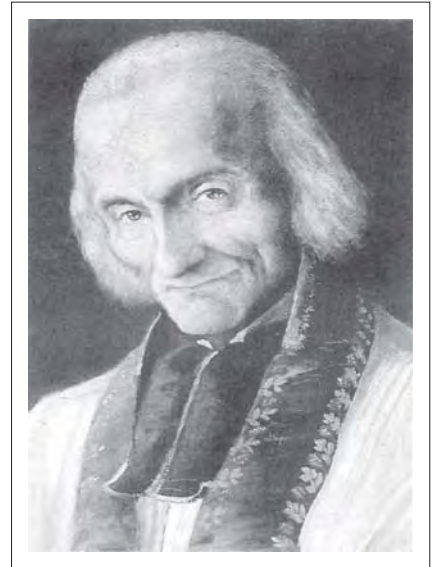
### Mittelpunkt Eucharistie

1. Bei allem notwendigen Tun als Leiter mehrerer Gemeinden und eines Pfarrverbands bleibt die Feier der heiligen Messe für mich die absolute Mitte. „*Die Gemeinde lebt vom Altar*“, so heißt es oft: Leider ist es nicht immer die Realität, trotz aller Bemühungen, dieses unfassbare Geheimnis unseres Glaubens ins Zentrum zu rücken (gerade im Jahr der Eucharistie). Doch als Pfarrer könnte ich meinen manchmal aufregenden, manchmal auch aufreibenden Dienst nicht tun ohne die tägliche Verbindung mit Jesus Christus.
2. Über die tägliche Feier der Eucharistie hinaus wird mein priesterlicher Dienst durch die Begegnung mit den mir anvertrauten Menschen getragen. Das ist in einem so großen Gebiet wie dem Wuppertaler Westen immer nur teilweise möglich. Aber gerade als Pastor darf man mit ganz unterschiedlichen Menschen zusammenkommen – Kindergartenkindern, Schülern, Brautpaaren, trauernden Angehörigen, ehrenamtlich engagierten Mitarbeitern, jungen Familien, Senioren, jungen Erwachsenen, Kranken –, sie auf Gottes Wirken in unserer Welt hinweisen und in ihnen Gottes Gegenwart entdecken. Klar: manchmal könnte man auch weinen, so wie Jesus über die Stadt Jerusalem, doch gehört nicht auch das Scheitern mancher Bemühungen zu einer Pastoral in der Nachfolge Jesu?
3. 3 x 1! Diese Formel steht für eine Stunde beten, eine Stunde lesen, eine Stunde spazieren! Wenn ich als Seelsorger nichts für die eigene Seele tue, dann brenne ich auf Dauer aus und laufe Gefahr, entweder in blinden Aktionismus oder lähmende Resignation zu verfallen. Priester geworden bin

ich in der Faszination für den dreieinen Gott und durch seinen Anruf in Jesus Christus. Ihm möchte ich nie sagen müssen: „Ich habe keine Zeit für dich!“ So ist das Gebet – gerade bei der vielfachen pastoralen Beanspruchung – für mich eine entscheidende Kraftquelle, hierzu aber gehört auch die Weiterbildung durch (nicht nur theologische) Literatur und das Auftanken in der Natur (wobei letzteres leider am häufigsten zu kurz kommt).

4. Bevor ich Pfarrer wurde, durfte ich sieben Jahre lang in der Priesterausbildung des Erzbistums Köln als Subregens mitwirken. Neben aller Vermittlung von fachlicher Kompetenz für den priesterlichen Dienst war es mir ein großes Anliegen, dass unter den Seminaristen mitbrüderliche geistliche Freundschaften entstehen und gepflegt werden. So gut es ist, am Leben von Freunden Anteil nehmen zu können, die eine Familie gründen und in ganz anderen Berufen ihre Frau/ihren Mann stehen müssen, so wertvoll sind Freundschaften, deren Grund in der gemeinsamen Berufung zum Priestertum Jesu Christi liegt. Auch das gemeinsame Ertragen so mancher Mühe in der Seelsorge und der mitbrüderliche Austausch tut gut und gibt Zuversicht für den weiteren Weg.
5. Besonders dankbar darf ein Pfarrer für die vielen guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinden sein! Da ist mir Paulus ein großes Vorbild, der in seinen Briefen den tiefen Dank für Gott, jedoch ebenso für die vielen Mitgläubenden und Mithelfenden nicht vergisst. Wie viel Unterstützung gibt es in der Seelsorge, in Fragen von Planung, Organisation, Realisierung von Projekten (so manches Kirchenvorstands-Mitglied leistet da unschätzbar wertvolle Arbeit), in der Begleitung von Kindern und Jugendlichen, im caritativen Engagement, in der Durchführung von Festen, in der Öffentlichkeitsarbeit ... – sie alle ergänzen meine Arbeit als Pfarrer, nicht selten auch meine persönlichen und zeitlichen Begrenzungen, und tragen mit dazu bei, dass der

Weinberg des Herrn lebendig bleibt. Dennoch besteht zur Selbstzufriedenheit kein Anlass: Zu sehr fehlt es manchmal an missionarischer Kraft, an Mut zum Zeugnis, an innerer Umkehr – biblisch gesprochen: an der Freude an Gott, die unsere Kraft ist.



Johannes Maria Vianney (1786-1859),  
Heiliger, Patron der Pfarrer.  
Während einer Wallfahrt der Laiengremien in der Militärseelsorge nach Burgund im Jahr 1994 besuchten die katholischen Soldaten auch das Grab des hl. Pfarrers von Ars (s. AUFTRAG 218/Juli 1995, S. 122 ff.)

Pfarrer im Jahr 2005: Auch heute kann ich jungen Menschen auf dem Weg zum Priestertum guten Gewissens sagen: die Lust an der Seelsorge überwiegt die Last bei weitem! Dennoch brauchen wir für den Dienst Ermutigung, Hilfe und spürbare Entlastungen: Denn wie soll jemand seine Berufung zum seelsorglichen Dienst entdecken, wenn er den Geistlichen nicht mehr in der Nachfolge Jesu, sondern nur noch in der Abfolge von Terminen erlebt? In einer Kirche unter dem Vorzeichen des „weniger“ – weniger Geld, weniger Priester, weniger Gemeindemitglieder, weniger Pfarrheime ... – ist es unsere Aufgabe als Pfarrer, das „mehr“ zu verkünden, das wir alleine Gott verdanken: das Mehr an Barmherzigkeit, an Gerechtigkeit, an Freundschaft, an Liebe, an Leben. Und dafür lohnt es sich, Priester zu sein: in welchen Strukturen auch immer! (aus: DT vom 01.03.2005)

# Von der Volkskirche zur missionarischen Kirche im Volk

## Analysen und Vorschläge eines Unternehmensberaters

*Die katholische Kirche in Deutschland sieht sich heute mit dem größten strukturellen Umbruch seit der Säkularisation konfrontiert. Innerhalb einer Generation, so die These des Unternehmensberaters Mitschke-Collande, gilt es, den Übergang zu schaffen von der dominierenden, für alle Schichten normativen Volkskirche zu einer missionarischen Kirche im Volk.*

VON THOMAS VON MITSCHKE-COLLANDE

Die Volkskirche wird schon bald Vergangenheit sein. Der Wandel zur Kirche im Volk ist kaum noch umkehrbar. Vor allem sechs Trends sind es, die deutlich machen, dass die Wendemarke bereits passiert ist.

### Situationsanalyse

#### (1) Zunehmende Säkularisierung:

Mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung gehört schon heute keiner christlichen Konfession mehr an. In den Altersgruppen bis zu 44 Jahren bekennen sich nur noch Minderheiten zu den Grundaussagen des christlichen Glaubensbekenntnisses.

#### (2) Schwindendes Vertrauen in die Institution „Kirche“:

46 Prozent der Bevölkerung vertrauen der katholischen Kirche nicht – d.h. sie vergeben auf einer Skala von 1 bis 6 die Schulnoten 5 und 6. Auch unter den Katholiken ist das Misstrauen groß, mehr als ein Viertel vergibt ebenfalls nur Noten von 5 und 6.

#### (3) Fortschreitender Mitglieder-schwund:

In den letzten 10 Jahren sank die Zahl der Katholiken in Deutschland von 28,2 Mio. auf 26,5 Mio.; dies entspricht einem Rückgang um 1,7 Mio. Gläubige insgesamt oder durchschnittlich 0,6 Prozent p.a. Und es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich dieser Trend umkehrt. Bis 2025 ist mit einem weiteren Rückgang auf etwa 21 bis 23 Mio. Gläubige zu rechnen. Bis 2050 dürfte ihr Anteil, demografisch bedingt, sogar auf 16 Mio. absinken.

#### (4) Verfall der Kirchenbindung:

Christen kommen in aller Regel aus christlich geprägten Elternhäusern. Mit der rapiden Abnahme reli-

giös geprägter Elternhäuser lockert sich zunehmend auch die Kirchenbindung für die Kinder- und Enkelgeneration. Schon heute bezeichnen, nach einer Allensbach-Untersuchung aus dem Jahr 2002, 17 Prozent aller Katholiken ihr Elternhaus als nicht (mehr) religiös. Bei den Katholiken in der Altersgruppe zwischen 16 und 29 sind es bereits 26 Prozent.

#### (5) Erosion der finanziellen Basis:

Die Lage der katholischen Gemeinden und Diözesen gestaltet sich bundesweit zusehends schwieriger. Mit einem Anteil von 85 Prozent ist die Kirchensteuer bisher die maßgebliche Einkommensquelle. Künftig wird mit dem Rückgang der Kirchensteuerzahler jedoch auch dieses Aufkommen kontinuierlich zurückgehen – zusätzlich beschleunigt durch die Verlagerung der Besteuerung hin zu Umsatz- und Verbrauchssteuern. Da gleichzeitig der Aufwand für Personal, Infrastruktur sowie sonstige Aufgaben weiter steigen wird, baut sich peu à peu ein strukturelles Haushaltsdefizit auf. In knapp einer Generation wird es etwa 25 bis 35 Prozent des Budgets der deutschen Bistümer ausmachen.

#### (6) Rückgang der Priesterzahlen:

Hatte die katholische Kirche vor 15 Jahren noch ungefähr 18.000 Welt- und Ordenspriester, so waren es 2002 noch 12.600. Geht man von der heutigen Altersstruktur und den Neuzugängen in den Priesterseminaren aus, so kann man in 20 Jahren nur noch mit 6.000 Geistlichen rechnen.

Die Bischöfe haben diese Gefahrenlage treffend beschrieben. Primäres Problem ist nicht so sehr die zunehmende Mittelverknappung, sondern vor allem die sinkende Fähigkeit der Kirche, Menschen an sich zu binden.

### Aktiv umsteuern

„Weitermachen wie bisher“ kann deshalb keine Lösung sein. Das wäre nicht nur Realitätsverweigerung, schlimmer noch: Es stünde in direktem Widerspruch zur Botschaft des Evangeliums, zum missionarischen Auftrag der Kirche.

Ebenso abwegig erscheint ein rein reaktives „Gesundshrumpfen“. Sparrunden und Stellenabbau alle 3 bis 5 Jahre verunsichern auf Dauer alle: die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter, schließlich alle Gläubigen. Noch mehr Menschen würden der Kirche den Rücken kehren – mit fatalen Rückwirkungen auf Gottesdienstbesuch, Taufe und Einnahmementwicklung. Der Auszehrungsprozess würde sich sogar weiter beschleunigen.

„Zeit kaufen“ allein genügt nicht! Wir müssen vielmehr akzeptieren, dass unser „Kirchenmodell“, so wie es sich seit der Säkularisation herausgebildet hat, nicht mehr überlebensfähig ist und binnen einer Generation dahinschwinden wird.

Einzige Alternative ist ein radikales Umdenken und Umsteuern. Es kann nur noch darum gehen, den ohnehin nicht mehr aufhaltbaren Wandel aktiv zu gestalten. Quer durch die Kirche muss ein umfassender Reformprozess in Gang kommen. Damit er den erhofften Erfolg zeitigen kann, sollte er planvoll und in Etappen erfolgen.

#### • Das eigene Haus in Ordnung bringen:

Dies kann nicht allein Aufgabe der Amtskirche sein. Jeder Gläubige ist hier gefordert, Zeugnis abzulegen. Zunächst gilt es, statt ständig neuer Hiobsbotschaften in den Medien wieder das Bild einer Kirche zu verbreiten, die weniger auf Gebote und Verbote abhebt, sondern die „Frohe Botschaft“ in den Vordergrund stellt. Ist diese unerlässliche Imagekorrektur gelungen, müssen vier Aufgaben mit Vorrang angegangen werden.

#### • Die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Kirche wiederherzustellen:

In allen deutschen Bistümern muss eine sorgfältige, an pastoralen Gesichtspunkten ausgerichtete Finanzplanung zum Grundprinzip der Haushaltsführung werden. Die organisatorische und personelle Leistungsfähigkeit der Kirche ist zu verbessern. Abläufe und Strukturen lassen sich entbürokratisieren, wenn es gelingt, Eigenverantwortung und Engagement des Einzelnen zu stärken.

- **Künftig sollte man weniger in Strukturen und Hierarchien denken, stattdessen gezielt auf die individuellen Stärken und Beiträge der verschiedenen Kirchenmitglieder setzen:**

Geistliche müssen sich wieder auf Verkündigung und Seelsorge konzentrieren können. Laien brauchen ein attraktives, flexibler und breiter gestaltetes Angebot, um sich sinnvoll einbringen zu können. Und natürlich brauchen wir „Burning Persons“: Ich meine damit charismatische Persönlichkeiten, Geistliche oder Laien, um den Funken überspringen zu lassen auf die anderen – ob nun aktive Kirchgänger oder Außenstehende, die wieder gewonnen werden wollen. Die Kirche muss wieder stärker mit der Caritas verzahnt werden: Die Sorge um Leib und Seele sind zwei Seiten einer Medaille – der Orientierung am Menschen. Vor allem auf Gemeindeebene eröffnet sich die große Chance, nicht nur vom positiven Ansehen der Caritas zu profitieren, sondern auch Menschen für die Kirche zu begeistern, die in schwierigen Lebenslagen besonders Hilfe brauchen.

- **Der missionarische Auftrag der Kirche muss mit Nachdruck aufgegriffen werden:**

Kirche muss wieder wachsen wollen. Es gilt das traditionelle Versprechen einzulösen, Seelsorge und Spiritualität vermitteln zu können. Gläubige, vor allem Mitglieder gesellschaftlicher Eliten, müssen dazu bereit sein, stärker als bisher in der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen und für ihre christlichen Werte auch im Alltag entschlossen einzutreten.

- **Vorwärts gerichtete Visionen entwickeln:**

Die Kirche braucht eine neue Perspektive, die motiviert, gemeinsam nach vorn zu schauen als „pil-

gerndes Volk Gottes“, wie es das Zweite Vatikanum so treffend formuliert hat. So attraktiv und so offen wie die Bergpredigt – am Menschen orientiert, ohne das Heilige zu vernachlässigen.

Dafür gilt es, ein zukunftsfähiges Modell der Kirche zu entwickeln: Es muss eine Kirche sein, die stärker auf das ehrenamtliche Engagement von Laien, vor allem den Frauen, setzt. Eine Kirche, die von den Talenten und Fähigkeiten der einzelnen Gläubigen getragen wird, die geprägt wird von charismatischen Persönlichkeiten, die für Weltoffenheit stehen, ohne dem Zeitgeist hinterherzulaufen.

Sie muss insbesondere eine Antwort auf die Frage finden, wie die Seelsorge in der Fläche neu gestaltet werden soll. Immer größere Pfarrverbände, ohne dass gleichzeitig die seelsorgerische Betreuung direkt vor Ort sichergestellt werden kann, das ist mitnichten der richtige Weg. Um Größenvorteile zu nutzen und in einem medialen Umfeld, zu behaupten, wird zudem eine sehr viel engere, in-

tensivere Zusammenarbeit zwischen den Diözesen gebraucht. Hier muss eine neue Stufe der Arbeitsteilung erreicht werden.

Dass grundlegende Reformen unumgänglich sind, darüber besteht heute erstaunliche Einigkeit zwischen Kirchenvolk und Kirchenführung. Fast 50 % der Katholiken sehen dringenden Veränderungsbedarf in der Institution „Kirche“.

Wir sind nicht länger Volkskirche, sondern müssen uns darauf einstellen, zu einer Kirche im Volk zu werden. Dazu gilt es, den Übergang zu einer verstärkt seelsorgerisch, missionarisch orientierten Kirche offen und partizipativ unter Führung der Bischöfe zu gestalten.

Vielleicht könnten die deutschen Bischöfe hier den Startschuss geben zu einer kirchenweiten Reformdiskussion, unterstützt vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Ein solcher sicherlich mehrjähriger Diskussionsprozess könnte dann in einer großen Zukunftskonferenz der deutschen Katholiken seinen Abschluss finden. □

## Religionssoziologe: Kirche soll sich nicht auf Pfarrei fixieren

Der Freiburger Religionssoziologe Michael N. Ebertz hat die Kirche vor einer Fixierung auf die Pfarrei als pastorale Kirchenstruktur gewarnt. Damit würde das Risiko wachsen, „den Glauben am Leben vieler heutiger Menschen vorbei zu kommunizieren“, schreibt Ebertz Ende Februar in der Freiburger Diözesanzeitung „Konradsblatt“. Dagegen warnt der Dortmunder Pastoraltheologe Norbert Mette im selben Heft vor einem Aufgeben der herkömmlichen Ortsgemeinde. Es sei eine „verhängnisvolle Fehleinschätzung“, Pfarreien gewissermaßen als „Auslaufmodelle“ zu betrachten.

Laut Ebertz gehen die Lebensräume der meisten Menschen über den sozialen Nahraum hinaus. Ein kirchlicher Organisationsraum, der sich auf diesen engeren Lebensbereich konzentriert, „geht also an den Lebensräumen der meisten Menschen heute vorbei und von Voraussetzungen aus, die nicht mehr gegeben sind“. Auch seien Pfarrgemeinden häufig geschlossene Gesellschaften geworden. Die Pfarreien sollten nicht abgeschafft, sondern umgewandelt werden in „unterschiedlich gefärbte Knotenpunkte eines größeren Netzwerks einer Seelsorgeeinheit“, so der Religionssoziologe.

### „Wärmestrom des Evangeliums spürbar werden lassen“

Mette räumt ein, dass es eine Reihe von Pfarreien gebe, die auf Grund ihres Zustands alles andere als zukunftsträchtig erschienen. Aber es gebe auch nicht wenige Ortsgemeinden, die von Angehörigen aller Altersgruppen sehr lebendig gestaltet würden. Gemeinden vor Ort gewährleisteten eine Nähe zu den Menschen. Sie seien im wahrsten Sinne des Wortes „not-wendig“, weil sie unmittelbar dazu in der Lage seien, „etwas vom Wärmestrom des Evangeliums in ihren eigenen Reihen sowie in ihrer Umgebung spürbar werden zu lassen“, schreibt der Pastoraltheologe. (KNA)



# „Lebensqualität“ macht nicht die Würde des Menschen aus

Vatikan warnt vor falsch verstandenem Gesundheitsbegriff

**I**n Rom tagte Ende Februar die Vollversammlung der vor zehn Jahren gegründeten Päpstlichen Akademie für das Leben. Papst Johannes Paul II. betonte in einem Schreiben an den Präsidenten der Akademie die Würde und das Recht auf Leben besonders jener Menschen, „die noch nicht oder nicht mehr fähig sind, den Verstand oder den Willen zu gebrauchen“.

Der Heilige Vater betont, dass die Würde des Menschen nicht von der „Qualität seines Lebens“ abhängt. Die so genannte „Lebensqualität“, fährt er fort, „wird hauptsächlich oder gar ausschließlich als ökonomische Effizienz, als ungeordneter Konsumismus, als physische Schönheit oder als Ergötzen am physischen Leben interpretiert. Dabei wird auf die tieferen Dimensionen unserer Existenz vergessen: auf die Beziehungen und auf die geistigen und religiösen Dimensionen.“ Die allerwichtigste Qualität oder Eigenschaft – jene, „die jedes menschliche Geschöpf wesentlich ausmacht“ – sei nicht die Lebensqualität, sondern die Tatsache, dass der Mensch „nach dem Bild seines Schöpfers geschaffen wurde und ihm ähnlich ist“, schreibt der Papst.

„Diese Stufe von Würde und Qualität gehört zur ontologischen Ordnung und ist konstitutiver Bestandteil des Wesens des Menschen. Sie bleibt in jedem Augenblick des Lebens erhalten, vom ersten Moment seiner Empfängnis an bis zum natürlichen Tod. Und sie gelangt zur Vollendung in der Dimension des ewigen Lebens“, erklärt er. „Aus diesem Grund muss man den Menschen immer achten und respektieren – was immer auch sein Gesundheitszustand, seine Krankheit oder seine Behinderung sein mögen.“

Ausgehend von einem solchen „Respekt vor dem Leben und vor der Würde jedes Menschen muss die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Familie und den dazwischen liegenden anderen Einrichtungen die konkreten Bedingungen schaffen, damit sich die Persönlichkeit eines jeden gemäß seinen natürlichen Begabungen auf harmonische Weise entfalten kann. Alle Dimensionen des Menschen – die leibliche, psychologische, geistige und die moralische Di-

mension – müssen harmonisch gefördert werden.“ Dazu seien gesellschaftliche Gegebenheiten notwendig, „die zu einer harmonischen Entwicklung beitragen können“, sagt Johannes Paul II. in seinem Brief. „Der gesellschaftliche Kontext macht somit die zweite Stufe der menschlichen Lebensqualität aus, die allen Menschen zugestanden werden muss, selbst jenen, die in Entwicklungsländern leben.“

Heute verbreite sich allerdings immer mehr ein anderes Verständnis von „Lebensqualität“, ein sehr „reduziertes und eingeschränktes“ Verständnis. Unter „Lebensqualität“ werde die „Fähigkeit“ verstanden, „Lust zu genießen und zu erfahren“, die „Fähigkeit“, sich selbst zu bestimmen, oder auch die Fähigkeit, „am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“. Eine solche Mentalität „verweigert jegliche Lebensqualität jenen Menschen, die noch nicht oder nicht mehr fähig sind, ihren Verstand oder ihren Willen zu gebrauchen, oder die das Leben gefühlsmäßig oder im Sinne von Beziehung nicht mehr genießen können“, kritisiert der Papst.

Auch der Gesundheitsbegriff habe eine ähnliche Wandlung durchgemacht, schreibt er, um anschließend auf einen großen Widerspruch in den heutigen Gesellschaften hinzuweisen: Einerseits „erscheint die Menschheit heute in vielen Teilen der Welt als Opfer des selbst geschaffenen Wohlstandes, in viel größeren Teilen aber ist sie Opfer von weit verbreiteten und verheerenden Krankheiten, deren Virulenz sich aus den elendigen und unwürdigen Lebensbedingungen ergibt.“

Abschließend ruft der Heilige Vater zu einer Mobilisierung aller Kräfte von Wissenschaft und Weisheit „zum Dienst am echten Wohl des Menschen und der Gesellschaft

in allen Teilen der Welt“ auf. „Die Würde der Person, in der das Bild Gottes selbst eingeprägt ist“, möge dazu als orientierendes, fundamentales Kriterium dienen. (ZENIT.org)

## Widerspruch zur WHO-Definition von Gesundheit

Der Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben, Bischof Elio Sgreccia, hat vor einem falsch verstandenen Gesundheitsbegriff gewarnt. Mit einer Definition der Weltgesundheitsorganisation WHO von Gesundheit als dem „vollständigen Wohlergehen der physischen, psychischen und sozialen Natur“ drohe weltweit eine Legalisierung von Sterilisation. Auch Kampagnen zur Sterilisation würden mit diesem Hinweis auf die „reproduktive Gesundheit der Frau“ begründet, sagte Sgreccia. Unter dem Vorwand, „das Gut der Gesundheit zu schützen“, werde in Wirklichkeit das größere Gut, das Leben des Kindes, „unterdrückt und geleugnet“, sagte der Bischof. Die Päpstliche Akademie wolle daher bei ihrer Tagung das gewandelte Verhältnis von Lebensqualität, Menschenwürde und Ethik der Gesundheit in den Blick nehmen.

Der Kölner Arzt und Theologe Manfred Lütz wandte sich im Vorfeld der Tagung gegen Tendenzen, die Gesundheit zur Religion zu machen. Nach christlicher Tradition besitze der Mensch seine gesamte Würde auch und vor allem in Situationen extremer Bedürftigkeit. Das stehe im Gegensatz zur „vorherrschenden Meinung“, die die Würde der Schwachen und Hilfsbedürftigen wie Embryonen, Menschen mit Hirnschäden oder Alte eher leugne. In Deutschland, betonte Lütz, reichten schon Missbildungen wie eine Lippenspalte für eine Tötung unmittelbar vor der Geburt aus. Er bezeichnete dies als Mord, der „weder illegal noch strafbar, sondern sogar regulär von den Versicherungen gezahlt“ werde. Die „Ethik des Heilens“ werde dabei zu einer „zynischen Formel, um alles zu rechtfertigen“. (ZENIT/KNA)

## Europa in der Krise der Kulturen

**B**ei seinem letzten Vortrag außerhalb Roms vor seiner Wahl zum Papst hat Joseph Kardinal Ratzinger am 1. April 2005 in Subiaco über die Krise der europäischen Kultur gesprochen. In Subiaco hatte den heiligen Benedikt die Anrufung Gottes getroffen und hier baute der Ordensvater die ersten Klöster. Seine Ordensregel hatte die kulturelle Entwicklung Europas wesentlich beeinflusst. Ratzinger damals noch Präfekt der Glaubenskongregation zeigte in seinem Vortrag Aspekte auf, die heute als Kernpunkte seines Pontifikats als Papst Benedikt XVI. gelten können. Auf diese weist AUFTRAG in einer Kurzfassung des Vortrags nach einer in „Die Tagespost“ (Nr. 57, 14.05.2005, S. 9/10) veröffentlichten Übersetzung hin.

Die Aufklärung sei nicht zu verdammen, dürfe aber ihre christliche Herkunft auch nicht verleugnen. Denn ohne Wurzeln verdorre der Baum, meinte der Kardinal. „Wir leben in einer Zeit großer Gefahren und großer Chancen für den Menschen und für die Welt, einer Zeit, die uns alle vor eine große Verantwortung stellt. Im vergangenen Jahrhundert sind die Möglichkeiten des Menschen und seine Beherrschung der Materie auf unvorstellbare Weise gewachsen. Doch sein Über-die-Welt-verfügen-können hat auch zur Folge, dass seine Zerstörungskraft Dimensionen erreicht hat, die uns erschrecken lassen.“ In diesem Zusammenhang denke man unwillkürlich an die Bedrohung durch den Terrorismus. Die Furcht, Terroristen könnten sich bald Zugang zu atomaren oder biologischen Waffen verschaffen, habe zur Folge, dass man innerhalb der Rechtsstaaten auf Sicherheitssysteme zurückgreifen müsse, wie sie vorher nur in Diktaturen existiert hätten. Dennoch bleibe das Gefühl, dass alle diese Vorkehrungen in Wirklichkeit niemals ausreichen können, da eine totale Kontrolle weder möglich noch wünschenswert sei, betont Ratzinger.

### Europa – Ort der wissenschaftlichen Rationalität

Weniger deutlich erkennbar, aber darum nicht weniger beunruhigend, seien die Möglichkeiten der Selbstmanipulation, die der Mensch erreicht habe. Er sei jetzt sozusagen in der Lage, selbst den Menschen zu „schaffen“ als Produkt unseres Handelns nach von uns selbst festgelegten Anforderungen. So erstrahle über dem Menschen nicht mehr der Glanz der Ebenbildlichkeit Gottes, die ihm seine Würde und seine Unverletzlichkeit verleihe, sondern nur noch die Macht des menschlichen Könnens. Welches Menschen Ebenbild ist er aber dann? fragt der Kardinal.

Hinzu kämen die großen, weltweiten Probleme: die ungleiche Güterverteilung auf der Erde, die wachsende Verarmung, die Ausbeutung der Erde, der Hunger, die weltweiten Krankheiten und die Konfrontation der Kulturen. Unseren wachsenden Möglichkeiten stehe keine entsprechende Entwicklung unserer moralischen Kraft gegenüber. Die morali-

sche Stärke sei nicht mit der Entwicklung der Wissenschaft gewachsen sondern habe eher abgenommen. Obwohl wir gerade eine öffentliche Moral bräuchten, die den Bedrohungen begegnen könne, die unser aller Leben belasteten. „Die wirkliche und schlimmste Bedrohung ...liegt gerade in diesem Ungleichgewicht zwischen technischen Möglichkeiten und moralischer Stärke“, unterstreicht Ratzinger.

Die Gewissheit, derer wir als Voraussetzung unserer Freiheit und Würde bedürften, könne letztlich nicht aus technischen Kontrollsystemen kommen, sondern könne nur aus der moralischen Stärke des Menschen hervorgehen. Andernfalls würde sich die Macht des Menschen zunehmend in eine zerstörerische Macht verwandeln.

Heute gebe es einen neuen Moralismus mit Schlüsselbegriffen wie Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Es seien Begriffe, die nach wesentlichen moralischen Werten verlangten und derer wir tatsächlich bedürften. Dieser



neue Moralismus bliebe dagegen vage und stelle vor allem Ansprüche gegenüber den anderen ohne kaum eine Verpflichtung für das persönliche Leben zu bedeuten. In den letzten Jahrzehnten haben wir erleben können, wie der Pazifismus in einen zerstörerischen Anarchismus und in Terrorismus ausgeartet sei. Auch der politische Moralismus der siebziger Jahre sei in die falsche Richtung gelaufen, „da er sachlicher Vernunft entbehrte und letztlich die politische Utopie über die Würde des einzelnen Menschen stellte und schließlich im Namen großer Ziele sogar zur Abwertung des Menschen führen konnte,“ stellt der heutige Papst fest. Dieser politische Moralismus blockiere den Weg zu einer Erneuerung.

Das gleiche gelte folglich auch für eine christliche Theologie, die den Kern der Botschaft Jesu, das „Reich Gottes“ auf die Werte des „Reiches“ reduziere, diese Werte dann mit den Parolen des politischen Moralismus identifiziere und dies gleichzeitig als Synthese der Religionen erkläre. So werde Gott vergessen und an seine Stelle träten Parolen, die jeden Missbrauch gestatteten.

Dieser kurze Blick auf die Welt führe uns dazu, über den Zustand des Christentums und über die Grundlage Europas nachzudenken. Dieser christliche Kontinent sei aber auch der Ausgangspunkt für jene neue wissenschaftliche Rationalität mit ihren großartigen Möglichkeiten aber

ebenso mit ihren schlimmen Bedrohungen gewesen. Das Christentum sei keine europäische Religion habe aber in Europa seine historisch bedeutsamste kulturelle und intellektuelle Prägung erhalten, was es deswegen mit Europa besonders verknüpfe.

Europa habe seit der Renaissance über die Aufklärung und die Entdeckungen nicht nur zur geographischen Einheit der Welt, zur Begegnung von Kontinenten und Kulturen geführt, sondern dank einer durch die Wissenschaft möglichen technischen Kultur die ganze Welt geprägt bzw. im gewissen Sinne uniformiert.

Als Folge dieser Rationalität habe sich in Europa eine Kultur entwickelt, die Gott auf bisher unbekannte Weise aus dem öffentlichen Bewusstsein ausschleife. Er werde dem subjektiven Bereich zugewiesen, der für das öffentliche Leben nicht relevant sei.

Durch diese funktionelle Rationalität werde behauptet, dass nur vernünftig sei, was durch Experimente zu beweisen sei. Diese Sicht habe das moralische Bewusstsein in den bisherigen Kulturen tief erschüttert. Dennoch werde zugegeben, dass es der Moral in gewisser Weise bedürfe. Also werde durch Berechnungen der Folgen bestimmt, was als Moral gelte und was nicht. Die Kategorie des Guten nach Kant gehe so verloren, da alles von den Folgen abhängt, die eine Handlung voraussichtlich auslöse.

### **Im Widerspruch zu allen moralischen Traditionen der Welt**

„Wenn einerseits das Christentum in Europa seine wirksamste Form gefunden hat, muss man andererseits aber auch sagen, dass sich in Europa eine Kultur entwickelt hat, die nicht nur zum Christentum, sondern zu allen religiösen und moralischen Traditionen der Welt in einem radikalen Widerspruch steht.“ Hierin zeige sich, dass dieser Kontinent vor einer regelrechten „Zerreißprobe“ stehe, befürchtet Ratzinger. Deswegen hätten die Europäer jetzt eine große Verantwortung für die heutige Menschheit zu übernehmen in der Debatte um die Definition des neuen politischen Europas.

Die beiden gegensätzlichen Kulturen seien in der Diskussion über

die Präambel der Europäischen Verfassung in zwei kontroversen Punkten hervorgetreten: Die Frage des Gottesbezuges in der Verfassung und die Erwähnung der christlichen Wurzeln Europas. Die Gewährleistung der institutionellen Rechte der Kirchen in Artikel 52 der Verfassung bedeute, dass sie ein politischer Kompromiss seien und ihre inhaltliche Prägung nicht in den Grundlagen Europas verankert seien. Die Behauptung, eine Erwähnung der historischen christlichen Wurzeln Europas verletze die Gefühle der zahlreichen Nichtchristen, sei nicht stichhaltig, da sie ja eine Tatsache sind. Mit den christlichen Wurzeln werden auch die übrigen Quellen der moralischen Orientierung Europas als Identitätsfaktor genannt, gegen die weder die Muslime noch die Juden Einwände hätten. Die Muslime fühlten sich nicht von der Grundlage der christlichen Moral, sondern vom Zynismus einer ihre eigenen Grundlagen leugnenden verweltlichten Kultur bedroht. Die Angehörigen anderer Religionen würden nicht durch die Erwähnung Gottes verletzt, sondern durch den Versuch, eine menschliche Gemeinschaft völlig ohne Gott zu schaffen, hebt der Kardinal hervor.

Die Europäische Verfassung setze voraus, dass nur die Kultur der radikalen Aufklärung verfassungsbildend sein könne. Neben ihr könnten folglich verschiedene religiöse Kulturen nebeneinander existieren, indem sie die Maßstäbe der Kultur der Aufklärung respektierten und sich ihr unterordneten.

Letztere werde vor allem durch das Recht auf Freiheit definiert, als fundamentalem Wert, an dem alles zu messen sei, wie die freie Religionswahl, die freie Meinungsäußerung, die demokratische Staatsordnung, die freie Parteienbildung, die Unabhängigkeit der Richter, der Schutz der Menschenrechte und das Diskriminierungsverbot. Dieser Kanon sei noch nicht entgültig, da es auch einander entgegengesetzte Menschenrechte gebe, wie zwischen dem Verlangen der Frau auf freie Entscheidung und dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes.

Der Begriff der Diskriminierung werde immer weiter gefasst, so dass das Verbot hierzu sich immer mehr in

eine Beschränkung der freien Meinungsäußerung und der Religionsfreiheit verwandele. Als Beispiele nennt der ehemalige Präfekt der Glaubenskongregation die katholische Lehre zur Homosexualität und die Nichtweihe von Frauen zu Priestern.

Dieser Kanon der Kultur der Aufklärung sei nicht definitiv, enthalte aber wichtige Werte auf die wir Christen nicht verzichten wollten und könnten. Aber die schlecht oder gar nicht definierte Auffassung von Freiheit führe unvermeidlich zu Widersprüchen. Es sei offensichtlich, dass gerade der radikal erscheinende Gebrauch von ihr „Begrenzungen der Freiheit mit sich bringt, die wir uns vor einer Generation noch gar nicht haben vorstellen können. Eine konfuse Ideologie der Freiheit führt zu einem Dogmatismus, der sich der Freiheit gegenüber immer als feindlicher erweist“, stellt der heutige Papst Benedikt XVI. fest.

### **Eine konfuse Ideologie der Freiheit führt zum Dogmatismus**

Bevor wir auf die Widersprüche innerhalb der derzeitigen Kultur der Aufklärung eingehen, müsse sie jedoch zu Ende beschrieben werden. Als Kultur einer Vernunft erhebe sie einen universellen Anspruch und betrachte sich selbst als abgeschlossen ohne einer Vervollständigung durch andere kulturelle Faktoren zu bedürfen.

Diese Auffassung werde klar, wenn untersucht werde, wer Mitglied in der europäischen Gemeinschaft werden könne, z.B. die Türkei. Dabei handele es sich um einen Kulturbereich bzw. Staat ohne christliche Wurzeln, beeinflusst durch die islamische Kultur. Der Staatsgründer Atatürk habe versucht, den im christlichen Europa gereiften Laizismus in die Türkei auf muslimischen Boden zu verpflanzen. Nach Ansicht der weltlichen Aufklärungskultur Europas müsse das möglich sein, da es ohne Bedeutung sei, auf welches Gewirr von Wurzeln diese Kultur der Freiheit und Demokratie aufgepflanzt werde. Diese toten Wurzeln könnten somit auch nicht in die Definition der Grundlagen Europas eingehen, da sie nicht Teil der derzeitigen Identität seien. Daraus folge, dass diese ausschließlich von der Kultur der Aufklärung bestimmte



Identität nichts mit Gott im öffentlichen Leben und in den Grundlagen des Staates zu tun habe. So erscheine alles logisch und plausibel. Dennoch dränge sich die Frage auf, ob diese Kultur der weltlichen Aufklärung wirklich eine allgemein gültige für alle Menschen gemeinsame Kultur der Vernunft sei. Man müsse sich auch fragen, ob sie tatsächlich in sich abgeschlossen sei angesichts der unterschiedlichen historischen und kulturellen Gegebenheiten.

### **Bedeutung und Grenzen der Kultur des Rationalismus**

Auf die Frage, ob endlich eine rein wissenschaftliche und weltweit gültige Philosophie gefunden sei, in der die allen Menschen gemeinsame Vernunft sich ausdrücke, müsse geantwortet werden, dass ohne Zweifel wichtige Errungenschaften erzielt worden sind, wie die Freiheit der Religion, die Achtung der für alle gültigen fundamentalen Menschenrechte sowie die Gewaltentrennung und die Machtkontrolle.

Allerdings könnten diese allgemein gültigen fundamentalen Werte nicht überall infolge der historischen Tatsachen auf gleiche Weise umgesetzt werden. „Nicht alle Gesellschaften verfügen über die soziologischen Voraussetzungen für eine auf Parteien gegründete Demokratie wie der Westen. Auch die völlige religiöse Neutralität des Staates muss in fast jedem historischen Kontext als Illusion betrachtet werden“, gibt Ratzinger zu bedenken.

Weiter sei zu klären, ob die modernen philosophischen Strömungen der Aufklärung sich für das für alle gemeinsame letzte Wort der Vernunft halten können? Diese positivistischen und antimetaphysischen Strömungen ließen am Ende für Gott keinen Platz. Ihre Selbstbeschränkung der positiven Vernunft, im Technischen durchaus angemessen, führe durch Verallgemeinerung zu einer Verstümmelung des Menschen. Somit erkenne der Mensch keinerlei moralische Instanzen mehr außerhalb seiner Berechnungen an. Außerdem führe am Ende der sich zunächst unbegrenzt scheinend ausbreitende Begriff der Freiheit zur Zerstörung der Freiheit.

Die positivistischen philosophischen Strömungen mit ihren wichti-

gen Elementen der Wahrheit gründeten auf einer Selbstbeschränkung der Vernunft, einer typischen Erscheinung der kulturellen Situation des modernen Westens. Daher könne sie nicht die Philosophie sein, die eines Tages für die ganze Welt gelten solle. Außerdem kappe diese Philosophie der Aufklärung bewusst die eigenen historischen Wurzeln und beraube sich deshalb des fundamentalen Gedächtnisses der Menschheit, ohne das die Vernunft die Orientierung verlöre.

Tatsächlich gelte jetzt der Grundsatz, was man tun könne, dürfe man auch tun, wie man an den Beispielen des „Klonens“ oder der „Atombombe“ sehen könne. Wenn dieses Tun-Können nicht in einer moralischen Norm sein Maß finde, werde es zu einer zerstörerischen Macht. „Auch der Terrorismus basiert letztlich auf dieser ‚Selbst-Autorisierung‘ des Menschen und nicht auf der Lehre des Korans“, verdeutlicht der ehemalige Kardinal.

Die radikale Loslösung der Philosophie der Aufklärung von ihren Wurzeln führe letztlich zur Preisgabe des Menschen. „Der Mensch habe im Grunde keine Freiheit sagen uns die Vertreter der Naturwissenschaften. Er dürfe nicht glauben, dass er etwas anderes im Vergleich zu allen anderen Lebewesen sei, und daher müsse er auch wie diese behandelt werden.“ Dies ist die Ansicht der fortgeschrittensten Verfechter dieser Philosophie.

Die vorher gestellten Fragen, ob die rationalistische (positivistische) Philosophie streng rational und folglich universell gültig und ob sie vollständig sei, müsse mit einem klaren „Nein“ beantwortet werden, denn ein Baum ohne Wurzeln verdorre. Damit werde aber nicht alles geleugnet, was diese Philosophie an Positivem und Wichtigem zu sagen habe, man weise aber vielmehr auf das Bedürfnis ihrer Vervollständigung hin.

Und somit sind wieder die beiden anfangs angesprochenen kontroversen Punkte der Europäischen Verfassung berührt. Die Zurückstellung der christlichen Wurzeln erweise sich nicht als überlegene Toleranz, sondern verabsolutiere ein allen anderen historischen Kulturen radikal entgegengesetztes Denken.

Der wahre Gegensatz, der die

heutige Welt bestimme, bestehe in der radikalen Emanzipation des Menschen von Gott auf der einen Seite und den großen religiösen Kulturen auf der anderen Seite. Wenn es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Kulturen käme, so aus den genannten Gegensätzen heraus und nicht zwischen den großen Religionen. Letztere haben von jeher miteinander gerungen, aber schließlich immer miteinander zusammenleben können.

So sei auch die Ablehnung des Gottesbezugs nicht Ausdruck einer Toleranz, sondern der Ausdruck des Bewusstseins, Gott endgültig aus dem öffentlichen Leben der Menschheit zu verdrängen. Der Relativismus als Ausgangspunkt für dies alles werde so ein Dogmatismus, der sich im Besitz der endgültigen Erkenntnis der Vernunft glaube sowie im Recht, alles andere sei im Grunde nur ein überholtes Stadium der Menschheit. „In Wirklichkeit bedeutet das, dass wir Wurzeln brauchen, um zu überleben, und dass wir Gott nicht aus den Augen verlieren dürfen, wenn wir unsere menschliche Würde nicht verlieren wollen“, folgert der heutige Papst.

### **Die bleibende Bedeutung des christlichen Glaubens**

Dies bedeute aber nicht die Ablehnung der Aufklärung und der Moderne. Das Christentum habe sich von Anfang an als vernunftgemäße Religion verstanden. Ihre Vorläufer waren nicht die anderen Religionen, sondern eine aufklärende Philosophie, die die Suche nach der Wahrheit, dem Guten und dem einzigen Gott, der über allen anderen Göttern steht, freimachte. Diese Religion der Verfolgten und Weltreligion habe die Glaubensfreiheit gegenüber dem Staat postuliert. Das Christentum hat alle Menschen als Geschöpfe Gottes und sein Ebenbild definiert und die gleiche Würde jedes Menschen innerhalb der Grenzen der sozialen Ordnung zum Grundsatz erklärt.

In diesem Sinne sei die Aufklärung christlichen Ursprungs. Sie entstand gerade dort, wo das Christentum entgegen seiner Natur leider zur Staatsreligion geworden war. Es war und ist Verdienst der Aufklärung, die ursprünglichen Werte des Christentums wieder in Erinnerung gerufen

und der Vernunft ihre Stimme zurückgegeben zu haben. Dies bestätigte auch das Zweite Vatikanische Konzil in der Konstitution über die Kirche in der Welt.

Bei alldem müssten die Kirche und die Moderne über sich selbst nachdenken und zu Korrekturen bereit sein. Das Christentum müsse sich immer daran erinnern, dass es die Religion des schöpferischen Geistes ist, von dem alle Wirklichkeit ausgehe. Gerade darin müsse heute seine philosophische Stärke liegen, da das Problem darin bestehe, ob die Welt aus dem Irrealen abstamme und die Vernunft folglich ein Nebenprodukt sei oder ob die Welt von der Vernunft abstamme und diese folglich ihr Maßstab und Ziel sei. Der christliche Glaube neigt zu dieser zweiten Annahme und habe dabei gute Karten. „Eine aus dem Irrealen hervorgegangene Vernunft, die am Ende selbst irrational ist, stellt keine Lösung für unsere Probleme dar“, konstatiert Ratzinger. In dem notwendigen Dialog zwischen Laizisten und Katholiken müssten wir Christen darauf achten, einen Glauben zu leben, der aus der schöpferischen Vernunft abstamme und daher auch gegenüber allem, was wirklich vernünftig ist, offen sei.

Hier möchte Ratzinger als gläubiger Mensch den Laizisten einen Vorschlag machen. Im Zeitalter der Aufklärung habe man versucht, die wesentlichen moralischen Normen zu verstehen und zu definieren und habe gesagt, sie seien gültig „etsi Deus non daretur“, auch wenn Gott nicht existieren sollte. Man wollte die wesentlichen moralischen Werte aus den Widersprüchen heraushalten und eine Eindeutigkeit für sie finden. So wollte man die Grundlagen des Zusammenlebens und allgemein die Grundlagen der Menschheit sichern.

Die Suche nach einer solch beruhigenden Gewissheit, die über alle Unterschiede hinaus unbestritten bleiben könnte, sei gescheitert. Nicht einmal Kants großartiges Bemühen sei in der Lage gewesen, die notwendige von allen geteilte Gewissheit zu schaffen.

Der zum äußersten geführte Versuch, die menschlichen Dinge unter vollständigem Verzicht auf Gott zu formen, würden uns zur gänzlichen Zurückstellung des Menschen füh-

ren. Deswegen der Vorschlag: „Auch derjenige, dem es nicht gelingt, den Weg der Annahme Gottes zu finden, sollte dennoch versuchen, so zu leben und sein Leben so auszurichten, ‚veluti si Deus daretur‘, als ob es Gott gäbe.“ So werde niemand in seiner Freiheit beschränkt, doch alle Dinge erhielten eine Stütze und einen Maßstab, dessen sie so dringend bedürfen, urteilt der frühere Kardinal.

### **Wir brauchen Menschen wie Benedikt von Nursia**

Was wir in diesem Moment der Geschichte vor allem brauchen, sind Menschen, die Gott durch den erleuchteten und gelebten Glauben in dieser Welt glaubhaft machten. Das negative Zeugnis von Christen, die zwar von Gott gesprochen aber gegen ihn gelebt hätten, hätten das Bild Gottes verdunkelt und dem Unglauben die Tore geöffnet. Wir brauchen Menschen, ihren Blick geradewegs auf Gott gerichtet, deren Verstand vom Licht Gottes erleuchtet und deren Herz von ihm geöffnet werde. So könne ihr Verstand zum Verstand der anderen sprechen und ihr Herz die Herzen der anderen öffnen.

Nur durch von Gott berührte Menschen könne er zu den Menschen zurückkehren. Wir brauchen Men-

schen wie Benedikt von Nursia, der sich in einer Zeit der Ausschweifungen und des Verfalls in die tiefste Einsamkeit zurückgezogen habe. Ihm sei es dann gelungen, nach den erfahrenen Läuterungen zum Licht zurückzukehren. Er gründete in Montecassino eine Stadt auf dem Berg, in der die Kräfte gesammelt wurden, aus denen sich eine neue Welt bildete.

So ist Benedikt, wie Abraham der, Vater vieler Völker geworden. Seine Empfehlungen an seine Ordensbrüder am Ende seiner Regeln, seien Hinweise, die auch uns den Weg nach oben zeigten, heraus aus der Krise und den Trümmern. „Wie es einen bitteren und bösen Eifer gibt, der von Gott trennt und zur Hölle führt, so gibt es den guten Eifer, der von den Sünden trennt, zu Gott und zum ewigen Leben führt. Diesen Eifer sollen also Mönche mit glühender Liebe in die Tat umsetzen, das bedeutet: Sie sollen einander in gegenseitiger Achtung zuvorkommen; ihre körperlichen und charakterlichen Schwächen sollen sie mit unerschöpflicher Geduld ertragen ... in Liebe sollen sie Gott fürchten... Christus sollen sie überhaupt nichts vorziehen. Er führe uns gemeinsam zum Leben.“ (Kapitel 72) (bt)

### **Bündnis für Priesterberufungen gegründet**

**Z**ur Behebung des zunehmenden Priestermangels ist ein bundesweites „Bündnis für Berufungen“ gegründet worden. „Wir wollen nicht zulassen, dass die Ausbildungsseminare immer leerer werden, begründete der Vorsitzende der Deutschen Regentenkonferenz, Regens Peter Klasvogt, die bei einer Tagung in Schwerte von Bischöfen, Regenten, Ordensleuten und Pfarrern beschlossene Initiative.

Jugendliche, die eine geistliche Berufung verspürten, fühlten sich oft alleine gelassen, erläuterte Klasvogt. Auch Sr. Katharina Hartleib von der Kölner „Diözesanstelle für Berufe der Kirche“ wies darauf hin, dass es in den Gemeinden an Ansprechpartnern fehle. Dieses Manko soll durch eine breite Unterstützungsstruktur in den Diözesen und Pfarreien beseitigt werden. Das Bündnis will zudem bestehende Einzelinitiativen und Werbeaktionen zur Förderung von Priesterberufungen über diözesane Grenzen hinweg vernetzen. In manchen Bistümern gibt es laut Klasvogt nach dem Vorbild US-amerikanischer „vocational teams“ monatliche Treffen für Jugendliche, die am Priesterberuf interessiert sind. Diese sollten auf weitere Regionen ausgeweitet werden. Die Fachtagung in Schwerte stand unter dem Motto „Aus Leidenschaft für Gott – Unsere Welt braucht Priester“. Zu den rund 100 Teilnehmern gehörten auch die Bischöfe von Erfurt und Essen, Joachim Wanke und Felix Genn, die die bischöflichen Kommissionen für Pastoral und für Geistliche Berufe leiten, sowie die Bischöfe von Trier und Münster, Reinhard Marx und Reinhard Lettmann.

(KNA-ID Nr. 10 / 2. März 2005)

# Eine Schnittstelle von Kirche und Politik

EU-Bischofscommission COMECE besteht 25 Jahre

VON KNA-REDAKTEUR CHRISTOPH LENNERT

**E**rst 25 Jahre? Das jugendliche Alter überrascht. Die EU-Bischofscommission COMECE, in die alle EU-Bischofskonferenzen Vertreter entsenden, wurde – erst – 1980 gegründet, am 3. März. Seither ist die Einrichtung zu einer ersten Adresse im Kreis der kirchlichen Institutionen in Brüssel geworden: gefragter Gesprächspartner, diskreter Lobbyist, sachkundiger Aufklärer und hilfreiche Anlaufstelle.

Schon in den 50er Jahren gab es Einzelpersonen und erste kirchliche Unternehmungen, um das auch von vielen Christen enthusiastisch betriebene Projekt der europäischen Einigung zu begleiten. So richteten die Jesuiten 1956 zunächst in Straßburg, dann 1963 auch in Brüssel ihr Informationsbüro OCIPE ein, um den Europarat und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG zu beobachten. Einen neuen Schub bekamen die Beziehungen zwischen Europa und der katholischen Kirche, als 1970 der Vatikan diplomatische Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften aufnahm. Damals war es noch der Nuntius in Belgien und Luxemburg, der sich auch um die Beziehungen zur EG zu kümmern hatte. Inzwischen gibt es in Brüssel zwei Nuntiaturen. Aus der Arbeit der EG-Nuntiaturs ging 1976 die Vorläufer-Institution der COMECE hervor: Der „Europäische Katholische Pastorale Informationsdienst“, kurz SIPECA. Hier wurde erstmals regelmäßig ein Rundbrief erarbeitet, der über europäische Entwicklungen informierte.

Zahlreichen Bischöfen war das nicht genug. Auch der 1971 gegründete Rat der Europäischen Bischofskonferenzen CCEE half den EG-Bischöfen kaum: Den osteuropäischen Bischöfen etwa waren die Fragen fremd, die für die Bischöfe aus den damals gerade mal neun EG-Staaten immer brennender wurden. Zu den maßgeblichen Initiatoren der EU-Bischofscommission gehörte auch der deutsche Ruhrbischof, Kardinal Franz Hengsbach von Essen, wie

sich der spätere COMECE-Generalsekretär Paul Huot-Pleurox erinnert. Hengsbach schwebte ein „Katholisches Büro“ vor, das nach dem Vorbild der gleichnamigen Einrichtung damals in Bonn und heute in Berlin die Interessen der katholischen Kirche gegenüber den Institutionen vertreten sollte. Die Diskussionen brachten ein breiteres Aufgabenspektrum: Neben der Begleitung der EU-Politik gehören auch Information und Studien zu den Aufgaben der EU-Bischofscommission. Hengsbach wurde 1980 zum ersten COMECE-Präsidenten gewählt. Auch wenn er dieses Amt schon 1983 wieder abgab, so blieb er doch dem Gremium unter anderem als Vizepräsident noch über viele weitere Jahre verbunden.

Mit den Jahren hat sich die COMECE verändert – nicht weniger als die EU. Die dem Mauerfall von 1989 folgende Öffnung der EU nach Osten führte dazu, dass auch die EU-Bischofscommission Mittler- und Informationsaufgaben übernahm und etwa Vertretern der Bischofskonferenzen aus den postkommunistischen Staaten die EU-Institutionen nahe brachte. Zum anderen galt es, die Ver-

tiefung der europäischen Einigung zu begleiten, wie der heutige COMECE-Generalsekretär Noel Treanor berichtet. Die unter EU-Kommissionspräsident Jacques Delors (1985–1995) aufgeworfene Frage nach den Werten und Prinzipien der EU verlangte nach Antworten auch auf Seiten der Kirchen. Mit Josef Homeyer, inzwischen emeritierter Bischof von Hildesheim und derzeit noch bis Frühjahr 2006 zum COMECE-Präsidenten gewählt, war es abermals ein Deutscher, der die EU-Bischofscommission in den entscheidenden Jahren seit 1993 leitete. Unter seiner und Treanors Führung reiften im Brüsseler COMECE-Büro im EU-Viertel Seminare und Konferenzen, Schriften und Veranstaltungen als Beiträge heran, um Europa eine Seele zu geben.

Nicht zuletzt der ausdauernden Arbeit der COMECE über Jahre hinweg ist es zudem anzurechnen, dass 1997 der Amsterdamer Vertrag eine Erklärung erhielt, die den Kirchen ihre Rechtsstellung in den EU-Staaten sicherte. Mit ihr Werk ist es auch, dass die neue EU-Verfassung den Kirchen einen strukturierten Dialog mit den EU-Institutionen zubilligt. Immer intensiver wurde dabei zudem die ökumenische Zusammenarbeit: Kirchen und kirchliche Einrichtungen in Brüssel treten heute häufig gemeinsam auf, wenn sie ihre Anliegen vortragen. □

## COMECE fordert von EU-Politikern Transparenz und klares Wertebekenntnis

„Nein“ zur Verfassung ist keine offene Ablehnung des Europäischen Projekts

Nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch die französische und niederländische Bevölkerung ruft Msgr Noël Treanor, Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaften (COMECE), die EU-Politiker zu mehr Transparenz auf. Damit die Europapolitik beim Volk ankomme, müsse sie „klar in einem Wertesystem verwurzelt werden, welche das Erbe Europas respektiert und fördert“, betonte er. Das abgelehnte Verfassungswerk würdigte der Priester als „Errungenschaft“ und als durchaus positiven „Kompromiss zwischen 25 Mitgliedstaaten“.

In der COMECE-Presseerklä-

rung vom 3. Juni wird zunächst festgehalten, dass das französische und niederländische „Nein“ Politiker und Bürger „zur genauen Analyse“ auffordere. Die Gründe für die Ablehnung der EU-Verfassung seien vielfältig, weshalb „nicht auf eine offene Ablehnung des Europäischen Projektes geschlossen werden“ könne, heißt es.

„Das ‘Nein’ in den Mitgliedstaaten bringt eine ernsthafte Besorgnis hinsichtlich der sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Fragen zum Ausdruck und stellt die diesbezügliche Angemessenheit der Europapolitik in Frage. Es enthält

Fortsetzung auf Seite 51



POLEN:

## Polnische Gottesdiener im Dienste der polnischen Stasi

VON JOACHIM GEORG GÖRLICH

Unter dem Titel die „Rot-schwarzen“ brachte die konservative polnische Tageszeitung „Rzeczpospolite“ eine genaue Übersicht dessen, wer als Gottesdiener dem kommunistischen heimischen „Sicherheitsdienst“ (SB) diente: ständig ca. 8.000 Priester und Ordensleute. Die Zeitung: Die Klosterschwestern waren die immunsten, nämlich sage und schreibe nur 12! (Ordensmänner 405). An der berühmten „Katholischen Universität Lublin“ waren es 24 Dozenten, in den Priesterseminaren 39 usw.

Der SB gründete eine Sonderabteilung für Werbung und Schulung der Gottesleute bereits im Jahr 1962.

Was trieb die Menschen in die Arme des SB? Es war weder Überzeugung, noch Geldgier. Es war die Karriere, denn bei manchen höheren Positionen hatte der Staat sein Mitspracherecht. Und sicherlich waren es Westreisen. Für die Geistlichen wurden Sonder-Akten „TOK“ angelegt, die zumeist bei der „Wende“ 1989 vernichtet wurden. Dennoch kam Polens Gauck-Behörde IPN, so deren Historiker Dr. habil. Jan Zaryn, ihnen auf die Spur.

Aus den SB-Akten geht nicht hervor, ob im Beichtstuhl abgehört wurde. Was „Rzeczpospolite“ nicht berichtet: Der SB-Nähe wurde

insbesondere der „Christusorden“ sowohl von der politischen polnischen Emigration, als auch der westlichen „Dienste“ verdächtigt, der unter den im Westen lebenden Polen seelsorgerisch tätig war.

Auch stand die Leitung der evangelischen Kirche Polens unter dem gleichen Verdacht; derweil die orthodoxe Kirche, weil ihr fast ausschließlich die russische und die ukrainische Minderheit in Polen angehört, in den Zuständigkeitsbereich des KGB fiel.

Und natürlich gehörten die Mitglieder der katholischen Pfarrgemeinderäte, die christlich-politischen Gruppen wie „Pax“, „Christlich-Soziale Gesellschaft“ und die Klubs der Katholischen Intelligenz“ (KOK) dazu.

Regimenahe Gottesdiener gab es bereits vor der Machtergreifung der polnischen Kommunisten im eigenen Land: wurde doch auf dem Territorium der Sowjetunion die polnische Volksarmee gegründet. Und weil Generalissimus Josew W. Stalin der Meinung war, dass ein polnischer Soldat nichts ohne Feldseelsorger taue, bekam diese als einzige im Ostblock Priester zugeteilt mit einem Generaldechanten im Oberstrang an der Spitze. Solange der II. Weltkrieg dauerte und in den ersten Nach-

kriegsjahren waren diese Feldgeistlichen in der Tat seelsorglich in der Truppe tätig und hatten eigene Garnisonskirchen. Danach wurden immer mehr nur auf Repräsentationspflichten, mit Vorliebe im Ausland, auf so genannten Weltfriedenskongressen u.a. zurückgedrängt. Ihre Zahl wurde begrenzt und der Zutritt zu den Kasernen untersagt. Nach der „Wende“ 1989 und der Umstrukturierung der polnischen Streitkräfte wurden sie allesamt in den Ruhestand versetzt. Und durch neue, anti-kommunistische Geistliche ersetzt.

Nach Kriegsende kamen dann die regimetreuen Geistlichen von der verstaatlichten „Caritas“, die in Großstadtparlamente oder Bezirksparlamente gelangten. Als „Friedenspriester“ titulierte, waren sie beim Volk verpönt. Kaum jemand suchte ihre Beichtstühle auf. Dann kam das erste polnische politische „Tauwetter“ 1956 und sie verschwanden allesamt in der Versenkung.

Natürlich kennen die Bischöfe all diese schwarzen Schafe und wie dem Verfasser bereits vor mehreren Jahren der Oppelner Erzbischof Alfons Nossol mitteilte, sind die einstigen „geheimen Mitarbeiter“ (polnische Kürzel „tw“) bereits aus dem „kirchenpolitischen Verkehr“ gezogen worden. □

### Fortsetzung von Seite 50

eine Warnung gegenüber einer grenzenlosen Erweiterung der EU. Die Ängste der Bürger fordern eine mutige und schlüssige Antwort unserer Politiker auf der nationalen und europäischen Ebene.

Leider ist ein Teil der Nein-Stimmen das Ergebnis von Desinformation und unangemessener Kommunikation über Ziele und Inhalte des Verfassungsvertrages.

Dies hebt die Notwendigkeit hervor, mehr Transparenz, Legitimität und Beteiligung im Regierungshandeln zu entwickeln. Es müssen jetzt neue Wege gefunden werden, das Ziel des Europäischen Projektes und die europäischen Entscheidungsprozesse zu vermitteln. Um glaub-

würdig zu sein und von den europäischen Bürgern angenommen zu werden, muss die Europapolitik klar in einem Wertesystem verwurzelt werden, welche das Erbe Europas respektiert und fördert.“

Der COMECE-Generalsekretär erinnert daran, dass zehn Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag bereits ratifiziert hätten und dass diese Tatsache nicht einfach ignoriert werden könne.: „Der Verfassungsvertrag ist das Ergebnis einer kreativen Anstrengung von Vertretern aus der europäischen und nationalen Politik, Beamten, Verfassungsspezialisten und Vertretern aus den unterschiedlichen Bereichen der Europäischen Zivilgesellschaft. Ihre Errungenschaft – ein Kompromiss zwischen

25 Mitgliedstaaten – bleibt bestehen. Er wird eine bedeutende Quelle für die Fortentwicklung des europäischen Projektes sein.“

Alle europäischen Bürger und ganz besonders die Christen werden in diesem Schreiben dazu aufgefordert, die „politische und gesellschaftliche Bedeutung des europäischen Projektes und seiner bisherigen Errungenschaften“ zu würdigen und zu seinem Erfolg beizutragen. „Heute wie vor 50 Jahren ist das europäische Projekt für die Förderung des Friedens, die Verwirklichung von Wirtschaftswachstum und die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes lebenswichtig“, unterstreicht Msgr Noël Treanor abschließend. (ZENIT.Org)

# Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Männerthema

## Haupttagung der katholischen Männerarbeit

**D**ie Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich heute nicht nur Frauen. Mehr denn je ist es ein Thema für Männer, denn viele Männer haben heute keine Chance mehr, Vater zu werden, wenn sie nicht bereit sind, ihr berufliches Engagement zurückzufahren, um die Familienarbeit mit ihrer Partnerin zu teilen. Männer, die dazu bereit sind, sind aber vielfach noch Pioniere und Einzelkämpfer. Sie ernten zwar heimliche Bewunderung, aber doch überwiegend Kopfschütteln: Wer will heute noch riskieren, durch Teilzeitarbeit seine einmal erreichte Position zu gefährden?

In einer Zeit, in der die Arbeitsplätze eine knappe und umkämpfte Ressource geworden sind, bekommt das Thema noch eine besondere Brisanz, da eine Familie ohne gesichertes Einkommen kein Auskommen hat. Zudem ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein gesellschaftspolitisches Thema, denn ohne Kinder gibt es keine Zukunft. Es müssen also Wege und Chancen für Männer eröffnet werden, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Politik, Unternehmen und Verbände müssen das Anliegen unterstützen.

Die diesjährige Haupttagung der katholischen Männerarbeit in Deutschland hatte sich vom 27. bis

29. April in Fulda mit dem Thema beschäftigt und sich von Fachleuten dazu beraten lassen. Prof. Dr. Richard Hartmann, Professor für Pastoraltheologie an der Theologischen Fakultät Fulda referierte zum Thema „Ideal und Wirklichkeit – Männer in Beruf und Familie“. Die ehemalige saarländische Familienministerin (1999-2004), Dr. Regina Görner, CDU und Mitglied des DGB-Bundesvorstandes griff das Thema aus der Sicht der Politik auf. In einem Podiumsgespräch diskutierten unter der Moderation vom Peter Wendt, Institut „Ehe und Familie“ an der Kath. Universität Eichstätt, Vertreter von Mitgliedverbänden der Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD) – unter ihnen der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein.

Als Ergebnis der Haupttagung wurde ein „Offener Brief zur Vereinbarkeit von Erziehungsarbeit, Pflegearbeit und Beruf“ verfasst, der an alle gesellschaftlich relevanten Gruppen versandt wurde. Darüber hinaus beriet die Mitgliederversammlung eine Stellungnahme zur Diskussion um „Vaterschaftstests und deren Verwertbarkeit vor Gericht“.

Nachstehend beide Erklärungen im Wortlaut:

### Offener Brief der Mitgliederversammlung der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD)

am 27. April 2005 an die Gesellschaft zur Vereinbarkeit von Erziehungsarbeit, Pflegearbeit und Beruf

**D**ie Zukunft eines Landes und einer Gesellschaft sind die Kinder. Wenn die jungen Männer und Frauen eines Landes immer weniger bereit sind, eine Familie zu gründen und auf diese Weise für die Zukunft zu bauen, ist das ein alarmierendes Zeichen für unsere Gesellschaft. Aus Sorge um diese Zukunft wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Wir wenden uns besonders an den männlichen Teil unserer Bevölkerung, da überwiegend Männer an den Schalthebeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung tragen.

Der Gesetzgeber hat die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Elternzeit oder Teilzeitarbeit für Mütter und Väter geschaffen. Eine ganze Reihe von Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen ermöglichen Müttern und Vätern oder pflegenden Angehörigen, auf dieser Grundlage berufliche und familiäre Aufgaben zu vereinbaren. Das möchten wir ausdrücklich anerkennen. Allerdings sehen wir auch ein wesentliches Problemfeld darin, dass insgesamt von viel zu wenig Arbeitgebern gute Wege eröffnet werden, Familie und Beruf zu vereinbaren. Es ist bisweilen gar ein Skandal, wie junge Väter und Mütter von ihren Arbeitgebern und Kollegen verdeckt

gemobbt bis gar offen aus dem Arbeitsverhältnis hinausgedrängt werden, wenn sie ihren Anspruch auf Elternzeit oder Teilzeitarbeit geltend machen oder nach der Elternzeit wieder in den Betrieb zurückkehren wollen. Das darf so nicht bleiben!

Frauen und Männer, die sich durch Studium, Berufsausbildung oder Berufserfahrung eine hohe Kompetenz und eine große Bedeutung für unsere Wirtschaft erworben haben, möchten nicht nur einseitig auf diese Qualität und diesen Nutzen reduziert werden. Frauen und Männer möchten gerne und müssen auch Kinder haben, um in ihren Familien sich selbst und unserer Gesellschaft eine Zukunft zu geben. Beides, Beruf wie Familie, muss von einzelnen Männern und Frauen wie von der Gesellschaft insgesamt als gleichermaßen grundlegend bedeutsam angesehen werden.

- Daher appellieren wir an alle, die Menschen beschäftigen und als Arbeitgeber oder Anstellungsträger Verantwortung tragen: Sorgen Sie dafür, dass Sie mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Vater oder Mutter kleiner Kinder sind oder die pflegebedürftige Angehörige versorgen, sowohl betriebliche als auch

individuelle Lösungen entwickeln, die es gut ermöglichen, für diese Phase Familie und Beruf zu vereinbaren.

- Wir appellieren speziell an die Männer bzw. die Väter, dass sie selbst in Erwägung ziehen, durch Teilzeitarbeit oder Erziehungszeit ihren Kindern mehr Zeit zu widmen. Denn Kinder brauchen Väter, die für sie da sind und die sie ermutigen, sich in das Leben hinein und hinaus zu wagen. Eine partnerschaftliche Aufteilung der Erwerbsarbeit und der familiären und häuslichen Aufgaben verbindet die Partner und fördert das Gefühl der Zusammengehörigkeit.
- Wir appellieren auch an die erwerbstätigen Frauen

und Männer, die keine Einschränkungen durch familiäre Aufgaben haben, dass sie die Jahre der familiären Phase ihrer Kolleginnen und Kollegen solidarisch mittragen; wir danken ausdrücklich denen, die dies schon bisher wie selbstverständlich ermöglichten.

Wir brauchen in unserer Gesellschaft ein Klima, in dem Kinder willkommen sind und pflegebedürftige Menschen nicht ausgegrenzt werden. Wir brauchen die enge Verzahnung von beruflicher und familiärer Arbeit, damit wir auch morgen eine Zukunft haben.

*Fulda, 27.04.2005*

*Franz-Josef Schwack  
Präsident der GKMD*

### Stellungnahme der Mitgliederversammlung zur Diskussion um Vaterschaftstests und deren Verwertbarkeit vor Gericht

Auf dem Hintergrund ihres katholischen Menschenbildes und Eheverständnisses betont die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands die gleichrangige Bedeutung der leiblichen Mutter und des leiblichen Vaters für die Entwicklung des Kindes.

Ein Kind braucht ein tragfähiges, verlässliches und nährendes soziales Umfeld, um sich gut entfalten zu können. Grundlegend dabei ist die Entwicklung von Vertrauen in die Menschen und die Entwicklung von Selbstvertrauen. Die leiblichen Eltern, also Mutter und Vater gleichermaßen, bilden gemeinsam als Gottes Ebenbild primär jenes organische und soziale Umfeld, den elterlichen Boden, auf dem dieses Vertrauen keimt und wächst. Diese primäre Wirklichkeit ist in der Gesetzgebung besonders zu würdigen und zu schützen. Für die psychosoziale Entwicklung eines Kindes ist es nämlich von großer Bedeutung, dass es weiß, wer – biologisch-leiblich gesehen – die Mutter und wer der Vater ist. Und so wie das Kind grundsätzlich ein Recht hat, mit beiden Elternteilen in Kontakt zu sein, müssen die Elternrechte für Vater und Mutter gerecht, sozial und gleich sein.

1. Ein Vater muss die Möglichkeit haben, legal die biologische Vaterschaft für ein Kind, für das er Unterhalt und/oder Erziehungsarbeit leistet, festzustellen. Mit diesem Anspruch wird kein Vertrauensverhältnis zerrüttet. Allenfalls führt ein bereits gestörtes Vertrauensverhältnis zwischen einem Mann und einer Frau zum Bedürfnis, die Frage der biologischen Vaterschaft zu klären.

Bestehen bei einem Mann Zweifel über eine Vaterschaft, bleibt die Basis für die grundlegend bedeutsame vertrauensvolle, innige Beziehung zum Kind gestört.

Eine legale Möglichkeit zur Klärung der Vaterschaft liegt daher auch im Interesse des Kindes.

2. In diesem Zusammenhang ist das Selbstbestimmungsrecht des Kindes zu berücksichtigen. Dazu gehört – neben der Bestimmung, was mit dem eigenen genetischen

Material passiert – auch das Recht des Kindes, zu wissen, wer sein biologischer Vater ist.

Das heißt, im günstigsten Fall entscheiden Mutter und Vater gemeinsam und sorgen dafür, dass tatsächlich genetisches Material des Kindes mit dem des Vaters verglichen wird. Ab einem bestimmten festzulegenden Alter muss das Kind mit in die Entscheidung einbezogen werden.

3. Wenn die Mutter dem Wunsch des Vaters nicht zustimmt und es zu keiner einvernehmlichen Entscheidung kommt, kann man dem Vater Zweifel an seiner Vaterschaft nicht verdenken. Der Gesetzgeber muss dann einen Weg eröffnen, auf dem er die Frage der biologischen Vaterschaft rechtsverwertbar klären kann. Mit der Pflicht eines Vaters, im Falle von Scheidung oder nicht ehelicher Kinder für die von ihm gezeugten Kinder Unterhalt zu bezahlen, korrespondiert das Recht, spätestens im Zusammenhang mit der Zahlung dieses Unterhalts auch die tatsächliche biologische Vaterschaft zu klären.

Eine Frau kann keinen Unterhalt von einem Mann beanspruchen – weder für sich noch für ein Kind – wenn der Mann nicht leiblicher Vater des Kindes ist.

Diese Unterhaltspflichten treffen in diesem Falle den leiblichen Vater des Kindes – auch wenn diese schwieriger festzustellen und zu realisieren sind.

4. Die möglichen Folgen eines Vaterschaftstests muss ein Mann vor der Entscheidung für einen Test in Betracht ziehen. Die Frage, inwieweit ein Vaterschaftstest nach vielen Jahren gelebter Vaterschaft vernünftig ist, muss sich jeder Vater – gerade in seiner Verantwortung gegenüber dem betroffenen Kind – ernsthaft und gründlich stellen. Darüber hinaus kann es sehr bedeutsam sein, die übernommene soziale Vaterschaft weiter zu pflegen, auch wenn ein Test ergibt, dass man nicht der biologische Vater ist.

*Fulda, 28.04.2005*

*Franz-Josef Schwack  
Präsident der GKMD*



## „Was Männern Sinn gibt ...“

### Studie der Kirchen erforscht Religiosität von kirchenfernen Männern



Viele Männer nehmen pädagogische, seelsorgerliche und soziale Angebote der Kirchen in Anspruch und akzeptieren den kirchlichen Beitrag zur Werteerziehung der Kinder. Zur Entwick-

lung und Vertiefung eigener weltanschaulicher Kompetenz hingegen kommt Kirche für die Männer weniger in den Blick. Dies ist eines der Ergebnisse der Studie „Was Männern Sinn gibt ...“, die die Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Kirchliche Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen vom Institut zur Erforschung der religiösen Gegenwartskultur an der Universität Bayreuth durchführen ließen.

Am Freitag, den 13. Mai, wurde die Studie von Landesbischof Johannes Friedrich, Evangelisch-Lutheri-

sche Kirche in Bayern, und dem Bamberger Erzbischof Dr. Ludwig Schick in Nürnberg vorgestellt.

Die Kirchen könnten im Kontakt mit kirchenfernen Männern bei „den vielen erinnerten positiven Begegnungen mit kompetenten und charismatischen Persönlichkeiten“ anknüpfen, erklärt Dr. Martin Engelbrecht, Autor des Ergebnisberichts der religionssoziologischen Studie. Diese Persönlichkeiten stünden für die Glaubwürdigkeit der Kirche. Bei dem Forschungsprojekt „Die unsichtbare Religion bei kirchenfernen Männern“ wurden so genannte kirchenferne Männer zwischen 20 und 70 Jahren aus Bayern und Sachsen in persönlichen Interviews befragt. Kirchenferne sei dabei nicht gleichbedeutend mit Kenntnislosigkeit, so die Autoren. Auch bei ostdeutschen Männern gebe es deutlich mehr „erinnerte Kontakte“ zur Kirche, als man zunächst vermuten würde. So werde Kirche auch von kirchenfernen Männern bei der Werteerziehung der eigenen Kinder gerne als Helfer akzeptiert.

### Aus dem Statement des Bamberger Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Männerseelsorge

„Der besondere Wert der Studie besteht für die Kirche und besonders für die, die sich in ihr um die Männerpastoral und -arbeit bemühen, darin, dass sie *viel zum Nachdenken* gibt. Mich persönlich hat der Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Was Männern Sinn gibt“ aufgewühlt und unruhig gemacht. Er hat vor allem die Frage in mir aufkommen lassen: Was kann die Kirche tun, um mit den kirchenfernen Männern ins Gespräch zu kommen und sie mit der Frohen Botschaft des Evangeliums in Berührung zu bringen?

Die Studie befasst sich mit den kirchenfernen Männern; es gibt Gott sei Dank auch viele kirchennahe, von denen sich ein großer Teil auch vorbildlich und bewundernswert ehrenamtlich in der Kirche engagiert. Aber zur Gruppe der Kirchenfernen gehören viele, diese Gruppe wird

auch immer größer. Sich mit ihnen zu befassen, bedeutet, einen Trend wahrzunehmen. Die pastoralen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, können helfen, die *Kirchennahen* zu bestärken und die *Kirchenfernen* zurückzuführen. Deshalb hat die Studie allgemeine Bedeutung. ...

Die für die Studie interviewten Männer bekunden, dass die Postmoderne ihr Leben, auch bezüglich Religion, kennzeichnet. Sie lehnen ein umfassendes und allgemein gültiges Glaubens- und Ethiksystem, wie es das Christentum und die Kirche vertreten, ab. Fast allen, die sich geäußert haben, sind religiöse und kirchliche Institutionen suspekt, uninteressant, oder sie werden von ihnen hinterfragt. Sie werden aber nicht pauschal abgelehnt. Gesprächspartner aus der Kirche, die kompetent, menschlich akzeptiert und offen sind, werden gern angenommen, weil

Bei der Frage, was im Männerleben „Sinn macht“, spielen die Motive „Kampf“, „Lernen und Abenteuer“, „Beziehung“, „Kreativität“ sowie die Spannung zwischen „Selbst- und Fremdbestimmung“ eine wichtige Rolle, so die Studie. „Männer wollen in ihrem Leben auf etwas Geleistetes stolz sein, wollen sich für Ziele und Werte, aber in besonderer Weise für ihre Kinder einsetzen: Sie empfinden das Leben in vielfältiger Weise als Kampf gegen fremdbestimmte Bedingungen“, betonen die Verantwortlichen für die Männerarbeit in den beiden Kirchen. Gegenüber gesprächsorientierten, eher „weiblichen“ Formen von Frömmigkeit und Spiritualität blieben sie reserviert. Aber auch die Natur spiele für Männer eine große Rolle. Das Wandern, Bergsteigen, Fahrradfahren, Zelten, Kanufahren – bis hin zu Extremsportarten – komme ihrem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit entgegen. Denn Autonomie, so hat die Studie ergeben, ist für Männer eine wichtige Leitlinie, die ihr Leben sinnvoll macht. Das erkläre auch die neue Faszination von spirituellen Wanderungen und Pilgerwegen gerade bei Männern. (GKMD)

sie ggf. Hilfen für die Bewältigung des Lebens bieten können. ...

So ernüchternd die Studie ist, sie bietet viele Ansätze, um die Kirche wachzurütteln und sich zu besinnen. Sie enthält auch viele Anregungen für die Kirche. Sie weist ihr mannigfaltige Aufgaben zu. Jesus hat als eigentlichen und letzten Grund für sein Zugehen auf die Menschen die Einsicht benannt, dass er *die Menschen wie Schafe erlebte, die umherirrten, ohne den Weg zu einem glücklichen Leben zu sehen*. In Jesu Nachfolge soll die Kirche zum *glücklichen Leben der Menschen* beitragen, wozu die Beziehung zum Mitmenschen und zu Gott gehört. ...

Nun muss das Nachdenken in der Kirche beginnen, müssen Veränderungen veranlasst und pastorale Konzepte zum Wohl der Männer, unserer Gesellschaft und unserer Zukunft erarbeitet werden.“ □

VOR 60 JAHREN – AM 1. NOVEMBER 1945 STARB RUPERT MAYER:

## Benedikt XVI. würdigt den seligen Münchener Pater Rupert Mayer SJ

**P**apst Benedikt XVI. würdigte in einer seiner ersten Audienzen den seligen Münchener Pater Rupert Mayer SJ. Dieser war im Ersten Weltkrieg als Seelsorger und Divisionspfarrer im Einsatz. Er scheute keine Strapazen und widmete sich auch bei seiner späteren Arbeit als Männerseelsorger von München vor allem den Menschen in Not. Für die Militärseelsorge in der Bundeswehr ist Rupert Mayer ein leuchtendes Beispiel und ihr inoffizieller Schutzpatron.

Auf der Audienz für deutsche Pilger am 25. April sprach der gebürtige Bayer aus Marktl am Inn, Papst Benedikt XVI., über die Verbindungen zwischen Rom und Bayern und in diesem Zusammenhang auch über die vorbildhaften Gestalten seiner Heimat. Unter anderem sagte er: „Im 16. und im 17. Jh. gab dann Bayern eines der schönsten Zeugnisse der Treue zur katholischen Kirche. Dies belegt der sehr fruchtbare Austausch von Kultur und Frömmigkeit zwischen dem barocken Bayern und dem Sitz des Nachfolgers Petri. In der Neuzeit war es Bayern, das der Gesamtkirche einen so liebenswerten Heiligen wie den Kapuzinerpfortner Bruder Konrad von Parzam geschenkt hat.“ Unmittelbar danach nannte er auch noch den Namen des seligen Paters Rupert Mayer, der in der Bürgersaalkirche im Herzen Münchens begraben liegt.

Rupert Mayer wurde am 23. Januar 1876 in Stuttgart geboren. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums studierte er Philosophie und Theologie in Freiburg, München und Tübingen. Im Priesterseminar in Rottenburg am Neckar wurde er 1899 zum Priester geweiht.

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, zog Rupert Mayer als Feldgeistlicher und Divisionspfarrer an die Front. Für seinen unerschrockenen Einsatz wurde er mit hohen Tapferkeitsauszeichnungen gewürdigt. Nach Ende des Krieges musste im aufgrund einer Kriegsverletzung das linke Bein amputiert werden. Trotz dieser Behinderung betrachtete Pater Rupert Mayer es als seine wichtigste Aufgabe, den Menschen in ihren wirtschaftlichen und seelischen Nöten beizustehen und sie im Glauben zu stärken. Er kümmerte

sich insbesondere um die Armen, leitete die Marianische Kongregation in München, baute die Männerseelsorge in der Stadt auf und richtete die ersten Bahnhofsgottesdienste ein.

Der Priester gehörte zu den allerersten, die die Hitlerbewegung in ihrem Wesen verstanden hatten. Bereits 1923 verkündete er, dass Katholiken die Nationalsozialisten nicht unterstützen dürften. Auch nachdem Adolf Hitler 1933 an die Macht gekommen war, hörte Pater Mayer nicht auf, öffentlich seine Meinung zu sagen.

1937 wurde er festgenommen und zu sechs Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Grund war sein „fortgesetztes Vergehen“ gegen den so genannten „Kanzelparagraphen“: Der Jesuitenpater hatte gepredigt, dass der Mensch Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen.

Nach dem Absitzen seiner Haftstrafe in der Strafanstalt Landsberg predigte der Priester unerschrocken weiter, und wieder musste er ins Gefängnis. 1939 wurde er von den Nazis schließlich im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert. Dort magerte er sehr ab und schwebte in akuter Lebensgefahr.

1940 wurde er unter der Bedingung, dass seine Vorgesetzten ihm Predigtverbot erteilen würden, aus dem KZ entlassen und der Benediktinerabtei Ettal zur Klosterhaft übergeben. 1945 kehrte ein körperlich völlig ausgemergelter Pater Rupert Mayer schließlich nach München zurück. Erneut ging er daran, die im Dritten Reich verschüttete Männerseelsorge wieder zu beleben. Er starb wenig später, am 1. November 1945, nach der Feier der Heiligen Messe in der Kreuzkapelle der Kirche St. Michael.



Pater Rupert Mayer SJ (23.01.1876 - 01.09.1945) als Feldgeistlicher im I. Weltkrieg (1914 - 1918)  
„Auch in Uniform dem Dienst an den Menschen verpflichtet“.  
(Foto aus: Seliger P. Rupert Mayer SJ. Informationen, Berichte, Gebetshörungen. Folge 200, Hrsg. Sekretariat P. Rupert Mayer, München 1998)

Johannes Paul II., der am 2. April 2005 verstorbene Vorgänger von Papst Benedikt XVI., sprach Pater Rupert Mayer am 3. Mai 1987 in München selig. In seiner Predigt sagte er: „Möge das geistige Erbe seines Lebens und seines apostolischen Dienstes immer, besonders in Zeiten der Prüfung, mit Euch sein und Euch stets neue Kraft und Zuversicht schenken in Christus.“

Im Erzbistum München und Freising wird der 3. November als sein Gedenktag gefeiert.

(nach: ZENIT.org)

## Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit

Warum der Umgang mit belasteter Geschichte ebenso  
schwierig wie unumgänglich ist

VON JÖRG LÜER

**D**er Umgang mit belasteter Geschichte hat für Europa und weit darüber hinaus eine zentrale friedenspolitische Bedeutung. Wer die Entwicklungen im deutsch-polnischen Verhältnis im Laufe des letzten Jahres verfolgt hat, kommt nicht um die unerfreuliche Einsicht umhin, dass belastete Geschichte einen erheblichen Faktor bei der Auseinandersetzung mit konkreten politischen Alltagsfragen darstellt. Vor dem Hintergrund des rasanten Transformationsprozesses in Polen sowie der gesellschaftlichen Selbstverständnisdebatten in Deutschland kommt dem je eigenen Verhältnis zur Geschichte sowie dem Verhältnis der verschiedenen Geschichtswahrnehmungen zueinander eine erhebliche Rolle bei den jeweiligen Positionsbestimmungen im sich einigenden Europa zu.

### Dialogischer Prozess auf europäischer Ebene

Soviel ist bei allen Unterschieden in den Definitionsversuchen deutlich geworden: Eine europäisch tragfähige Positionierung wird nur dann zu erreichen sein, wenn sie zum einen im Rahmen eines dialogischen Prozesses erarbeitet wird und zum anderen die erlittenen individuellen und gesellschaftlichen Verwundungen sowohl anzuerkennen, als auch in umfassender Weise in die Prozesse europäischer Gewaltgeschichte einzulesen imstande ist. Gerade die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen hat die beziehungs-geschichtliche Komplexität der zu behandelnden Fragen deutlich hervortreten lassen. Nationale Alleingänge erreichen nicht das geforderte Niveau und werfen das anwachsende europäische Verständnis in prekärer Weise zurück. Es gehört gerade zu den spezifischen Auswirkungen der zu erinnernden Geschichte, dass sie das Aufeinanderbezogensein der europäischen Gesellschaften spannungsreich verdeutlicht. Die Diskussionen um die Teilnahme des Bundeskanzlers am Gedenktag aus Anlass des 60. Jahrestags der alliierten Landung in der Normandie mögen dies verdeutlichen. Die Art und Weise unseres Umgangs mit belasteter Geschichte sollte dem Rechnung tragen.

### Erinnerungen nicht nivellieren

Dabei wird zu Recht eingewandt, dass eine europäisierende Sicht auf die Geschichte, nicht um den Preis gewonnen werden dürfe, dass die jeweiligen in sich unterschiedenen Erinnerungszusammenhänge nivelliert würden. Die vielfältigen Formen der nationalen Erinnerungen gilt es, nicht im Europäischen aufzuheben, sondern vielmehr dort einzubetten. Es muss letztlich um ein dynamisches Verständnis der Verschiedenheiten gehen, das die grundsätzliche Offenheit für die Perspektive des Anderen beinhaltet. Wo es Opfer und Täter gab und gibt, darf es am Ende nicht nur Opfer oder Täter bzw. den Prozess geben. Weder ein Schuld beflissenes, die konkreten Taten nivellierendes „Alle waren Täter“ noch die im letzten selbstmitleidige Feststellung „Alle waren irgendwie Opfer“ werden den konkreten individuellen und gesellschaftlichen Verletzungen gerecht.

### Sprachfähigkeit wiedererlangen

Ein Blick über die eigenen nationalen Erfahrungszusammenhänge hinaus, die, wie wir immer wieder erleben, in sich durchaus auch ein hohes Maß an Heterogenität aufweisen, zeigt, dass die Schwierigkeiten beim Umgang mit belasteter Geschichte keineswegs nur eine partikuläre deutsche Erfahrung sind. Ein Blick

auf die gesellschaftlichen Debatten bei unseren Nachbarn – im polnischen Fall sei nur an die Debatten um Jedwabne, die Aktion Weichsel aber auch um die Bedeutung des Warschauer Aufstands 1944 erinnert – macht deutlich, dass die durch die Gewaltgeschichte ausgelöste gesellschaftliche Verunsicherung erheblich ist.

Auch die Situation in Bosnien und Herzegowina, um ein Beispiel anderer Aktualität zu nennen, macht deutlich, wie notwendig ein auf Versöhnung zielender Umgang mit der gewaltbelasteten Geschichte ist. Vertrauen in die Zukunft lässt sich nur gewinnen, wenn die Signifikanz der geschichtlichen Erfahrung für die Gegenwartsdeutung überwunden wird. Solange wesentliche Kriegsverbrecher noch nicht gefasst und verurteilt sind, kann von den Opfern und Überlebenden schwerlich verlangt werden, Vertrauen in die Herrschaft des Rechts zu fassen. Neben dem in dieser Form andauernden Unrecht kommt der gesellschaftlichen Fähigkeit zum Austausch eine wesentliche Funktion zu. Karl Jaspers hatte 1945/46 in seinen Vorlesungen zur Schuldfrage ausdrücklich darauf hingewiesen, wie zentral die Wiedergewinnung der Sprache, des Miteinandersprechens für die innere Befreiung vom Nationalsozialismus sei. Diese Erfahrung lässt sich derzeit an den äußerst schwierigen Bemühungen um die Errichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission in Bosnien und Herzegowina eindrucksvoll beobachten. Das Gelingen des für Europa nicht ganz unerheblichen Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina wird sich nicht zuletzt an der Herstellung einer die verschiedenen Gruppen überschreitenden Sprachfähigkeit entscheiden. Das deutsch-polnische Beispiel lässt den Zeithorizont aufscheinen, der zur Entschärfung solcherart kontaminierter Geschichte erforderlich ist.



### Respekt vor den Opfern – Auseinandersetzung mit den Tätern

Die Einsicht in die zentrale friedenspolitische Bedeutung des Umgangs mit belasteter Geschichte lag schon den entsprechenden Passagen im Friedenswort der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede“ (2000) zugrunde (vgl. Kapitel 11.5.). Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hat in Vertiefung dieser Passagen in einem vergleichenden Projekt versucht, Kernproblem und -ansätze bei der Auseinandersetzung mit belasteter Geschichte zu identifizieren. Dabei wurden Erfahrungen aus Ruanda, Bosnien, Russland, Guatemala, Südafrika, Südkorea und nicht zuletzt Deutschland ausgewertet. Die Ergebnisse dieses Projekts, die in Form konkreter Empfehlungen zur weiteren Diskussion vorgelegt wurden, weisen deutlich darauf hin, dass die real vorfindlichen individuellen sowie gesellschaftlichen Verletzungen und Traumatisierungen in Folge von Gewalt- und Unrechtsregimen letztlich nicht hintergebar sind. Vordergründige Versuche zur vor-schnellen Wiederherstellung einer sog. Normalität entsprechen zwar dem Bedürfnis nach Distanzierung von der als schmerzhaft und oftmals schamvoll erlebten Zeit, sie tragen aber in aller Regel nur kurzfristig zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei; dies zudem um den Preis der gesellschaftlichen Isolierung der Opfer. Die Überwindung der Gewalt, deren gesellschaftliche Prägekraft über Generationen allzu oft unterschätzt wird, erfordert zu lernen, die Wirklichkeit auch mit den Augen der Opfer bzw. der jeweils Anderen zu sehen. Versöhnungsprozesse sind daher an der Solidarität mit und dem Respekt vor den Opfern zu messen. Nicht zufällig lautet der polnische erhobene Hauptvorwurf gegen das Zentrum gegen Vertreibung auf Nivellierung der polnischen Opfererfahrung. Der Respekt vor den Opfern erfordert aber auch eine entsprechend differenzierte und konsequente Auseinandersetzung mit den Tätern.

### Strukturelle Bedingungen von Unrecht und Gewalt offenlegen

Doch die Auseinandersetzung mit belasteter Geschichte griffe er-

heblich zu kurz, bliebe sie bei den Betroffenen - Opfern, Tätern, Zuschauern etc. stehen und würde sie nicht auch die systemischen und strukturellen Bedingungen von Unrecht und Gewalt offenlegen. Unrechts- und Gewaltregimen wohnt – insbesondere unter den Bedingungen moderner Diktaturen – eine signifikante Tendenz inne, die Menschen in ihre Machenschaften zu verstricken und zu Komplizen zu machen. Daher setzt eine auf Versöhnung zielende Auseinandersetzung mit Unrecht und Gewalt sowie deren Folgen die rückhaltlose Aufklärung über ihre Träger, Strukturen und Auswirkungen, z.B. in Wahrnehmungsmustern oder Stereotypen, voraus. Die Entwicklung eines umfassenden Blicks auf Gewalt und ihre Folgen ist das Ziel. Die Aufdeckung der Wahrheit hat bei allen Zumutungen, die damit

verbunden sind, letztlich eine entlastende Funktion. In der realistischen Wahrnehmung der lang anhaltenden aber durchaus auch begrenzten Auswirkungen von Gewalt und Gewalterfahrung liegt einer der wesentlichen Schlüssel, die Kreisläufe und Wirkungen der Gewalt zu durchbrechen. Der Gefahr sich mit den je eigenen partikularen Wahrheiten zu fügen, lässt sich nur mit beharrlichem und zur Selbstreflexion bereiten Dialog begegnen. Abkürzungen – insbesondere machtpolitische – gibt es nicht.

*„Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit. Empfehlungen zum Umgang mit belasteter Vergangenheit.“ Eine Handreichung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden 102, Bonn 2004.*

## Stoppt das »Vogel-Strauß-Syndrom«



## Zeigt Zivilcourage. Ruft Hilfe: 110

Menschen werden belästigt, bedroht,  
geschlagen, sexuell gedemütigt –  
vor unseren Augen.

Die Opfer hoffen auf unsere Hilfe.

Viel zu oft jedoch vergebens.

Jeder von uns kann helfen. Auch Sie!



Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von  
Kriminalitätsoffern und zur Verhütung von Straftaten e.V.  
[www.weisser-ring.de](http://www.weisser-ring.de)

**Spendenkonto 34 34 34**

Deutsche Bank Mainz (BLZ 550 700 40)

Info-Telefon (01803) 34 34 34

VOR 60 JAHREN: US-TRUPPEN EROBERN UNZERSTÖRTE RHEINBRÜCKE

## Erinnerung an das „Wunder von Remagen“

VON KNA-REDAKTEUR CHRISTOPH ARENS

Wie schwarz gewordene hohle Zahnstummel ragen sie in die Landschaft. Neben den vielen romantischen Burgen und Schlössern am Mittelrhein machen sich die mächtigen Turmpaare an den beiden Rheinufern bei Remagen ziemlich hässlich aus. Und doch sind die Brückenpfeiler am Stromkilometer 633 historisch bedeutender und weltweit bekannter als so manches Glanzstück der Rheinromantik: Sie trugen die weltberühmte Brücke von Remagen, die am Montag vor 60 Jahren den amerikanischen Truppen unzerstört in die Hände fiel.

Remagen steht für den ersten Rheinübergang der alliierten Truppen und den Anfang vom Ende des Kriegs in Deutschland; gleichzeitig aber erinnern die Türme an den Tod zahlreicher deutscher Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern der Alliierten. Am 7. März 1945 war es amerikanischen Soldaten im Handstreich gelungen, die im Ersten Welt-

krieg erbaute 300 Meter lange Eisenbahnüberquerung als Einzige von 40 Rheinbrücken unzerstört in die Hände zu bekommen. Die Brücke sei ihr Gewicht in Gold wert, wird der amerikanische General Dwight D. Eisenhower zitiert. Deutsche Kampftaucher, Bomber und V-2-Raketen versuchten vergeblich, die riesige Stahlkonstruktion zu zerstören. Das in den USA so bezeichnete „Wunder von Remagen“ ließ die Alliierten erstmals ins Innere Deutschlands vorstoßen. Innerhalb von 24 Stunden standen bereits 8.000 amerikanische Soldaten auf der Ostseite des Rheins. Tag und Nacht rollten Truppen und Nachschubkolonnen über die Brücke, bis sie am 17. März einstürzte. Der Krieg wurde um Tage und Wochen verkürzt.

Mehr als 550.000 Menschen haben bislang das Friedensmuseum besucht, das die Stadt Remagen 1980 in den beiden Turmstümpfen auf der westlichen Rheinseite einrichtete.

Darunter viele Kriegsveteranen aus den USA. Aus dem Kriegsschauplatz ist ein Ort der Besinnung geworden. Sauber polierte Bronzetafeln und Fotos erinnern an die bei den Kämpfen umgekommenen amerikanischen, britischen, belgischen und deutschen Soldaten, darunter die deutschen Offiziere, die Hitler wegen der missglückten Sprengung hinrichten ließ. Geschosshülsen, Granatsplitter und Stacheldraht werden aufbewahrt. In einem kleinen Video-Raum werden alte Wochenschau-Berichte gezeigt. Große Tafeln erinnern an die mehr als 200 Kriege und die unzähligen Kriegstoten seit der Beendigung des Zweiten Weltkriegs.

Doch das Friedensmuseum ist nicht die einzige Gedenkstätte auf dem rund drei Quadratkilometer großen Gelände, das wegen seines besonderen Lehmbodens auch „goldene Meile“ genannt wird. Wenige hundert Meter weiter erinnert eine 1987 eingeweihte Gnadenkapelle an das Gefangenenlager, das die Amerikaner schon einen Monat nach der Eroberung der Brücke auf den Rheinwiesen errichteten. In Erdlöchern und dürftigen Zelten hausten bis zum Spätsommer 1945 bis zu 260.000 deutsche Soldaten, insgesamt bis zu 1,5 Millionen Männer. Eine Kartoffel, ein Keks, ein Löffel Gemüse und etwas gechlortes Rheinwasser – das war ihre Tagesration. Rund 1.200 starben an Unterernährung und Krankheiten.

Bekrönt wird die Kapelle von einem Dornenkranz, der auch an die Stacheldrahtumzäunung erinnert. Wind und Regen können durch die offene Zeltkonstruktion hindurchfegen wie im Frühjahr 1945 durch das Lager. Mittelpunkt der Kapelle ist eine aus dem Lehm des Lagers hergestellte „Schwarze Madonna“, die der Essener Bildhauer Adolf Wamper während seiner Gefangenschaft gestaltet hatte. Das Leitmotiv für die Gedenkstätte findet sich in der Friedenshalle des Museums: „Lasst uns jeden Tag mit Herz und Verstand für den Frieden arbeiten. Beginne jeder bei sich selbst.“ □



Kriegsgefangenenlager „Goldene Meile“ bei Remagen. In diesem „Prisoner of War Temporary Enclosures“ (PWTE) Remagen waren nach amerikanischen Angaben 169.036 Gefangene untergebracht. In sich wurde das Lager nochmals durch Stacheldrahtzäune in so genannte „cages“, Abteilungen für jeweils 5.000 bis 7.000 Mann aufgeteilt. Die Gefangenen waren in Tausend-, Hundert- und Zehnerschaften mit jeweils eigenem Führer eingeteilt, der für die Verteilung der spärlichen Lebensmittelrationen zuständig war. Das Frühjahr 1945 war nasskalt und regenreich. Nur wenige Gefangene besaßen einen Mantel oder eine Zeltplane. Um sich vor dem Wetter zu schützen gruben die Männer Erdlöcher. Wegen unzureichender Hygiene grassierten bald Seuchen. Das Lager wurde am 20. Juni 1945 aufgelöst.

# Kein Aufstand in der Bundeswehr, aber auch keine ungeteilte Zustimmung

## Umbenennung für Verbände und Liegenschaften der Bundeswehr

**D**er Bundesminister der Verteidigung, Dr. Peter Struck, hatte (am 28.01.2005) entschieden, die Werner Mölders Kaserne in Visselhövede und das in Neuburg an der Donau stationierte Jagdgeschwader 74 Mölders umzubenennen.

Damit wurde ein entsprechender Bundestagsbeschluss vom 24. April 1998 vollzogen. Das Parlament hatte seinerzeit vor dem Hintergrund des 60. Jahrestages der Bombardierung der spanischen Stadt Guernica durch die Legion Condor entschieden, für Bundeswehreinrichtungen Namen der Angehörigen dieser Einheit nicht weiter zu verwenden.

Der Minister hat vor seiner Entscheidung Gespräche mit Vertretern der Luftwaffe, mit der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Jagdgeschwaders 74 und einem Mitglied der Familie Mölders geführt. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse ist über die Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums informiert. (Quelle: www.bmvg.de)

### Was auf der Internetseite des Deutschen Bundestages dazu zu finden ist:

hib-Meldung 173/2000/SAM-vt: Warum der Bundestagsbeschluss vom 25. April 1998 bezüglich der Benennung von Bundeswehrkasernen nach Mitgliedern der Legion Condor bisher nicht umgesetzt wurde, fragt die PDS-Fraktion in einer Kleinen Anfrage (14/3240).

Weiter will die Fraktion von der Bundesregierung wissen, nach welchen Kriterien die Namensgeber von Kasernen ausgewählt werden, ob sie diese Kriterien für überprüfungsbedürftig hält und wie sie den Vorschlag des Kurt-Schumacher-Kreises bewertet, eine Kaserne nach Marlene Dietrich zu benennen

### MÖLDERS-KASERNEN STEHEN NICHT ZUR UMBENENNUNG AN (ANTWORT)

Die Rolle des Jagdfliegers Werner Mölders im Gesamtsystem des nationalsozialistischen Unrechtsstaates ist der Bundesregierung zufolge „als nicht so herausgehoben“ zu bewerten, als dass sie eine Initiative des Verteidigungsministeriums zur Umbenennung von nach Mölders benannten Einrichtungen der Bundeswehr erfordert hätte.

Eine kritische Würdigung der Gesamtpersönlichkeit Mölders könne nicht außer Betracht lassen, dass dieser weder an der Bombardierung der spanischen Stadt Guernica im

Jahre 1937 beteiligt noch persönlich in das Unrecht des NS-Regimes verstrickt gewesen sei, so die Regierung in ihrer Antwort (14/3658) auf eine Kleine Anfrage der PDS (14/3240).

Die Fraktion hatte auf einen Bundestagsbeschluss aus dem Jahre 1998 verwiesen, Kasernenbenennungen nach Mitgliedern der „Legion Condor“ (die den Angriff auf Guernica ausführte) aufzuheben.

Grundsätzlich, so die Regierung weiter, beruhe das Verfahren der Be-

nennung von Kasernen wesentlich auf der Initiative der in einer Liegenschaft stationierten Truppe.

Vorschläge zur Benennung oder Umbenennung einer Kaserne seien deshalb von der Truppe auf dem Dienstweg dem zuständigen Inspekteur vorzulegen.

Dieser veranlasse die Prüfung, ob der vorgeschlagene Namensgeber geeignet sei. Falle diese Prüfung positiv aus, werde die Truppe beauftragt, Einvernehmen mit den kommunalen Behörden herbeizuführen.

Zudem müsse – soweit noch erreichbar – die Zustimmung der Familien des Namensgebers eingeholt werden. Danach werde der Antrag dem Verteidigungsminister zur Entscheidung vorgelegt.

Dieses Verfahren hat sich nach Worten der Regierung bewährt. Es ermögliche demokratische Willensbildung und räume dem Minister einen Entscheidungsvorbehalt ein.

(Deutscher Bundestag – Pressezentrum)

**Zur Eliminierung Mölders als Vorbild für die Bundeswehr erreichte die Redaktion ein Beitrag unseres Lesers Oberstudienrat i.R. Manfred Müller, Düsseldorf, den wir nachstehend zur Kenntnis geben:**

### ITTERLICH-CHRISTLICHES SOLDATENTUM:

## Fliegeroberst Werner Mölders nicht länger Vorbild für die Bundeswehr

VON MANFRED MÜLLER

„Ich habe Lust, im weiten Feld zu streiten mit dem Feind, wohl als ein tapfrer Kriegesheld, der's treu und redlich meint...“ Mit diesem alten Soldatenlied zogen am 18. August 1929 etwa 550 Gymnasiasten aus Berlin und dem Umland, Angehörige des katholischen Schülerbundes Neudeutschland (ND), in das Potsdamer Stadion ein. Unter denen, die da in zackiger Haltung und in jugendbewegter Fahrtenkluft marschierten, war auch der damals 16-jährige Werner Mölders. Brausender Beifall der 40.000 Katholiken, die sich in

Potsdam zum Märkischen Katholikentag versammelt hatten, schlug den ND-lern entgegen.

Werner Mölders, geboren 1913 in Gelsenkirchen als Sohn eines Studienrats (der dann im 1. Weltkrieg fiel), Schüler des Reform-Realgymnasiums in Brandenburg (Havel), war 1922 unter dem Einfluss seines späteren Religionslehrers Kaplan Klawitter zu den Neudeutschen gestoßen und wirkte, begeistert von den Idealen des Bundes („Neue Lebensgestaltung in Christus“) einige Jahre als Fähnlein- und Gruppenführer.



1941 kam der hochdekorierte Berufsoffizier Mölders als Inspekteur der deutschen Jagdflieger bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Er war so populär, dass die Bundeswehr nach diesem Offizier, der in überzeugender Weise ritterlich-christliches Soldatentum verkörpert hatte, ein Geschwader, eine Kaserne und einen Lenkwaffenzerstörer benannte. Bundesverteidigungsminister Peter Struck hat dies nach dem Willen von Rot-Grün rückgängig gemacht, denn in den Augen von Meinungsmachern, denen die Verbindung von soldatischer und christlicher Tradition ein Gräueltat ist, kann Mölders nur ein „Nazi-Oberst“ und ein „Held Hitlers“ sein.

Soweit sich die historische Forschung mit Mölders befasst hat, ist von ihr die jugendbewegt-katholische Prägung des Soldaten Mölders zu gering veranschlagt worden. Für „Neudeutschland“ war die Erziehung zum ritterlichen Menschen eine ganz wichtige Leitlinie der Jugendarbeit. Im Alter zwischen 16 und 18 Jahren legten die Neudeutschen nach intensiver Vorbereitung (u.a. geistliche Exerzitien) in einer feierlichen Ritterweihe ihr Ritterversprechen ab. Das Leitbild des Ritters orientierte sich sehr stark am mittelalterlich-christlichen Rittertum und dessen Wertekodex. So hielt es auch Mölders, dem „Neudeutschland“ immer mehr war als eine schöne, jugendgemäße Freizeitbeschäftigung.

1939 verbot der NS-Staat die letzten noch bestehenden Gaue und Gruppen des Bundes Neudeutschland. Am 6. Oktober 1940 schrieb Mölders dem früheren Gruppenkaplan der ND-Gruppe Havelberg, Erich Klawitter: „Ich habe sooft an gemeinsame Zeiten gedacht, in denen Sie mit so großem Verständnis in meine Jugendseele wahres ungekünsteltes Christentum legten. Ich habe Gott oft dafür gedankt und weiß, dass ich heute unter seiner Führung wirke ... Ich werde weiterhin meine Pflicht tun und danke Ihnen herzlich für Ihr Gebet beim hlg. (heiligen) Opfer, auf welches ich fest vertraue.“ Am 17. Oktober 1941 schrieb Mölders dem Bundesleiter des verbotenen Bundes, Prof. Johannes Zender

(Düsseldorf), einen Brief, den die Gestapo kopierte und zu den über Zender geführten Akten nahm. Zender hatte Mölders zur Verleihung des Ritterkreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten gratuliert. Der Oberst bedankte sich mit einem Bekenntnis zu ND: „Ich selbst denke oft und gerne an die verbrachte Zeit im Neudeutschlandbund zurück, die für mich damals alles bedeutet und die wesentlich beigetragen hat zur Bestimmung meines Lebensweges. Herrn Professor habe ich mehrfach auf Gaudagen gesehen und gehört, bin allerdings damals als kleiner Junge noch nicht so aufgefallen wie heute, wo es mir oft unangenehm ist.“

Sucht man einen heute noch lebenden Kronzeugen für diese Haltung des Soldaten Werner Mölders, so kann man sich an den ehemaligen ZDF-Indendanten Prof. Karl Holzamer halten. Dieser steuerte 1942 zu einem dreibändigen Werk „Kämpfer, Kündler, Tatzeugen. Gestalten deutscher Größe“ (hrsg. v. E.A. Dreyer u. H. W. Siska) einen Aufsatz über seinen Bundesbruder Mölders bei. Mölders habe in ND „völkische Werte und fast soldatische Tugenden mehr und mehr kennen und lieben gelernt“. Über den erfolgreichen Jagdflieger Mölders urteilte Holzamer: „Wie jeder wahre Soldat war Mölders anspruchslos und bescheiden. Es war ihm in der Seele zuwider, Wesen von einer Sache zu machen, in der er tapfer und ehrenvoll in Erscheinung trat.“ Und über den Staatsakt und die feierliche Beisetzung des Jagdfliegers Mölders schrieb Holzamer: „An diesem 28. November 1941 erkör sich das Volk und seine Jugend Mölders zu dem Helden dieses Krieges.“

Stein des Anstoßes ist für heutige Zeitgeistjünger, dass Mölders als Flieger der „Legion Condor“ im spanischen Bürgerkrieg kämpfte. Victor Mölders, Hauptmann a.D., schrieb am 31. Mai 2004 an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: „Von meinem Bruder weiß ich, durch

persönliche Gespräche, dass er als Mitglied der ‘Legion Condor’ gegen die unchristlichen, unkirchlichen, von den Sowjets unterstützten Republikaner und für das nationale, katholische Franco-Regime gekämpft hat.“ Angesichts der schrecklichen Gräueltaten, die unter dem republikanischen Regime gezielt gegen Priester, Mönche und Nonnen, Kirchen und Klöster verübt wurden, mochte in Werner Mölders etwas vom Kreuzfahrergeist lebendig gewesen sein. Ob er Gewissensbedenken wegen der Untaten der Franco-Anhänger hatte? Wir wissen es nicht. Aber die Tatsache, dass der Vatikan am 4. Mai 1938 die Franco-Regierung offiziell anerkannte, könnte für Mölders eine Beruhigung gewesen



sein.

Dass er seinen Kriegseinsatz im 2. Weltkrieg als vaterländische Pflichterfüllung verstand und der Krieg gegen die Sowjetunion für ihn in die Dimension eines Kreuzzuges gegen den Bolschewismus rückte, lag ganz auf der Linie bischöflicher Verlautbarungen, will aber heutigen Polit-Konformisten nicht einleuchten. Nach dem Tod des deutschen Fliegeridols setzte der britische Geheimdienst, um die deutsche Heimatfront zu schwächen, einen gefälschten, regimekritischen Mölders-Brief in Umlauf, der die neu heidnischen Tendenzen des Nationalsozialismus als Ansatzpunkt nutzte. Ganz sicher missbilligte Mölders den Kirchenkampf. In seiner ritterlichen Grundhaltung setzte er sich sowohl für den durch seine mutigen Predigten gefährdeten Bischof von Galen (Münster) ein wie für bedrängte jüdische Bekannte. Aber das alles zählt heute nicht. Wahrscheinlich wäre Mölders bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen für die Bundeswehr nur noch tragbar, wenn er zu den Alliierten übergelaufen wäre. □

(Foto: Internet)

VOR 20 JAHREN IN DER SOWJETUNION:

## Die Ära Gorbatschow im Kreml: Russische Traditionen

**V**or 20 Jahren fiel in Moskau eine Personalentscheidung, die letztlich zum Zerfall der Sowjetunion (UdSSR) führte und eine neue Phase der Weltpolitik einleitete. Am 11. März 1985, wenige Stunden nach dem Tod von Konstantin Tschernenko, wählte das Politbüro sein jüngstes Mitglied, den damals 54-jährigen Michail Gorbatschow, zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei (KPdSU). Im Zuge seiner tief greifenden Reformpolitik bis zu seinem Sturz im August 1991 ermöglichte der bis dahin eher angepasste Parteigänger auch einen Neuanfang für die Religionsfreiheit in Osteuropa.

Gorbatschows Wahl erfolgte nicht einstimmig, sondern „einmütig“, wie seinerzeit der amtlichen Verlautbarung zu entnehmen war. Diese Formulierung erlaubte den Rückschluss, dass nicht alle 11 Mitglieder des Politbüros mit dem neuen Generalsekretär einverstanden waren. Die Reformabsichten des studierten Juristen und Agrarwissenschaftlers waren zwar schon damals bekannt, über Umfang und Ausrichtung herrschte jedoch keine Klarheit. Die kam, als das KPdSU-Zentralkomitee am 23. April 1985 einen „neuen Kurs zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung“ ankündigte. „Perestrojka“ (Umwandlung) und „Glasnost“ (Offenheit) wurden die zentralen Begriffe, die sich fortan weltweit mit dem Namen des neuen Mannes im Kreml verbanden. Der Westen zollt Gorbatschow dafür bis heute Anerkennung; in seiner Heimat aber wird er von vielen als „Verräter“ und „Zerstörer der Sowjetunion“ geächtet.

Dem von Gorbatschow propagierten „neuen Denken“, mit dem er den durch Stalin entstellten Kommunismus durch einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ersetzen wollte, verdanken Russlands Religionsgemeinschaften des Ende ihrer Unterdrückung unter dem atheistisch orientierten System. Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) genießt wieder höchste Privilegien. Auch die Katholiken sind heute weithin frei von staatlicher Repression, nicht jedoch von Behinderungen durch die ROK. Im Südwesten der ehemaligen UdSSR hat die mit Rom unierte ukrainisch-katholische Kirche, 1946 ver-

boten und in die Orthodoxie zwangseingegliedert, ihre Zulassung erreicht. Mit Auflösung des Warschauer Paktes wurde auch für die Satelliten-Staaten der Weg zur politischen Neuordnung frei und den dort ebenfalls viele Jahre teilweise hart drangsalierten Kirchen der Neuaufbruch ermöglicht - allerdings begleitet von neuen liberal-pluralistischen Herausforderungen.

Dies immerhin sind positive Entwicklungslinien, wenn auch Gorbatschow nach dem Urteil heutiger russischer Analysten mit seiner „Perestrojka“ insgesamt gescheitert ist, weil er verkannt habe, dass Sozialismus und Demokratie inkompatibel seien. Durchgesetzt hat sich auch - mit Einschränkungen - das Denken in freiheitlichen Kategorien. So halten die Russen laut jüngsten Umfragen zwar mehrheitlich Freiheit im Denken und vor allem im Wirtschaften für notwendig. Demokratie erscheint ihnen dabei jedoch nicht zwingend erforderlich, in manchen Situationen sogar eher schädlich. Mit



*„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Zum Sprichwort und zur Lebensweisheit ist dieser Satz aus der deutschen Übersetzung der Rede geworden, die Gorbatschow zum 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 07.10.1989 gehalten hat. Tatsächlich heißt es im russischen Original bei wörtlicher Übersetzung, dass es „gefährlich für denjenigen wird, der nicht auf das Leben reagiert“.*

dem Begriff Demokratie assoziieren viele Russen politische Unordnung, ja Chaos, das eine starke Hand regeln müsse. Diese Einstellung seiner Landsleute hatte Präsident Wladimir Putin wohl im Sinn, als er kürzlich im slowakischen Bratislava (Preßburg) dem US-Präsidenten George W. Bush versicherte, Russland benötige eine „eigene Demokratie, orientiert an russischen Traditionen“. Das werde keinesfalls zu einem „autoritären Regime“ führen.

(KNA-ID Nr. 12 / 16. März 2005)

### KURZ BERICHTET – 60 JAHRE KRIEGSENDE:

#### Umfrage: Kriegsende bedeutet Trümmerlandschaft und Befreiung

**D**ie Mehrheit der Deutschen denkt mit Blick auf das Kriegsende vor 60 Jahren vor allem an Trümmerlandschaft, Wiederaufbau und Befreiung. Wie das Institut für Demoskopie am Montag in Allensbach mitteilte, steht nach einer Erhebung nur bei 34 Prozent der Befragten der Gedanke an die deutsche Niederlage im Vordergrund. Als wichtigste Eindrücke haben sich laut Umfrage bei 69 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren Bilder von Trümmerlandschaften und noch mehr vom Wiederaufbau (74 Prozent) eingeprägt. 63 Prozent verbinden gedanklich mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Befreiung der Konzentrationslager und 60 Prozent die Befreiung vom Nationalsozialismus. (KNA)

# Familien stark machen – Elternkompetenz fördern

VON JOHANNA GRAF

**N**ie zuvor sind so wenige Kinder geboren worden wie heute. Nie zuvor sind so viele Ehen auseinander gebrochen. Kinder entwickeln Verhaltensauffälligkeiten. Eltern fühlen sich überfordert und sind verunsichert. Familien brauchen familienentlastende Angebote in Form von Kindertageseinrichtungen, aber auch in Form von Bildung und Stärkung der Beziehungskompetenz.

Alle Eltern wünschen sich, ihre Kinder zu glücklichen, selbstbewussten und verantwortungsvollen Menschen heranwachsen zu sehen. Schnell merken sie, dass das leichter gewünscht als getan ist. Zweifel, Frustration und Ohnmachtsgefühle beginnen häufig bereits nach der Geburt des ersten Kindes. Leider werden Babys nicht mit Bedienungsanleitung geliefert. Eltern heute haben wenig (positive) Erfahrung und wenig Unterstützung. Es mangelt an Wissen und an konkreten Fertigkeiten, um Kinder kompetent auf ihrem Lebensweg zu begleiten. Erschöpfung, Verunsicherung, unnötige Fehler und Reibereien sind die Folge. Eltern und Kinder sind die Leidtragenden. 10-20 % aller Kinder und Jugendlichen entwickeln klinisch relevante psychische Störungen, die in der Familie entstehen.

## Die ersten Lebensjahre sind entscheidend

Sicher gebundene Kinder haben Eltern, die emotional verfügbar sind und feinfühlig auf ihr Kind eingehen, wenn dieses beunruhigt ist. Sie lernen, dass ihre Gefühle und Bedürfnisse verstanden, respektiert und beantwortet werden. Deshalb drücken sie Kummer, Freude und Erleichterung deutlich aus. Wiederholte Erfahrungen mit den Eltern werden als „innere Bilder“ im Gehirn verankert und beeinflussen, wie sich die Gehirnstruktur des Kindes entwickelt. Deshalb sind die ersten Lebensjahre so entscheidend.

Eltern denken oft: „Wenn ich auf den Kummer meines Kindes zu sehr eingehe, wird er noch größer“ oder „besser ist es, ich ignoriere den Wutausbruch meiner Tochter, sonst gewöhnt sie sich das noch an!“ Doch unangenehme Gefühle verschwinden nicht einfach, wenn sie klein gemacht, abgewertet oder ignoriert werden – auch wenn Eltern sich das

noch so sehr wünschen. Das Gegenteil ist der Fall. Emotional verfügbar sein heißt, die Gefühle des Kindes wahrnehmen, sich einfühlen, Verständnis und Solidarität signalisieren. Dadurch lernt es, sich selbst zu beruhigen, was für die körperliche Gesundheit, den Aufbau von Beziehungen sowie für schulischen und beruflichen Erfolg von unschätzbarem Wert ist. Emotionale Vernachlässigung ist dagegen ein Hauptrisikofaktor für spätere gesundheitliche und psychische Probleme.

## Partnerschaft als Fundament der Familie

Glückliche Paare, glückliche Kinder – lautet die vereinfachte Formel. Eine glückliche Partnerschaft gibt Eltern Kraft für ihre Erziehungsaufgabe und färbt das ganze Familienklima positiv. Dagegen ist es sehr schwer, geduldig, warmherzig und feinfühlig auf Kinder einzugehen, wenn Partnerschaftsprobleme an den Nerven zerren. Destruktiv ausgetragene Konflikte sind nicht nur tödlich für die Partnerschaft, sondern stellen für Kinder eine sehr große Belastung dar. Viele geben sich die Schuld an den elterlichen Auseinandersetzungen. Wie groß der Stress ist, zeigt sich an ihrer physiologischen Erregung und einem erhöhten Stresshormonspiegel. Spannungen lassen sich vor den Kindern nicht verbergen. Sie sind äußerst sensible Barometer für den inneren Seelenfrieden ihrer Eltern. Deshalb gilt es, Konflikte konstruktiv zu lösen und mit den Kindern darüber zu sprechen. Eine glückliche Partnerschaft stärkt auch die Fähigkeit, bei der Erziehung als Team zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

## Eltern werden, Partner bleiben

Wie sich Kinder in ihren ersten Lebensjahren entwickeln, lässt sich größtenteils daraus vorhersagen, wie

die Partner – vor der Geburt des Kindes – miteinander zurechtkommen. Vor diesem Hintergrund betrachtet, sind die Fakten umso bedenklicher. Etwa ein Drittel der geschlossenen Ehen wird wieder geschieden. Gerade dann, wenn sich Paare die Erfüllung ihrer Partnerschaftsbeziehung erhoffen, nämlich durch die Geburt ihres ersten Kindes, wird die Partnerschaft besonders stark in Mitleidschaft gezogen. Darauf sind die wenigsten vorbereitet. Eine Flut von Belastungen bricht auf die junge Familie herein. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten werden sich, dem Partner oder dem Kind angelastet. Von einem Tag auf den anderen hat das Paar rund um die Uhr ein kleines hilfloses Wesen zu versorgen. War man gerade noch kompetent im eigenen Beruf, ist man nun „Anfänger“ in der Elternrolle. Gerade dann, wenn mehr finanzielle Mittel benötigt werden, stehen weniger zur Verfügung. Finanzielle Sorgen und das Ringen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen manche Paare vor eine wahre Zerreißprobe. Paaren mit außergewöhnlich guter Beziehung und sehr guten Gesprächskompetenzen gelingt es eher, ihre Partnerschaft aufrechtzuerhalten. Besonders unzufrieden sind Paare, die eine egalitäre Rollenaufteilung anstreben – wegen des „Rückfalls“ in traditionelle Rollen.

## Was Eltern brauchen

Eltern müssen in der Lage sein, für ihren Lebensunterhalt aufzukommen und sie brauchen die Zeit und die Kompetenz, um ihre Partnerschaft zu pflegen und sich um ihre Kinder zu kümmern. Mütter, die möglichst bald in ihren Beruf zurückkehren wollen, brauchen dazu die Gelegenheit. Deshalb ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung ein wichtiger und sinnvoller Schritt, der aber für sich allein genommen zu kurz greift. Ein quantitativer Ausbau von Krippenplätzen allein ist unzureichend. Alle bisherigen Studien zur Fremdunterbringung von Kindern unter drei Jahren können ein Entwicklungsrisiko nicht völlig aus-



schließen. Um die Folgen für Kinder abschätzen zu können, müssen auch weitere Faktoren bedacht werden: Wie feinfühlig gehen Eltern in der verbleibenden Zeit mit ihren Kindern um? Wie qualitativ hochwertig ist die Betreuung?

Was ist mit den Müttern (oder Vätern), die sich selbst um ihre Kinder kümmern wollen? Neben dem schlechten Image der „Nur-Hausfrau“ sind es finanzielle Nöte oder der Druck seitens des Arbeitgebers, die Eltern veranlassen, nach der „Gleichzeitigkeit“ von Familie und Beruf zu suchen. Ein Unterfangen, das angesichts der zeitlichen Beschränkung eines Tages auf 24 Stunden von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Wie steht es um die Familien, in denen die Kinder fremdbetreut werden? Gerade die Eltern, die sich entschließen, ihr Kind in die Krippe zu geben, brauchen für die verbleibende Zeit mit dem Kind die Kompetenzen, um sie auch wirklich wertvoll zu gestalten und nicht in einem Teufelskreis aus Erschöpfung, Quengeln und Schimpfen unterzugehen. Spaß macht, was man kann. Wenn Eltern sich im Umgang mit ihren Kindern kompetenter fühlen würden und die

Erziehungsaufgabe gesellschaftlich ebenso hoch bewertet würde wie die Erwerbstätigkeit, würden sich noch mehr Eltern dafür entscheiden, ihren Kindern die ersten wichtigen Jahre ganz zu widmen.

### Familiengerechte Familienpolitik

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Jeder Euro, der in den frühen Jahren eingespart wird, rächt sich später um das Vielfache: durch Ausgaben im Gesundheitswesen, in der Verbrechensbekämpfung, bei Scheidungen und vielen anderen kostspieligen gesellschaftlichen Problemen.

Wenn man Eltern eine echte Entscheidungsfreiheit für die Balance von Familie-Beruf bieten will, muss Familienarbeit auch gesellschaftlich anerkannt werden. Der beste Weg dazu ist die finanzielle Entlohnung der Erziehungsleistung. Wenn der Staat Gelder für Kinderbetreuung ausgibt, warum dann nicht an die Eltern, wenn diese die Betreuung selbst übernehmen? Eltern steht ein Einkommen zu, das dem Wert entspricht, den sie mit der Erziehung ihrer Kinder erbringen. Darüber hinaus brauchen Eltern berufliche Wiedereinstiegsmöglichkeiten, die mehr

sind als bloße Lippenbekenntnisse. Mütter und auch Väter sollten sich nicht aus finanziellen Nöten oder aus Sorge um den beruflichen Wiedereinstieg gezwungen sehen, früher und zeitlich ausgedehnter ins Erwerbsleben zurückzukehren als es für sie selbst, ihr Kind und ihre Partnerschaft gut ist. Flexible Arbeitsmodelle stellen einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Vereinbarkeit dar.

Langfristig gedacht rechnet sich Prävention auch auf volkswirtschaftlicher Ebene. Regelmäßiges Zähneputzen ist längst im Alltag verankert. Zum Wohle der Familie und insbesondere der Kinder brauchen wir ein Umdenken auch im Bereich der Familienbeziehungen. Ausgewählte Kursangebote müssen so preisgünstig angeboten werden, dass auch die Bedürftigsten erreicht werden. Ein „Ehe-“ und „Eltern-Führerschein“? Warum nicht? Paare und Eltern brauchen zur Stärkung der Partnerschaft kommunikative Kompetenzen, die sie durch Kurse erwerben können, das nachweislich zu einer geringeren Scheidungsrate, höherer Zufriedenheit und größerer Kinderzahl führt. □

## AUS UMFRAGEN KURZ BERICHTET:

### Egoismus gefährdet Beziehungen am stärksten

Beziehungskiller Nummer eins ist Egoismus. 85 Prozent der Frauen und 81 Prozent der Männer empfinden es als tödlich für die Partnerschaft, wenn einer von beiden „sein eigenes Ding durchzuziehen“ beginnt, wie aus einer 21. Februar in Hamburg veröffentlichten Gewiss-Umfrage für die Zeitschrift „Für Sie“ hervorgeht. Als weitere Gründe für das Scheitern nennen die Befragten, kein Verständnis für die Probleme des Partners zu haben (79 Prozent der Frauen und 68 Prozent der Männer), dauerndes Meckern (66 und 57), nie über die eigenen Gefühle zu reden (49 und 22) sowie Geld zu verschwenden (48 und 45). Weit hinten auf der Liste folgen übertriebene Eifersucht und Unordentlichkeit. Befragt wurden 1.018 Frauen und Männer zwischen 30 und 55 Jahren. (KNA)

### Studie: Immer mehr langjährige Ehen scheitern

Immer mehr Paare im Rentenalter geraten in eine Beziehungskrise. Wie aus einer vom Bistum Essen am 15. Februar vorgestellten Studie hervorgeht, verdoppelte sich seit 1975 die Zahl der Ehescheidungen nach der Silberhochzeit. Heute gebe es einen „neuen Scheidungsgipfel nach 40 bis 50 Ehejahren“. Hauptgrund sei die mit der höheren Lebenserwartung verbundene längere Dauer von

Partnerschaften; währenddessen könnten sich unerschwellige und lang andauernde Konflikte zuspitzen. Zudem nennt die Studie ungleichzeitiges Altern, Sinnfragen sowie Belastungen durch Krankheiten. (KNA)

### Umfrage: Die meisten Jugendlichen glauben an Gott

Die Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland glaubt nach eigener Aussage an Gott. 78 Prozent der 14- bis 19-Jährigen bekennen sich zu ihrer Gläubigkeit, wie eine Umfrage im Auftrag des „Kölner Stadt-Anzeigers“ im Mai ergab. Bei allen Befragten, also auch den Erwachsenen, sind es etwa zwei Drittel. Dass die Kirchen ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft seien, finden ebenfalls zwei von drei Deutschen. 55 Prozent der Männer und 61 Prozent der Frauen halten die Kirchen für wichtig oder sehr wichtig.

Am weitesten haben sich von den Glaubensinstitutionen die 20- bis 29-Jährigen und die 40- bis 49-Jährigen entfernt. An ein Leben nach dem Tod glaubt, der Umfrage zufolge, die Hälfte der Deutschen – 45 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen. Bei den Menschen von 14 bis 29 Jahren sind es 55 Prozent, bei den 40- bis 49-Jährigen nur 43 Prozent. Für die Erhebung des Instituts „Omni Quest“ wurden 1.004 Bürger befragt. (KNA)

## STUDIE ZU FERNBEZIEHUNGEN:

# In der Ferne geht die Nähe verloren

## Nach Auslandseinsatz kämpfen Soldaten oft um ihre Partnerschaft

VON KNA-REDAKTEUR ANDREAS OTTO

Wie seine Frau den Mäher bewegt, so völlig unsystematisch, regt ihn auf. Früher – vor seinem Afghanistan-Einsatz – hatte der Offizier den Rasen selbst gemäht. In schönen geraden Linien. Doch nach den sechs Monaten am Hindukusch hat sich in der Partnerschaft vieles verändert. Plötzlich macht seine Partnerin Sachen, die er ihr gar nicht zugetraut hätte. Und das auch noch ganz anders, wie er sich das vorstellt. Wie viele andere Bundeswehrsoldaten, die über längere Zeit im Ausland für Ruhe und Ordnung sorgten, kämpft er nun um Frieden in seiner Beziehung.

Welche Herausforderung eine zwangsweise Fern-Beziehung bedeutet, erfährt der Kommunikationstrainer und Theologe Peter Wendl immer wieder. Der Eheberater bietet für die Katholische Militärseelsorge Kurse an, um mit Betroffenen die Trennung aufzuarbeiten. Zudem leitet er am Familien-Institut der Katholischen Uni Eichstätt (ZFG) ein Forschungsprojekt, um Konfliktlösungen für Paare auf Distanz zu entwickeln. Zumal pro Jahr weit mehr als 10.000 Bundeswehrsoldaten im Ausland Dienst tun. Es sind nicht nur Kleinigkeiten wie die unterschiedliche Methode des Rasenmähens, die zu Konflikten führen. Wendl spricht von „zwei völlig getrennten Welten“, die wieder zusammengebracht werden müssen. Da hat eine Frau in Abwesenheit ihres Mannes endlich den schon lange erträumten Sprachkurs belegt, die Beziehung zu ihrer Freundin neu belebt, ein eigenständiges Leben und gänzlich neues Selbstbewusstsein entwickelt. Umgekehrt hat der Mann noch das grausame Bild eines hungrigen Kindes im Einsatzland im Kopf – und glaubt, „was ich erlebt habe, kann ich nicht schildern“.

Angesichts solcher Erfahrungen muss Wendl bei Paaren immer wieder die Illusion zerstreuen, einfach wieder an die Zeit vor der Trennung anknüpfen zu können. Weil sich jeder Partner verändert habe, sei umso mehr Austausch angebracht. Nur so lasse sich wieder zu mehr Nähe – auch sexuelle – finden. Dabei soll zur Sprache kommen, was es auf

fuhr. Dabei wollte seine Frau ihn nur vor allem Belastenden schonen. Um Missverständnisse dieser Art auszuräumen und wieder zueinander zu finden, braucht es nach Erfahrungen Wendls Zeit – „mindestens so lange, wie der Auslandseinsatz dauerte, also ein halbes Jahr“.

Ähnliche Distanz-Nähe-Probleme beobachtet er bei Wochenend-Beziehungen – eine Herausforderung besonders von Akademikern; denn ein Viertel von ihnen lebt diese Art Fern-Partnerschaft. Trotz Freude auf das gemeinsame Wochenende kommt es oft schon am Freitagabend zum Knatsch, wie Wendl in seinem neuen Buch „Gelingende Fern-Beziehungen. Entfernt zusammen wachsen“ (Herder) ausführt. Die genervte Mutter hier, der gestresste Banker dort – beide brauchen trotz häufiger Telefonate in der Woche „viel Zeit fürs Ankommen“. Wendls Rat: die Erwartungen an ein Wochenende zurückschrauben, es nicht mit Terminen überfrachten und Freiräume für Muße wie Buchlesen oder Spaziergänge lassen.

Für Bundeswehrsoldaten stellt sich die Situation noch schwieriger dar, weil sie eine viel längere Trennungszeit überbrücken müssen. Wendl ermuntert zur Fern-Kommunikation: Aber nicht Telefon und SMS räumt er dabei Priorität ein, sondern dem handgeschriebenen Brief. Zwar sei es gut, am Telefon „mal den Partner zu hören“. Oft führten die Kurzgespräche im Sinne von „Du hast doch was, das höre ich doch an deiner Stimme“ zu Missverständnissen und gar Streit. Im Brief, „dem Therapeutikum“, könne man sich dagegen viel tiefer gehend mitteilen. Und die Partner zu Hause und in der Ferne können nicht nur einmal lesen, wie sehr sie sich mögen und die zärtlichen Stunden zu zweit vermissen. □



den getrennten Wegen Belastendes und Erfreuliches gegeben hat. „Verschont euch nicht, ihr müsst Euch auch enttäuschen können“, ermuntert der Berater die Paare. So hatte eine Frau zunächst keinerlei Verständnis dafür, dass ihr Mann nach seiner Rückkehr gerne allein sein wollte. Erloschene Liebe? Als ihr Mann erzählte, wie wenig persönlichen Freiraum die Gemeinschaftsunterkunft im Camp ließ, änderte sich die Sicht. Der Mann wiederum fiel aus allen Wolken, als er von den schlechten Noten seines Sohnes er-

## RUSSLAND:

# Rasputin – ein Heiliger?

VON PAUL ROTH

Der russische Historiker Edward Radsinski, der sich intensiv mit Zar Nikolaus II. befasst hat, musste natürlich auch das Schicksal des Wundertäters und Mönchs Rasputin streifen. Radsinski schreibt u.a.: „Rasputin besaß zweifellos übermenschliche Fähigkeiten.“ Er konnte z.B. den Blutfluss des Zarewitsch beenden, der als Bluter ständig in Lebensgefahr war. Dies ermöglichte ihm nicht nur einen Einfluss auf die Zarin, sondern durch sie über den Zaren auf die Politik.

Die politischen Gegner Rasputins ermordeten ihn im Dezember 1916.

Über die dunkle Seite Rasputins schreibt Radsinski (E. Radsinski Nikolaus II. Der letzte Zar und seine Zeit; München 1992; S.121): „Unzählige Skandale, Saufereien, Orgien verbanden sich mit seinem Namen. Vor den Augen Petersburgs und Moskaus veranstaltete Rasputin skandalöse Zechgelage in schicken Restaurants.“ Die Polizei überwachte ihn und erstattete auch dem Zaren Bericht. Rasputin jedoch bevorzugte Abenteuer vor den Augen des ganzen Landes.

## Die „Rehabilitierung“ Rasputins

Im Jahre 1998 begannen Bestrebungen, Rasputin zu rehabilitieren“, das heißt, aus dem Wüstling einen Heiligen zu machen, 1989 hielt A. Schtschedrin auf einem Abend der Gesellschaft „Radonesch“ einen Vortrag über Rasputin, „einem gerechten Menschen, verleumdet von Volksfeinden“. 1990 wird auf einem vorkonziliaren Teffen öffentlich die Frage gestellt, Rasputin zu „rehabilitieren“. Im Februar 1991 beschloss die orthodoxe „Katakombenkirche“ auf ihrer Bischofskonferenz, Rasputin zu den Heiligen zu rechnen, der angeblich auf Beschluss der Freimaurer ermordet worden sei.

1995 erscheint O. Platonows Buch „Die Dornenkrone Russlands. Die Geschichte der Freimaurerei 1731-1995“ (Moskau). Im Erklärungstext am Beginn des Buches heißt es: „Die Freimaurerei ist eine geheime freimaurerische Organisati-

on, die als Ziel die Weltherrschaft anstrebt auf der Grundlage der judaistischen Lehre vom auserwählten Volk“. In diesem Buch behauptet der Verfasser, die negativen Berichte über Rasputin seien durch Freimaurer fabriziert worden. Die Mörder Rasputins hätten gleichzeitig den Zar demoralisieren wollen. 1996 folgt Platonows Buch „Ein Leben für den Zaren. Die Wahrheit über Grigori Rasputin“.

Auf einer Konferenz, die sich mit der Frage einer Kanonisierung Rasputins befasst(1997), tritt auch der Bischof Veniamin auf. Im gleichen Jahr erscheint in Rjasan das Buch von I. Jewsin „Der verleumdete Alte“ über Rasputin.

Im Jahre 2001 werden auf der Insel Salit Fresken geschaffen, die die Zarenfamilie zusammen mit Rasputin zeigen. Im gleichen Jahr wendet sich der Bund der orthodoxen Bruderschaften an die Öffentlichkeit, Rasputin zu kanonisieren. Im Dezember äußert sich Patriarch Alexej II.: „Irgendeine Gruppe von Pseudo-eiferern für Orthodoxie und Autokratie bemüht sich eigenmächtig von hinten herum Tyrannen und Abenteuerer zu kanonisieren, unkundige Menschen zu belehren, dass sie diese verehren ...“

Tatsächlich ging es nun nicht nur um Rasputin; auch die Kanonisierung Iwans des Schrecklichen wurde vorgeschlagen.

Schließlich und nicht zuletzt äußerten orthodoxe Priester ihre positive Einstellung gegenüber Stalin. Er sei im Verborgenen ein Orthodoxer gewesen, der dem russischen Volk Gutes gewünscht und eine Großmacht geschaffen hätte.

Das Jahr 2002 lieferte mehrfach Informationen zum Thema „Rasputin“. Im Mai wird eine Öl absondernde Ikone Rasputins in einer Prozession über den Roten Platz getragen. Im gleichen Monat nennt Erzbischof Ambrosij Rasputin einen „strenggläubigen Starez“. Im Oktober findet eine Konferenz von Historikern und Schriftstellern statt zum Thema „Historische Mythen und die Realität“. Die Teilnehmer richteten als eine Art

Ergebnis ihrer Arbeit einen Aufruf an den Patriarchen Alexej II., man möge die Möglichkeit prüfen, Iwan und den Schrecklichen und Rasputin zu kanonisieren. Der Patriarch lehnte die Kanonisierung der Genannten ab. Ungeachtet dessen geht die Kampagne weiter. Flugblätter, die angeblich von orthodoxer Seite kommen, verherrlichen die Monarchie, Gebete für den Zaren sind ebenso abgedruckt wie Texte zur Unterstützung der Heiligsprechung Rasputins.

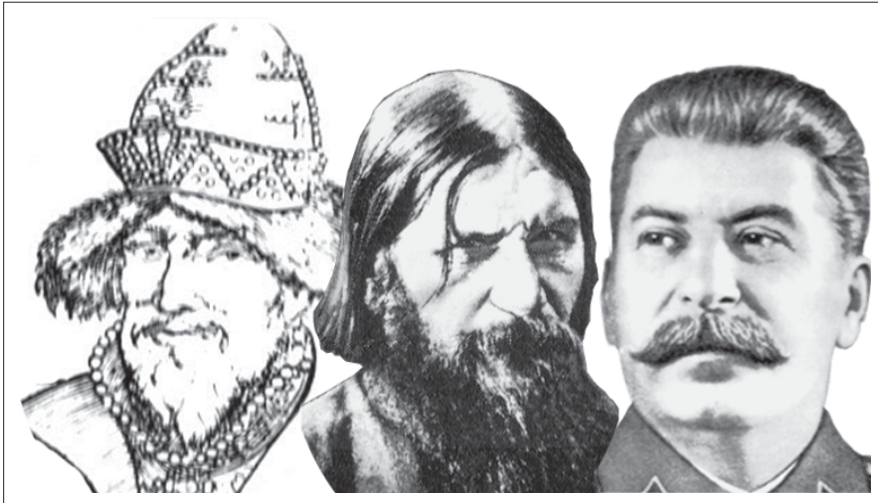
## Die Argumentation der Rasputinverehrer

Die Argumentation der Rasputinverehrer hat mit der historischen Wirklichkeit nichts zu tun. Sie sind überzeugt, dass die Weltgeschichte seit Jahrtausenden ein Kampf zwischen dem Bösen (der Schlange), verkörpert in den Juden, und den rechtgläubigen Christen ist. Im letzten Abschnitt dieses sakralen Dramas wurde Russland als Platz ausgewählt, da es zu Beginn des 20. Jhs. der einzige Bewahrer des wahren Glaubens und der Heiligkeit geblieben war. Dieser wahre Glaube war nur möglich auf Grund der Einheit von Monarchie und Volk, den es sonst nicht gab. Diese Einheit griff die Schlange an, da die Zerstörung dieser Einheit dem Antichristen die Tür zur Welt öffnet.

Zar und Zarin begriffen die sakrale Bedeutung der Ereignisse. All-eine schon die Existenz der Zarenfamilie war eine Kraft gegen die Kräfte der Finsternis. Die Vernichtung der Zarenfamilie war daher eines ihrer Ziele. Instrument des Satans waren die Juden und Freimaurer. Alles dies war – nach Meinung der Verehrer Rasputins – bereits vor-entschieden. Sie meinen, dass der Zar geschickt worden war, um durch seinen Untergang für die Schuld seines Volkes zu sühnen. Rasputin sei gesandt worden, um den Zar und den Zarewitsch zu schützen. Er habe vorhergesehen, dass die Zarenfamilie ermordet und er selber vorher umgebracht würde.

So gehe aus der Verehrung des Zaren auch die Verehrung Rasputins





hervor. Das russische Volk könne sich bekehren durch eine Reue. Seine Wiedergeburt sei nur möglich, wenn in Russland ein neuer Zar erscheint, ein von Gott Gesalbter. Alles dies kann man in den Veröffentlichungen des verstorbenen Metropoliten Ioann von St. Petersburg nachlesen, dessen Werke seit mehr als zehn Jahren verbreitet werden. Der Patriarch hatte verhindert, dass dessen Texte im „Journal des Moskauer Patriarchates“ erschienen, konnte jedoch eine anderwärtige Verbreitung nicht verhindern. Eine ganze Reihe von orthodoxen Autoren haben nach dem Tode des Metropoliten dessen Ideologie weiterverbreitet.

Die aktivsten orthodoxen gesellschaftlichen Organisationen tun das Gleiche: „Der Internationale Fonds slawischer Schriftstellerei und Kultur“, „Der Verband der Schriftsteller Russlands“, das Fernsehprogramm „Russisches Haus“ u.a. Einige Priester und Bischöfe des Moskauer Patriarchates haben sich weiter für die Kanonisierung Rasputins ausgesprochen.

### Russischer Messianismus

Die Forderung, Rasputin und Iwan den Schrecklichen zu kanonisieren, erscheint jedem, der sich in der russischen Geschichte auch nur einigermaßen auskennt, als absurd. Alexej Beglow, Doktorand an der Hochschule für Russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, hat sich dazu in einem Artikel „Apokalyptischer Wahn“ (deutsch in: Glaube in der 2. Welt Nr. 10/03) ausführlich geäußert. Nach der bolschewistischen Machtergreifung im Jahre

1917 ließen sich viele russischen Bauern von antisowjetischen Endzeiterwartungen anstecken und identifizierten die Bolschewiki mit dem Antichrist.

Es entstanden Gruppen, die propagierten, der Messias sei erschienen. Die Sekte der „Nikolajewzy“ verehrten den letzten Zaren als Verkörperung Gottes. Eine religiöse Subkultur entstand und prägte die „Katakombenkirche“. Möglicherweise ist der Versuch, Rasputin und Iwan zu kanonisieren eine Neuauflage alter religiöser Sektenbewegungen. Soweit die Einschätzung Beglows.

Man muss aber wohl weiter in die Vergangenheit zurückgreifen. Bekannt ist die Erklärung Russlands durch den Mönch Filofej in einem Brief an Iwan III.: „Schau und habe acht, frommer Zar, alle christlichen Reiche sind zusammen untergegangen in Dein Eines Reich. Denn zwei Rome sind gefallen, aber das Dritte steht, und ein Viertes wird es nicht geben.“ Das hieß, dass das Moskauer Reich der letzte christliche Staat sei, nach ihm komme das Reich Gottes auf Erden. Nach dem Untergang von Konstantinopel 1453 war Moskau zum wahren Hüter des Glaubens geworden. Der russische Messianismus war geboren.

In der Auseinandersetzung zwischen Westlern und Slawophilen im 19. Jh. war für die Slawophilen Russland das einzige christliche Land, das russische Volk das von Gott ausgewählte Volk. Als die Bolschewiki an die Macht kamen, ersetzten sie die Religion durch ihre atheistische Ersatzreligion. Man kann von einem „sozialistischen Messianismus“

### Ikonen russischer Geschichte?

Iwan IV. Wassiljewitsch, genannt Iwan der Schreckliche, Großfürst (seit 1533) und erster russ. Zar (1547-84). Neigte zu Grausamkeit und maßlosem Jähzorn.

Grigori Jefimowitsch Rasputin, russ. Wanderprophet (1869-1916), Bauer, trat als „Gottesmann“ auf; erlangte als Wunderheiler Einfluss auf Zar Nikolaus II. und dessen Gemahlin Alexandra Fjodorowna; wegen seiner Machtgier und Ausschweifungen von Angehörigen der Hofgesellschaft ermordet.

Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, gen. Stalin (1879-1953); sowj. Politiker georgischer Herkunft. Ab Ende der 1920er Jahre unumschränkter Diktator; sicherte seine Macht durch rücksichtslose Vernichtung seiner Gegner.

sprechen. Zwar haben die Kommunisten ihre alleinige Führungsrolle in Russland verloren, aber die messianischen Ideen haben überlebt, nun vor allem von monarchistischen Organisationen vertreten. Darunter mischen sich allerdings auch „Schleifspuren“ kommunistischer Ideologie, wenn z.B. von Stalin behauptet wird, er sei im Geheimen ein orthodoxer Christ gewesen.

### Stalin und Iwan der Schreckliche

Die Vorschläge, Rasputin und Iwan den Schrecklichen zu kanonisieren, berührten sich teilweise mit dem Versuch, Stalin zu rehabilitieren. Stalin war offensichtlich von Iwan dem Schrecklichen so fasziniert, dass er Eisenstein, einen der größten Regisseure seiner Zeit, 1947 in den Kreml beorderte. Eisenstein bekam den Befehl, einen Film über „Iwan den Schrecklichen“ zu drehen.

„Der Zar sei sehr skrupellos gewesen“, sagte Stalin, „aber du musst zeigen, dass es notwendig war, skrupellos zu sein.“ Einer der Irrtümer Iwans sei es gewesen, dass er fünf große feudale Familien nicht ausgerottet hat. (Nachzulesen in: Walter Laqueur „Stalin“; München 1990; S. 263)

Nach der Entstalinisierung unter Chruschtschow und der Auseinandersetzung mit der Stalinzeit nach dem Ende der Sowjetzeit ist dem westlichen Beobachter kaum verständlich, wie nebeneinander Vorschläge für eine Kanonisierung Iwans des Schrecklichen und Versuche zur Rehabilitierung Stalins auftauchen konnten. □

## POLEN: Absturz von General Wladyslaw Sikorski sowjetischer Mord?

VON JOACHIM GEORG GÖRLICH

Für den polnischen Historiker Dr. Dariusz Baliszewski steht fest, dass der Absturz des damaligen Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in London am 4. Juli 1943 über Gibraltar ein politischer Mord auf Geheiß Stalins war. Diese These hält er im Warschauer postkommunistischen Politmagazin „Wprost“ fest. Sikorski – das habe die genaue Leichenbeschauung ergeben – sei vor dem Flug erwürgt worden (Beweis: das dunkelblau gefärbte Gesicht). Das sei von den Briten mit Rücksicht auf den sowjetischen Kriegsverbündeten verschwiegen worden, weil man diesen dringend brauchte.

Moskau hatte die diplomatischen Beziehungen mit der polnischen Exilregierung abgebrochen, weil ihr Chef Sikorski hartnäckig die Aufklärung des Mordes an seinen Offizieren im Walde von Kartyn verlangte. J.W. Stalin hatte ganz eindeutig den westlichen Alliierten alternativ gedroht: „Ich oder dieser Faschist Sikorski!“

Als einziger überlebte den Absturz kurioser Weise nur der tschechische Pilot, Hauptmann Edward Prchal.

Wobei hier wiederum, das sei angemerkt, ebenso kurios ist, dass dieser später ungehindert in der kommunistischen Tschechoslowakei leben konnte, während polnische Offiziere aus den ebenso im Westen kämpfenden Einheiten nach ihrer Rückkehr trotz Ehrenwort, es werde ihnen nichts geschehen, inhaftiert, teilweise gar ermordet wurden.

Wo waren die Körper der anderen Flugzeuginsassen?, fragt Baliszewski. Wo verblieb die Leiche von Sikorskis Tochter Zofie Lesniowska? Ihr Armband fand man später unter einem Diwan im Hotel Mena in Kairo.

Der bekannte polnische Nachrichtenoffizier Radeusz Koblinki – Tarnname „Hiena“ (Hyäne) – machte sich auftragsgemäß in Richtung Sowjetunion auf und sah sie im Polit-Häftlingslager bei Moskau. Eine Befreiung war unmöglich ...

Mysteriös war damals der plötzliche Aufenthalt des abberufenen sowjetischen Botschafters in London, Iwan Majski, auf Gibraltar. Seine „Liberator“-Maschine stand neben der „Liberator“ von Sikorski. Er wollte ursprünglich über Kairo nach Moskau zurückfliegen. Warum just über Gibraltar und nicht über Malta, fragt Dr. Baliszewski ferner, was kürzer war. Die Majski-Maschine flog bedeutend später ab, nämlich als der Absturz schon bekannt war. Dann stellt sich die zweite Frage: Warum fand eine Zwischenlandung inmitten der Wüste bei Tripolis statt und nicht auf einem „normalen“ Flughafen?

Baliszewski's These lautet: An Bord befand sich die gekidnappte Begleitung des polnischen Premiers und Befehlshabers der polnischen Streitkräfte im Westen.

Schließlich befasst sich Baliszewski mit dem deutschen Schriftsteller Hochhut. Dieser schrieb bekanntlich das Stück „Die Soldaten“, in dem er Winston Churchill des Mordes an General Sikorski beschuldigte. Das rief heftigen Protest sowohl bei den Exilpolen, als auch bei den Offiziellen Volkspolens

hervor. Das Stück war lange Zeit im kommunistischen Polen verboten.

Baliszewski kommt auf das Gespräch Hochhuths mit Majski, inzwischen hoch angesehener sowjetischer Diplomat zurück, das am 27.12.1966 geführt wurde. Laut Baliszewski wusste Majski natürlich nichts, hatte angeblich erst vom Absturz Sikorskis später erfahren, wusste angeblich noch nicht einmal, dass sich zum Zeitpunkt, da er sich auf Gibraltar befand, sich dort auch Sikorski befunden hat. Baliszewski gut verstehend kann man davon ausgehen, dass Hochhut Majski beim gesamten Gespräch mit Samthandschuhen anfasste. Und es kam das heraus, was der Kreml wollte: Nichts, und laut Dr. Baliszewski ist folglich die These von Hochhut unstimmig.

Übrigens: In Polen sind heute Straßen nach Sikorski benannt, der zu jenem Teil des polnischen Offizierskorps gehörte, das von Marschall Josef Pilsudski bis Kriegbeginn 1939 kaltgestellt war. In London gibt es heute noch ein militärhistorisches Institut und Museum, das seinen Namen trägt. □

### KURZ BERICHTET:

#### Vatikan-Jahrbuch: Katholiken-Kontinent Amerika

**K**napp die Hälfte oder 49,8 Prozent der nunmehr 1,086 Milliarden Katholiken weltweit leben auf dem amerikanischen Doppelkontinent. Insgesamt ist in den „Amerikas“ die Zahl der Katholiken im Vergleich der Jahre 2002/2003 um 1,2 Prozent gestiegen, wie aus dem „Päpstlichen Jahrbuch 2005“ hervorgeht, das im Laufe des Februar erscheint. Ende 2002 gab es 1,071 Milliarden Katholiken. Den stärksten Zuwachs verzeichneten mit insgesamt 4,5 Prozent Afrikas Ortskirchen, gefolgt von denen in Asien mit 2,2 Prozent. Die Daten für Europa blieben nahezu konstant; im christlichen Abendland lebte Ende 2003 rund ein Viertel (25,8 Prozent) aller Katholiken. Leicht gestiegen - von 405.058 auf 405.450 - ist im selben Zeitraum weltweit auch die Anzahl der Priester. Während sich die Zahl der Priesterweihen um 70 auf 9.317 erhöhte, sank die der Seminaristen um 170 auf 112.373. Das neue „Annuario Pontificio“ weist ferner aus, dass der Papst im Jahr 2004 weltweit 171 neue Bischöfe ernannt sowie 10 neue Bistümer und ein Apostolisches Vikariat errichtet hat; 6 Bistümer erhob er zu Erzdiozesen. (s.a. S. :: zu Afrika u. Europa)  
(KNA-D Nr. 7 / 9. Februar 2005)

## MENSCHENHANDEL UND ZWANGSPROSTITUTION:

## Frisches Fleisch für Freier – Eine humanitäre Katastrophe mitten in Deutschland

**M**it diesem Beitrag will der Autor und Fachberater für Katastrophemanagement auf das Schicksal zehntausender junger Frauen und Mädchen aus Ost- und Südosteuropa hinweisen, die in Deutschland gegen ihren Willen in der Zwangsprostitution festgehalten werden. Nach Angaben der EU werden jährlich ca. 140.000 Frauen und Mädchen allein zu diesen Zwecken nach Deutschland verschleppt. Damit ist Deutschland der Hauptabnehmer dieser Form der modernen Sklaverei im 21. Jahrhundert. Dieses Verbrechen ist für die Händler und Betreiber nicht nur sehr lukrativ, sondern auch sehr risikoarm. Die Gewinne werden in Europa auf ungefähr 10 Milliarden Euro geschätzt. Der Menschenhandel mit Frauen und Mädchen hat den Drogenhandel im Umsatz bei weitem übertroffen.

VON KLAUS LIEBETANZ

### Wie wird man Zwangsprostituierte?

In einer umfangreichen Studie vom Mai 2004 hat sich „amnesty international“ mit der Situation von jungen Frauen und Mädchen aus Ost- und Südosteuropa, die zur Prostitution gezwungen wurden, auseinandergesetzt. Diese Studie weist nach, dass der Weg von der Anwerbung mit falschen Versprechungen und arglistiger Täuschung bis zum Einsatz als Zwangsprostituierte fast immer den gleichen Verlauf nimmt. Das organisierte Verbrechen im Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung hat seine Methoden im Laufe der Zeit verbessert und einen hohen Grad an Perfektion und Perfidie erreicht, wie im Folgenden beschrieben wird:

### Ausnutzung der sozialen Notlage

Der Zusammenbruch des Kommunismus, die wachsende Armut in Ost- und Südosteuropa und der Balkankrieg haben das Entstehen von kriminellen Netzwerken in diesen Regionen ermöglicht. Der Weg in die Zwangsprostitution beginnt bei den meisten Frauen und Mädchen in Ost- und Südosteuropa mit einem Traum, nämlich in Westeuropa einen Job als Kellnerin, Babysitter oder Krankenschwester zu erhalten. Die wirtschaftliche und soziale Situation dieser Frauen und Mädchen ist von erdrückender Armut geprägt. Arbeitslosigkeit ohne staatliche Unterstützung, geringer Verdienst der El-

tern (teilweise nicht mehr als 50 Euro monatlich) begründen den sehnlichen Wunsch, im Westen zu arbeiten. Nicht selten leben die jungen Frauen von der geringen Rente der Großeltern. Ein Job in Deutschland könnte sie mit einem Schlag von allen drückenden Problemen erlösen.

### Anwerbung durch arglistige Täuschung

Die Anwerbung für einen Job im Westen erfolgt in der Regel über Bekannte, Freunde oder gar Verwandte. Die professionellen Werber nutzen bewusst den ersten Kontakt über Vertrauen erweckende Personen. In der Regel werden Arbeitsverträge vor einem Notar abgeschlossen, die ausdrücklich die Tätigkeit als Prostituierte ausschließen. Die zwischen geschalteten Rechtsanwälte sind jedoch Teil des kriminellen Netzwerkes. Die o.a. Studie von „amnesty international“ ermittelte, dass lediglich 2-3% der betroffenen Frauen davon ausgingen, als Prostituierte arbeiten zu müssen.

### Illegaler Grenzübertritt

Die jungen Frauen und Mädchen werden gruppenweise durch Schleuser illegal über die jeweilige Grenze verbracht. Damit machen sie sich nach den Gesetzen des Gastlandes selbst strafbar. Diese Illegalität bindet sie an ihre Werber, die in der Regel auch über ihre Pässe verfügen. Darüber hinaus beherrschen die

Frauen die Sprache des Gastlandes nicht, was sie zusätzlich hilflos und abhängig macht.

### Moderner Sklavenmarkt im 21. Jahrhundert

Die Frauen und Mädchen werden anschließend in ein von Zuhältern bewachtes Haus verbracht. Dort werden sie unter Androhung von Schlägen gezwungen, sich auszuziehen, wobei nicht selten weibliche „Vorarbeiter“ eine Mittlerrolle übernehmen. Hier wird den Opfern erstmals klar, was die Anwerber eigentlich mit ihnen vorhaben. Sie werden splitternaakt in einen Raum gebracht, wo Zuhälter, Auf- und Wiederverkäufer und Bordellbesitzer sie mustern und einen Preis aushandeln. Die Frauen und Mädchen wechseln erstmals den Besitzer.

### Systematische Vergewaltigung

Frauen und Mädchen, die sich weigern, sich der Prostitution hinzugeben, werden solange vergewaltigt und geschlagen bis ihr innerer Widerstand gebrochen ist. Ein zusätzliches, probates Mittel den Widerstand der Frauen gänzlich zu brechen und sie an der Flucht zu hindern, ist die Androhung ihre Eltern oder falls vorhanden ihre Kleinkinder in der Heimat zu entführen und ihnen dann Gewalt anzutun. Die angeborene Mutterliebe und die Liebe zu ihren Eltern lassen die Frauen und Mädchen sich schließlich in ihr scheußliches Schicksal fügen.

### Mehrfacher Weiterverkauf

Die o.a. amnesty-Studie belegt, dass die jungen Frauen und Mädchen in der Regel mehrfach weiterverkauft werden, wobei ihr Preis anfänglich bei 150 Euro liegt und bis zu 2.000 Euro steigen kann. Mit dem häufigen Wechsel der Besitzer verwischt sich auch die Spur des ursprünglichen Menschenhandels. Nach Aussage der Bundestagsabgeordneten Ute Granold (CDU/CSU), einer erfahrenen Rechtsanwältin, bei der Bundestagssitzung vom 7. Mai 2004, befinde sich das



größte Bordell Europas an der deutsch-tschechischen Grenze. In dem kleinen tschechischen Landkreis gäbe es nahezu 40 Bordelle mit mehr als 800 Opfern, vornehmlich aus Tschechien, der Ukraine, Russland, Rumänien, der Slowakei und Moldawien. Die jungen Frauen würden dort im Durchschnitt drei Monate „eingearbeitet“ und auf dem deutschen Markt angeboten, bevor sie entweder wegen Krankheit zurückgeschickt oder quer durch Europa weiterverkauft würden. Der Durchschnittspreis läge bei 888 Euro. Dieser Preis sei geradezu ein „Schnäppchen“, weil eine Frau ihrem Besitzer in Deutschland innerhalb einer Woche bis zu 20.000 Euro einbringen könne. Die Gefahr entdeckt und verurteilt zu werden sei dabei für den Besitzer relativ gering, da die Aufklärungsquoten in Deutschland sinken.

### Wie kann so etwas in einem Rechtsstaat passieren?

Eine Antwort auf diese Frage gab der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Konrad Freiberg, am 16.08.2004 in der Süddeutschen Zeitung. Freiberg beklagte, das Problem der Zwangsprostitution werde „in der Bundesrepublik völlig verharmlost“. Die organisierte Kriminalität, die hinter diesen Verbrechen stehe, sei „aus dem Blickwinkel der Politik gerückt“. Es sei auch eine Folge des Personalmangels bei den Fahndern, „dass wir an die Hintermänner des Menschenhandels gar nicht mehr herankommen“. Was die erstaunliche Teilnahmslosigkeit der bundesrepublikanischen Bevölkerung an dem traurigen Schicksal der Zwangsprostituierten anbelangt, so darf in diesem Zusammenhang auf eine Antwort des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker hingewiesen werden. Er wurde gefragt, warum so viele Deutsche zu den nationalsozialistischen Verbrechen geschwiegen hätten? Seine einfache und auch heute noch gültige Antwort lautete: „Die Menschen ahnten etwas von den Verbrechen, aber keiner wollte es so genau wissen.“ (vgl. dazu auch AUFTRAG 247, S. 9 ff.: Klaus

*Die Bundestagsabgeordnete Ute Granold (CDU/CSU) lässt in der humanitären Katastrophe um die Zwangsprostituierten aus Ost- und Südosteuropa nicht nach.*

Liebetanz, „Der Deutsche Bundestag sitzt im Glashaus – Kein Grund zu moralischer Überheblichkeit“.)

### Wie kann das fortwährende Leiden dieser Frauen beendet werden?

Der Deutsche Bundestag hat am 28. Oktober 2004 in seiner 2. und 3. Beratung eine wesentliche Strafverschärfung für „Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“ beschlossen (§§ 232, 232a StGB). Diese Strafverschärfung wird an der Gesamtsituation der Opfer kaum etwas ändern, wenn die Strafverfolgungsbehörden weiterhin personell unterbesetzt sind. Hierzu führte die Rechtsanwältin Ute Granold (MdB) und Berichterstatterin zum Thema Menschenhandel im Deutschen Bundestag Folgendes aus: „Menschenhandel ist ein Kontrolldelikt. Das heißt: Die Polizei erhält von den Straftaten in diesem Bereich nur durch Kontrollen im Milieu Kenntnis. Dabei ist sie auf die Aussagen der Opfer angewiesen und das ist das



Problem. Die Frauen werden von ihren Peinigern in der Regel massiv bedroht und häufig auch physisch attackiert, sodass sie verschüchtert und verängstigt sind und deshalb nicht aussagen.“

### Forderung nach Bestrafung auch der Freier

Frau Granold wies ferner darauf hin, dass die große Zahl der Zwangsprostituierten in Deutschland auf die ungehemmte Nachfrage der Freier zurückzuführen sei. Die Generalsekretärin der deutschen Sektion von „Amnesty international“, Barbara Lochbihler, spricht von ca. 10 bis 15 Millionen Freier in der Bundesrepublik Deutschland. Ute Granold (CDU/CSU) begründete die Forderung auch nach Bestrafung der Freier bei der Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Mai 2004 wie folgt: „Es existiert bei uns eine Strafbarkeitslücke genau in dem Bereich, wo Freier die Not- und Zwangslage von Frauen, die Opfer von Menschenhandel wurden, obwohl sie sie kennen bzw. kennen müssten, trotzdem ausnutzen und sexuelle Leistungen in Anspruch nehmen. Das Unter-Strafe-Stellen dieses Sachverhaltes würde mit Sicherheit eine hohe Abschreckungswirkung entfalten und die Nachfrage bei dem Täterkreis, der weit in das gutbürgerliche Milieu hineinreicht, deutlich einschränken. Wir sind uns der Beweisproblematik durchaus bewusst, lassen uns hiervon jedoch nicht abschrecken. Schließlich geht es hier um

### SOLWODI klagt: Verbrechen Frauenhandel wird zu wenig geahndet

Eine ungenügende strafrechtliche Verfolgung des Frauenhandels in der Bundesrepublik hat die Frauenhilfsorganisation SOLWODI kritisiert. Der Frauenhandel werde von den Strafverfolgungsbehörden kaum noch geahndet, beklagte die Organisation Anfang März an ihrem Sitz in Boppard. Zur Begründung wies die von der Ordensfrau Lea Ackermann gegründete und geleitete Organisation darauf hin, dass der Schwerpunkt der Verbrechensbekämpfung in Deutschland auf dem islamistischen Terrorismus liege. Zudem bringe es das seit Anfang 2002 geltende Prostitutionsgesetz mit sich, dass Prostitution als ein Beruf wie jeder andere angesehen werde. Deshalb fehle der Polizei oft die Handhabe für Razzien im Rotlichtmilieu. Solche Razzien seien aber meistens die einzige Chance, Opfer von Frauenhandel, die als Zwangsprostituierte „anschaffen“ müssten, zu befreien. Der Name SOLWODI steht für solidarity with women in distress (Solidarität mit Frauen in Not). (KNA)

einen Bereich, in dem fast ausschließlich Frauen unter Missachtung ihrer Menschenwürde zum Objekt degradiert und auf übelste Weise ausgebeutet werden.“

### Rot-Grün lehnt eine Bestrafung der Freier ab

Der Vorstoß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Freier zu bestrafen, die bewusst oder fahrlässig die Notlage von Zwangsprostituierten ausnutzen, wurde mit den Stimmen von Rot-Grün abgelehnt. Wesentliche Gründe für die Ablehnung waren die Beweisproblematik und die Tatsache, dass Rot-Grün im neuen Prostitutionsgesetz (ProstG) gerade eine Entkriminalisierung der Prostitution erreicht hatte. Prostitution sei eine steuerpflichtige Tätigkeit wie jede andere Berufsausübung. Dies hatte man vor zwei Jahren mit Sekt und Häppchen im Deutschen Bundestag als einen „gesellschaftspolitischen Meilenstein“ gefeiert. Nun wolle Rot-Grün nicht damit beginnen, die Freier zu kriminalisieren. Der bündnis/grüne Abgeordnete Hans-Christian Ströbele lehnte u.a. die Anhebung des Schutzes von Prostituierten mit der folgenden Begründung ab: „Wer 18 Jahre alt ist, ist erwachsen und braucht keinen besonderen Schutz mehr.“

### Bayern macht ernst

Ein Gesetzentwurf der bayerischen Justizministerin Beate Merk (CSU) sieht vor, Freier von Zwangsprostituierten mit Geld- oder Haftstrafe von bis zu zwei Jahren zu belegen. Handelt der Freier mit Vorsatz, sollte das mit bis zu fünf Jahren Gefängnis geahndet werden. Außerdem plant Bayern eine Kronzeugenregelung für Menschenhandelsdelikte.

### Indikatoren für Zwangsprostitution

Die Expertenanhörung zum Thema Zwangsprostitution im Deutschen Bundestag hat folgende Indikatoren für Zwangsprostitution, die auch den Freiern auffallen müssten, aufgezeigt:

- „Verhandlungen“ über Praktiken und Bezahlung inklusive Geldübergabe nur an Männer.
- Es handelt sich um eine Frau, die kein deutsch spricht.
- Die Frau erfüllt grundsätzlich alle gewünschten Sexualpraktiken.
- Sie besteht nicht auf den Gebrauch von Kondomen.
- Sie bestimmt Dauer, Beginn und Ende ihres Freierkontaktes nicht selbst.
- Der Freier reagiert auf eine Zeitungsanzeige „naturelle Ukrainein“, wie im Fall Friedmann.

Die Frankfurter Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel „Frauenrecht ist Menschenrecht“ (FIM) zählt 13 Anzeichen für Zwangsprostitution auf.

### Weitere Maßnahmen sind zwingend erforderlich

Die Bestrafung einiger Freier aus gutbürgerlichem Umfeld wird sicher zur Sensibilisierung im Umgang mit Zwangsprostituierten und zu einer gewissen Abschreckung führen. Das gesamte Ausmaß der humanitären Katastrophe wird jedoch kaum eingedämmt. Dazu bedarf es zwingend folgender weiterer Maßnahmen:

- substantielle Verbesserung der Personalsituation bei den Strafverfolgungsbehörden (Sondereinheiten der Polizei);
- Ausweitung der Zeugenschutzprogramme, ohne die ein Gerichtsverfahren zur Farce wird;
- Entkriminalisierung der Opfer von Zwangsprostitution.

Diese Maßnahmen kosten alle sehr viel Geld. Sie wären aber der Lackmustest für den politischen Willen, Zwangsprostitution in Deutschland ernsthaft zu bekämpfen.

### Einführung eines fälschungssicheren Gewerbescheins für Prostituierte

Bei der Eindämmung des Handels mit „Blutdiamanten“ aus Afrika hat sich die Einführung von Zertifikaten, die zuverlässig über die Herkunft der Diamanten aussagen, bewährt. Übertragen auf den Frauenhandel zur sexuellen Ausbeutung würde das bedeuten, das Prostituierte ihrer Tätigkeit nur dann legal nachgehen könnten, wenn sie über einen (fälschungssicheren) Gewerbeschein mit Foto verfügten. Dieser Gewerbeschein müsste von der Prostituierten persönlich beantragt werden und dabei müsste sie glaubhaft nachweisen, dass sie aus freiem Willen handelt. Diese Regelung entspricht der Rechtslage des vom Deutschen Bundestag vor drei Jahren verabschiedeten Prostituiertengesetzes (ProstG). Bordellbesitzer, Zuhälter und Freier müssten mit empfindlichen Freiheitsstrafen rechnen, wenn sie sich einer Prostituierten ohne Gewerbeschein bedienen. Damit würde sich das Problem der Zwangsprostituierten aus Ost- und Südosteuropa in erheblichen Maße lösen. Der Markt für diese Zwangsprostituierten würde austrocknen, weil er zu risikoreich wäre. Ein positiver Nebeneffekt dabei würde sein, dass die „legalen“ Prostituierten verpflichtet wären, in ihre eigene Kranken- und Altersversicherung einzuzahlen

### Experten fordern entschiedeneres Vorgehen gegen Menschenhandel

**E**in entschiedeneres Vorgehen gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution haben Experten in Nürnberg gefordert. Nötig seien wirksame Aufklärung in den Herkunftsländern, mehr polizeiliche Maßnahmen gegen kriminelle Schleuser und besserer Opferschutz, lautete der Tenor der Referate bei der Fachtagung „Moderner Sklavenhandel – mitten unter uns“ am 8. März im Caritas-Pirckheimer-Haus.

Die Betroffenen würden unter falschen Versprechungen in den „reichen Westen“ gelockt und dort formell als „Au-pair-Mädchen“ beschäftigt, hieß es. Tatsächlich würden sie aber häufig als „Sklavinnen“ in Haushalt und Gastronomie oder im Baugewerbe zu Billiglöhnen und unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Schätzungsweise 120.000 Frauen aus Mittel- und Osteuropa werden jährlich nach Westeuropa geschafft und zu Zwangsprostituierten gemacht. Laut Irina Gruschewaja vom Malinowka-Beratungszentrum in Minsk werden allein aus Weißrussland jährlich rund 10.000 Menschen, vorwiegend Frauen, in rund 70 Staaten verkauft oder gelockt. Wegen der miserablen Wirtschaftslage gehe derzeit besonders die Generation der Tschernobyl-Kinder leicht ins Netz der Menschenhändler. (KNA)

Fortsetzung auf Seite 71

## Für die Freiheit begeistern

### Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert Entstehung von Parallelgesellschaften

VON KARIN KORTMANN

**G**rundlegende Veränderungen wie die neue Zusammensetzung der Europäischen Union in Verbindung mit dem Aufnahmebegehren der Türkei. Die nationalen und internationalen Maßnahmen zur Anti-Terrorbekämpfung nach dem 11. September 2001 oder die Kriegsbeteiligungen europäischer Nationalstaaten führen zu Neuausrichtungen und damit auch zu Unsicherheiten in bisher festigten Bündnissen.

Veränderungen in Gesellschaften, wie der starke Zuzug aus Osteuropa, die Grenzerfahrungen von Integrationsleistungen. Ausgrenzungen von Menschen anderer Herkunft und Kultur, der hohe Ausländeranteil in bestimmten Stadtteilen, der Bau von Moscheen, die Zunahme von muslimischen Kulturvereinen machen neugierig, sind bereichernde Erfahrungen, machen aber auch unsicher. Führen zum Kopftuchurteil. Nicht alles Neue, Fremde wird positiv gesehen, sondern führt auch zu Aus- und Abgrenzung.

#### Berechtigte Sorge

Ob international oder national geht es um die berechtigte Sorge, was hält unsere Gesellschaft zusammen? Und wie können wir dazu beitragen, dass ehemals gefestigte Strukturen nicht auseinander fallen? Wo ist der gemeinsame Nenner, der gemein-

wohlorientierte Ansatz, ohne den die Gesellschaft auseinander driftet?

Das Wort der Parallelgesellschaften geistert umher. Was auch immer darunter zu verstehen ist – der DUDEN bietet uns (noch) keine Sprachanalyse. Parallelgesellschaften suggerieren wenig Gemeinsames. Dinge, Menschen, Strukturen, Einrichtungen die gleichlaufend, gleichgerichtet vorhanden sind, keine Berührungen, Verzahnungen. Gemeinsamkeiten, kein Miteinander erkennen lassen. Sich vielleicht sogar zu parallelisierenden Strukturen entwickeln?

Die Grundlage unseres Zusammenlebens bildet unser verfassungsrechtlicher Wertekanon: die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Freiheit der Person, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religionsfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat.

#### Fortsetzung von Seite 70

und Steuern zu zahlen, was zz. kaum der Fall ist (vgl. „Luftnummer im Puff“; „Der Spiegel“ vom 05.02.2005). Bedenken von konservativen Politikern, dass ein fälschungssicherer Gewerbeschein die Stellung der Prostituierten aufwerten könnte oder gar, dass die für Gewerbescheine zuständigen Beamten den Verlockungen des „Gunstgewerbes“ nicht standhalten würden, stünden in keinem Verhältnis zur humanitären Katastrophe der massenweisen Zwangsprostitution in Deutschland.

#### Schlussbemerkungen

Die humanitäre Katastrophe mit-ten in Deutschland mit zehntausenden von Zwangsprostituierten aus

Ost- und Süd-Osteuropa muss gelöst werden, weil es

1. die primitivste Menschlichkeit gebietet und
2. weil die Bundesrepublik Deutschland dabei ist, ihr staatliches Gewaltmonopol zu verlieren.

Ferner würde sich der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung der „unterlassenen Hilfeleistung“ schuldig machen, wenn es in absehbarer Zeit nicht gelänge, diesem massenweisen Missbrauch von unschuldigen Frauen ein Ende zu bereiten. In diesem Zusammenhang sei allen interessierten Zeitgenossen das neueste und gut recherchierte Buch des Fernsehjournalisten Peter Hahne empfohlen: „Schluss mit lustig – Das Ende der Spaßgesellschaft“. □

#### Für die Freiheit begeistern

Wir können es nicht dulden, wenn diesen verfassungsrechtlichen Prinzipien zuwider gehandelt wird. Toleranz bedeutet weder Beliebigkeit noch Indifferenz. Der Staat muss reagieren, wenn das Grundgesetz missachtet wird oder Extremismus sich aktiv gegen unsere Gesellschaft und unser Werte- und Rechtssystem richtet. Wir stehen für eine Kultur des Respekts. Unsere freiheitliche Demokratie bietet allen das Recht zur freien Meinungsäußerung und zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Deshalb ist ein zentrales Element unserer Integrationspolitik. Menschen für diese Freiheiten zu begeistern, ihnen zu helfen, diese Freiheiten zu achten und zu respektieren. Integration erfordert von allen Seiten kontinuierliches Engagement, Kompromissbereitschaft und Geduld. Johannes Rau hat einmal gesagt: „Menschen ist zu wenig bewusst, welch eine große zivilisatorische Errungenschaft es ist, dass in einer pluralen Gesellschaft Menschen friedlich miteinander leben, die ganz unterschiedliche Überzeugungen haben. Das muss jeden Tag neu geübt und neu gelebt werden.“

#### Teilhabe ermöglichen

Die meisten Schüler nehmen irgendwann in ihrer Schullaufbahn Schriften von G. E. Lessing in die Hand. Und wer Glück hat beschäftigt sich mit der Parabel Nathan der Weise. Nathan, der die klare Botschaft hatte, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens – Christen, Juden, Muslime – gleichberechtigt miteinander leben können. Der christliche Tempelherr rettet Nathans Ziehtochter vor einem Brand. Ohne Ansehen ihrer vermeintlichen Herkunft, weil das seiner Auffassung nach nun einmal die Aufgabe von Tempelherrn ist. Der moslemische Sultan begnadigt ihn gegen alle Gewohnheit und der jüdische Kaufmann steht diesem Sultan in finanziellen Schwierigkeiten bei.

Gegen die Entstehung von Parallelgesellschaften ist deshalb eine Integrationspolitik gefordert, die den



zuwandernden Menschen die Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht. Integration und Gleichberechtigung gehen dabei Hand in Hand. Mit der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts sind neue Chancen eröffnet worden. Noch nicht eingebürgerte Zuwanderer bedürfen eines sicheren Aufenthaltsstatus und einer Politik, die ihnen den gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit eröffnet. Im familiären und privaten Umfeld werden Weichen, insbesondere für die Eingliederung der Kinder gestellt. Soziale Organisationen und Vereine können wichtige Lotsenfunktionen übernehmen, Ansprechpartner bei unbekannten Regulationsnotwendigkeiten sein und die Brücke zwischen Herkunftsland und neuer Heimat bilden.

### Sprache als Schlüssel zu Integration

Die deutsche Sprache ist ein Schlüssel zur Integration. Der Staat fordert dies zu Recht von allen Zuwanderern ein. Mit dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Zuwanderungsgesetz wird ein verbindliches und rechtlich abgesichertes Integrationsangebot vorrangig für Neuzuwanderer eingeführt. Die Bundesländer haben sich im Zuge des Vermittlungsverfahrens aus der Finanzierung der Integrationskurse zurückgezogen aber zugesagt, die kursbegleitende Kinderbetreuung sowie zusätzliche Maßnahmen zur nachholenden Integration sicherzustellen.

### Religion ist keine Privatsache

Unsere Gesellschaft ist kein religionsfreier Raum und Religion ist keine Privatsache, wie Wolfgang Thierse sagt. Die Neutralität des Staates gegenüber Religionen und Weltanschauungen darf aber nicht verwechselt werden mit einer Neutralität der Gesellschaft in diesen Fragen. Der Staat schützt die Religionsfreiheit aller, so lange sie nicht gegen das Grundgesetz verstößt. Wo dort der Islam verankert ist, wie er

sich zum demokratischen Staat verhält, zu Toleranz, zur Glaubens- und Gewissensfreiheit, zu den Menschenrechten, das ist eine Frage, die sich nicht nur in den islamisch geprägten Ländern der Welt stellt, sondern die auch für die hier in Deutschland lebenden Muslimen von existentieller Bedeutung ist.

Der Dialog der Religionen wird durch die im staatsrechtlichen Sinn fehlende Verfasstheit des Islam er-

schwert. Zur Förderung dieses Dialogs wäre es sinnvoll, demokratisch legitimierte Ansprechpartner zwischen den Moscheegemeinden und staatlichen Stellen sowie zivilgesellschaftliche Akteuren in Deutschland zu schaffen. Wichtig ist auch, dass an deutschen Schulen verstärkt islamischer Religionsunterricht, von in Deutschland ausgebildeten oder entsprechend anerkannten Lehrerinnen und Lehrern angeboten wird. Dieser Unterricht muss in deutscher Sprache und auf Grundlage genehmigter Lehrpläne unter Aufsicht der Schulbehörde erfolgen.

In der politischen Debatte darf die Trennlinie zwischen muslimischer Religion und Extremismus nicht verwischt werden. Die große Mehrheit der Muslime bekennt sich zu unserer verfassungsrechtlichen Grundordnung. Dennoch stellen islamische Extremisten mit knapp 1 % davon eine Minderheit dar, die den Islam für ihre politischen Zwecke umdeuten und instrumentalisieren. Deutschland ist ein demokratischer und offener Staat. Er kann und wird es nicht tolerieren, dass Menschen Freiheiten missbrauchen. Deshalb sind wir alle aufgefordert, Integration zu ermöglichen und richtig bleibt der Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau bei seiner ersten Berliner Rede am 12. Mai 2000: „Viele Menschen könnten sich bei uns leichter an den Anblick von Moscheen gewöhnen, wenn Christen in islamischen Ländern das gleiche Recht hätten, ihren Glauben zu leben und auch Kirchen zu bauen.“ □

### Zuwanderung und Integration

„Die Fragen um Zuwanderung und Integration sind für unser Land von grundsätzlicher Bedeutung. Es geht um die Schaffung verlässlicher Grundlagen und ein dauerhaftes Zusammenleben in kultureller Vielfalt. In Deutschland leben etwa 7,3 Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie gut zwei Millionen Spätaussiedlerinnen und -aussiedler, die seit 1990 gekommen sind. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der von Einheimischen wie von Zuwanderern ein hohes Maß an Offenheit, gegenseitigem Respekt und Toleranz erfordert. Die Integration von Menschen anderer Kulturen, ethnischer Herkunft und Religion kann nur gelingen in einem klaren, nicht zur Diskussion stehenden Rahmen von Werten und Normen. Das setzt auch die Bereitschaft voraus, die deutsche Sprache zu erlernen und sich auf die deutsche Kultur und Geschichte einzulassen.“

Eine Gesellschaft, in die jährlich Hunderttausende zuwandern, muss Zuwanderung gestalten und entsprechende Rahmenbedingungen für die Integration schaffen: auf der rechtlichen Ebene, im gesellschaftlichen Leben wie auch in den Kommunen.“

*Aus: Politische Erklärung des ZdK aus Anlass der Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002.*

Wenn alle den Verbrecher  
jagen, wer bleibt dann  
eigentlich beim Opfer?



**WEISSER  
RING**

**Helfen Sie mit!**

Spendenkonto: 34 34 34  
Deutsche Bank Mainz · (BLZ 550 700 40)

Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoptionen und zur Verhütung von Straftaten e.V. • 400 Außenstellen bundesweit

Infos: Weberstr. 16, 55130 Mainz · [www.weisser-ring.de](http://www.weisser-ring.de)

## MENSCHEN IN AFRIKA – EIN ERFAHRUNGSBERICHT:

**A**nlässlich einer Evaluierung von humanitären Projekten hatte sich der Autor der folgenden drei kurzen Beiträge Klaus Liebetanz, Fachberater für Katastrophenmanagement und Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, vom 17. April bis 3. Mai in der Unruheprovinz Ituri im Ostkongo aufgehalten. Dabei ist er auf die äußerst erfolgreiche Arbeit der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) gestoßen. Diese nennt sich in französischsprachigen Ländern „Agro Action Allemande (AAA)“. Die DWHH in Ituri erwies sich bei seinem Besuch als eine Meisterin des Übergangs von der humanitären zur Entwicklungshilfe. Im Folgenden beschreibt Liebetanz seine Erlebnisse in der Unruheprovinz Ituri. Dem Bericht über die DWHH – einer Meisterin des Übergangs von der humanitären zur Entwicklungshilfe – folgen noch zwei Beiträge über die Missionarbeit einer (fast) unbekannten „Elitetruppe“ der Kirche in Nordkivu und über „Erschütternde Zustände im Zentralgefängnis von Goma“.

## Drei Berichte aus dem Ostkongo

VON KLAUS LIEBETANZ

### Die Meister des Übergangs – Besuch bei der Deutschen Welthungerhilfe in der Unruheprovinz Ituri (Ostkongo)

#### Eintreffen in der Distrikthauptstadt Bunia

Am Flugplatz werde ich von Didié abgeholt. Er ist ca. ein Meter groß, blitzgescheit und das Faktotum der Deutschen Welthungerhilfe in Bunia. Jeder scheint ihn zu kennen. In der Basis 1 treffe ich auf Rudi Sterz, einen NGO-erfahrenen Deutschen, der ca. 35-40 Jahre alt ist. Er ist der Leiter der Logistikabteilung der DWHH und informiert mich über die allgemeine Lage. In Ituri gäbe es ca. 80 – 100.000 Binnenflüchtlinge (IDP's). Neben den Einheiten der Kongolesischen Streitkräfte und der MONUC (Schutztruppe der Vereinten Nationen) in Brigadestärke (ca. 3.000 Mann und schwere Waffen, u.a. Kampfhubschrauber) hätten sich sieben unterschiedliche Rebellengruppen etabliert. In Ituri gäbe es zwei Pflanzzeiten (Febr.-Mitte Mai und Juli-September). Ituri und der Nordkivu wären einstmals die „Kornkammer“ des Kongo gewesen. Von hier aus wäre Kinshasa mit Nahrungsmitteln versorgt worden.

#### Ständige Abhängigkeit von der Sicherheitslage

Am Nachmittag treffe ich endlich Markus Sack, den Projektleiter der DWHH in Ituri, den ich bereits in Bonn bei der DWHH kennen gelernt habe. Er steht noch immer unter Anspannung. Am frühen Vormittag hat

er sein Depot in Bogoro (30 Km südwestlich von Bunia) räumen und zusätzlich 130 Frauen und Kinder nach Bunia evakuieren müssen. Die Lage in Bogoro hatte sich zugespitzt, weil es in den Tagen zuvor zu einem dreistündigen Gefecht zwischen den Ngiti-Milizen und der FARDC (kongolesische Streitkräfte) gekommen war, bei dem 10-20 Tote und viele

Verletzte zu beklagen waren. Das Gefecht wurde durch das undisziplinierte Verhalten einzelner Soldaten ausgelöst, was sich jederzeit in Ituri wiederholen kann. Ein Fall des Straßenknotenpunkt Moboro in die Hände der Ngiti-Rebellen würde die frisch gebaute Straße der DWHH an den Albertsee blockieren (s.u.) und das Fischereiprojekt der DWHH (s.u.) gefährden. Gegen Abend rollen die gepanzerten Fahrzeuge der MONUC nach Moboro, um die Lage zu stabilisieren.

#### Großes Lob von den VN-Organisationen

Am Abend trifft sich die internationale Gemeinschaft beim „Griechen“ in Bunia. Michael Livshits, der Planungsoffizier für zivile Zusammenarbeit der MONUC, lobt die Arbeit von Agro Action Allemande (DWHH) in vollen Tönen. Sie sei die einzige flächendeckende Hilfsorganisation mit einer enormen Wirkung auf den Friedensprozess, besonders durch ihre Straßenbauprojekte. Bei der Verabschiedung fällt sein Blick auf meine Visitenkarte mit meinem Namen Liebetanz. Er hätte früher Liebschatz geheißen und sei in Russland geboren worden. Eine positive deutsch-jüdische Begegnung in Bunia.



Morgendliches Briefing auf der Basis 1 der DWHH. Die Sicherheitslage spielt stets eine große Rolle in Ituri. Der charismatische Projektleiter Markus Sack (2.v.l.) führt straff. Klagen lässt er nur zu, wenn mindestens zwei Alternativvorschläge gemacht werden. 95% der Mitarbeiter sind lokale Kräfte, teilweise mit sehr guter Ausbildung.

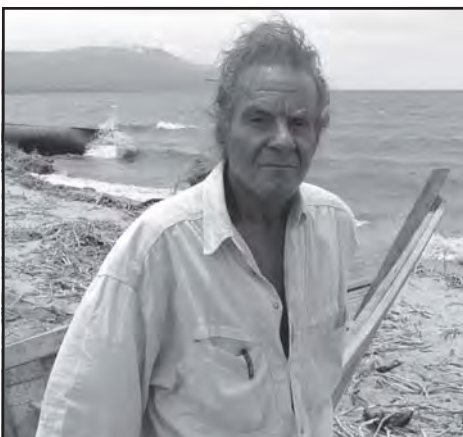


### Besuch bei OCHA Bunia

Bei OCHA Bunia (UN-Office of the Coordination Humanitarian Affairs) sind 20 große internationale Hilfsorganisationen und 10 VN-Organisationen vertreten. Zweimal in der Woche gibt es ein Security-Treffen mit entsprechender Abstimmung von Vorhaben der einzelnen Organisationen. OCHA hat zwei wichtige Aufgaben: 1. Informationsaustausch und 2. Advocacy (Werbung) für dringende Aufgaben und weniger berücksichtigte Regionen. Ein Mitarbeiter von OCHA bestätigt, dass Agro Action Allemande (AAA) die einzige flächendeckende Hilfsorganisation in Ituri sei. Er würde niemals einen SITREP (Situationreport) herausgeben, ohne bei AAA nachgefragt zu haben.

### Begleitung der Agrarabteilung

Am zweiten Tag nehme ich am morgendlichen Briefing um 07.30 teil: Klärung der Sicherheitslage, Abfrage der Einzelaufträge der Unterabteilungen. Projektleiter Markus Sack lässt nur Klagen seiner Mitarbeiter zu, wenn diese mindestens



*Tandema Dieudonné ist Chef des Verbindungsbüro bei der Deutschen Welthungerhilfe. Er hält Verbindung zu allen Ethnien und Rebellengruppen, auch zu den „verrücktesten“ Rebellenführern wie Dark und Cobra, letzterer war vor drei Monaten für die Ermordung von neun Bangladeschi-UNO-Soldaten verantwortlich.*

zwei Alternativvorschläge machen. Heute fahre ich mit der Agrarabteilung zur Nahrungsmittelverteilung in Marabo (60 Km südwestlich von Bunia). Die Verteilung erfolgt nach vorbereiteten Listen und ausgegebenen Gutscheinen (jetons) und ist mustergültig organisiert. Die Empfänger sind alles Frauen. Die Familien wurden durch örtliche Komitees ausgesucht. Mittags besuchen wir eine der über 100 Agrargruppen in Dele (20 Km südwestlich Bunia). Diese Gruppen erhalten kostenlos Saatgut von der DWHH. Nach der Ernte werden die überschüssigen Nahrungsmittel von der DWHH zu einem ordentlichen Preis gekauft. Die Gruppe Dele hat bei der letzten Ernte ein Plus von über 1.500 USD gemacht. Dann werde ich als mit einem Forderungs- und Wunsch-katalog konfrontiert: Pflanzenschutzmittel, Gummistiefel, Bewässerungsanlage, größere Hacken, mehr Saatgut und Lieferung von Nutztieren, wie Kühe, Schafe, Ziegen, Gänse und Hühner. Nach Rücksprache mit Markus Sack wird die DWHH in Ituri im nächsten Jahr mit Ziegen beginnen. Kühe seien zu gefährlich, weil sie Milizen anziehen. Den Rest auf der Wunschliste sollten sie sich selbst von ihrem Erlös kaufen.

### Die Lage um Moboro hat sich entspannt

Dritter Tag: Teilnahme am morgendlichen Briefing. Tandema Dieudonné, der Chef des Liaison Office der DWHH (Foto o.), nimmt an

*Silvio Sambuko (69 J.) ist seit 1951 in verschiedenen Ländern Afrikas tätig. Seine Straßenbauprojekte werden ausschließlich mit einfachem Handwerkszeug ausgeführt. Er beschäftigt bis zu 350 lokale Arbeiter aus der Umgebung der Straße. Alle drei Monate wechselt er die Mannschaft, um auch andere Ethnien zu beteiligen. Diese bauen dann jeweils „ihre“ Straße.*

der Sitzung teil. Er ist gleichzeitig für den Straßenbau im Distrikt Ituri zuständig und hat zu allen Ethnien und Rebellengruppierungen Verbindung, auch zu den verrücktesten Rebellenführern wie „Dark“ und „Cobra“, der 3 Monate zuvor für die Ermordung von 9 Bangladeschi-Soldaten verantwortlich gewesen war. Er berichtet, dass der Ältestenrat der Ngiti auf eine weitere Eskalation verzichte. Tandema Dieudonné gilt als „Weiser“ in Ituri. Er ist eine wichtige Schlüsselperson für die DWHH und bereitet politisch neue Bauabschnitte vor. Am heutigen Tage will ich das neue Straßenbauprojekt besichtigen.

### Straßenbau nur mit Handwerkszeug

Verantwortlich für den Straßenbau ist das Original Silvio Sambuka (69 Jahre alt, Foto u.). Der gebürtige Italiener ist seit 1951 in Afrika tätig, u.a. in Togo, Dahomey, Benin, Elfenbeinküste, Nigeria, Rhodesien, Mosambik, Süd-West-Afrika, Libyen, Ägypten und Kenia. Er arbeitet seit Juni 2003 bei der DWHH in ITURI. Seine Arbeiten werden ausschließlich mit Handwerkzeugen ausgeführt, wie Spaten, Spitzhacke, Eisenstempel (zur Verdichtung des Bodens) und spezielle Brechwerkzeuge zum Abtrag von Gestein. Das schafft Arbeitsplätze. Vorhandene Wege werden auf 6 Meter verbreitert, auch im Gebirge. Das anfallende Gestein wird als Füllmaterial benutzt. Teilweise werden bis zu 350 Arbeiter beschäftigt. Alle zwei bis drei Monate wechselt die komplette Mannschaft. Auf diese Weise bauen die jeweiligen ethnischen Gruppierungen ihre Straße selbst. Die Arbeiter erhalten pro Tag zwei USD und ausreichende Nahrung. Weiteren Lohn erhalten sie am Ende ihrer Arbeit in Form eines Fahrrades. Mit diesem Fahrrad (60 USD) können die Bauern ihre Produkte vermarkten.

### „Rebellen“ bauen die Straßen der Welthungerhilfe in Ituri

Was sind Rebellen in Ituri? Sie bestehen zum größten Teil aus der bewaffneten Landbevölkerung, die jeweils ethnisch bedingt ihr angestammtes und/oder beanspruchtes Territorium verteidigen. Sie können je nach Organisationsgrad in kürzester Zeit kämpfende Einheiten bilden.



So ist es sicher nicht falsch zu behaupten, dass „Rebellen“ die Straßen der DWHH bauen. Sie tun es, weil sie einen unmittelbaren Nutzen von den Straßen in ihrem Gebiet und zu den Vermarktungsplätzen ihrer Produkte haben.

### Fahrt zum Albertsee

Unsere Fahrt führt über Moboro, wo vorgestern noch geschossen wurde. Silvio wird von den Soldaten der FARDC freundlich durchgewinkt. Die Fahrt verläuft jetzt auf der Grenze zwischen den verfeindeten Stämmen der Hema und der Lendu in Richtung Albertsee. Für Silvio offenbar kein Problem, so auch nicht für mich. Auf der Sandpiste begegnen uns vereinzelte Radfahrer, die Agrarprodukte nach Bunia transportieren. Die Strecke führt auch durch die „Blauen Berge“. An einigen Stellen hat Silvio die Gebirgsstraße von zwei Meter Durchlass auf sechs Meter erweitert. Nebeneffekt: So kann auch die MONUC mit ihren schweren Fahrzeugen an den Albertsee.

### „Doctor Livingstone, I presume.“

Ca. 15 km vor Kasenyi (am Albertsee) fallen die Blauen Berge schroff ab und geben den Blick frei auf eine tiefer liegende smaragdgrüne bewaldete Ebene, die sich bis zum azurblauen Albertsee erstreckt. Unweit dieser Stelle steht ein Haus, in dem der Missionar Dr. Livingstone lebte und wo 1871 der Forscher und Journalist Stanley auf den verschollenen Missionar traf und seinen weltberühmten o.a. Ausspruch tat. In Kasenyi befindet sich am See ein Flüchtlingslager mit IDP's (Binnenflüchtlingen). Das Seewasser ist nicht unproblematisch, weil es Bilharziose-Erreger (eine gefährliche Wurmkrankheit) enthält. Das Flüchtlingslager blüht sich auf, weil es ausreichend Nahrung ohne Arbeit gibt. Ein Problem für alle Flüchtlingslager.

### Bootsbau- und Fischereiprojekt der DWHH am Albertsee

Unweit von Kasenyi liegt der Fischerort Tchomia. Dort befindet sich das Bootsbau- und Fischereiprojekt der DWHH. Leiter dieses Projektes ist der zweite „humanitäre Legionär“ der DWHH in Ituri. Der Franzose Philippe Petit (ca. 45 Jah-

*Philippe Petit (45 J.) ist der zweite „humanitäre Legionär“ im Team der DWHH. Er hat 14 Jahre Afrikaerfahrung und ist für das Fischereiprojekt am Albertsee verantwortlich. Bislang wurden auf acht Bootsbaustellen ca. 410 Fischerboote von lokalen Schreibern gebaut.*

re, Foto o.l.) ist seit 14 Jahren in Afrika tätig und hat u.a. in Burundi (Tanganyikasee) Uganda und im Kongo gearbeitet. Er betreibt am Abertsee (175 km x 35 km) insgesamt 8 Bootsbaustellen mit lokalen Bootsbauern und lokalem Holz. Bislang wurden 410 Fischerboote gebaut und an die über 100 Fischereikooperativen der DWHH mit zusätzlichen Fischernetzen übergeben. Der See ist extrem fischreich. Die Fische werden im ganzen Ostkongo vermarktet. Von Tchomia soll uns ein Boot nach Kawa auf dem See fahren, wo die neue Straße beginnen soll. Der Seegang ist aber ungewöhnlich heftig, so dass auf die Seefahrt verzichtet wird. Stattdessen erkundet Silvio einen Flussübergang an einem nahen Uferweg. Er soll demnächst mit Betonröhren befahrbar gemacht werden.



### Das Geheimnis des Erfolges der DWHH Ituri

Zum einen ist es die charismatische Führung des Projektleiters Markus Sack und die straffe Organisation des über den ganzen Distrikt Ituri verteilten Unternehmens. 95 % der Mitarbeiter sind lokale Kräfte, teilweise mit sehr guter Ausbildung. Entscheidend ist jedoch die absolut an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Vorgehensweise des Unternehmens. Dabei haben die beiden „humanitären Legionäre“ und die tüchtigen lokalen Mitarbeiter ihren großen Anteil. Ohne den „Weisen“ Tandema Dieudonné (frz.: „Gott gegeben“) und seinen guten Beziehungen zu den verschiedenen Ethnien wäre die DWHH nicht annähernd so erfolgreich.

## Die unbekannte „Elitetruppe“ der Kirche

Im Rahmen der Besichtigungsreise besuche ich auch die Weißen Schwestern in Goma, der Provinzhauptstadt Nordkivu (Ostkongo). Dort treffe ich auf die deutsche



Schwester Theresese Schrenk (genannt Schwester Resi). Sie war im Jahr 2000 in der Nähe von Kindu (Ostkongo) zusammen mit dem Niederländer Pater Rademacher von den Mai-Mai-Rebellen (zum Teil unter Drogen stehenden Kindersoldaten) eingeschlossen und musste sich drei Monate lang im Urwald versteckt halten. Sie war dann mit den nach Kinshasa marschierenden Ruandern 100 km durch den Urwald gelaufen. Für ihre Mitschwestern in

*Die Weiße Schwester Therese Schrenk (Schwester Resi) war im Jahr 2000 in der Nähe von KINDU (Ostkongo) von Mai-Mai-Rebellen eingeschlossen und musste sich drei Monate lang im Urwald versteckt halten und sich dann anschließend 100 Km im Urwald durchschlagen. Seit 2002 arbeitet sie wieder im Kongo und bildet junge Kongolesinnen für die Sozialarbeit aus.*

Deutschland galt sie als verschollen.

Trotz dieser Erlebnisse ist sie seit 2002 wieder im Kongo und bildet in Goma zusammen mit ihren Mitschwestern Postulantinnen (am Orden interessierte junge Kongole-sinnen) in der Sozialarbeit aus. Erfolgreiche Postulantinnen kommen dann entweder nach BURKINA FASO in das französischsprachige

Noviziat oder nach NAIROBI in das englischsprachige Noviziat. Der Orden der Weißen Väter und Weißen Schwestern hat heute in Schwarzafrika ähnlich viele BewerberInnen, wie in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg. Der „weiße“ Orden wird langsam „schwarz“.

Schwester Resi (Foto S. 69 o.) ist 69 Jahre alt und macht einen sehr frischen und engagierten Eindruck.

Sie bildet zusammen mit Schwestern anderer Orden die unbekannte „Elitetruppe“ der Kirche. Man trifft diese außergewöhnlichen Frauen in den Slumsiedlungen von Lateiname-rika, den Sterbesälen von Kalkutta, den AIDS-Endstationen von Südafrika und bei den verarmten Wanderarbeitern in China. Sie verkörpern die Liebe Gottes zu den Ärmsten der Armen.

## Erschütternde Zustände im Zentralgefängnis von Goma

**Z**um Abschluss meiner Besichtigungsreise im Auftrag des Arbeitsstabes Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes komme ich nach Goma, der Provinzhauptstadt Nordkivu (Ostkongo). Dort weist mich der DRK-Delegierte Joachim Oelssner auf die katastrophalen hygienischen Zustände in unmittelbarer Nähe des Zentralgefängnisses hin. Hier meine Eindrücke:

### Erschreckende hygienische Zustände im Inneren

Von dieser „Ortsbesichtigung“ erfährt der Sekretär des Gefängnisdirektor und bittet uns zu einem Rundgang im Inneren des Gefängnisses. Hier treffe ich die „most vulnerable persons“ (die hilfsbedürftigsten Personen) auf meiner Reise durch den Ostkongo. Die Zustände im Zentralgefängnis von Nordkivu in Goma sind erschreckend. Die sanitären Anlagen des Gefängnisses und deren Abflüsse wurden durch die Lavamassen des Nyirancongo im Januar 2002 stark beschädigt. Die Mehrzahl der Toiletten sind daher verstopft. Das Regenwasser steht teilweise in den Aufenthaltsräumen der ca. 250 Gefangenen. Wir gehen ruhig durch alle Räume des Gefäng-

nisses. Ich habe zum ersten Mal auf meiner nicht ganz ungefährlichen Reise ein mulmiges Gefühl in der Magengegend. Gedanken an Geiselnahme kommen hoch. Erst in einem Gefangenenaufenthaltraum, der auch als Gefängniskapelle dient mit einer gemalten Kreuzigungsgruppe an der Wand, kommt die innere Sicherheit wieder zurück. Ich spüre, warum und weswegen ich hier bin. Nach Aussage des Vertreters der Gefängnisleitung gibt es zurzeit 20 Cholera- und 7 Tbc-Fälle. Einige Gefangene haben AIDS im fortgeschrittenen Stadium.

### Keine zentrale Verpflegung für die Gefangenen

Die Verpflegung erfolgt durch Familienangehörige. Wer keine Familienangehörigen in der Nähe hat,

ist auf milde Gaben angewiesen. Einige Insassen haben seit zwei bis drei Tagen nichts gegessen. Der Frauen-trakt ist geringfügig besser. Dort gibt es auch Kleinkinder. Ich verteile meine kongolesischen Franken. Sie werden mir aus der Hand gerissen. Mit Mühe gelingt es mir noch einer Frau mit Kleinkind ein paar Scheine zu geben. Ein Teil der Insassen sind Untersuchungsgefangene, bei denen überhaupt noch nicht feststeht, ob sie schuldig sind. Einige Gefangene haben ihre Strafe schon verbüßt. Sie warten jetzt darauf, dass ihre Verwandten die restlichen Gerichtskosten bezahlen. Für einige Insassen, die eventuell nur ein Huhn gestohlen haben, wird dieser Aufenthalt möglicher Weise wegen der unhaltbaren Zustände zum Todesurteil.

### Rehabilitierung der hygienischen Verhältnisse durch ein „Food for Work“-Projekt

Nach unserm Besuch im Zentralgefängnis von Goma plant der DRK-



Die Toiletten sind in der Mehrzahl verstopft, von acht sind nur zwei benutzbar.



Ein Aufenthaltsraum dient gleichzeitig als Gefängniskapelle. Über den Kreuzen steht auf Kiswaheli „Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Luk. 23,34).





Delegierte mit dem Roten Kreuz Goma ein „Food for Work“-Projekt in Zusammenarbeit mit den Gefangenen, um die katastrophalen hygienischen Einrichtungen zu rehabilitieren. Dabei hofft er auf die Finanzierungshilfe des AA. Anschließend machen wir einen Besuch bei Ocha Goma (UN-Office of the Coordination Humanitarian Affairs). Dort sind 41 große internationale Hilfsorganisationen, 31 sog. lokale NGO's (z.T. Ableger der internationalen Organi-

sationen oder GONGO'S (GOvernmental initiated NGO's) und zehn VN-Organisationen vertreten. Bezüglich der Lage im Zentralgefängnis von Goma kennt der OCHA-Chef, der Belgier Patrick Lavand'homme, keine Organisation, die sich um die unhaltbaren hygienischen Verhältnisse kümmert. Er begrüßt die Absicht des DRK-Delegierten, mit dem Roten Kreuz Goma ein „Food for Work“-Projekt in Zusammenarbeit mit den Gefangenen zu initiieren. Das Aus-

*Aids-Kranke liegen ohne Behandlung auf dem bloßen Boden (Foto l.).*

*Das Regenwasser steht in den Aufenthaltsräumen der Gefangenen. Der Berichterstatter Klaus Liebetanz zusammen mit jungen Gefangenen.*

wärtige Amt kann sicher nicht das Gefängniswesen in Afrika reformieren; aber mit der Finanzierung dieses relativ kleinen Projekts könnte das AA zusammen mit dem Roten Kreuz in der Provinzhauptstadt Nordkivu ein deutliches Zeichen der Humanität setzen. □

## KURZ BERICHTET: Afrika ist der Hoffnungsträger der Kirche

### Katholikenanteil in Europa leicht gesunken

Eine der größten Herausforderung für Benedikt XVI. zu Beginn seines Pontifikats ist das fehlende Wachstum der katholischen Kirche in Europa. In Afrika dagegen hat sich die Zahl der Katholiken in den letzten 25 Jahren beinahe verdreifacht. Dies geht aus dem „Statistischen Jahrbuch der Kirche 2003“ hervor. Alle wichtigen Zahlen daraus wurden im „Osservatore Romano“ (8./9. Mai) veröffentlicht.

Von 1978 bis 2003 stieg die Anzahl der Katholiken auf der ganzen Welt von 757 Millionen auf 1.085 Millionen an, was einen Zuwachs von 329 Millionen bedeutet. Vergleicht man diese Zahlen mit der Entwicklung der Bevölkerungsrate des entsprechenden Zeitraums – man verzeichnete einen Anstieg von 4.200 Millionen auf 6.300 Millionen Menschen –, so zeigt sich, dass der prozentmäßige Anteil der Katholiken in den Jahren 1978 bis 2003 von fast 18% auf 17% leicht gesunken ist.

„In Europa registriert man ganz eindeutig eine Stagnation“, wird im „Osservatore Romano“ berichtet. Im Jahr 2003 lebten an die 280 Millionen getaufter Menschen in Europa – fast 13 Millionen mehr als 1978 und immerhin noch 300.000 mehr als 1988.

„Die Ursache für diese Stagnation liegt in der bekannten demographischen Situation Europas. Da es zurzeit kein Bevölkerungswachstum gibt, muss man für die nächsten Jahrzehnte mit einem Rückgang rechnen“, heißt es in der halboffiziellen Zeitung des Vatikans.

Der prozentmäßige Anteil der Katholiken in Europa hat sich in den vergangenen Jahren nicht geändert. Bei einem Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 1978 wird aber deutlich, dass er von 40,5% auf 39,6% geschrumpft ist.

Am schnellsten wächst die katholische Kirche in Afrika: Gemäß den aktuellen Zahlen hat sich dort

die Anzahl der Katholiken von 1978 (55 Millionen) bis 2003 (144 Millionen) tatsächlich beinahe verdreifacht. „Katholiken machten im Jahr 1978 ungefähr 12,4% der afrikanischen Gesamtbevölkerung aus. 25 Jahre später waren es schon fast 17%“, erklärt dazu der „Osservatore Romano“.

In Afrika leben gemäß diesen Zahlen 13% aller Katholiken, in Europa etwas weniger als 26% (1978: 35%).

Nach Statistiken aus dem Werk „Religionen in der Welt“, das vom italienischen „Istituto Geografico De Agostini“ herausgegeben worden ist, waren im Jahr 2000 36,6% aller Menschen auf der Welt Christen. 17,5% davon waren Katholiken, 5,6% Protestanten, 3,6% Orthodoxe, 1,3% Anglikaner und 6,8% Angehörige anderer christlicher Konfessionen. 1,8% rechneten sich keiner Kirche zu. Somit hat es damals weniger Katholiken als Muslime gegeben, die im Jahr 2000 19,6% der Weltbevölkerung stellten. (ZENIT.org)



## Vorbild als Soldat und Christ

### Verabschiedung von Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein aus der Bundeswehr

Der Vorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, wurde am 22. Februar 2005 in Dornstadt bei Ulm als aktiver Soldat aus der Bundeswehr in den Ruhestand verabschiedet. Der Sechzigjährige diente über drei Jahrzehnte in der Bundeswehr und war zuletzt Kommandeur des Logistikregiments 47. Als Angehöriger der Technischen Truppe des Heeres bewährte er sich nach seiner Offizierausbildung in verschiedenen Führungsverwendungen als Kompaniechef, Bataillons-, Lehrgruppen- und Regimentskommandeur.

Vor der Regimentsübergabe hatte der praktizierende Katholik, Oberst Klein, zu einem Standortgottesdienst in die bis zum letzten Platz gefüllte Wengenkirche in Ulm eingeladen. Die Dankmesse wurde von Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut gemeinsam mit den Militärdekanen Bartmann und Kestel, den Militärpfarrern Stolz, Gerz, Ruf, Weber und Hauser assistiert von Pastoralreferent Mader zelebriert.

In seiner Predigt erklärte der Militärgeneralvikar, dass Klein der Kirche unter den Soldaten ein Gesicht gegeben habe. „In Wort und Tat

haben Sie aus ihrer christlichen Überzeugung kein Hehl gemacht. Für Sie war und ist Christsein in unserer katholischen Kirche keine Last, sondern eine positiv erlebte Wirklichkeit.“ Wakenhut bekräftigte, das unermüdliche Engagement des GKS-Vorsitzenden als Christ und Soldat.

Nach dem Gottesdienst folgte ein feierlicher militärischer Appell zur Übergabe des Logistikregiments 47 von Oberst Dipl.-Ing. Klein an seinen Nachfolger Oberst Dipl.-Btrw. Reinhard Neubauer durch den Befehlshaber des Wehrbereichskommandos IV Süd, Generalmajor (GM) Justus Gräbner, in der Dornstadter Rommelkaserne. Vor etwa 600 angetretenen Soldaten mit den dazugehörigen Truppenfahnen und über 400 Gästen sprach GM Gräbner dem scheidenden Kommandeur seine Hochachtung aus. Er bezeichnete Klein als einen der erfahrensten Offiziere in dieser Stellung. Seine Aufgeschlossenheit, menschliche Wärme, große Fürsorge und sein Pflichtbewusstsein habe diesen engagierten Katholiken charakterisiert.

Zuvor hatte sich Oberst Klein in seiner letzten Rede vor dem angetretenen Regiment bei allen für die ihm gewährte Unterstützung und Hilfe in den unterschiedlichen Funktio-

nen im Dienst wie im Ehrenamt bedankt. „Dabei lagen mir ganz besonders die Menschen am Herzen, die Menschen ohne Unterschied von Dienstgrad, Dienststellung, ob zivil oder in Uniform und nur gemeinsam mit diesen Menschen konnte ich die stets fordernden Aufgaben im Sinne meiner Vorgesetzten erfüllen“, sagte er. Rückblickend meine er, verständnisvolle, moralisch hochstehende und menschliche Vorgesetzte gehabt zu haben. Sie hätten es ihm ermöglicht, sich kreativ zu entfalten und ihn darin unterstützt, seine unterschiedlichen Ehrenämter für die Gesellschaft und Menschen wahrzunehmen. Auch im Ruhestand sehe er sich herausgefordert, weiterhin auf der Grundlage christlicher Werte in Kirche und Gesellschaft zu wirken.

Er gehe sehr zufrieden in Pension mit einer Menge positiver Erinnerungen an viele Menschen, durch die seine ethischen Vorstellungen bekräftigt wurden, erklärte Klein: „Besonders zwei Ereignisse in meiner dienstlichen Laufbahn haben mich in meiner festen Überzeugung bestätigt, dass der Mensch geprägt vom abendländischen christlichen Welt- und Menschenbild auf der Grundlage hoher ethischer Normen das wichtigste Gut überhaupt ist, mit dem geboten ist, sehr verantwortungsvoll und umsichtig umzugehen, ... und ihnen (*die Menschen, d. Red.*) vor allen Dingen die feste Überzeugung zu vermitteln, dass sie als Geschöpf Gottes einmalig ... sind. Für mich war diese Einmaligkeit je-

*Oberst Karl-Jürgen Klein hatte zur Verabschiedung als Kdr des LogRgt 47 Dornstadt und vom aktiven Soldatendienst ausdrücklich gewünscht, einen Standortgottesdienst einzubeziehen. Die Anwesenheit zahlreicher Seelsorger aus Militär- und Zivilseelsorge sowie die Teilnahme vieler Soldaten zeigt die Wertschätzung, die Klein als Offizier und als engagierter Laie in der Kirche und als den christlichen Werten verpflichteter Vorgesetzter genoss.*



des einzelnen Menschen als Geschöpf Gottes die Richtschnur und das Gebot des eigenen Handelns.“

In diesem Zusammenhang erwähnte er zunächst seinen Einsatz nach der Wiedervereinigung Deutschlands ab 03.10.1990 bis 1991 als Kommandeur des Instandsetzungsbataillons 1 der 1. motorisierten Schützendivision in Potsdam, das er aufzulösen und mit teilweise neuen Kräften zu einem Regiment umzugliedern hatte. Hier seien ihm Menschen ohne christlichen Hintergrund und geprägt von fragwürdigen sozialistischen Werten und Normen begegnet. Diese damals schwierige Situation habe von ihm als militärischen Führer besondere Toleranz und ein Höchstmaß an Nachsicht gefordert, um diesen Menschen in ihrer schweren Lage gerecht zu werden. Aber noch heute verbanden ihn mit einigen dieser Menschen gute Beziehungen zum Teil auch Freundschaften.

Die zweite Herausforderung sei für ihn dann der Einsatz als Kommandeur des Logistikregiments KFOR im Jahr 2000 auf dem Balkan gewesen. Auch hier musste er mit dem ihm unterstellten Soldaten die Aufträge der multinationalen Brigade in Tetovo/Mazedonien und Prizren/Kosovo erfüllen. Dabei habe sich ihm beim Bestehen vieler Herausforderungen und den positiven Erfahrungen gezeigt, dass die richtige Auswahl der Menschen, die richtige Vermittlung der Sinnhaftigkeit des jeweiligen Auslandseinsatzes sowie eine zielgerichtete umfassende Ausbildung darauf unabdingbar seien. Als Ehemann und Vater von zwei erwachsenen Töchtern kenne er auch die Belastungen, die der Dienst als Soldat für Ehe und Familie bedeuten. Deshalb danke er ausdrücklich seiner anwesenden Frau für die gewährte Unterstützung sowie seinen Kindern für das aufgebrachte Verständnis für seine dienstlichen Belange und seine Arbeit für die Ehrenämter.

Während seiner gesamten Dienstzeit habe ihn persönlich das Spannungsfeld zwischen christlichen Normen und Töten und Getötet werden begleitet. Dabei stellten sich Fragen wie, kann ein Christ überhaupt Soldat sein, wann dürfen Soldaten töten, lässt sich der jeweili-

ge Einsatz mit unserem Eid und der christlichen Grundeinstellung verantworten. Alle diese Fragen könne man nicht im herkömmlichen Sinne mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Aber damit müsse sich jeder Soldat intensiv auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang habe ihn auch immer wieder in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit aber auch in seinen militärischen Dienststellungen die Frage bewegt, wie wir unseren Soldaten die christlichen Wertvorstellungen näher bringen könnten. Damit in unmittelbarer Verbindung stehe die Fragestellung „Ist die Tugend noch zu retten“ des großen Philosophen Josef Pieper aus dem letzten Jahrhundert. So weise dieser darauf hin, dass es im Bereich der Sprache einen Verschleiß der Worte gäbe, für den besonders Worte, die etwas ethisch Großartiges, etwas dem Menschen Aufgegebenes bezeichnen, anfällig seien. Mit diesen Gedanken verabschiedete sich Oberst Klein aus seiner aktiven Dienstzeit als Soldat bei der Bundeswehr.

Militärgeneralvikar Wakenhut sprach beim anschließenden Empfang in der Mehrzweckhalle besonders den persönlichen Einsatz von Oberst Klein in der Katholischen Militärseelsorge an: „37 Jahre Engagement in der Katholischen Militärseelsorge, zehn Jahre Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und in dieser Eigenschaft auch Mitglied des Zen-

tralkomitees der deutschen Katholiken (delegiert von der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Organisationen Deutschlands – AGKOD, d. Red.), das sind nüchterne Daten, die wenig über die Qualität ihrer Arbeit sagen“. Klein, die GKS, die Mitglieder der Mitarbeiterkreise und der Seelsorgebezirksräte hätten viel zu einer lebendigen Kirche beigetragen, unterstrich Wakenhut, „und tun es noch immer“. Dafür sei auch im Namen von Militärbischof Dr. Walter Mixa „ein lautes und deutliches „Vergelt's Gott“ gesagt. Wakenhut bezog in seinen Dank auch die Ehefrau von Klein mit ein, die als Soldatenfrau den Beruf und die ehrenamtlichen Tätigkeiten ihres Mannes mitgetragen und gefördert habe.

Der Vorsitzende der GKS im Bereich Baden-Württemberg, Oberstleutnant Christoph Auer, erklärte in seiner Ansprache, der 22. Februar 2005 bedeute auch für die GKS eine Zäsur, da nach dem Ausscheiden von Klein aus dem aktiven Dienst im Herbst auf der Bundeskonferenz der GKS ein Nachfolger gewählt werden müsse. Auer hob dann hervor, dass Klein bei der Auswahl des Personals für den Balkaneinsatz nicht technokratisch die Stellenbesetzungsliste aufgefüllt habe. Er habe sich vielmehr von der Aufgabenstellung, von den Charaktereigenschaften des

Fortsetzung auf Seite 84 u.

Dreifacher Händedruck nach der Kommandoübergabe über das LogRgt 57.

v.l.: Der neue Kommandeur Oberst Dipl.-Betrw. Reinhard Neubauer, Generalmajor Justus Gräbner, Befehlshaber im Wehrbereich IV - Süd, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, der mit dem 28.02.2005 in den Ruhestand versetzt wurde.



GKS-POLITIKERGESPRÄCH MIT MdB PETRA HEß, SPD:

## Bundeswehr im Jahr 2010 – das veränderte Einsatzspektrum und damit einhergehende Herausforderungen für die Innere Führung

VON HELMUT JERMER

**M**itte April 2005 wurde die Serie von Politikergesprächen, die von der GKS organisiert werden, fortgeführt. Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut, der Hausherr des Katholischen Militärbischofsamtes in Berlin, begrüßte das Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, MdB Petra Heß, die auch dem Unterausschuss zur Weiterentwicklung der Inneren Führung angehört. Die aus dem Vogtland stammende Abgeordnete kennt die Bundeswehr nicht nur von außen. In Wehrübungen hat sie 'Truppenluft bei der Marine geschnuppert' und hat sich inzwischen zum Kapitänleutnant d.R. hochgedient. Gerade auf ihrer letzten Übung hat sie erfahren können, welchen besonderen Belastungen eine Schiffsbesatzung ausgesetzt ist. In vielen Einzelgesprächen konnte sie die ganz persönlichen Sorgen und Nöte der Seeleute kennen lernen. Die Zuhörer konnten sich davon überzeugen, dass Frau Heß nicht nur mit der Theorie der Inneren Führung vertraut ist.

### Innere Führung als Markenzeichen der Bundeswehr

MdB Heß eröffnete ihren Vortrag mit dem Hinweis, dass die Bundeswehr auf ihre Rolle als Armee in der Demokratie stolz sein könne. Sie erinnerte implizit an die Himmeroder Denkschrift, nach deren Vorgaben die neu zu schaffenden Streitkräfte in den demokratischen Staat so eingefügt werden müssten, dass sie in den Rahmen seiner freiheitlichen demokratischen Grundordnung passen. Die deutschen Streitkräfte seien heute in die Gesellschaft integriert und akzeptiert. Die Innere Führung als prägende Unternehmenskultur habe dazu wesentlich beigetragen und der Bundeswehr eine unverwechselbare Prägung gegeben. Nach wie vor ginge es bei der Inneren Führung darum, das Menschenbild des Grundgesetzes auch für den Soldaten zur verbindlichen Richtschnur zu machen. Seine verfassungsmäßigen Rechte als Bürger dürften nur insoweit eingeschränkt werden, wie es die spezifischen Umstände für eine funktionierende Armee notwendig machten. Hinter dieser dynamischen Konzeption stehe nichts anderes, als das Streben nach Einklang zwischen dem Werte- und Normensystem des Grundgesetzes mit den Prinzipien von Führung, Ausbildung und Erziehung in den Streitkräften.

Ein zentraler Begriff der Inneren Führung sei der „Staatsbürger in Uniform“, der vom Bürger als freie

Persönlichkeit und wehrhaften Demokraten ausgehe, aus dem ein einsatzbereiter Soldat herangebildet werden solle. Der Bundeswehrsoldat stünde für den Schutz der Menschenrechte, weil er weiß, dass Menschenwürde ohne Freiheit undenkbar ist. Dieser Soldatentypus fordere einen verantwortungsbewussten, politisch gebildeten Staatsbürger, der begriffen hat, warum er dient und wofür er im Letzten steht. Innere Führung zielen darauf ab, die geistige und moralische Mündigkeit des Staatsbürgers auf die professionelle Ausführung des militärischen Auftrags zu lenken. Schließlich wolle sie die Spannungen, die aus den soldatischen Pflichten einerseits und den bürgerlichen Rechten andererseits entstehen, einsichtig halten und erträglich machen. Die vergangenen 50 Jahre belegten, dass es gelungen ist, hierarchisch strukturierte Streitkräfte, die auf das Prinzip von Befehl und Gehorsam angewiesen sind, in eine demokratisch konstituierte staatliche Ordnung, die ihren Bürgern ein hohes Maß an Freiheit gibt, zu integrieren.

### Neue Herausforderungen an die Innere Führung

Derzeit befinde sich die Bundeswehr im Umbruch. Der als Transformation bezeichnete Prozess von einer auf Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichteten Armee auf eine moderne, im Dienst des Völkerrechts stehende, auf Friedensmissionen im



Ausland auszurichtenden Truppe sei noch lange nicht abgeschlossen. Mit der Veränderung der geostrategischen Lage unseres Landes – vom einstigen Frontstaat im Kalten Krieg hin zu einer sicherheitspolitisch recht komfortablen Lage im Zentrum der Europäischen Union – verändere sich auch das Einsatzspektrum der Bundeswehr. Nicht nur die durch Block-Konfrontation geprägte Freund-Feind-Konstellation habe sich gewandelt, auch die Art und Weise, wie heute Konflikte ausgetragen und bewältigt werden. Die klassischen Konflikte waren gekennzeichnet durch erklärte Kriege zwischen Staaten als Völkerrechtssubjekte. Heute sähen wir uns von innerstaatlichen Konflikten herausgefordert, in der es zu genozidalen Auswüchsen kommen könne, wie der Balkankrieg zeige. Noch unberechenbarer ist der Terror, mit dem gesichtslose und fanatisierte Mörder die freien, offenen Gesellschaften des Westens bedrohen. Ihre feigen Anschläge sind eine moderne Form der Barbarei, gegen die das Völkerrecht ohnmächtig ist. Vor diesem Hintergrund stellten sich – im Unterschied zu früheren Zeiten – andere Anforderungen an den Soldaten, und erst recht an die militärischen Führer.

Außerdem sei die Bundeswehr dem Zwang ausgesetzt, den ihr zur Verfügung gestellten Haushalt noch effizienter zu nutzen. Ein mehr an Wirtschaftlichkeit orientiertes Denken müsse sich in der Bundeswehr



auf allen Ebenen durchsetzen. Als erfreuliches Beispiel nannte Frau Heß den Fuhrparkservice, dem viele mit Vorbehalten und Skepsis begegnet wären. Manche hätten gar die Einsatzbereitschaft gefährdet gesehen. Heute ließe sich feststellen, dass dieses Konzept gut funktioniere – sowohl in finanzieller als auch in materieller Hinsicht. Letzteres zeige sich in der modernen Fahrzeugflotte.

Neue Technologien berührten und veränderten die militärische Umwelt und wirkten sich auf die Lebensverhältnisse der Soldaten aus. Die Arbeitsteilung im Bündnis aber auch die zunehmende Kooperation und Integration mit Streitkräften anderer Nationen brächten es mit sich, dass sich Soldaten die Voraussetzungen erwerben müssten, in international gemischten Stäben zu dienen.

Innere Führung müsse den Soldaten einen „way of life“ anbieten, der es ihnen erleichtert, ohne Abstriche bei der Erfüllung ihres Auftrages zuzulassen, unter gewandelten institutionellen Rahmenbedingungen und persönlichen Bedürfnissen in der ‚Arbeitswelt Bundeswehr‘ bestehen zu können. Auch dies gehöre nicht zuletzt zur Transformation.

### Die Bundeswehr im Auslandseinsatz

Wer Truppen in ausländische Friedensmissionen schicke, müsse den Soldaten neue Orientierung geben und die Ausbildung entsprechend ergänzen. In fremder Umgebung herrschten in aller Regel andere politische, kulturelle und soziale Bedingungen, die der Soldat nicht kenne und mit denen er nicht vertraut sei. Dazu käme die psychische und physische Belastung durch die Trennung von Familie und sozialem Umfeld. MdB Heß begrüßt die Reduzierung der Einsatzdauer von sechs auf vier Monate, die derzeit umgesetzt würde, ausdrücklich; es sei ihr aber auch klar, dass ein Teil unserer Soldaten, insbesondere Spezialisten, deswegen noch häufiger zu Auslandseinsätzen kommandiert werden müssten.

Soldaten würden bei solchen Einsätzen mitunter extremen Erlebnissen ausgesetzt: Arbeiten unter Beschuss, Bergen und Versorgen Verwundeter und Toter, was sowohl zu Stress und Hektik, zu Apathie und

Lethargie, aber auch zu unkontrollierbaren Gefühlsregungen wie Angst, Trauer und Verzweiflung, Wut und Hass führen kann und was die Soldaten verarbeiten und verkraften müssen. Der moderne Soldat würde – anders als der mit dem Heimatschutz beauftragte – mit Krieg und Terror, mit Not und Elend konfrontiert und müsse darauf vorbereitet werden. Das Anforderungsprofil hätte sich also erweitert – die Bandbreite reiche vom Kämpfer über den Schutzmann bis zum Diplomaten.

### Die Unruhen im Kosovo im März 2004

In welchem Maße unsere Soldaten bereits über solche Qualifikationen verfügen, hätte sich bei den Kosovo-Unruhen vor einem Jahr gezeigt. Für Frau Heß sei klar, dass die Truppe vor Ort richtig gehandelt hätten. – Fehler seien an den Stellen gemacht worden, die für die Erstellung eines aktuellen und realistischen Lagebilds zuständig gewesen seien und rechtzeitig Informationen zur Vorsorge hätten liefern müssen. – Sie hielte auch heute noch die Entscheidung des jungen Zugführers für richtig, die kritische Lage zu deeskalieren und nicht von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, sondern in erster Linie die Bewohner des Gebäudes zu schützen und diese in Sicherheit zu bringen. Die bei diesen Unruhen gemachten Erfahrungen seien ausgewertet und inzwischen für die Ausbildung umgesetzt worden. Ab dem 8. Kontingent wären die Regeln für den Einsatz entsprechend geändert worden, so dass mehr Verhaltenssicherheit herrsche.

Nicht nur im Zusammenhang mit KFOR sei die Frage nach der Legitimität des Einsatzes von besonderer Bedeutung für die Soldaten. Sie stelle sich ungeachtet der grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Klärung für jeden Einsatz neu. Die Soldaten wollen ihren Einsatz, der ja äußers-tenfalls ihr Leben kosten kann, von einer breiten demokratischen Mehrheit getragen wissen. Der politische Auftrag und die daraus abgeleiteten militärischen Aufgaben müssten gerade von denen, die sie auszuführen hätten, als politisch notwendig, ethisch gerechtfertigt und militärisch sinnvoll beurteilt werden. Nach einer Phase der Umorientierung ist das er-

weiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr angenommen worden; die Soldaten haben es weitgehend verinnerlicht. Dank ihrer bisher gezeigten Leistungen sei nicht nur das Selbstwertgefühl der Soldaten gestiegen sondern auch ihr Ansehen in der Bevölkerung. Die Innere Führung habe sich auch und gerade unter den neuen Bedingungen gut bewährt.

### Soldat und Familie

Auslandseinsätze bedeuteten für die Angehörigen der Soldaten immer eine hohe Belastung. Für etliche Soldaten habe sich das Verhältnis von Beruf und Familie zuungunsten der Familie verschoben; der Soldat müsse diese Spannung innerlich kompensieren, was ihn mitunter stark belastete und seine dem Dienst geschuldete Leistungsfähigkeit aber auch seine auf die Familie bezogene Befindlichkeit mehr oder weniger beeinträchtigte.

Der Dienstherr, aber auch die Führung der Bundeswehr müssten darauf achten, dass die Balance zwischen soldatischen Pflichten und familiären Bindungen verträglich blieben. Denn der Soldat beziehe seine Motivation im Wesentlichen aus dem Verständnis, das ihm sein familiäres und soziales Umfeld entgegenbrächte. Deshalb sei es notwendig, entsprechende Maßnahmen für die Soldaten und deren Familien zu treffen. In diesem Zusammenhang seien beispielsweise die gesetzlich geregelte Versorgung bei Unfällen im Einsatz, der Ausbau der Familienbetreuungseinrichtungen sowie die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten hervorzuheben.

### Innere Führung und Transformation

Die Transformation der Bundeswehr sei keine bloße Fortsetzung der bisher erfolgten Reformen, sondern bis auf Weiteres – ein Prozess mit „open end“. Sie greife grundsätzlich und holte weiter aus, indem sie – nach 50 Jahren – auf der Grundlage von Altem und Bewährtem etwas Neues schaffe. Auf den Punkt gebracht ginge es darum, die Streitkräfte – trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme und der sich daraus ergebenden Sparzwänge – in absehbarer Zeit auf die tatsächlichen Aufgaben hin zu optimieren.

Auf die aus den erweiterten Aufgaben resultierenden Herausforderungen hätten sich alle Soldaten einzustellen. Nur gut ausgebildetes, informiertes und motiviertes Personal sei in der Lage, die von der politischen Leitung vorgegebene, von der militärischen Führung durchzusetzende und von Truppe und Wehrverwaltung zu verwirklichende Transformation zu fördern. Dazu müssten die politisch Verantwortlichen Einsichten erzeugen und Vertrauen schaffen. Nur wenn auch die Vorgesetzten von der Notwendigkeit der Reformen überzeugt sind, können sie „ihre Soldaten mitnehmen“, indem sie ihnen die Sinnhaftigkeit bestimmter Maßnahmen erklären und die Neuerungen in die Inhalte der Politischen Bildung aufnehmen und anpassen. Die Soldaten erwarteten im Gegenzug aber auch eine den zugemuteten Belastungen entsprechend angemessene Betreuung und Fürsorge sowie bessere Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren und – last but not least – eine verantwortungsvolle, vertrauenswürdige und transparente Personalführung.

### Die Bundeswehr ist auf einem guten Weg

Sie stünde erst am Anfang eines auf Dauer angelegten Prozesses, der dank Innerer Führung einvernehmlich und konstruktiv zum Erfolg geführt werden könne. Zu diesem Prozess gebe es keine vernünftige Alternative; er sei nicht nur von der Sache her notwendig, sondern auch Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft und den dem Gemeinwohl dienenden Menschen in den Streitkräften. Nicht zuletzt biete er eine große Chance zur Einführung innovativer Lösungen im Zuge der Neugestaltung.

MdB Heß stellte fest: die Innere Führung habe sich sowohl im Truppenalltag wie auch bei besonderen Herausforderungen bewährt. Sie habe mit ihrer Führungsphilosophie ein soldatisches Selbstverständnis geformt, das den ‚Bürger in Uniform‘ in einer ‚Armee in der Demokratie‘ als Zielbild widerspiegelt. Das damit verbundene Denk-Handeln zu fördern ist ein erzieherischer Dauerauftrag für Vorgesetzte zum Nutzen aller Soldaten. Alle Bürger, die Regierung

des Landes, die Führung der Bundeswehr, die ganze Gesellschaft sollte sich um die Belange der Bundeswehr kümmern.

Am Ende Ihres Vortrags zitierte Frau Heß die markante Passage aus den Dokumenten des zweiten Vatikanischen Konzils (Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute ‚Gaudium et Spes‘, Nr. 79, letzter Absatz): „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Diesem Satz könne die Abgeordnete nur zustimmen. (Darüber haben sich die GKS-Mitglieder besonders gefreut, denn diese beiden Sätze hat sich der Soldatenverband ‚auf die Fahne geschrieben‘.)

### Eine lebhafte Diskussion ...

... haben die Ausführungen von Frau Heß ausgelöst. Beim ersten Beitrag ging es um die Frage nach einer wirklich angemessenen Wehrform für die Bundesrepublik. Die derzeitige Planung sehe eine relativ geringe Zahl von Wehrpflichtigen vor, so dass zwangsläufig die Dienstgerechtigkeit zum Problem wird. Man könne von der de-facto-Zufalls-Wehrpflicht wieder zu einer allgemeinen zurückkehren, wenn jeder taugliche junge Mann (oder auch Frau?) für den Heimatschutz ausgebildet und herangezogen würde. Aus diesem „Pool“ könnten dann auch (genügend) Längerdienster für Friedensmissionen im Ausland gewonnen werden. Hier stellte sich Frau Heß hinter die Position des BMVg. Ihr seien die Schwierigkeiten durchaus bekannt, dass die Schließung von über 100 Standorten „weiße Flächen“ entstehen ließe, was zu mehr Verfremdung zwischen Bürger und Soldaten führe und dadurch die gewünschte Integration konterkarieren.

Auf die Frage, an welchen Prinzipien der Inneren Führung unbedingt festgehalten werden solle, wenn es zu noch mehr Einbindung in internationale Stäbe und Truppen käme, machte Frau Heß deutlich, dass die Innere Führung ihrem Wesen nach nicht zur Disposition stünde.

Mehrere Stimmen verlangten mehr Klarheit und Eindeutigkeit, wenn es um die politische, ethische

und rechtliche Begründung der Auslandseinsätze geht. (Balkan, Irak etc.) Andere stellten die Frage nach dem „Wohin“ Kosovo, nach dem „endstate“ und brachten ihre Sorge zum Ausdruck, dass Soldaten nicht „auf ewig Zeit schinden“ wollten, bis die politisch Verantwortlichen – endlich – zu einer friedlichen und dauerhaften Lösung fänden. – Es wurde mehr Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit auf Seiten des „Auftraggebers“ gefordert (Kundus) Es sei nicht immer nachzuvollziehen, warum sich die Bundeswehr beispielsweise nicht im Irak und auch nicht – seinerzeit – in Ruanda, jetzt aber im Sudan engagieren soll. Welche Kriterien – politische, ethische, rechtliche – lägen solchen Entscheidungen zugrunde?

Einige fragten nach dem Stellenwert der Familienbetreuung und Soldatenfürsorge, nach der (persönlichen) Ausstattung der Familienbetreuungs-Einrichtungen aber auch danach, was seitens des Dienstherrn im Hinblick auf die Belastung der Soldaten durch einsatzbedingte Trennungszeiten getan würde. Frau Heß meinte dazu, dass es vor allem auf die soziale Kompetenz der dort eingesetzten Betreuungssoldaten, weniger auf deren Dienstgrad ankäme.

Die anwesenden Soldaten stellten klar, dass sie den Verpflichtungen zum wirtschaftlichen Denken und Handeln gerne nachkämen, jedoch würden sie auch gerne die „Effizienz-Gewinne“ für ihren je eigenen Auftrag „verbuchen“ wollen. Dies sei jedoch noch nicht sichergestellt. Vielmehr würde sich die Schere zwischen Auftrag und Mittel (schrumpfender bzw. gedeckelter Verteidigungshaushalt) immer weiter öffnen. Dieses Problem gäbe es bekanntlich schon länger; man könne allerdings nicht erkennen, dass es einer überzeugenden und glaubwürdigen Lösung zugeführt würde.

Die Antwort auf die Frage nach dem Stellenwert der Militärseelsorge interessierte natürlich alle Anwesenden. Denkt man beispielsweise an eine Erhöhung der Zahl der Militärseelsorger, wenn künftig noch mehr Einsätze befohlen werden? Die Sorge, dass durch die Abstellung von Militärggeistlichen an den Heimatstandorten längere Vakanzen entstünden, wurde der Abgeordneten mit auf den Weg gegeben. □

RUNDBRIEF DES BUNDESVORSITZENDEN DER GKS VOM 12. MAI 2005:

## Zur Jahresarbeit der GKS

**I**m Rundbrief 01/2005 wendet sich der Bundesvorsitzende, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, an die Mitglieder des Bundesvorstandes, die Vorsitzenden der GKS-Kreise und die Ansprechpartner der GKS. Er übersendet ihnen Materialien zum Jahresthema sowie Werbematerial zum 10. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“ und informiert über die Aktivitäten, mit denen die GKS den Status eines eingetragenen Vereins erhalten hat. Im Einzelnen schreibt der Bundesvorsitzende:

### 1. Jahresthema

Das Jahresthema 2004 lautet: „KIRCHE UNTER SOLDATEN – MILITÄRSELSORGE ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN.“ Die thematische Arbeit zu diesem Thema bezieht sich auf zwei Jubiläen: Vor 40 Jahren endete das II. Vatikanische Konzil, vor 30 Jahren die Würzburger Synode. Ziel der inhaltlichen Arbeit ist es, uns die Ergebnisse des Konzils und der Synode in Erinnerung zu rufen. Defizite bei der Umsetzung derer Beschlüsse, aber auch weiterführende Anstöße sollen herausgearbeitet werden. Dabei sollen die geänderte Lage der Kirche und besonders die Situation in Deutschland im Auge behalten werden.

Die GKS stellt bei der Arbeit an diesem Jahresthema die Verbandsarbeit in den Mittelpunkt. Während unserer Bundeskonferenz im September werden wir dazu einen Vortrag hören, in dem vor allem die Umsetzung der Konzilsbeschlüsse in den deutschen katholischen Verbänden dargestellt wird. Es ist mir gelungen, Herrn Prof. Dr. Hans Maier aus München für diesen Vortrag zu gewinnen. Prof. Maier war Professor für politische Wissenschaften und später für christliche Weltanschauung an der Universität München. Er ist ZdK-Mitglied und hat das Konzil und die Würzburger Synode miterlebt. Wie nur wenige andere kann er die Entwicklung der Verbände aus eigenem Erleben beschreiben.

Unser Geistlicher Beirat Militärdokan Kestel hat einführende Materialien zu unserem Jahresthema erarbeitet (*Anlage zum Rundbrief; s.a. S. 32 ff. in diesem AUFTRAG*). Er zeigt die wesentlichen Entwicklungen auf, die sich aus dem 2. Vatikanischen Konzil ergeben und ordnet das Engagement der Laien in der Kirche („Dekret über das Laienapostolat“)

in das Gesamtbild der Konzilergebnisse ein.

Wie in jedem Jahr wollen wir dieses Thema zum Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit während unserer Bundeskonferenz machen. Bitte nutzen Sie daher diese Unterlagen, um sich gemeinsam mit den anderen GKS-Mitgliedern auf die Bearbeitung des Jahresthemas vorzubereiten. Zugleich sollen Ihnen die Materialien zum Jahresthema Anregungen für die weitere Arbeit in den Kreisen bieten.

### 2. Gründung des GKS e.V.

Nach langjährigen vergeblichem Bemühungen ist es uns jetzt gelungen, den ersten Schritt zur Gründung eines GKS e.V. zu tun.

Die Bundeskonferenz hatte im letzten Jahr den Auftrag dazu erteilt, einen relativ kleinen Verein aus Mitgliedern des Bundesvorstandes und der „GKS-Basis“ zu gründen. Ziel war es, wie ich in meinem Rundbrief 03/2004 vom 15.12.2004 geschrieben habe, „schon jetzt die Weichen für eine Zeit zu stellen, in der wir stärker als bisher auf Spenden und Beiträge angewiesen sein werden. Dies führt zu der Notwendigkeit, die Gemeinnützigkeit für unseren Verband anzustreben, um solche Spenden steuerlich geltend machen zu können.“

Am 14. April 2005 fand nun in Berlin die Gründungsversammlung statt. Zum Vorstand wurden der GKS-Bundesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter gewählt. Beisitzer wurden MD Kestel und OTL Stolz.

Die Eintragung in das Vereinsregister wurde bereits am folgenden Tag beantragt. Sobald dies abgeschlossen sein wird, können wir beim zuständigen Finanzamt die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragen.



Die erste Mitgliederversammlung wird am 19. Juni 2005 in Tauberbischofsheim stattfinden.

Die Satzung des Vereins liegt den Vorsitzenden der Bereiche vor.

### 3. GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“

Vom 7. bis 11. November 2005 wird in Fulda wiederum ein Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn für Offiziere und Unteroffiziere stattfinden. Es wird unter dem Thema stehen: „EUROPÄISCHE EINHEIT – CHANCEN FÜR EINE NEUE FRIEDENSPOLITIK“.

Das Seminar befasst sich u.a. mit den Fragen:

- Ist die Europäische Union mehr als eine Wirtschafts- und Währungsunion?
- Können der europäische Verfassungsvertrag und die EU als ein Modell für Sicherheit in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in anderen Weltregionen gelten?
- Ist Europa darauf vorbereitet, wenn es als globaler Akteur gefordert wird?
- Sind die Streitkräfte in der Lage, im Auftrag der Vereinten Nationen und der OSZE Friedensmissionen auch außerhalb Europas durchzuführen?
- Wie werden Führer und Soldaten darauf mental und durch qualifizierte Ausbildung vorbereitet?

Bedeutende Referenten der Akademie im Jahre 2005 sind Generalmajor Wolfgang Korte (Amtschef Heeresamt), Dr. Sven Gareis (Sozialwissenschaftliches Institut der Bun-



deswehr), Brigadegeneral Gerhard Kemmler (LtrArbBereich MilPol an der EU-Botschaft in Brüssel), Kapitän z.S. a.D. Frank Kupferschmidt (Stiftung Wissenschaft und Politik), Dipl.Kfm Janis A. Emmanouilidis (Centrum für angewandte Politik).

Schirmherr der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn ist Generalleutnant Lather. Er wird diese Aufgabe während des Seminars an Generalmajor Korte übergeben.

Diesem Schreiben liegen Faltblätter und Plakate bei, mit denen

Sie für diese wichtige Akademie werben können und sollen. Die Standortpfarrer haben diese Materialien bereits vor Pfingsten erhalten und verteilt. Die jetzt anlaufende Werbung durch die GKS-Kreise und -Bezirke soll diesen ersten Schritt vertiefen und erweitern.

Bitte denken Sie daran, dass die Akademie Oberst Helmut Korn ein wichtiges Aushängeschild für die GKS ist. Die hochrangigen Vortragenden und das attraktive Begleitprogramm, aber auch die Tatsache,

dass sich der Schirmherr der Akademie, Herr Generalleutnant Lather, für das Seminar einsetzt, sollten Ihnen die Werbung dafür leicht machen. Nach Möglichkeit sollte jeder Standort vertreten sein.

Mit herzlichen Grüßen



Karl-Jürgen Klein  
Oberst a.D.

Bundesvorsitzender der GKS

## Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS

VON KLAUS ACHMANN

### Exekutivausschuss der GKS

Das Jahr 2005 begann – wie jedes Jahr – mit dem Jahresempfang des Militärgeneralvikars für den Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV) und den Exekutivausschuss der GKS (EA) in Berlin am 21. Jan. 2005. Wie üblich wurde dieser Anlass am 22. Jan. 2005 für eine gemeinsame Sitzung der beiden Gremien und für eine erste Arbeitssitzung des EA genutzt.

In der **gemeinsamen Sitzung des Vorstandes ZV und des EA**

unterrichtete der Militärgeneralvikar über aktuelle Fragen der Militärseelsorge. Er zeigte die Folgen der Transformation der Bundeswehr für die Militärseelsorge auf. Für ihn sei es besonders wichtig, den Lebenskundlichen Unterricht für die Grundwehrdienstleistenden, im Einsatz und bei Laufbahnlehrgängen sicher zu stellen.

Sorge bereite ihm das immer geringer werdende Glaubenswissen der katholischen Soldaten.

In der Struktur der Militärseelsorge seien bis 2010 fünf Dienstaufsichtsbezirke sicher.

Im Einsatz bringe die Umstellung auf eine Dauer von jeweils vier Monaten erhebliche Probleme für die Einplanung der Militärseelsorger mit sich.

Für die **Woche der Begegnung** (09.-17.09.2006 in Hamminckeln) wurde in der gemeinsamen Sitzung festgelegt, das Thema „Kirche unter Soldaten – Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“ zu behandeln. Dabei sollen in der Zentralen Versammlung (ZV) das 2. Vatikanische Konzil und die Würzburger Synode im Mittelpunkt stehen.

Der Exekutivausschuss konkretisierte diese thematische Vorgabe für die GKS-Bundeskonferenz. Danach soll sich die thematische Arbeit der GKS in diesem Jahr mit Schwerpunkt bei der Bundeskonferenz auf das 40-jährige Jubiläum der Beendigung des Konzils beziehen. Ziel der inhaltlichen Arbeit soll eine Vergewisserung über die Ergebnisse des Konzils sein. Die GKS stellt dabei die Verbandsarbeit in den Mittelpunkt. Ergebnisse dieser Arbeit sollen eine bessere Kenntnis des Konzils und seiner Impulse sowie eine Stärkung des Laienapostolats und der Arbeit der GKS, aber auch eine Festigung der religiösen Bildung sein.

Die Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“ wurden beauftragt, gemeinsam

### Fortsetzung von Seite 79

Einzelnen sowie der Bewertung des familiären und sozialen Umfeldes der vorgesehenen Soldaten bei der Stellenbesetzung leiten lassen. Was sich im Nachhinein als absolut richtig herausgestellt habe. Ebenso gediegen sei die vorbereitende Ausbildung gewesen, wobei neben der militärischen auch ethisch religiöse Aspekte aus der moralischen Verpflichtung des christlichen Abendlandes heraus einbezogen waren. Auch die Selbstreflexion des Soldaten mit seinem Beruf – der hohen Verantwortung beim Einsatz von Militär und letztlich Waffengewalt – kam in einer für die Untergebenen fordernden Art nicht zu kurz. Dem diene auch die Einsatzvorbereitung im Benediktinerkloster Münsterschwarzach mit Bischof Dr. Paul-Werner Scheele und Pater Anselm Grün auf dem

Dienstplan. Aber auch die Einsatznachbereitung erfolgte konsequenterweise hier.

„Die hohen Belastungen des Einsatzes stand ihre Mannschaft dank dieser hervorragenden Vor- und Nachbereitung besser durch als manch anderes Kontingent, das ich bei meinen mehrfachen Auslandseinsätzen erlebt habe“, unterstrich Oberstleutnant Auer. In Oberst Klein verliere die Bundeswehr einen überzeugten und engagierten Christen, der es hervorragend verstanden habe, das Bild des Soldaten als wertgebundenen Staatsbürger in und außerhalb der Bundeswehr mitzuprägen. Auer schloss seine Ansprache mit den Worten: „Seien Sie aber versichert, dass Sie eine Saat ausgebracht haben, die Früchte trägt: Sie werden vielen Soldaten ein leuchtendes Vorbild bleiben.“ (bt)

das Thema „50 Jahre Militärseelsorge – Die Ethik katholischer Soldaten im Spannungsfeld gewandelter Aufträge“ zu bearbeiten. Ziel ist der Entwurf einer Erklärung der GKS bis zum Jahresende. Daneben soll der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ die Problematik des Luftsicherheitsgesetzes in einer Artikelserie im AUFTRAG „Ethische Grenzsituationen für Soldaten“ aufarbeiten (s.S. 25-29).

Der EA beschloss einstimmig die Bewerbung der GKS um die Präsidenschaft im Apostolat Militaire International.

Bei dieser ersten EA-Sitzung des Jahres stellte der Bundesvorsitzende der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein vom Förderkreis der GKS beschaffte Werbeträger für die Imagepflege der GKS nach innen und außen vor. Dies sind: die neue GKS-Fahne, Tischwimpel, eine GKS-Uhr und eine Kerze mit GKS-Logo. GKS-Uhr und Kerze können sowohl von den GKS-Mitgliedern käuflich erworben werden als auch zu besonderen Gelegenheiten als Gastgeschenk oder zum Dank für besondere Leistungen überreicht werden.

Die GKS-Fahnen erhalten noch eine besondere Fahnnenspitze. Bei der nächsten Bundeskonferenz in Hamminkeln sollen sie gesegnet und dann den Bereichen übergeben werden.

Eine weitere Sitzung des Exekutivsausschusses fand am 22. Februar 2005 in Dornstadt statt. Diese Arbeitssitzung diente vor allem der Vorbereitung des für den März geplanten Vorstandsgesprächs mit pax christi und der Beschlussfassung über die notwendigen Schritte zur Erarbeitung einer GKS-Position zu dem Erklärungsentwurf der ZV „Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten.“ Diese Erklärung soll während der Woche der Begegnung verabschiedet werden.

Die anwesenden Mitglieder des EA nahmen am folgenden Tag an der feierlichen Verabschiedung von Oberst Klein aus dem aktiven Dienst teil.

### Gespräch mit pax christi und dem BDKJ

Das Vorstandsgespräch mit pax christi und einem Vertreter des BDKJ am 18. März 2005 in Bonn setzte die Reihe dieser regelmäßig stattfindenden Gespräche fort. Im Mittelpunkt stand diesmal ein von pax christi mitverantwortetes Dokument mit der Bezeichnung „Friedenspolitische Richtlinien“, das von unserer Seite kritisch kommentiert wurde.

Vor allem aber wurde beschlossen, im Juni 2006 ein weiteres gemeinsames Seminar durchzuführen. Dabei soll die einsatzvorbereitende Ausbildung von Bundeswehr, Polizei und zivilen Hilfsorganisationen im Mittelpunkt stehen. Wie beim letzten Seminar wird eine enge Zusammenarbeit mit der Deutschen Kommission Justitia et Pax angestrebt.

### Gründung des GKS e.V.

Am 14. April 2005 leitete OTL Stolz, der Vorsitzenden unseres Sachausschusses „Innere Führung“, ein weiteres **Politikergespräch**, diesmal mit MdB Petra Heß zum Thema „Bundeswehr 2010 – Das veränderte Einsatzspektrum, Herausforderungen an die Innere Führung.“

Wir nutzten die Anwesenheit einer größeren Zahl von Mitgliedern des GKS-Bundesvorstandes, um am gleichen Tag die **Gründungsver-sammlung für den GKS e.V.** durchzuführen. Zum Vorsitzenden wurde Oberst a.D. Klein gewählt. Schon am nächsten Tag erfolgte die notarielle Beglaubigung der Unterschriften des gewählten Vorstandes auf dem Antrag an das zuständige Registergericht, den Verein in das Vereinsregister einzutragen. Die erste Mitgliederversammlung wird am 19. Juni 2005 in Tauberbischofsheim stattfinden.

### Ausblick

In diesen Tagen läuft die heiße Phase der Werbung für die **Akademie Oberst Helmut Korn** (7. bis 11. Nov. 2005 in Fulda) an. Alle Standortpfarrer wurden bereits mit

Faltblättern und Plakaten versorgt. Die GKS-Kreise und -Bereiche werden diese Materialien unmittelbar nach Pfingsten erhalten. Der Schirmherr der Akademie, Generalleutnant Lather, wird sich ebenso für die Akademie einsetzen wie unser Geistlicher Beirat, Militärdekan Kestel. Der Fü S wird die Kommandeure und Dienststellenleiter über die Veranstaltung unterrichten.

Da diese Akademie nicht nur für GKS-Mitglieder sondern für alle Offiziere und Unteroffiziere gedacht ist, muss es ein gemeinsames Anliegen aller Angehörigen unseres Verbandes sein, dafür intensiv zu werben.

Beim **30. Evangelischen Kirchentag** in Hannover (25.-29.05.2005) waren wir als Gast der Corneliusvereinigung an deren Stand mit einer kleinen Gruppe aus dem GKS-Bereich Niedersachsen-Bremen vertreten.

Im Juni folgten dann ein weiteres **Seminar 3. Lebensphase** in Cloppenburg (08.-12.06.2005) und die **Sitzung des Bundesvorstandes** in Tauberbischofsheim (17.06.-19.06.2005). □



Der Bundesvorsitzende Karl-Jürgen Klein (r.) übergibt dem Bundesgeschäftsführer Klaus Achmann (l.) für seine umfangreiche Arbeit ein neues vom FGKS finanziertes Notebook. Es soll vor allem den beweglichen Einsatz erleichtern und vom Büro in Berlin unabhängiger machen. (Foto: H. Berners)

## DRITTE LEBENSPHASE:

## 29. GKS-Seminar für künftige Soldaten a.D.

Wie schaffe ich für mich und meine Familie ein sinnerfülltes Leben im Ruhestand? – Diese Frage sowie Erwartungen und Befürchtungen für die Zeit nach dem Arbeitsleben erörterten 16 Soldaten und ihre Ehepartnerinnen beim 29. GKS-Seminar „Qualität der 3. Lebensphase“ vom 20. bis 24. April 2005 im Pirckheimer-Haus, Akademie der Erzdiozese Bamberg, in Nürnberg.

tiven aus medizinischer Sicht“ sprach Geriatrie-Oberarzt Dr. Jens Troeger. Das aktuelle Versorgungs-, Versicherungs- und Sozialrecht erläuterte Regierungsamtmann Thomas Hörmann.

Zwischen „Morgenlob“ und Eucharistiefeier platzierte Jesuiten-Pater Johannes Jeram seine Bibeltexte. Mittelpunkt dieses Seminars waren Gleichnisse Jesu aus dem

Matthäus-Evangelium, nämlich das Gleichnis vom Sämann und das Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen. Es ging um Spiritualität im Alter, Leben über den Tod hinaus, Orientierung suchen aus dem Glauben.

Großes Interesse fanden Militärpfarrer Bier mit seinen Ausführungen zur Lage der Militärseelsorge im Transformationsprozess der Bundeswehr und der Stellvertretende Bundesvorsitzende der GKS, Oberstabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, der über neue Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten als Laienorganisation in der Katholischen Militärseelsorge sprach.

Das Pirckheimer-Haus steht auf alten Fundamenten des Klara-Klosters, das durch seine Äbtissin in der Reformationszeit, Caritas Pirckheimer, weit über Nürnberg hinaus berühmt wurde. Die heute im Dienst der Katholischen City-Seelsorge stehende „Offene Kirche St. Klara“ hat mit ihrem Angebot, dezenter aber deutlich christlicher Spiritualität das Rahmenprogramm des Seminars bereichert.

(FKdR Karl-Heinz Woitzik)



Nach Auffassung von Akademie-Direktor Professor Dr. Heimo Ertl lässt sich heute nicht mehr von dem Beginn des Lebensabends sprechen, wenn jemand in Rente oder in Pension geht. Es beginne eine neue, andere Lebensphase, die nicht schlechter sein muss als die vergangene Lebenszeit. Die Phase habe Zukunft und Chancen in dem Maße, wie wir Impulse geben, Ideen haben, Zuversicht entwickeln. Das gelte nicht nur für die Lebenserfüllung, sondern auch für das Lösen von Problemen, also für Freud und Leid. Wer am Ende seiner Dienstzeit stehe, finde sich am Beginn vieler Möglichkeiten wieder. Ertl: „aufbauend auf Lebenserfahrung und Lebensweisheit lässt sich viel neue Zukunft individuell gestalten“.

Über „Altern als Schicksal und Chance – Erfahrungen und Perspek-

## BEREICH NIEDERSACHSEN/BREMEN:

## Ein „Frauenwochenende“ der GKS in ROM

Sonntag, den 06.02.2005 auf der Autobahn A1 von Bremen nach Münster. Zwei Freundinnen und ich biegen freudig nervös zum Treffpunkt auf den Autobahnrastplatz „Tecklenburger Land“ ein, um uns dort mit weiteren mitreisenden Frauen zu treffen, die allesamt eins gemeinsam haben: Unsere Männer sind oder waren Soldaten bei der Bundeswehr und darüber hinaus aktiv in der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) tätig. Seit zehn Jahren findet einmal jährlich ein Frauenwochenende der GKS im Bereich Niedersachsen/Bremen statt.

Zum diesjährigen Jubiläum wurde ein Jahr lang ein besonderes Treffen geplant. Ab dem Rastplatz fuhren

wir gemeinsam zum Flughafen Münster-Osnabrück, von wo aus wir in knapp zwei Stunden direkt nach Rom flogen. Unser einziger männlicher Begleiter war „Der Katholische Leitende Militärdekan Hannover“, Monsignore Heinz-Peter Miebach, der uns die fünf Tage sach- und fachkundig durch Rom führte. In Rom erwarteten uns, aufgrund der guten Vorbereitung durch Elisabeth Lang, Großraumtaxi zur Fahrt ins Hotel „Casa Tra Noi“.

Da wir viel von Rom sehen wollten, zogen wir bereits am nächsten Morgen unmittelbar nach einer kurzen Andacht im Hotel los. Zunächst erkundeten wir das „Alte Rom“, indem wir die Piazza Navona mit der



Die Gruppe der GKS-Frauen vor einem der Römischen Brunnen auf dem Petersplatz

St. Agnese in der Agone-Kirche, den Neptun-Brunnen und das Pantheon besuchten. Nach einer kurzen Zwischenmahlzeit ging es weiter mit der Kirche St. Ignazio, bevor wir, vorbei an der Spanischen Treppe und dem Trevi-Brunnen, zur Ordenskirche der Jesuiten kamen. Erschöpft von langen Fußwegen fuhren wir mit dem Bus zurück zum Hotel, wo wir den Rosenmontag mit einer vergnüglichen Runde ausklingen ließen.

Am zweiten Tag brachte uns ein Bus zur Piazza Venezia, von da aus ging unser Fußweg zum Nationaldenkmal, zum Senatorenpalast, zu den Ausgrabungsstätten des Forum Romanum und dem sich anschließenden Colosseum. Am Nachmittag folgten dann zwei weitere Kirchen und der Bischofssitz von Rom.

Der Mittwoch war bestimmt vom Besuch im Vatikan, wo die Deutsche Kirche mit eigenem Friedhof und vor allem natürlich der Petersdom zu beeindruckend wussten. Dort hatten wir auch die Gelegenheit ein Aschenkreuz zu erhalten, da ja schließlich



den Mosaiken der Basilika St. Paul vor den Mauern. Den Rest des Nachmittags verbrachten wir in kleinen Gruppen nach eigenem Ermessen, wobei einige von uns das Glück hatten, den aus dem Krankenhaus heimkehrenden Papst in seinem Papamobil aus der Nähe zu erblicken. Am Abreisetag hatte jeder Zeit zur freien Verfügung, was die meisten zum Bummel durch die Stadt nutzten.

Als hätte es jemand mit uns besonders gut gemeint, hatten wir während der ganzen Tour einen strahlend blauen Himmel, was die tollen Bauwerke besonders beeindruckend erscheinen ließ. Seine Füße über jahrtausend alte Wege zu setzen und die Bauwerkskunst in ihrer bildhauerischen Schönheit der Antike bewundert zu haben, wird uns allen eine lebenslang bleibende Erinnerung sein. □

## GKS beim Evangelischen Kirchentag

Wie schon in früheren Jahren war die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) als Gast der Evangelischen Militärseelsorge und der Cornelius Vereinigung (CoV) beim 30. Evangelischen Kirchentag vertreten.

Aus dem GKS-Bereich Niedersachsen/Bremen nahmen der Bereichsvorsitzende Hauptmann Michael Grundmann, sein Stellvertreter Oberstabsfeldwebel a.D. Hans Jürgen Lang und der Geschäftsführer des Bereichs Hauptmann a.D. Lothar Fischer am Abend der Begegnung teil. Auf dem Stand der evangelischen Militärseelsorge repräsentierten sie die Arbeit der Laien in der kath. Militärseelsorge. Sie setzten

damit eine Tradition fort, deren bisherige Höhepunkte der gemeinsame Auftritt der GKS und der CoV ev. Soldaten der Bundeswehr beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin und die Anwesenheit unserer eva. Freunde als Gäste beim Katholikentag in Ulm waren.

Die GKS-Vertreter in Hannover berichteten von lebhaftem Interesse der Besucher. Bücher und Faltblätter, mit denen über die Arbeit der GKS informiert wurde, fanden reißenden Absatz. In zahlreichen Gesprächen konnte über das Selbstverständnis katholischer Soldaten und über ihre Sicht der Vereinbarkeit von Beruf und Glaube gesprochen werden. (Klaus Achmann)

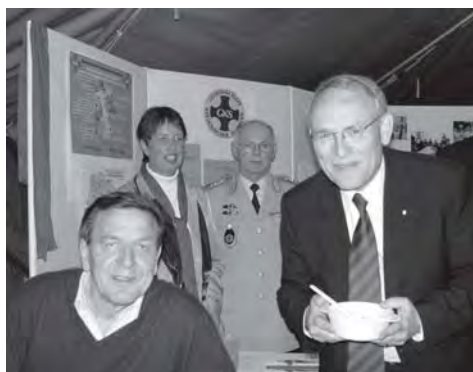


Foto o.: Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Stand der CoV, v.l.n.r. Bundeskanzler Gerhard Schröder, Frau Lang, OStFw d.R. Lang, Evangel. Militärbischof Peter Krug.

Foto u.: Standpersonal der katholischen Militärseelsorge auf dem mit der CoV gemeinsam betriebenen Stand auf dem EvKiTag in Hannover 2005; v.l.n.r. Hptm Michael Grundmann, Elisabeth Lang, OStFw a.D. Hans Jürgen Lang, Hptm a.D. Lothar Fischer und Pastoralreferent Sasse. (Fotos: M. Grundmann)



## GKS IM BEREICH NRW:

## Große Medaille der GKS verliehen

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der GKS, Oberstabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, hat bei einem Empfang in Köln Brigadegeneral Bernd Kiesheyer die Große Medaille der GKS überreicht. Zuvor hatte der Amtschef des Heeresamtes, Generalmajor Wolfgang Korte, bei einem feierlichen Appell die Führung der Stammdienststelle des Heeres (SDH) von BrigGen Kiesheyer an seinen Nachfolger Brigadegeneral Rainer Korff übertragen.

Dem scheidenden Leiter der Stammdienststelle dankte Schacherl für die langjährige Unterstützung seiner Arbeit für die GKS und überreichte Kiesheyer als Dank und Anerkennung diese Auszeichnung der GKS auf dem Empfang in der Lüttich Kaserne. (HS)

## GKS-KREIS KÖLN-WAHN:

## Zum Jahresempfang Informationen zur g.e.b.b. aus erster Hand

Der Vorsitzender des GKS-Kreises Köln-Wahn, Oberstleutnant Albert Hecht, hatte am Dienstag, dem 1. Februar zum Auftakt der Jahresarbeit zu einem Empfang eingeladen. Bei diesem Anlass hielt Generalmajor Klaus-Peter Treche im Pfarrsaal des Katholischen Standortpfarrers einen Vortrag über die „Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH“ mit dem Titel „g.e.b.b.: Besser als ihr Ruf!“.

Der Männerchor der Bundeswehr Wahn, der auch beim Friedensgottesdienst im Dom gesungen hatte, eröffnete die Veranstaltung. Danach begrüßte Oberstleutnant Hecht die Gäste. Unter diesen befanden sich der Standortälteste Köln, Brigadegeneral Hanspeter Broekelschen und der Kasernenkommandant Oberstleutnant Dietmar Hartung. Oberst Reinhard Diefenbach vertrat den

Amtschef des Logistikamtes der Bundeswehr (LogABw), Brigadegeneral Berthold Buchholz.

Generalmajor Treche war in seiner letzten militärischen Verwendung Leiter des Materialamtes der Luftwaffe in Köln-Wahn. Zurzeit allerdings ist der General vom Dienst beurlaubt, weil er bei der g.e.b.b. in ziviler Verwendung die Interessen der Bundeswehr vertritt. In Kürze wird er wieder als aktiver Soldat die Aufgaben des Stellvertreters des Befehlshabers SKUKdo übernehmen.

Generalmajor Treche zeigte in seiner Rede nicht nur die Organisation und Struktur der g.e.b.b. auf, sondern machte auch deutlich, dass die Ausrichtung der g.e.b.b. die Ziele der Transformation der Bundeswehr unterstützen. Sie diene ja vor allem der Kostenreduzierung, zu deren Beleg der General die Leistungsbilanz der vergangenen Geschäftsjahre vorstell-

te. Als besonders erfolgreiche Geschäftsfelder der g.e.b.b. benannte er die positive Umstrukturierung im Flottenmanagement und die Ausgliederung der Bekleidungskammern. Besonders die BwFuhrparkService-Gesellschaft und die LH-Dienstbekleidungsgesellschaft hätten „bessere Leistung wirtschaftlicher erbracht“.

Um auch einen objektiven Blickwinkel auf die Gesellschaft zu ermöglichen, zeigte der General noch einige kritische Wahrnehmungen aus der Presse auf. Die zukünftigen Projekte der g.e.b.b. gelten vor allem der Privatisierung der Truppenküchen in Versuchsmodellen im In- und Ausland und das Dienstreisewesen der Bundeswehr. Zu den ausgewählten Projekten gehöre auch in der Ausbildung ein stärkerer Schulterschluss zwischen Bundeswehr und Industrie, hierzu werde ein Pilotmodell an der Technischen Schule der Luftwaffe 1 anlaufen. „Wir identifizieren, wo die Bundeswehr entlastet werden kann und was nicht zur Beeinträchtigung des Kernbetriebs führt“, mit diesen Worten fasste der General den Grundgedanken der g.e.b.b. zusammen. Hierzu wolle die g.e.b.b. den angestrebten Erfolg auch weiterhin belegen und nicht auf „blauäugige Anhänger“ hoffen.

Im Anschluss an den Vortrag standen kühle Getränke und frische Brezeln für das leibliche Wohl bereit. (Text und Foto: Dirk Ponzel)



Fachgespräch mit dem Referenten Generalmajor Klaus-Peter Treche (2.v.r.) nach dem Vortrag.



## Kunst und Geschichte an einem Familiennachmittag

Ein strahlend sonnigen Tag hatte sich der Vorsitzende, Oberstleutnant Albert Hecht, der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Kreis Wahn, für einen Familiennachmittag ausgesucht. Viele waren seiner Einladung am Samstag, 23. April, gefolgt. Das Nachmittagsprogramm startete nach der Begrüßung vor der Militärgeschichtlichen Sammlung in der Luftwaffenkaserne Porz-Wahnheide. Eine Einführung in die Geschichte des Standortes und der Ausstellung gab Hauptmann a.D. Klaus Schleweit. Dieser leitete mit einigen Ehemaligen nebst Ehefrauen die Geschehnisse der Sammlung und setzt sich, mit viel Engagement und Liebe zum Detail, aufopfernd für Erhaltung und Ausweitung ein.

Während Klaus Schleweit über die mehr als 175-jährige Geschichte des Standortes referierte, nahm sich seine Gattin dem GKS-Nachwuchs an und führte das junge Völkchen gesondert durch die sieben Ausstellungsräume. Viele neugierige Fragen wußte sie zu beantworten und sogar eine Anprobe alter Uniformteile fehlte nicht.

Auch den „Großen“ blieb dank Hauptmann a.D. Schleweit nichts unbeantwortet und nach all diesen Informationen schmeckten Kaffee und Kuchen im Pfarrsaal des Katholischen Standortpfarrers besonders gut. Hier hatten fleißige Helfer bereits alles bestens vorbereitet. An Gesprächsstoff mangelte es nicht und da ja Lachen bekanntlich Sauerstoff für die Seele ist, klang fröhliches Gelächter von allen Tischen.

Im Anschluss an die Kafferrunde folgte ein Spaziergang zum Soldatenfriedhof. Wiederum unter der Führung von Klaus Schleweit wurden Kunstwerke auf dem Weg zum Friedhof sowie die Geschichte des Soldatenfriedhofs erläutert. Alle Teilnehmer genossen den kurzen Weg unter der warmen Sonne und die herrlich frischen Farben der Natur.

Eine Andacht mit Gebeten, Liedern und wunderbarer Orgelmusik in der Standortkapelle rundete den Nachmittag ab.

Damit sich abends niemand von den etwa vierzig Teilnehmern hungrig auf den Heimweg machen mußte,

gab es noch eine Stärkung und so ging eine rundum gelungene GKS-Veranstaltung ihrem Ende entgegen. Oberstleutnant Albert Hecht hatte damit Kunst und Geschichte an einem Familiennachmittag unter einen Hut gebracht.

### „Militärseelsorge im Einsatz“

Bereits am 18. April trafen sich die Mitglieder der GKS Wahn zur ersten Mitgliederversammlung 2005 im Pfarrsaal des katholischen

Standortpfarrers. Unter reger Beteiligung von aktiven Kameraden, aber auch einigen ehemaligen Soldaten trug Militärdekan Rainer Schnettker zum Thema „Militärseelsorge im Einsatz“ in interessanter und anschaulicher Weise vor. Der geistigen Nahrung durch Dekan Schnettker ging eine weltliche Stärkung in Form einer ordentlichen Leberkäsbrotzeit voraus. Interessante Gespräche rundeten die Nachmittagsveranstaltung ab. (Walter J. Fröhler)



Auch die Kinder konnten für die Geschichte begeistert werden



Der GKS-Kreis Köln-Wahn mit Kind und Kegel, müdem Hund.



## ARBEITSKONFERENZ BEIM KLMD KOBLENZ:

## Neuer Moderator der AK

Anfang Februar trafen sich die Delegierten der Seelsorgebezirksräte aus dem Zuständigkeitsbereich des Katholischen Leitenden Militärdekans Koblenz im Erbacher Hof in Mainz zur Arbeitskonferenz.

Militärdekan Msgr. Carl Ursprung begrüßte unter den Delegierten viele neue Teilnehmer, die zum erstenmal ihre Seelsorgebezirke vertraten. Auch zwei neue Standortpfarrer, Militärpfarrer P. Bernhard Bornefeld, Katholischer Standort-

pfarrer Mayen, und der im Oktober 2004 eingestellte Militärpfarrer Marcus Wolf, Katholischer Standortpfarrer Fritzlar, waren erstmals mit dabei.

MD Ursprung berichtete über Entwicklungen der Katholischen Militärseelsorge in seinem Dienstaufsichtsbezirk, der Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland umfasst. Interessant waren in diesem Zusammenhang die konfessionelle Zusammensetzung der Truppe und die strukturellen Entwicklungen anlässlich der nach dem Ministererlass vom November 2004 vorgesehenen Standortschließungen und den daraus möglichen Entwicklungen für die Zukunft.

Viel Aufmerksamkeit fand das Schreiben von Militärbischof Dr. Walter Mixa vom Dezember 2004 an alle haupt- und nebenamtlichen Katholischen Militärgeistlichen in Bezug auf die Eucharistie und Grundsätzen des ökumenischen Miteinanders innerhalb der Militärseelsorge (s.a. *AUFTRAG* 257, S. 59). In einem

*Der KLMD Koblenz, Msgr. Carl Ursprung vor dem Eingang des Erbacher*

*Hofes mit dem neu gewählten Moderator der Arbeitskonferenz Oberstleutnant Günter Bohn und seinem Stellvertreter Hauptfeldwebel Willy Hüp.*



Rundgespräch wurden die Inhalte des Schreibens vertieft und diskutiert.

Auf besondere Veranstaltungen der Katholischen Militärseelsorge in diesem und im nächsten Jahr wurden aktuelle Informationen an die Teilnehmer gegeben:

- Weltfriedenstag am 14. April 2005 in Trier;
- XX. Weltjugendtag im August 2005 in Köln und
- Feierlichkeiten zu 50 Jahre Militärseelsorge im Jahre 2006.

Die Delegierten der Konferenz berichteten über die Arbeit der Katholischen Militärseelsorge innerhalb ihrer Seelsorgebezirke.

Nach mehrjähriger Vakanz wurden aus dem Kreis der Delegierten wieder ein Moderator und ein stellvertretender Moderator der Arbeitskonferenz gewählt.

Zum Moderator wurde Oberstleutnant Günter Bohn, Mainz, und zum Stellvertreter Hauptfeldwebel Willy Hüp, Daun/Mayen, gewählt. MD Ursprung gratulierte den beiden zu ihrer einstimmigen Wahl und wies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Laienapostolates hin.

Eine Führung durch die Mainzer Altstadt mit einem Abendgebet in der Augustiner-Kirche und die Eucharistiefeier in der Hauskapelle des Erbacher Hofes bildeten weitere Höhepunkte der Arbeitskonferenz.

(Jürgen Strohe)

## WELTFRIEDENSTAG 2005 IN TRIER:

## 500 Soldaten feiern Weltfriedenstag in Trier

Trierer Weihbischof Leo Schwarz würdigt Dienst für den Frieden

Zu einer machtvollen Demonstration für den Frieden wurde am vergangenen Donnerstag der katholische Gottesdienst zum Weltfriedenstag im Trierer Dom. 800 waren der Einladung des Katholischen Leitenden Militärdekans, Monsignore Carl Ursprung aus Koblenz, und des Trierer Weihbischofs Leo Schwarz zu einem feierlichen Pontifikalamt gefolgt, darunter 500 Soldaten aus Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland.

Feierlich zog der Weihbischof von Trier mit seinen acht Konze-

lebranten, unter ihnen Militärgeistliche aus Deutschland, Frankreich und den Vereinigten Staaten, in das Gotteshaus ein. Dem „Kommt und singt ein Lied der Freude“ folgte die



Begrüßung der stattlichen Gemeinde durch Militärdekan Ursprung. Nach dem Gebet las Oberstleutnant Günter Bohn vom Wehrbereichskommando II in Mainz im Epheserbrief: „Darum legt die Rüstung Gottes an, damit ihr am Tag des Unheils standhalten, alles vollbringen und den Kampf bestehen könnt.“ Weihbischof Schwarz beschrieb in seiner Predigt die Notwendigkeit der Soldaten zur Schaffung und zum Erhalt des Friedens. „Sie leisten Dienst für den Frieden“, bekräftigte er.

*Weihbischof Leo Schwarz in seiner Predigt: „Soldaten leisten Dienst für den Frieden“.*

Die Fürbitten sprachen deutsche, amerikanische, französische und niederländische Soldaten in ihren Landesprachen. Das Heeresmusikkorps 300 aus Koblenz sorgte für den musikalische Rahmen des Gottesdienstes. Der Befehlshaber im Wehrbereich II, Generalmajor Bernd Diepenhorst, sprach abschließend dem Trierer Weihbischof seinen Dank für den Gottesdienst anlässlich des Weltfriedenstag aus. „Wir Soldaten stehen für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Demokratie ein“, versicherte der Befehlshaber. Hierzu bedürfe es einer bestimmten inneren

*Generalmajor Bernd Diepenhorst, Befehlshaber im Wehrbereich II: „Soldaten stehen für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Demokratie ein.“*

Einstellung, das heiße eines festen Koordinatensystems eigener Wertevorstellungen. Und es bedürfe der Kraft, daran auch dauerhaft festzuhalten.

Nach dem Gottesdienst traf sich die Gemeinde zur Begegnung und zum Mittagessen in einem Zelt vor dem Dom. Im Anschluss spielten die Koblenzer Militärmusiker bei herrlichem Frühlingswetter zum sehr gut



besuchten Platzkonzert auf. Weihbischof Leo Schwarz dankte den Heeresmusikern für ihren gelungenen Auftritt.

*(Quelle: Pressestelle WBK II, Mainz  
Text: Rudi Meiszies  
Fotos: Dieter Stoltenberg)*

## GKS-KREIS BAD NEUENAHN-ÄHRWEILER:

### Winterwanderung

**Z**u Beginn der Fastenzeit, am 12. Februar, traf sich die GKS Bad Neuenahr-Ahrweiler zur traditionellen Winterwanderung. Vom Treffpunkt an der Pius-Kirche fuhren wir mit dem Auto in die Eifel. Oberhalb von Kempenich wurden die Autos abgestellt und es ging per Pedes weiter. Über gut ausgebauten Wanderwegen wurde Kurs auf die Wabersberger Wacholderhütte gehalten. Doch statt der Sonne und des Schnees der Karnevalstage war ein heftiger Wind mit Regenschauern unser Wegbegleiter. Der Wacholderweg entschädigte aber mit herrlichen Aussichten und ab und zu zeigte sich

auch ein Sonnenstrahl. Am Kreuz der Fritzdorfer Jakobuspilger (Foto) mit einem weiten Blick über die Höhen der Eifel sprachen wir das Gebet der Vereinten Nationen. Es erinnert an unsere Verantwortung für die Erde und

ihre Geschöpfe ohne

Hunger und Krieg, damit in Zukunft alle Kinder mit Stolz den Namen Mensch tragen können. Der Kaffee und Kuchen in der Wacholderhütte erwärmte und stärkte uns alle für den Rückweg. Ein wenig erschöpft aber gut gelaunt kehrten wir am Abend nach Bad Neuenahr-Ahrweiler zurück. *(Michael Wilke)*



### Jahresversammlung der GKS Bad Neuenahr-Ahrweiler

**Z**urreshauptversammlung des GKS-Kreisess Bad Neuenahr-Ahrweiler am 15. März konnte der Vorsitzende Walter Schäffer eine große Anzahl von Mitgliedern begrüßen.

In einem Rückblick ließ er das vergangene Jahr Revue passieren: Zahlreiche Veranstaltungen wurden durchgeführt, darunter die Wanderungen im Ahrtal auf den Spuren der Jakobspilger.

Da Walter Schäffer in diesem Jahr aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand versetzt wird, musste ein neuer 1. Vorsitzender gewählt werden. Vor der Wahl bedankte sich

Walter Schäffer für die Mitarbeit aller in den vergangenen Jahren. Ganz besonders dankte er Werner Koch und Angelika Wilke und überreichte ein Präsent und Blumen.

Der 2. Vorsitzende Michael Wilke dankte Walter Schäffer für die drei Jahre im Dienst des 1. Vorsitzenden und erinnerte an die vielen Aktivitäten, die durch ihn veranlasst und durchgeführt worden sind. Auch Ehefrau Doris wurde mit einbezogen, viele Veranstaltungen wurden von ihr unterstützt und mitgetragen. Zum Dank gab es Blumen und ein Präsent. **Fortsetzung auf Seite 92 u.**



*Der neue Vorsitzende des GKS-Kreisess Bad Neuenahr-Ahrweiler Michael Wilke (l.) verabschiedet den alten Vorsitzenden Walter Schäffer (r.).*





Die österlich geschmückte Christkönigkirche bildete den würdigen Rahmen um Franz Xaver Donisreiter nach 26 Jahren Dienst als Messner zu verabschieden. Im Rahmen des Festgottesdienstes zeichnete ihn Militärpfarrer und Kuratus Pater Johannes Strobl OFM am Ostersonntag mit der Ehrenurkunde des Würzburger Bischofs sowie der silbernen Ehrennadel des Messnerbundes aus.

Bereits während seiner aktiven Dienstzeit als Soldat engagierte sich Donisreiter in der katholischen Militärseelsorge in Hammelburg. Nach seiner Pensionierung im Jahr 1978 unterstützte er fast zwei Jahre lang als Pfarrhelfer den Standortpfarrer und übernahm gleichzeitig das Messneramt. Er war 17 Jahre lang

#### Fortsetzung von Seite 90

Die Neuwahl wurde von Herrn Reiser geleitet. Zum neuen 1. Vorsitzenden wählte die Versammlung einstimmig Michael Wilke, zweiter Vorsitzender wurde Thomas Gorzelitz.

Als Beisitzer wurden gewählt: Helmuth Pander für das Abrechnungswesen, Alois Frische für die Intranet-Redaktion, Joachim Oster als Pressewart und Hans Thiele als Kontaktperson der Ehemaligen.

Der Vorstand nahm die guten Wünsche aller für seine Tätigkeiten entgegen. (Uli Kairies)

#### STANDORT HAMMELBURG:

### Mesnerehrung

alleine als Messner tätig, bevor sich mehrere Helfer die vielfältigen Dienste teilten. Neben der Vorbereitung aller Gottesdienste gehörten zu seinem breit gefächerten Aufgabenbereich auch Hausmeistertätigkeiten und das Schmücken der Kirche. Mit einem Blick für Feinheiten kümmerte er sich beispielsweise an Weihnachten um die Bekleidung der Krippenfiguren.

Er begleitete alle Veranstaltungen der Militärseelsorge als auch die der Kuratie.

Franz Xaver Donisreiter ist Gründungsmitglied des GKS-Kreises

am Standort Hammelburg. Als ein „Mann der ersten Stunde“ gestaltete er die Arbeit der Militärseelsorge in Hammelburg aktiv mit.

Pater Johannes Strobl OFM würdigte die Arbeit des mittlerweile 80-jährigen in einer kurzen Laudatio unter anderem mit den Worten von Exupéry: Gemeinschaft sei nicht die Summe vieler Interessen, sondern die Summe an Hingabe. Die silberne Ehrennadel des Messnerbundes zeigt das Christusmonogramm und einen Kelch als Quelle des Lebens.

Auch nach der altersbedingten Aufgabe des Messneramtes wird der rüstige und bescheidene Pensionär seiner Kirchengemeinde weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen.

(Text und Bilder:  
Constantin Deschner)

#### WEHRBEAUFTRAGTER PENNER:

### Ökumenefrage nicht auf Rücken der Soldaten lösen

Der inzwischen aus seinem Amt geschiedene Wehrbeauftragte Willfried Penner hat in seinem letzten Jahresbericht vor offenem Streit in Ökumenefragen bei der Militärseelsorge gewarnt. Es bestehe „Anlass darum zu bitten, einen prinzipiellen Streit darüber nicht auf dem Rücken der Soldaten auszutragen“, heißt es in dem im März veröffentlichten Bericht. Hintergrund sind Mahnungen katholischer Bischöfe, nach denen evangelische Geistliche bei katholischen Militärgottesdiensten nicht predigen dürfen.

Die Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Kirche im Geiste der Ökumene sei namentlich für Soldaten im Einsatz hilfreich gewesen, so der Bericht weiter. Selbstverständlich bedeute aber „Partnerschaft nicht Identität beider Kirchen“. „Unterschiede bestehen fort, das wissen auch die Soldaten“, heißt es wörtlich. Der Bericht spricht auch die Anpassung der Militärseelsorge an den Transformationsprozess der Streitkräfte an. Das Verteidigungsministerium und die beiden Kirchen

kamen laut Bericht im Februar zu einer ersten Verständigung über die künftige Struktur der Seelsorge. Die Ergebnisse seien aber bisher nicht umgesetzt worden, so die Studie.

(KNA)

### Personalia

**Georg Wagner** (83), der am 11. April 1945 die von Balthasar Neumann erbaute Basilika Vierzehnheiligen vor der Zerstörung durch US-Truppen bewahrte, ist die Verdienstmedaille in Silber, die höchste Auszeichnung des Erzbistums Bamberg, verliehen worden.

**Hans-Joachim Strzebniok** (69), Luftwaffengeneral a.D. und seit mehr als 10 Jahren Auslandsbeauftragter des Malteser Hilfsdienstes (MHD) im Bistum Münster, ist die „Paulus-Plakette“ der Diözese verliehen worden. Seit 1996 arbeitet Strzebniok beim MHD auch als Länderkoordinator für Russland, wo er insbesondere ein Projekt für Straßenkinder in Kaliningrad (Königsberg) betreut. (KNA)



## STANDORT BRUCHSAL

## Ein überzeugendes und freudiges „Ja“

## Pastoralreferent Thomas Stephan als Militärseelsorger eingeführt

Man spürte, dass Thomas Stephan (Jg. 1971) voll und ganz hinter seinem „Ja“ steht, das er auf die Frage des Leitenden Militärdekan München, Reinhold Bartmann, „Sind Sie bereit und willens die Soldaten der Bundeswehr als Seelsorger zu begleiten, zu unterrichten und zu betreuen?“, zur Antwort gab. Damit nahm der Pastoralreferent seine Aufgaben als Militärseelsorger für die Standorte Bruchsal, Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Germersheim an (Foto rechts), die er bereits seit September 2004 wahrnimmt.

Die Inpflichtnahme und Einführung in das Amt fand im Rahmen eines Gottesdienstes in die Garnisonskirche St. Paul in Bruchsal statt. Zahlreiche Gäste und Angehörige der Bundeswehr aus den Standorten und Rekruten, die an diesem Tag noch ihr Gelöbnis, ablegen sollten, waren der Einladung des KLMD München, Militärdekan Reinhold Bartmann gefolgt. In seiner Predigt legte Militärdekan Bartmann seine Schwerpunkte auf die hohe Belastung, die an die Rekruten, Soldaten, Bundeswehrangehörigen und -dienststellen gestellt werden. Die Belastungen seien groß, hierfür müsse ein festes ethisches Fundament vorhanden sein. Das Wichtigste aber sei das Eintreten für Frieden, Versöhnung, Menschlichkeit und Menschenwürde. Hier läge das zukünftige Betätigungsfeld von Pastoralreferent Thomas Stephan als Ansprechpartner bei den Problemen, Kümernissen und Sorgen. Das sei sein Verständnis vom Dienst als Seelsorger für Soldaten, fuhr der Militärdekan Bartmann in seiner Predigt fort. Zum Schluss der Predigt charakterisierte der Militärdekan den Pastoralreferenten als „Jung, dynamisch, zupackend und engagiert“. Mit diesen Kriterien ausgestattet sei er wohl gerüstet für sein neues Amt.

Der Gottesdienst wurde mitgestaltet von KLMD Koblenz, Monsignore Karl Ursprung, Militärpfarrer Thomas Stolz, Militärpfarrer Ulm, sowie vom Bläserensemble des Luftwaffenmusikkorps 11 Karlsruhe. Pastoralreferent Dr. Robert Koczy aus Taubertalbischheim wünschte seinem neuen Mitstreiter mit einem selbstverfasstem Lied zum Abschluss des Gottesdienstes auf seinem Weg Glück und Gottes Segen.

Beim anschließendem Empfang in der General Dr. Speidl-Kaserne wurden dem neuen Pastoralreferenten viele Grußworte aus den Standorten und der Zivilgemeinde überbracht.

In seinen Dankworten stellte Pastoralreferent Thomas Stephan, der von 1991-92 seinen Wehrdienst in Speyer ableistete, drei Schwerpunkte in den Vordergrund:

*Der KLMD Militärdekan Reinhold Bartmann nahm die Einführung von Thomas Stephan zum Anlass, die langjährige Pfarrhelferin Elfi Zepp in den Ruhestand zu verabschieden. Mit vielen Dankesworten und Erinnerungsgaben der Soldaten, die ihre offene und hilfreiche Arbeit geschätzt hatten, wurde sie bedacht.*



- die seelsorgerische Begleitung der Soldaten und ihrer Familien,
- den Lebenskundlichen Unterricht für alle Dienstgrade fest verankert im Dienstplan und
- die seit den Auslandseinsätzen so wichtige Begleitung der im Einsatz befindlichen Soldaten.

Für die evangelische Militärseelsorge überbrachte Pfarrer Dr. Martin Michel Grüße und lobte die Wahl, die das Militärbischofsamt mit der Berufung von Thomas Stephan getroffen habe. Auch nahm er die Einführung zum Anlass darauf hinzuweisen, dass die Bereitschaft miteinander zum Wohl der Soldatengemeinde zu wirken, auf beiden Seiten nicht nur vorhanden sei, sondern sich von Anfang an in der guten Art der Zusammenarbeit spiegele. Aber auch die Offenheit und Bereitschaft der Kameraden auf allen Ebenen, mit Militärseelsorgern vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, sei eine Wohltat. Er schloss mit den Worten „Ich wünsche Ihnen, Herr Stephan, ein von Gott geführtes Wirken zum Heil vieler“. (Friedrich Brockmeier)



GKS-KREIS AMBERG: **Voll gegen den Zeitgeist****Gottesdienst und eine Wanderung mit Familie und bei schlechtem Wetter.**

**Z**u einer Veranstaltung ganz gegen den Trend lud der GKS-Kreis Amberg an Christi Himmelfahrt ein. Kein "Vatertag" sollte begangen werden, sondern eine Familienwanderung mit einem Feldgottesdienst zu Beginn war angesagt.

Trotz recht trüber Wettervorhersage fanden sich am frühen Vormittag mehrere Familien am Treffpunkt ein. Um nicht schon durchnässt die Wanderung antreten zu müssen, wurde kurzerhand das Programm geändert. Man verlegte den Gottesdienst nach Absprache mit Militärpfarrer Heinrich Arweck und dem teilnehmenden Pfarrhelfer Hubertus Reimelt kurzerhand in die schöne Kapelle des noch bestehenden Bundeswehrkrankenhauses Amberg (Foto Mitte).

Nach einer kurzen Anfahrt traten die Teilnehmer frohen Mutes bei vorübergehender Trockenheit den Weg

durch die blühende Natur an. Rund um den Ort Königstein führte die Strecke, die von der Familie Henny und Werner Scharf vorher bei trockenem Wetter erkundet worden war. So nahm es niemand übel, dass der aufgeweichte Weg das Schuhwerk doch recht arg strapazierte. Knapp mit dem nächsten kräftigen Schauer erreichte man das ausgewählte Gasthaus zur Mittagsrast. Danach führte der Rundweg in einem weiten Bogen auf streckenweise steilem Pfad über den Ossinger, einen "Berg" von immerhin 651 m Höhe. Der nächste Regenguss sorgte für einen kleinen Zwischenspur zur Kaffeepause. Der Sonnenschein während des Rückweges zu den Fahrzeugen ließ die Gruppe in guter Stimmung auseinander gehen. War es trotz oder gerade wegen der weiblichen Teilnehmer ein sehr unterhaltsamer Tag?

(Anton Schill)

ZENTRALE VERSAMMLUNG: **„Krisenkompass“ jetzt online**

Das Foto zeigt den Sachausschuss „Ehe-Familie-Partnerschaft“ bei seinem letzten Arbeitstreffen Ende April 2005 im Katholischen Militärbischöfensamt in Berlin.

Reihe vorn v.l.: Ulrike Gräf, Eva Forster, Juliane Petersen,

Militärdekan Msgr. Georg Kestel

Reihe hinten v.l.: Karina Hagedorn, Margrit Wintering, Magdalene Berners, Oberstleutnant Stefan Graichen.

**D**er Sachausschuss „Ehe-Familie-Partnerschaft“ der Zentralen Versammlung (ZV) im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs hat am 20. April ein neues Informations- und Hilfsangebot im Internet vorgestellt. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Betroffene von sogenannten „Fern-Beziehungen“. Mit diesem Thema hatte sich der Sachausschuss in der letzten Zeit intensiv beschäftigt. Unter [www.krisenkompass.de](http://www.krisenkompass.de) gibt es seit dem 1. Mai 2005 ein neues Internetangebot. Der Sachausschuss hat in mehr als zweijähriger intensiver Beschäftigung mit dem Thema Fern-Beziehungen dieses Informations- und Hilfsangebot erarbeitet. Es werden die Belastungen angesichts der vielen Trennungen auf Zeit bewusst gemacht, die durch Auslandseinsätze, Versetzungen und Wochenendehen immer öfter entstehen.

Neben der Darstellung und

Beschreibung des Problemkreises und der inhaltlichen Bearbeitung dieses Themas wendet sich vor allem das „Internet-Forum“ an alle Betroffenen. Hier können sich Gleichgesinnte unabhängig vom Alter miteinander austauschen.

Zahlreiche praktische Hinweise und Verlinkungen zu anderen Initiativen runden das Angebot des Sachausschusses ab, das nicht nur für Soldatenfamilien gedacht ist.

Auch in Zukunft soll dieses Internetangebot aus den Beiträgen und Erfahrungen des betroffenen Personenkreises weiter wachsen und so eine Plattform für alle bilden, die unter der immer weiter wachsenden Problematik der Fern-Beziehungen zu leiden haben.

Mit dem Startschuss für den „Krisenkompass“ wurde erstmals in der Geschichte der Zentralen Versammlung eine Internetpräsenz erstellt, die konkrete Hilfsangebote aus dem Bereich der Laien in der Katholischen Militärseelsorge an die Öffentlichkeit bringt.



## INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT IN LOURDES

**Rund 17.000 Soldaten und Armee-Mitarbeiter aus 30 Nationen haben am Abschlussgottesdienst der 47. Internationalen Soldatenwallfahrt in Lourdes teilgenommen. Unter dem Leitwort „Ehre sei Gott und Friede den Menschen“ waren die uniformierten Pilger vier Tage zu Gebet und Begegnung in dem südfranzösischen Wallfahrtsort zusammengekommen. Der katholische Militärbischof Walter Mixa begleitete die rund 1.000 angereisten Deutschen. Er dankte den Soldaten für ihren Frieden bringenden Einsatz in der Welt. Nach seinen Worten solle der humanitäre Aspekt militärischer Operationen einen höheren Stellenwert in den Medien bekommen. (KNA)**

### Rosenkranz und Party unterm Fallschirmzelt

#### Die Invasion der Internationalen Militärwallfahrt in Lourdes

VON KNA-MITARBEITERIN KARIN WOLLSCHLÄGER

Morgens um drei kann das Regensburger Heeresmusik-Korps „Preußens Gloria“ besonders gut spielen. Die Soldaten machen keine schlechte Figur beim fröhlichen Wettstreit. Militärkapellen aus aller Herren Länder machen lautstark Stimmung in den engen Gässchen von Lourdes; Nachtruhe Fehlanzeige. Uniformierte aus Italien, Kroatien, Madagaskar, Kongo und den USA liegen sich singend in den Armen, tauschen Abzeichen und trinken Brüderschaft. Wenige Stunden zuvor haben sie gemeinsam mit Tausenden Kameraden vor der Basilika den Rosenkranz gebetet, doch jetzt ist Party angesagt. Wer beten kann, auch feiern.

Ein Mal im Jahr erlebt der kleine Wallfahrtsort am Fuße der südfranzösischen Pyrenäen eine massive Militärinvasion. Etwa 17.000 Soldaten sind es diesmal, die aus 30 Nationen zur Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes gereist sind - 5.000 mehr als im vorigen Jahr. Oberstabsärztin Christa Braunöhler ist besonders vom friedlichen Miteinander der Militärs verwundert. „Normalerweise gibt es nach ein Paar Bier bei internationalen Soldatentreffen immer Streit - das ist überall so, außer in Lourdes“, sagt die junge Ärztin, die zum fünften Mal dabei ist. Es scheint, als herrsche in Lourdes militärischer Ausnahmezustand.

„Klar machen manche doofe Sprüche, wenn wir nach Lourdes fahren“, sagt Oberfeldwebel Wolfgang Schwab und zuckt mit den Schultern. „Die wissen halt nicht, was

*Eingang zum deutschen Lagerkommando mit militärischer Pilgerleitung und Unterstützungskommando des Zeltlagers in Lourdes, die sich wohl – wie die dominierende Fahne des Vatikanstaates ausweist – unter dessen besonderen Schutz gestellt haben.*

sie verpassen.“ Aber immerhin: Die Bundeswehr stellt mit knapp 1.000 Pilgern nach Italien, Frankreich und Kroatien das viertstärkste Kontingent bei der Soldatenwallfahrt in den Wallfahrtsort Lourdes, den man mit guten Argumenten „knallkatholisch“ nennen könnte. Denn hier heißen die Devotionalien-Läden „Zur Unbefleckten Empfängnis“, „Katholische Allianz“ oder „Heiligstes Herz Jesu“. Der Klassiker sind phosphoreszierende Plastikmadonnen jenseits der Kitsch-Schmerzgrenze. Täglich kommen Tausende von Pilgern; besonders Kranke setzen ihre Heilungshoffnungen auf das besondere Wasser der Quelle von Lourdes. In langen Prozessionen ziehen sie zu der Grotte, in der der damals 14-jährigen Bernadette Soubirous 1858 nach eigenen Angaben die Jungfrau Maria erschien. Immer wieder gibt es Berichte von Heilungen nach Gebet und Kontakt mit dem Wasser von Lourdes.

Diese Faszination steckt dabei auch jene Soldaten an, die vorher „nichts mit Gott und Kirche am Hut“ hatten. So bescheren etwa zwei Jungs vom Berliner Wachbataillon dem deutschen Militärbischof Walter Mixa ein Aha-Erlebnis. Frank und frei gestehen sie, dass sie zwar bisher nichts mit Kirche zu tun hatten – aber „wissen Sie, Herr Bischof, Lourdes hat was mit uns gemacht“. Für Mixa ein veritables Lourdes-Wunder, wenn „Menschen sich plötzlich von Religion anrühren lassen, einfach durch die Atmosphäre des Glaubens“.

Die beiden gehören zu den rund 1.800 Soldaten, die ihr Zeltlager am Rand von Lourdes aufgeschlagen haben. Nach der großen Lichterprozession durch die Stadt zur Rosenkranz-Basilika treffen sich italienische Carabinieri, österreichische Gebirgsjäger, französische Fremdenlegionäre und deutsche Pioniere dort im Camp der Internationalen Begegnungsstätte, einem improvisierten Zelt-Biergarten mit Fallschirmdach. 2.500 Liter Bier hatte der







deutsche Vortrupp mitgebracht. Am Sonntag neigten sich die Vorräte langsam dem Ende zu; die Mission aber verlief erfolgreich. Mit gelockerter Zunge sind die Soldaten leicht ins Gespräch gekommen, über alle Sprachbarrieren hinweg, wie Oberfeldwebel Schwab betont. Und worüber wurde geredet? „Eigentlich nie über Politik. Mehr anderes. Auch mal über Religion.“



*Foto unten: Aufstellung zum Schlussfoto der deutschen Pilger mit integrierten Gästen. Bildmitte: Militärbischof Walter Mixa und links von ihm MdB Christa Reichard, die Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS).*

*(Fotos: Wilfried Puth)*

### 3. Internationale Pferdewallfahrt nach Altötting



Bereits zum dritten Mal fand die Internationale Pferdewallfahrt „VIA MULI“ statt. An dieser Marschübung und Pferdewallfahrt des Einsatz- und Ausbildungszentrums für Gebirgstragtierwesen 230, die in Zusammenarbeit mit der Katholischen Militärseelsorge aus Bad Reichenhall entwickelt wurde, nahmen vom 2. bis 4. Mai 2005 160 Pilger und 71 Pferde und Mulis teil.

Neben Soldaten der Gebirgsjägerbrigade 23 aus Bad Reichenhall, Bischofswiesen, Brannenburg, Mittenwald und Füssen waren auch Kameraden aus Österreich, Frankreich und der Schweiz mit ihren Reitpferden und Tragtieren dabei. Durch die bevorstehende Verlegung der Soldaten der Gebirgsjägerbrigade 23 in den Einsatz fiel die Teilnehmerzahl in diesem Jahr geringer aus. Militärpfarrer Martin Straßer aus Bad Reichenhall, Oberst Heinz-Joachim Neumann, Stellvertretender Brigadekommandeur, begleiteten die Soldaten nach Altötting, ebenso wie Oberfeldveterinär

Franz von Rennenkampff, Chef der Gebirgstragtierkompanie 230.

Die Wallfahrt begann mit einer Andacht in der General-Konrad-Kaserne. Im Anschluss verlegten alle mit Fahrzeugen nach Höglwörth, von wo aus die Wallfahrer zu Fuß und zu Pferd zum Nordende des Waginger Sees nach St. Coloman marschierten. Am Seehof in Petting wurde zur Mittagszeit ebenfalls eine kurze Andacht gehalten. Abends machten alle in der Reiterhalle Rast. Sowohl Mensch wie Tier übernachtete dort. Am nächsten Tag setzte der Wallfahrerzug seinen Weg von Zaiselham nach Baumgarten in der Nähe von Kastl über Pfeffersöd nahe Tyrlaching fort.

Am Mittwochmorgen marschierte die Gruppe unter Führung des Gebirgsmusikkorps aus Garmisch-Partenkirchen und zweier Polizeireiter nach Altötting, wo alle Wallfahrer und Tiere an der Gnadenkapelle von Militärgeneralvikar Walter Wakenhut gesegnet wurden. Am Franziskushaus trafen sich dann die Teilnehmer mit den Soldaten der Sternwallfahrt aus Regensburg, die von dem Katholischen Leitenden Militärdekan Reinhold Bartmann begleitet wurden.

In der Basilika St. Anna zelebrierte Militärgeneralvikar Wakenhut zum Abschluss einen Gottesdienst. In seiner Predigt ging Wakenhut auf den schwindenden Einfluss der Kirche auf die Gesellschaft ein, auf den allgemeinen Werteverfall und auf die absehbare Minderheit der Christen in unserem Staat. Was die Kirche zu sagen habe und sagen müsse, das würde weniger gehört oder gar abgelehnt. Andererseits sei aber dem verstorbenen Papst in einer Art und Weise Ehre erbracht und dem neuen zugejubelt worden wie noch nie zuvor, sagte der Generalvikar. Aber genau zu diesen Menschen müssten die Christen gehen und das Wort Gottes verkünden. Der neue Papst, Benedikt XVI., mache Mut zum Glauben.

Bevor die Pilger sich mit einer warmen Suppe vor der Basilika stärken konnten, richtete Generalmajor Manfred Engelhardt, Kommandeur der 10. Panzer-

**Fortsetzung auf Seite 97**

## Militärdekan Joachim Robrahn verabschiedet



Nach 35 Jahren Dienst in der Katholischen Militärseelsorge wurde Militärdekan Prälat Joachim Robrahn am 27. April 2005 in den Ruhestand verabschiedet. Militärbischof Dr. Walter Mixa, Bischof von Eichstätt, lud aus diesem Anlass zum Gottesdienst in die Maria-Meeresstern-Kirche in Werder/Havel und zum anschließenden Empfang im Offizierheim in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Geltow ein.

Robrahn hatte seit dem 1. Januar 2002 als Vertreter des Katholischen Militärbischofsamtes beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam seine letzte Verwendung. Militärbischof Mixa hob in seiner Rede Robrahns Fürsorge gegenüber den ihm unterstellten Einsatzpfarrern hervor. Auch die Seelsorger leisteten in den Einsätzen neben den Soldaten hervorragende und anerkennenswerte Dienste. Der Militärbischof erwähnte insbesondere das Beispiel der Begleitung der Soldaten durch

die Pfarrer am Ende des letzten und am Anfang dieses Jahres in Südostasien bei der Tsunami-Katastrophe.

Robrahn, 1940 in Kiel geboren, hatte schon sehr früh, während seines Studiums der Philosophie und Theologie an der Hochschule in St. Georgen in Frankfurt am Main von 1962 bis 1966, den Kontakt zur Militärseelsorge in Flensburg aufgenommen. Seit 1968 hat er zunächst als Standortpfarrer im Nebenamt für seinen Geburtsort Kiel und für Lübeck – dann ab November 1972 mit dem formalen Eintritt in die hauptamtliche Militärseelsorge in Uetersen und Itzehoe – Soldaten begleitet. In jungen Jahren habe er mit dem Wunsch Offizier bei der Marine zu werden geliebäugelt, verriet der Militärseelsorger. Insofern hätte er diese Verwendungen auch gerne angenommen.

Am 1. April 1980 wurde er von Itzehoe nach Kiel und am 1. Oktober 1982 nach Glücksburg versetzt. Dort hatte Robrahn als „Der Katholische Militärdekan beim Flottenkommando“ seine längste Dienstzeit, nämlich bis zum 31.12.2001. Er habe es durch seine Einsatzbereitschaft, aber auch durch sein menschliches wie organisatorisches Geschick verstanden, andere für sich und für die Militärseelsorge einzunehmen, sagte Mixa.

In einem Grußwort erwähnte Erzbischof Dr. Werner Thissen, dass Neigung und Eignung bei Robrahns Berufswahl zusammengetroffen seien. Robrahn habe immer den Kontakt zum Erzbistum Hamburg gehalten, dadurch sei eine Brücke von der Militärseelsorge zur Zivilseelsorge gebaut worden. Erzbischof Thissen hieß seinen Mitbruder im Erzbistum Hamburg willkommen, in das dieser im Sommer des Jahres wieder zurückkehrt.

Brigadegeneral Hogrefe, Chef des Stabes des Einsatzführungskommandos, dankte dem Seelsorger für sein kameradschaftliches Verhalten. Robrahn sei Teil der Familie, sei Teil der Schiffsbesatzung gewesen. Ministerialdirektor Dr. Weingärtner, Abteilungsleiter Recht im Bundesministerium der Verteidigung, überreichte Militärdekan Robrahn die staatliche Urkunde zur Ruhesetzung. Er dankte ihm für sein Engagement als Seelsorger für die Soldaten in der Bundeswehr.

Sein Nachfolger beim Einsatzführungskommando ist Militärdekan Hans Meyer, bisheriger Standortpfarrer in Regensburg. (Pressestelle KMBA)

### Fortsetzung von Seite 96

division aus Sigmaringen, das Wort an die Soldaten. Wallfahren heiße, sich auf den Weg machen. Soldat sein heiße heute auch, sich auf den Weg machen. Er erinnerte an die Einsatzverlegung der Gebirgsjägerbrigade 23 in der nächsten Woche.

Wenn die Soldaten über ihren eigenen Lebensweg hätten nachdenken können, dann habe sich die Wallfahrt gelohnt, so der General. Er ermutigte an Traditionen festzuhalten und die Wallfahrt in den nächsten Jahren fortzuführen.

Bei dem Mittagessen vor der Basilika gesellte sich der Passauer Bischof Wilhelm Schraml zu den Soldaten, um sich nach deren Wohlergehen zu erkundigen.

(www.kmba.de)







## EINSTIMMUNG

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda vom 7. bis 11. November 2005 (Montag bis Freitag) das 10. Seminar ihrer AKDEMIE OBERST HELMUT KORN durch.

Das Thema lautet:

### „EUROPÄISCHE EINHEIT – CHANCEN FÜR EINE NEUE FRIEDENSPOLITIK“

Das Seminar befasst sich u.a. mit den Fragen:

- Ist die Europäische Union (EU) mehr als eine Wirtschafts- und Währungsunion?
- Können der europäische Verfassungsvertrag und die EU als ein Modell für Sicherheit in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in anderen Weltregionen gelten?
- Ist Europa darauf vorbereitet, wenn es als globaler Akteur gefordert wird?
- Sind die Streitkräfte in der Lage, im Auftrag der Vereinten Nationen und der OSCE Friedensmissionen auch außerhalb Europas durchzuführen?
- Wie werden Führer und Soldaten darauf mental und durch qualifizierte Ausbildung vorbereitet?

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete berufsethische Bildungsveranstaltung der GKS, die alle zwei Jahre Anfang November in Fulda stattfindet. Sie ist nach dem geistigen Vater und Mitbegründer der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn (\*1924 †1983), benannt. Die Vorträge von Fachleuten dienen der Information, Aussprachen und Diskussionen mit ihnen der Meinungsbildung und Standpunktfindung. Damit will die GKS Offizieren und Unteroffizieren Orientierungshilfen anbieten und ihnen Antworten auf die Fragen nach dem Sinn der soldatischen Dienstes in der heutigen Zeit geben.

Im Bonifatiushaus, dem Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda, hat die GKS einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

**Zielgruppe: Offiziere u. Offizieranwärter,  
Unteroffiziere u. Unteroffizieranwärter**

Karl-Heinz Lather  
Generalleutnant  
Schirmherr der Akademie

Gunter Geiger  
Direktor Bonifatiushaus  
Wiss. Begleiter der Akademie

## PROGRAMM

### Montag,

bis 15:00h

15:30h

16:00h

18:00h

19:00h

### 7. November

Anreise

Kaffee

Begrüßung und Einführung in das Seminar, Vorstellung des Hauses und des Veranstalters, Organisation

Abendessen

„Ist Europa gott-los? Zum Christlichen in der Europäischen Verfassung“; Offener Akademieabend mit Vortrag und Aussprache: Dr. Frank Ronge, Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, Geschäftsführer Kommission für gesellsch. u. soziale Fragen.

anschl. gesellige Kennenlern-Runde

### Dienstag,

07:30h

09:00h

### 8. November

Hl. Messe

„Der Stand der europäischen Integration. Der europäische Verfassungsvertrag unter dem Aspekt der Friedens- und Sicherheitspolitik“; Referent: Janis A. Emmanouilidis, Dipl.Kfm., Centrum für angewandte Politik (C·A·P),

15:00h

„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas im Zusammenspiel der Sicherheitsorganisationen“; Referent:

Dr. Sven Gareis, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Sowi), Strausberg

18:00h

Abendessen, anschl. zur freien Verfügung

### Mittwoch,

08:00h

09:00h

### 9. November

Morgenlob

„Das strategische Konzept der Europäischen Union“; Referent: Brigadegeneral Gerhard Kemmler, LtrArbBereich MilPol an der EU-Botschaft, Brüssel

ab 14:00h

Führung zum Bonifatiusgrab, durch Dom und Michaelskirche

16:00h

Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Gerhard Möller, im Stadtschloss

anschl.

Schlossführung

ab 18:00h

Kleiner Imbiss im Bonifatiushaus

19:30h

„Zehn Seminare der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn 1987-2005“

Empfang des Kath. Militärgeneralvikars Prälat Walter Wakenhut zum Wechsel bei

- der Schirmherrschaft der GKS-Akademie von Generalleutnant Karlheinz Lather, Stv. Befehlshaber Joint Command NATO in Heidelberg zu Generalmajor Wolfgang Korte, Amtschef Heeresamt in Köln

- der Leitung der GKS-Akademie vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz zum noch bis Sept. 2005 amtierende Bundesvorsitzenden, Oberst a.D. Dipl. Ing. Karl-Jürgen Klein





# Seminar für Funktionsträger der GKS

Der Bundesvorstand der GKS führt in der Zeit vom 9. bis 11. Dezember 2005 in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ des Bistums Essen ein Seminar für Funktionsträger innerhalb unserer Gemeinschaft durch. Geleitet wird das Seminar von stellvertretenden Bundesvorsitzenden Oberstabsfeldwebel Johann-A. Schacherl.

Zielgruppe sind alle Aktiven in der GKS, die Verantwortung im Verband als Vorsitzende/Stellvertreter eines Kreises, Bereiches oder Sachausschusses, Geschäftsführer oder in einer anderen Funktion tragen bzw. eine solche Aufgabe übernehmen.

Absicht des Seminars ist es, Informationen über die Militärseelsorge und die GKS zu vermitteln, vor allem

aber Hinweise für die konkrete Arbeit „aus der Praxis für die Praxis“ zu geben. Schwerpunkte sind: Struktur und Organisation der GKS, Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit in einem GKS-Kreis (Veranstaltungen, Haushalt, Abrechnungen u.a.)

Interessenten erfahren Einzelheiten über den

- Bundesgeschäftsführer der GKS,  
Tel: 030-20619990,  
Fax: -20619991,  
gks.berlin@t-online.de,  
oder
- OStFw Johann-A. Schacherl,  
Tel (d): 0221-9571-7472,  
AllgFspWnBw: 3524,  
J.A.Schacherl@t-online.de

Den Seminarteilnehmern entstehen keine Kosten. Für Ehepartner und Kinder sind anteilige Beiträge wie für ein Familienwochenende zu zahlen. Bahnfahrkarten werden auf Antrag zugestellt. Bei Benutzung eines priv.Pkw werden die Kosten einer Bahnfahrt 2. Kl. erstattet. Anmeldung umgehend, spätestens bis 31.08.2005 auf dem nebenstehenden FBl 14.



## Formblatt 14 (Anmeldung Seminar Funktionsträger)

6.4.14

(Name, Vorname)

(PLZ, Ort)

(Straße)

An den

Stellv. Bundesvorsitzenden der GKS

Johann A. Schacherl

Dellbusch 369

42279 Wuppertal

(Telefonnummer)

(Mitglied des GKS – Kreises / Mitglieds – Nr. FGKS)

(Kontonummer / Bankleitzahl)

(Kreditinstitut)

### **Verbindliche Anmeldung ! \***

Hiermit melde(n) ich mich / wir uns verbindlich zum  
Seminar für Funktionsträger der GKS vom 09.12.2005 bis 11.12.2005  
Die Wolfsburg, katholische Akademie in Mülheim / Ruhr.

Funktionsträger / in

Name:

Vorname:

DstGrd:

Konfession

Einheit:

Tel:

Dienstanschrift:

Ehefrau / Ehemann

Vorname:

Konfession:

Die Kosten für Kinder (bis zum vollendeten 14. Lebensjahr) und Jugendliche (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) werden aus dem Haushalt der GKS übernommen. Ältere Kinder haben die Eigenleistungen wie ein Erwachsener zu zahlen.

Kinder

Vorname	Geb.Datum	Konfession

☐ Anreise soll mit der Deutschen Bahn erfolgen, bitte entsprechendes Formular zusenden

☐ Anreise erfolgt mit PKW

[ Zutreffendes bitte ergänzen bzw. streichen ]

.....  
Unterschrift Datum

**Um Rücksendung der schriftlichen Anmeldung an o.a. Anschrift wird bis 31.08.2005 gebeten.**

(Später eingehende Anmeldungen können u.U. **NICHT** berücksichtigt werden.)

\* Sollten Sie oder andere durch Sie angemeldete Personen Ihre Teilnahme absagen müssen, (bitte schnellstmögliche Mitteilung an mich) und kann der Platz, der Ihnen und allen von Ihnen angemeldeten Personen, nicht ohne Kosten storniert werden, müssen wir uns die Nachforderung **aller** in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vorbehalten.

GKS-F14-08/04-HB

## Religion und Kirche



**Scott Hahn:** „Gott der Barmherzige. Der Weg zur Beichte“. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2005, geb., 200 Seiten.

Ein neues Buch von Scott Hahn öffnet Wege zur Beichte. Schuld und Sühne, Sünde und Vergebung sind Begriffe, die dem modernen Menschen inhaltlich fremd geworden sind. Selbst

praktizierende Christen tun sich mit Beichte und Buße schwer. In seinem neuen Buch „Gott der Barmherzige – Der Weg zur Beichte“ setzt sich der amerikanische Bestsellerautor Scott Hahn mit Wesen und Geschichte dieses Sakraments auseinander, das für den christlichen Glauben von zentraler Bedeutung ist: vom Sündenfall der ersten Menschen über das alte Israel bis zu den Evangelien und der lebendigen Überlieferung der Kirche.

Über die Geschichte der Beichte, die Hahn entlang biblischer Erzählungen, aber auch anhand historischer Gegebenheiten entwickelt, wird dem Leser der Inhalt des Sakraments erschlossen. Jedem fällt es schwer, Fehler und Verfehlungen – sich selbst, und noch schlimmer: anderen gegenüber – einzugestehen und dafür die Verantwortung zu übernehmen. Weil Sünde die bewusste Abkehr von Gott ist, kann nur Gott Sünden vergeben. Am Beispiel des hl. Kirchenlehrers Augustinus, der in seiner Jugend ein ausgesprochen frivoles Leben führte, arbeitet Hahn einfühlsam und nachvollziehbar heraus, „warum die Sünde so süß ist“: weil Menschen ihr Herz an irdische Güter hängen, an die Schöpfung statt an den Schöpfer. Sündhaft ist jedoch nicht die Freude an den Schönheiten der Schöpfung, sondern die übermäßige Gier nach materieller Lustbefriedigung, die den Blick auf das wirklich Wichtige im Leben eines Christen verstellt: die Liebe zu Gott.

Die Beichte ermöglicht es, die Verstrickung von Schuld und Sünde zu durchbrechen. Hahn weist aber deutlich auf die Voraussetzungen für diese Befreiung hin, nämlich, dass sich der Mensch aus freiem Willen Gott wieder zuwendet, bereut, bekennt und bereit ist, Buße zu tun, Opfer zu bringen, Wiedergutmachung zu leisten. Der vor Jahren zur katholischen Kirche konvertierte ehemals protestantische Pastor erläutert, warum es keine Alternative zur Beichte gibt, warum es nicht genügt, die eigenen Sünden im Stillen, im Gebet, zu bekennen und Gott dafür um Verzeihung zu bitten. Auch das Bekenntnis allein reicht nicht; um Vergebung zu erlangen, muss der Sünder aufrichtig bereuen und bereit sein, sich selbst und seine Begierden zu verleugnen.

Sachlich fundiert und anschaulich aufgelockert durch eigene Erlebnisse, schildert Scott Hahn, wie der steinige Weg zu Bekenntnis und Wiedergutmachung schließlich zur

inneren Befreiung führt. Und wer schon lange nicht mehr im Beichtstuhl war, kann in dem Buch nachlesen, wie eine Beichte abläuft. In einem detaillierten Beichtspiegel zur Erforschung des eigenen Gewissens gibt Hahn Hilfestellung für die persönliche Beichte. Das Buch ist eine mutige, engagierte und zugleich vergnüglich zu lesende Einladung, die selbst unter Katholiken nicht mehr populäre Beichte mit neuem Leben zu erfüllen. □

**Barbara Schock-Werner:** „Die Bauten im Fürstbistum Würzburg“. Schnell + Steiner Verlag Regensburg, 2005, 528 S.

Soldaten der Bundeswehr, die sich in Hammelburg auf ihren Auslandseinsatz vorbereiten, besuchen in ihrer Freizeit häufig das nahe gelegene Würzburg. In der Suche nach Abwechslung wird oftmals übersehen, dass Würzburg eine ehemalige Residenzstadt der Fürstbischöfe war. Aufgrund dieser Tatsache ist Würzburg besonders reich mit Sakralbauten ausgestattet, die zugleich von eindrucksvollen Zeugen des christlichen Glaubens und der Frömmigkeit von Künstlern und Architekten im 16. und frühen 17. Jh. künden. So lässt sich selbst ein Profanbau wie die Würzburger Residenz in einen kirchlichen Kontext einordnen, eben als der ehemalige Sitz des residierenden Fürstbischofs.

Die Autorin arbeitet heute als leitende Baumeisterin am Hohen Dom zu Köln. Soldaten der Bundeswehr ist der Kölner Dom aufgrund des jährlich dort stattfindenden Soldatengottesdienstes gut vertraut. Mit der vorliegenden Arbeit habilitierte sich Barbara Schock-Werner an der Universität Würzburg. Das Buch ist dem Bischof von Würzburg, Friedhelm Hofmann, gewidmet, der lang Jahre Weihbischof in Köln war und von Hause aus Kunsthistoriker und Priester ist. Mit Fragen von Kunst und Kultur befasste sich Hofmann über einen langen Zeitraum im Erzbistum Köln; noch heute verantwortet er Themen auf dem Gebiet der sakralen Kunst in der Deutschen Bischofskonferenz.

Die Publikation von Schock-Werner enthält eine erste umfassende Darstellung der zahlreichen Sakral- und Profanbauten, die auf Initiative des Würzburger Fürstbischofs Julius Echter von Mespelbrunn (1545-1617) in seiner 44-jährigen Amtszeit entstanden sind. Die Bautätigkeit Echters wird erstmals systematisch und detailliert geschildert – seine Kirchenbauten, seine Pfarr- und Amtshäuser und seine Schlösser –, sofern die Bauten heute noch existieren. Themen der Arbeit sind die einzelnen Bautypen und Bauteile, die Bauinschriften, die Organisation und Durchführung der Bauunternehmungen und ein ausführlicher Baukatalog.

Echter wirkte in einer Zeit, die sich für die katholische Kirche schwierig gestaltete: es gab einen Abfall von der christlichen Religion, einen gravierenden Priestermangel, große Finanzschwierigkeiten und die Sittenlosigkeit einer an den Annehmlichkeiten des Lebens orientierten Priesterschaft. Fürstbischof Echter war eine große Persönlichkeit der Gegenreformation gewesen, zudem von Wichtigkeit für das Sozial- und Rechtswesen sowie die Wirtschaft Frankens. Echters Baumontamente sind architektonischen Zeugen des christlichen Glaubens in Würzburg, geschaf-

ten als christliche Mahnmale zu Beginn der Neuzeit in den Jahren eines tief greifenden gesellschaftlichen und religiösen Umbruchs. Das Buch von Barbara Schock-Werner stellt sich als ein weiser Ratgeber durch die zahlreichen Bauaktivitäten Echters dar, die letztlich in ihrer Gesamtheit nur eines intendieren: Zeugnis über den christlichen Glauben abzulegen und der höheren Ehre Gottes zu dienen! (Andreas M. Rauch)

**P. Gerold Schmitz OFM:** „Nicht jeder Sound ist „cool“ – Ein kritisches Wort zu Disko und Rock“. Bernardus-Verlag Langwaden, Grevenbroich 2004, brotschiert, 80 Seiten.

Der Weltjugendtag im August 2005 in Köln ist für den Franziskaner Gerold Schmitz der Anlass einen illusionsfreien Blick auf Lust und Frust einer pluralistischen, sexuell „befreiten“ Spaßgesellschaft zu werfen. Der Autor, der die Bekenntnistreue katholischer Jugendarbeit in der Nazizeit noch erlebt hatte, entwirft ein wertorientiertes Modell, wie Jugendliche heute anders sein können als die Erwachsenen, deren modernes Leben durch die Sucht nach Besitz und Vergnügen, Wohlstand und Karriere, Lebensgenuss und Wellness geprägt ist. Grundlage seines Lebensentwurfes ist das christliche Menschenbild. Wie P. Schmitz selbst schreibt, „schmerzt (ihn) das Abdriften vieler Jugendlicher in die religiöse Gleichgültigkeit, die das Vergnügen durch Disko und Rock zur Ersatzreligion werden ließ.“ Für seine provozierende Schrift ist ein Wort von Papst Johannes Paul II. das Leitmotiv: „... Seid Männer und Frauen mit Gewissen! Erstickt euer Gewissen nicht und verbildet es nicht.“ Es ist unvermeidlich, dass ihr Widerspruch in einer Gesellschaft erfährt, deren Mängel und Fehler ja bekannt sind. Wir müssen, ohne von der Liebe zu lassen, und mutig zuerst in uns selbst jene Gesellschaft aufbauen, die wir für morgen wünschen.“ □

## Gesellschaft

**Michael Widmann:** „Das Kopftuch – Gefahr für die plurale Gesellschaft?“. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2005, kart., 128 S.

Was steckt wirklich unter dem Kopftuch der frommen Muslimas? Was ist dran an seiner politischen Symbolik und an der Unterdrückung der Frau im Islam? Wie gehen deutsche Gerichte und die Politik mit einem Thema um, das in der westlichen Welt Emotionen auslöst? Michael Widmann untersucht das Kopftuch und seine Bedeutung im Islam und beleuchtet die wahren Hintergründe seiner breiten Ablehnung in Europa.

Michael Widmann, Jahrgang 1964, studierte Philosophie und Theologie in München, Frankfurt und Wien. Nach einer Tätigkeit als Pastoralassistent erhielt er seine journalistische Ausbildung bei der katholischen Sonntags-Zeitung in Augsburg. Seither ist er als Verlagslektor in Augsburg tätig. □





## Militär

**„Heeresmanöver der Bundeswehr“, Gerhard Brugmann (Hrsg) in Zusammenarbeit mit der Führungskademie der Bundeswehr, Verlag der Gesellschaft für Militärökonomie, Westermoor 2004, 202 Seiten.**

Zum gegenwärtigen Verständnis von Operativer Führung gehört es, „das Wissen darüber zu bewahren, wie die Bundeswehr bis zum Ende des Kalten Krieges Operative Führung verstanden und gelehrt hat (...)“, schreibt der Kommandeur der Führungskademie der Bw u.a. in seinem Vorwort. Damit ist bereits das Ziel des Werkes verdeutlicht, die Operative Führung der Bundeswehr in dieser Epoche bis 1989 im Lichte der Heeresmanöver darzustellen. Die Dokumentation will „einen Einblick in die Manöverkunst des Heeres und damit weitgehend der Bundeswehr“ in dieser Zeit geben und versucht dieses in der Darstellung dreier klassischer „Herbstmanöver“, wie sie heute nur noch in den Geschichten der „Alten“ existieren: Freilaufend, Volltruppe, Feldheer, Öffentlichkeit, Abschreckung, Flurschaden sind die Schlagworte auf der einen Seite, Zeugnis der Operativen Führung, der Führungskraft und wie diese sich entwickelten und gelehrt wurden auf der anderen Seite.

Neun Zehntel des Buches illustriert dieses anhand der Heeresübung St. Georg (III. Korps, 1980), der Korpsrahmenübung Frischer Wind (I. Korps, 1980) und der Heeresübung Landesverteidigung 88 (Territorialkommando Süd, 1988) durch die Dokumentation von Teilen der Übungsanlagen, Befehle, Lageentwicklungen, Operationspläne, gedachte Verläufe erlauben den angekündigten Einblick in die Materie und lassen den Epochenwechsel 1989 auch hierin erkennen. Eine Analyse und Diskussion zu Operativer Führung findet nicht statt, der geneigte Betrachter kann eigene vergleichende Schlussfolgerungen in der Betrachtung der Gegenwart ziehen.

Eine geschichtliche Sammlung in guter Druckqualität, die denen Zeugnis gibt, die nach dieser Zeit unter anderen Bedingungen geübt und gelernt haben. Ein Beispiel kann man sich mindestens an manch prägnanter Formulierung und Ausarbeitung nehmen, auch Teil der Führungskraft.

(Björn F. Schulz)

## Zeitgeschichte



**Dieter Peeters: „Vermisst in Stalingrad. Als einfacher Soldat überlebte ich Kessel und Todeslager. 1941 - 1949.“ Sammlung der Zeitzeugen, Bd 28, Zeitgut Verlag, Berlin 2005, broschiert, 80 S. mit zahlreichen Abb.**

Ende Januar 2005 jährte sich der Fall von Stalingrad. Hunderttausende

deutscher und sowjetischer Soldaten kamen damals in Kämpfen um oder fielen der Kälte und dem Hunger zum Opfer. Es gibt nicht mehr viele Überlebende, die davon berichten können. Einer von ihnen ist Dieter Peeters (Jg. 1921), der als einfacher Soldat den Krieg und Gefangenschaft überlebte. Nach seiner Heimkehr aus der 6-jährigen Kriegsgefangenschaft im April 1949 beendete er seine Ausbildung und stieg zum Verkaufsleiter in einem bedeutenden Edelmetallunternehmen auf. Seit 1983 lebt er in Düsseldorf im Ruhestand.

Spätestens seit Heiligabend 1942 war die „Schlacht“ um Stalingrad nur noch ein Schlachten. Hitler war entschlossen, die umkämpfte Stadt nicht preiszugeben – koste es auch Hunderttausende Soldatenleben. Die Reste der 6. Armee hörten am 30. Januar 1943 über den deutschen Sender bereits den Abgesang auf ihren „Heldentod“. Einen Tag später ergab sich Feldmarschall Paulus im Südkessel, zwei Tag später legten auch die Truppen im Nordkessel die Waffen nieder. Rund 100.000 Soldaten gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nur 6.000 von ihnen sollten ihre Heimat wieder sehen.

Eindringlich schildert Dieter Peeters die Wochen in der Hölle des Kessels aus der Sicht eines einfachen Soldaten. Nach seiner Gefangennahme im Januar 1943 galt er wie hunderttausend Andere als „vermisst in Stalingrad“. Er erlitt das Grauen eines Todeslagers und überlebte sechs lange Jahre in einem Straflager am Ural. 1949 kehrte er nach Deutschland zurück.

Bis heute kann der Autor die Apokalypse des Krieges, die Hölle im Kessel und im Todeslager von Beketowka nicht vergessen. Peeters Erinnerungen sind ein erschütterndes Dokument des Leidens und zugleich ein Denkmal für die Soldaten, die sich selber „die lebenden Toten von Stalingrad“ nannten.

(www.zeitgut.com)



**Paul Verbeek: „Pilger gegen die Macht Johannes Paul II. und der Zerfall des Sowjetimperiums“. St. Ulrich Verlag Augsburg 2005, geb., 192 Seiten.**

Wie kein anderer hat Papst Johannes Paul II. zum Sturz des Kommunismus in seiner polnischen Heimat und zur Befreiung ganz Mittel- und Osteuropas beigetragen. Paul Verbeek erlebte die dramatischen Jahren der Revolutionen im ehemaligen kommunistischen Machtbereich als deutscher Botschafter am Heiligen Stuhl in Rom. In seinem Buch „Pilger gegen die Macht“ schildert der Diplomat aus nächster Nähe, wie Johannes Paul II. und die vatikanische Diplomatie die kommunistischen Diktatoren in Zugzwang brachten und schließlich den Sturz der kommunistischen Regime herbeiführten.

Lebendig und kenntnisreich analysiert Verbeek die Hintergründe und historischen Ereignisse, die 1979 mit dem ersten Besuch von Johannes Paul II. in seiner Heimat Polen

einsetzten und schließlich zum Fall des Eisernen Vorhangs und der Berliner Mauer führten. Sechs Millionen polnische Katholiken hatten damals ihrem geistlichen Oberhaupt zugejubelt und Staatspräsident Jaruzelski musste resigniert feststellen, „dass nichts mehr so war wie vorher“. Das Ende der sowjetischen Herrschaft über halb Europa war eingeläutet. Der Sowjetische Staats- und Parteichef Michael Gorbatschow bekannte nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums, dass diese Revolution nicht möglich gewesen wäre ohne Papst Johannes Paul II., „ohne die große, auch politische Rolle, die er fähig war, auf der Weltbühne zu spielen.“ Paul Verbeek arbeitet in seinem Buch die fundamentale geistige Frontstellung heraus, in der Johannes Paul II. mit seiner Überzeugung von der Königswürde des einzelnen Menschen die kollektive Ideologie des Marxismus-Leninismus herausforderte und mit dieser Botschaft millionenfachen Widerhall bei den Menschen im unterdrückten Teil Europas auslöste.

Aus der nüchternen Sicht des Diplomaten schildert er auch die Rolle der politischen Akteure jener Wendezeit, mit denen der „Realpolitiker“ Johannes Paul II. in intensivem Austausch stand: der amerikanische Präsident Ronald Reagan, der sowjetische Staatschef Gorbatschow, der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der Führer der polnischen Gewerkschaftsbewegung, Lech Walesa, und viele andere. Paul Verbeek spürt in seinem Buch den geistigen Verbindungslinien nach, die den Umbruch in Mittel- und Osteuropa und die weitere Entwicklung ermöglichten, und er ergründet das Geheimnis der politischen und geistigen Ausstrahlung des weißen Revolutionärs aus dem polnischen Wadowice, der als Pilger und Beter die Welt am Ende des Kalten Krieges grundlegend veränderte und dessen Charisma bis heute Millionen Christen und Nicht-Christen fasziniert. □

**Caspar von Schrenck-Notzing: „Charakterwäsche – Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen“. Ares Verlag, Graz 2004, 326 Seiten.**

Die Welt am Sonntag bezeichnet das Buch als „ein Standardwerk, über dessen Unentbehrlichkeit kein Zweifel erlaubt ist“. Der Rheinische Merkur meint: „Dieser Bestseller ist schockierend für den frommen Bundesbürger, ein tiefgründiges Buch, das gelesen, geistig verdaut und überlegt werden sollte.“ Und der Bayernkurier vermutet: „Es leitet vielleicht vom Bewusstsein her einen neuen politischen Stil ein.“

Dieses Buch ist die um vier Kapitel erweiterte Neuauflage des 1965 erschienen gleichnamigen Werkes. Es ist eine anspruchsvolle – je nach geschichtlicher, politischer und soziologischer Einstellung des Lesers auch Widerspruch herausfordernde – und tiefgängige Abhandlung, die zum Verständnis gute historische, das Staatswesen und die Gesellschaft betreffende Kenntnisse – nicht nur auf Deutschland beschränkt erfordert. Bei ihrer Ersterscheinung gab es sehr gegensätzliche Bewertungen.

Von Schrenck-Notzing, 1927 in München geboren, Historiker und Sachbuchautor von konservativer Prägung, hat mit seiner Arbeit

sehr umfangreich und ins Detail gehend die soziologischen, politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Kriegsgegner von Hitlers nationalsozialistischer Diktatur sowie die Umsetzung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und ihre Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft bis heute untersucht.

In der Einleitung beschäftigt sich der Autor zunächst mit der Erforschung der Besatzungsgeschichte in Deutschland, den Parteigründungen in beiden Teilen Deutschlands sowie der Entwicklung der Begriffe Konservatismus und Liberalismus sowohl in Deutschland als auch in den USA. Das erste Kapitel beginnt mit der Demokratieentwicklung seit dem Ende des 19. Jhs. in Europa und den USA. Dann folgt ein ausführlicher Teil über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten bis zum Ende des II. Weltkriegs einschließlich der verschiedenen unterschiedlichen und konträr diskutierten Pläne für die Behandlung Deutschlands nach der Kapitulation – wie z.B. der Morgenthauplan – im Zusammenhang mit den Alliierten. Daran anschließend ist das Kapitel „Charakterwäsche“ den psychologischen und soziologischen Überlegungen in den USA sowie ihrer Politisierung, der Psychologischen Kriegführung und dem pädagogischen Problem der Umerziehung der Deutschen gewidmet. Im dritten Kapitel „Entscheidung nicht in Deutschland“ bezieht sich der Autor zunächst auf den Vergleich hinsichtlich der Vorgehensweise durch den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zur Kapitulation Deutschlands mit dem Ausgang des amerikanischen Bürgerkriegs, der Kapitulation der Südstaaten sowie der anschließenden Besatzungszeit. Von Schrenck-Notzing führt dann weiter über die Schlacht von Aachen zur Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte beim Umgang mit Deutschland und dem daraus folgenden Bruch zwischen ihnen infolge ihrer unterschiedlichen Beweggründe, Vorstellungen und Absichten. Dabei wird auch die Entnazifizierung angesprochen. Das Kapitel endet dann mit der Ausschaltung der Roosevelt-Getreuen nach der Wahl von Harry S. Truman zum neuen Präsidenten in Washington 1945.

Im nächsten Kapitel wendet sich der Verfasser der Nachkriegsentwicklung in Deutschland sowie dem Verhalten der vier Alliierten gegenüber dem besiegten Kriegsgegner, aber auch ihrem Verhältnis zu einander und der Vormachtstellung in der Welt bedingt durch den Besitz der Atomwaffen zu. Letzteres hatte einen gewissen Interessenausgleich zwischen den Atommächten gegenüber der Restwelt zur Folge, um die große Katastrophe zu verhindern.

Bei der Beurteilung der Entwicklung in Deutschland von 1945 – 1965 wird auf beide deutsche Teilstaaten – auch unter Berücksichtigung der sog. Feindstaatenklauseln in der Satzung der Vereinten Nationen (Art. 53 und 107) – eingegangen. Die Gestaltung des Grundgesetzes als Provisorium bis zur Wiedervereinigung zur Ablösung des westlichen Besatzungsregimes in Deutschland wird ebenso beleuchtet wie die spätere Notstandsgesetzgebung. Dabei wird auch festgestellt, dass das Provisorium den Vorteil hatte, nicht zu sehr in die Einzelheiten gehen zu müssen, was sich dann für die weitere Entwicklung

positiv herausstellte. Breiten Raum nehmen auch die intellektuellen Auseinandersetzungen ein um die Vergangenheitsbewältigung zwischen den Geisteswissenschaftlern unterschiedlicher Denkrichtungen und ihre Auswirkungen auf die angewandten politischen Denk- und Handlungsweisen im Laufe der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik. Dabei werden ebenfalls die damit verbundenen Veränderungen in den Zielsetzungen der politischen Parteien und ihre Einflussnahme auf die Gesellschaft angesprochen.

Die sich daran anschließenden vier neuen Kapitel gegenüber der Buchausgabe von 1965 befassen sich mit der Entwicklung des politischen Krieges zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der damaligen Sowjetunion, der deutschen Vergangenheitsbewältigung zwischen 1959 und 1965, dem sog. Historikerstreit von etwa 1986 bis 1988. Und im letzten der neuen Kapitel kommt der Autor zur Feststellung: „... die Umerziehung der Deutschen ist – 1980 – erfolgreich abgeschlossen.“

Caspar von Schrenck-Notzing hat für historisch, politisch, psychologisch und wirtschaftlich interessierte Leser – unabhängig von ihrer politischen Einstellung – ein umfangreiches Werk über ein noch wenig erforschtes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte vorgelegt, das beachtenswert ist. Nicht zuletzt durch seine 18 Seiten langen Anmerkungen und Quellenhinweise gewinnt es an historischer Gründlichkeit. Das lesenswerte Buch – auch wenn es gegensätzliche Meinungen auslösen kann – trägt viel zum Verständnis über die Gesellschaft im Nachkriegsdeutschland bei. Für die betroffenen Generationen, die das mit erlebt haben, dient es dem Erhellenden der Zusammenhänge und die jüngeren Leser können erkennen, wie politische Zielsetzungen trotz aller Widerstände langfristig gesehen eine Gesellschaft reformieren können. (bt)

### Völkerrecht

**Malte Wellhausen: „Humanitäre Intervention. Probleme der Anerkennung des Rechtsinstituts unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konflikts“. Nomos Verlag, Baden-Baden 2002, 261 Seiten.**

Die humanitäre Notlage im Westen des Sudan, in Darfur, wirft seit Monaten die Frage auf, ob die internationale Gemeinschaft militärische Zwangsmaßnahmen gegen die mordenden Reitermilizen in jener Krisenregion unternehmen soll. Nach der humanitären Intervention der NATO im Kosovo im Frühjahr 1999 und dem anschließenden – bisher völlig unergiebigem – Friedenssicherungseinsatz der KFOR schien das Thema humanitäre Intervention ein Kapitel der Vergangenheit zu sein, zu Unrecht, wie die aktuelle Diskussion über den Darfur-Konflikt zeigt.

Im Nachgang zum Kosovo-Konflikt hat Malte Wellhausen seine völkerrechtliche Doktorarbeit geschrieben. Die NATO-Operation Allies Force, die ohne Erlaubnis des Weltsicherheitsrats durchgeführt worden ist, hat die Öffentlichkeit und die Fachwissenschaftler intensiv beschäftigt. Der Verf. hätte die Gelegenheit gehabt, ein dringend nötiges juristisches Fachbuch zum Kosovo-Konflikt

zu schreiben und die beiden grundlegenden Werke zum Thema von Matthias Pape (1997) und Gerhard Zimmer (1998) fortzuführen.

Doch leider hat Wellhausen diese Chance nicht genutzt. Der lange historische Rückblick über humanitäre Aspekte von Kriegen im frühen Völkerrecht bis zum 1. Weltkrieg ist überflüssig gewesen, weil schon vielfach behandelt. Auch der lange Teil über nicht vom Weltsicherheitsrat genehmigte Interventionen in den 70er Jahren ist unnötig, weil diese Thematik schon Zimmer behandelt hat und Wellhausen zum gleichen Ergebnis kommt: Es gibt keine neue gewohnheitsrechtliche Norm des Völkerrechts als Ausnahme vom Gewaltverbot der UN-Charta, das diese Waffengänge mit humanitärer Absicht erlaubt. Die Interventionen mit UN-Mandat von 1991/92 bis 1995 hat Pape ausführlich und sehr kundig bearbeitet. Wozu jetzt die Wiederholung bei Wellhausen?

Dem wirklich neuen Kosovo-Thema widmet sich der Verf. viel zu kurz. Die verschiedenen Lehrmeinungen der deutschen Völkerrechtler zur NATO-Luftoperation hätten gerade bei dieser ersten völkerrechtlichen Dissertation zum Kosovo-Konflikt umfassend und differenziert auch in der zeitlichen Abfolge dargestellt werden müssen. Der Leser erfährt mit keinem Wort, dass sich die Bundesregierung außerordentlich schwer getan hat, vor dem Kabinettsbeschluss am 12. Oktober 1998 eine gemeinsame juristische Linie zu finden. Die interessante, unterschiedliche Argumentation zwischen Außenminister und Verteidigungsministerium (Stellungnahmen von Regiergungsdirektor Peter Dreist seit Mai 1999) wird nicht einmal genannt, geschweige denn analysiert.

Das Buch endet allerdings – um auch Positives zu würdigen – mit einem nützlichen Ausblick. Der Verf. weist für die Zukunft und für noch zu schaffendes Völkerrecht einen Verfahrensweg in besonderen humanitären Notlagen, wenn der Weltsicherheitsrat durch eine Vetodrohung nicht handlungsfähig ist. Eine militärische Intervention müsse den bisherigen Kriterien des Weltsicherheitsrates genügen und dürfe nur bei schweren Verstößen gegen humanitäre Mindeststandards in einem Land erfolgen. Die Lageanalyse sollte von einer großen, unabhängigen Organisation stammen, z.B. der OSZE oder der EU. Als militärischen Akteur hält der Verf. die NATO in solchen Fällen für geeignet. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist beim Einsatz zu beachten, usw.

Diese interessanten Gedanken stoßen sich allerdings mit der Grundhaltung in der ganzen vorhergehenden Studie. Wellhausen spricht sich nämlich konsequent gegen jede humanitäre Intervention ohne UN-Mandat, weil sie gegen das Gewaltverbot verstoße und einem Missbrauch durch einzelne Staaten Tür und Tor öffne.

Die Botschaft, nicht mehr an der UNO vorbei zu handeln, scheint jedenfalls bei der EU und der NATO angekommen zu sein. Die chinesische und russische Blockadehaltung gegen harte militärische Zwangsmaßnahmen im Darfur-Konflikt hat bisher nicht dazu geführt, dass die Europäer über eine einseitige Intervention zugunsten der hunderttausende von Flüchtlingen im Sudan auch nur laut nachgedacht haben. (Gerhard Arnold)

### Gesellschaft / Ratgeber

**Dorothee Döring:** „Rollentausch – Wenn Eltern in die Jahre kommen“. Neukirchener Verlagshaus, Verlagsgesellschaft des Erziehungsvereins mbH, Neukirchen-Vluyn 2004, 223 Seiten.

Die Autorin will mit diesem Buch ein Tabu brechen: das Schweigen über die Probleme mit dem Alter und den Alten. Denn ihrer Ansicht nach wird in unserer Gesellschaft das Alter verachtet. Deswegen kommen viele Betroffene zu Wort und äußern ihre Gefühle und Strategien im Umgang mit dem eigenen Alterwerden sowie mit dem Altern der Eltern. Als ein Glied in der Generationenkette erleben wir bei den alternenden Eltern den Rollentausch, dass wir plötzlich für sie wie für Kinder sorgen müssen und dass wir uns selbst in nicht allzu ferner Zukunft ebenfalls in der jetzigen Situation unserer Eltern befinden können.

Dorothee Döring, 1949 geboren, Kunstlehrerin, hat als Kommunikationstrainerin und Konfliktberaterin zu diesem Thema genügend Erfahrungen sammeln können, um diese als Tipps weitergeben zu können. Auch ihre Erkenntnisse aus der Sterbe- und Trauerbegleitung unter dem Aspekt „Leben in Würde bis zuletzt“ finden sich in dem vorliegenden Buch wieder.

Nach einem Vorwort der Autorin folgen sechs Abschnitte, denen sich eine abschließende Bemerkung sowie ein Verzeichnis von Literatur und Kontakt-Adressen anschließen.

Den Abschnitt Alter und Generationenkonflikt beginnt Frau Döring mit der Frage: Alt sein – bald ein Horror? Und antwortet: Alt

werden muss keine Horrorvision sein, wenn man sich rechtzeitig Gedanken darüber macht. Zum Generationenkonflikt werden zunächst die Probleme der immer älter werdenden Menschen sowie des nicht mehr ausreichenden Nachwuchses der „Jungen“ angesprochen. Im Zusammenhang mit dem vierten Gebot im Generationenkonflikt wird die Auffassung vertreten, dass die finanzielle Zuwendung die emotionale abgelöst habe und der Respekt vor den Alten der Missachtung gewichen sei. Im Umgang mit den Generationen stellt die Autorin als Schlüssel zur Kommunikation die Bedeutung von Lebensgeschichten im Alter als Biographiearbeit heraus.

Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit dem Thema, wenn Kinder zu Eltern ihrer Eltern werden. Eingegangen wird dabei auf den unvorbereiteten Rollentausch; wie weit die Hilfe für alte Eltern gehen kann und soll; auf den Konflikt der Töchter, wenn Eltern Pflege brauchen sowie auf die Last der Kinder z.B. als Sohn.

Der Abschnitt Wohnalternativen für alte Menschen zeigt verschiedene Möglichkeiten wie Seniorenresidenzen oder Betreutes Wohnen auf. Aber auch die Problematik des letzten Umzugs entweder zu den eigenen Kindern mit den daraus folgenden Betreuungsaufgaben für diese oder ins Seniorenheim wird angesprochen.

Der vierte Abschnitt, wenn Eltern oder Großeltern zu Kindern werden, behandelt die Folgen des Altersstarrsinns, der Altersdepression, des Persönlichkeitsverlusts durch Altersdemenz, wegen verstummter Eltern z.B. nach einem Schlaganfall sowie durch das Fallen in ein Wach-Koma.

Frau Döring befasst sich im fünften Abschnitt, wenn nur noch ein Pflegeheim hilft, mit der Heimunterbringung, die oft mit einem schlechten Gewissen bei den Kindern verbunden ist. Sie führt Fallbeispiele zur Heimunterbringung an und spricht auch unangenehme Wahrheiten im Zusammenhang mit dem Pflegenotstand an. Alte Menschen bräuchten ein anderes Versorgungsschema als „still, satt und sauber“. Es wird auch kritisiert, dass in Betreuungsfällen vermehrt gelogen und betrogen werde. Ebenso wird das Tabuthema Gewalt gegen Alte aufgegriffen.

Im letzten Abschnitt, Endstation Hospiz, wird zunächst auf die Hospizidee eingegangen. Nach einem kritischen Blick hinter die Kulissen von Hospizen wird überlegt, wann ein ambulanter Hospizdienst oder ein stationäres Hospiz angebracht ist. Erkennungsmerkmale für gut geführte Häuser werden gegeben ebenso wie Verhaltensregeln für Besucher in Hospizen angeboten werden. In den anschließenden Kapiteln beschreibt die Autorin das Loslassen der sterbenden Eltern sowie den Abschied von ihnen und seine nachhaltige Wirkung auf die Kinder. Und die Trauerbegleiterin kommt zu dem Schluss: Alles getan zu haben, vermittelt ein gutes Gefühl.

Das Buch vermittelt in leicht lesbarer Sprache und angereichert mit vielen authentischen Beispielen sehr nützliche Erkenntnisse für die Vorbereitung auf den eigenen Lebensabend. Es hilft aber auch den Kindern sich rechtzeitig auf Hilfestellungen bei ihren Eltern einzustellen, um gegebenenfalls situations- und sachgerecht handeln zu können „ohne den Kopf zu verlieren“. Insgesamt ist es ein empfehlenswertes Werk. (bt)

## Personalia • Personalia • Personalia

**Helmut Fettweis**, Oberst a.D., katholischer Journalist und ehemaliger Vorsitzender der Veranstaltergemeinschaft Radio Bonn/Rhein-Sieg, hat am 1. Juni sein 85. Lebensjahr vollendet. Der Berufsoffizier (1938-45 und 1956-79) lebt heute im Ruhestand in Bonn. Helmut Fettweis war von 1966 bis 1990 verantwortlicher Redakteur der Verbandszeitschrift für katholische Soldaten („Königsteiner Offizierbrief“ und „auftrag“). Auch heute gehört er noch dem Redaktionsteam der GKS-Zeitschrift AUFTRAG an.

**Herbert Froehlich** CO (*Ora-torium Philipp Neri*), Geistlicher Beirat der Deutschen pax-christi Bewegung, ist tot. Er starb am Mittwoch der Osterwoche (30.03.2005) in Kassel an den Folgen einer Krebserkrankung im Alter von 60 Jahren. – Dazu schrieb Johannes

Schnettler, Vorsitzender des Geschäftsführenden Vorstandes von pax-christi: „Trotz der Trauer um seinen frühen Tod dürfen wir dankbar sein für die Begegnung mit diesem friedensbewegten Menschen, der über die Hälfte seines Lebens segensreich für pax christi gewirkt hat. Auch wenn er jetzt nicht mehr an unserer Seite gehen kann, so werden wir doch Kraft schöpfen aus seinen tiefen Spuren, die er in unserer Bewegung hinterlassen hat. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, seinen engsten Angehörigen und dem Orationum Philipp Neri in Heidelberg.“

Den Mitgliedern des Bundesvorstand ist Herbert Froehlich aus den Begegnungen und Veranstaltungen mit dem Präsidium von pax-christi als überzeugter und aufrechter Pazifist wohl bekannt. Der Freiburger Diözesanpriester war in den

1970er Jahren Beauftragter der DBK für die Kriegsdienstverweigerer und den Zivildienst.

**Reinhold Robbe** (50), SPD-Abgeordneter und bisher Vorsitzender des parlamentarischen Verteidigungsausschusses, ist neuer Wehrbeauftragter des Bundestages. Der Protestant und Verlagskaufmann, selbst Wehrdienstverweigerer, hat den Sozialdemokraten **Dr. Wilfried Penner** (68) abgelöst. Die katholische Militärseelsorge wertet seine Wahl als „gute Besetzung“.

**Georg Wagner** (83), der am 11. April 1945 die von Balthasar Neumann erbaute Basilika Vierzehnheiligen vor der Zerstörung durch US-Truppen bewahrte, ist die Verdienstmedaille in Silber, die höchste Auszeichnung des Erzbistums Bamberg, verliehen worden.



**Magdalena Bogner** (62), Präsidentin der Katholischen Frauengemeinschaft, **Dr. Claudia Lücking-Michel** (43), Generalsekretärin der Bischöflichen Studienstiftung Cusanus-Werk, und **Christoph Braß** (38), Leiter des Planungsreferats im baden-württembergischen Staatsministerium, sind zu neuen Vize-Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt worden. Bestätigt wurde **Heinz-Wilhelm Brockmann** (54), Osnabrück. Nicht mehr kandidiert hatten Baden-Württembergs Kultusministerin **Dr. Annette Schavan** (49), der Münchner Jurist **Dr. Walter Bayerlein** (69) sowie die Bundesgeschäftsführerin der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, **Renate Müller** (58).

**Knuth Erbe** (35), Vorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) aus dem Erzbistum Hamburg, steht über seine regulär im April beendete Amtszeit hinaus für weitere 8 Monate an der Spitze der Dachorganisation. Der Grund ist in der laufenden Vorbereitung des Weltjugendtages 2005 in Köln zu sehen. BDKJ-Bundesvorsitzende ist seit 2003 **Andrea Hoffmeier** (36) aus dem Erzbistum Köln.

Bei ihrer Frühjahrsvollversammlung in Stapelfeld/Cloppenburg hat die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) Nachwahlen zu einigen ihrer Kommissionen vorgenommen. Der neue Paderborner **Weihbischof Manfred Grothe** (65) wurde in die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen sowie in die Kommission für caritative Fragen gewählt. Der neue Paderborner **Weihbischof Matthias König** (45) und der Münsteraner **Weihbischof Heinrich Timmermann** (52) gehören der Kommission für Geistliche Berufe und Kirchliche Dienste an, aus der Paderborns **Erzbischof Hans-Josef Becker** (56) ausgeschieden ist. König wurde zudem in die Kommission Weltkirche sowie in die Unterkommission für Missionsfragen (insbesondere „missio“) gewählt. Der Rottenburg-Stuttgarter **Weihbischof Thomas Maria Renz** (47)

ist jetzt auch Mitglied der Unterkommission für Kontakte mit Lateinamerika (insbesondere „Adveniat“). Diese Nachwahlen gelten für die laufende Arbeitsperiode bis zur DBK-Vollversammlung im Herbst 2006. – Ferner berief die DBK **P. Dr. Hermann Schalück OFM** (65), den Präsidenten des internationalen katholischen Missionswerkes „missio“ in Aachen, für die laufende Amtszeit als Vertreter der Werke in die Unterkommission für wissenschaftliche Aufgaben im weltkirchlichen Bereich. **Prälat Winfried Pilz** (64), seit 2000 Präsident des Päpstlichen Missionswerkes der Kinder/Die Sternsinger (PMK) in Aachen, wurde mit Wirkung zum 1. April für eine weitere 5-jährige Amtszeit bestätigt.

**Kardinal Corrado Bafle**, von 1960 bis 1975 Apostolischer Nuntius in Deutschland und 1976 von Papst Paul VI. zum Kardinal sowie zum Präfekten der vatikanischen Heiligsprechungskongregation ernannt, die er bis Juni 1980 leitete, ist am 3. Februar im Alter von 101 Jahren in Rom gestorben. Bafle, der zeitweise auch in Deutschland studierte und zum Doktor beider Rechte promoviert hatte, war 1939 in den diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhles eingetreten. Vor seinem Theologiestudium hatte er einige Jahre als Rechtsanwalt gearbeitet.

**Prof. Dr. Bernhard Sutor** (74), Eichstätter Politologe, und der Soziologe **Prof. Dr. Heinz Otto Luthe** (67), zuletzt Vize-Präsident der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU), sind neue Leiter des KU-„Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft“ (ZFG). Der Sozialethiker **Prof. Dr. Andre Habisch** (41) und der Sozialpädagoge **Prof. Dr. Hans-Ludwig Schmidt** (54) hatten nach Meinungsverschiedenheiten mit **Bischof Walter Mixa** (63) über die ZFG-Konzeption Mitte 2004 die Institutsleitung niedergelegt.

**Gerhard Feige** (53), seit 1999 Weihbischof und seit der Emeritierung von **Bischof Leopold Nowak**

(75) am 17. März 2004 Diözesanadministrator, ist vom Papst am 23. Februar zum neuen Bischof von Magdeburg/Sachsen-Anhalt ernannt worden. Seit 1992 ist Feige Delegierter der Deutschen Bischofskonferenz in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Ferner gehört er der Gemeinsamen Kommission mit der Griechisch-Orthodoxen Metropole von Deutschland und dem Ökumenisch-Theologischen Arbeitskreis in Ostdeutschland an. Vor seinem Bischofsamt war er Studentenseelsorger sowie von 1989 bis 1999 Dozent und Professor für Alte Kirchengeschichte, Patrologie und Ostkirchenkunde am früheren Theologischen Studium Erfurt. (KNA)

## Autoren

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

### Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

### Beestermöller, Prof. Dr. Gerhard

Wissenschaftl. Mitarbeiter am Institut Theologie und Frieden, Barsbüttel, und Dozent an der Führungakademie der Bundeswehr in Hamburg.

### Böhler, Volker W.

Oberst a.D., bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung; von 1992-95 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

### Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

### Graf, Dr. Johanna

Psychologische Psychotherapeutin Universität München, Institut für Psychologie. Beitrag aus: SALZkörner I/2005, Hrsg. ZdK, Bonn.

### Jermer, Helmut

Oberstleutnant a.D., Pressesprecher der GKS.

### Justenhoven, Dr. Heinz-Gerhard

Leiter des Instituts Theologie und Frieden in Barsbüttel.

### Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Fortsetzung auf Seite 106

## Termine · Termine · Termine

### Allgemeine Termine 2005

- 16.08. – 21.08. Weltjugendtreffen, Köln,  
17.08. Tag der Militärseelsorge
- 10.09. – 17.09. 45. Woche der Begegnung,  
Akademie Klausenhof, Hamminkeln  
10.09. – 12.09. Vorkonferenz  
12.09. – 15.09. ZV  
15.09. – 17.09. BuKonf GKS
- 17.10. – 21.10. 50. Gesamtkonferenz in Potsdam
- 19.10. – 23.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 07.11. – 11.11. Akademie Oberst Helmut Korn, Fulda
- 18.11. – 19.11. Vollversammlung ZdK
- 09.12. – 11.12. Seminar für Funktionsträger der GKS,  
Mülheim/R.

### Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/ Familienwochenenden 2005

- 01.07. – 03.07. GKS Nordrhein-Westfalen:  
BK, Mülheim/R.
- 02.09. – 04.09. Nord/Küste: AK u. BK II, Nordstrand
- 23.09. – 25.09. Nordrhein-Westfalen: AK, Günne
- 09.10. – 14.10. GKS Nordrhein-Westfalen: Familien-  
werkwochenende, Rohrbach
- 04.11. – 06.11. Niedersachsen-Bremen:  
AK u. BK, Lingen
- 25.11. – 27.11. Bayern/Baden-Württemberg:  
AK u. BK II, Tauberbischofsheim
- 25.11. – 27.11. GKS Bereich Ost / KLMD Erfurt:  
AK u. BK, IBZ St. Marienthal
- 02.12. – 04.12. GKS Rheinland-Pf/Hessen/Saarland:  
BK, Kloster Engelpfort/Mosel

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdékan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutiv Ausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

### BV/EA GKS und Vorst ZV 2005

- 12.11. Vorstand ZV, Berlin

### GKS-Sachausschüsse 2005

- 26.09. Innere Führung, Bonn
- 14.10. Sicherheit und Frieden, Bonn
- 21.11. Innere Führung, Bonn
- 25.11. Sicherheit und Frieden, Bonn

### Vorschau 2006

- 27.01. – 28.01. EA und Vorst ZV, Berlin, mit Empfang  
MGV am 27.01. für die Vorstände
- 06.02. Feier zum 50-jährigen Bestehen der  
Militärseelsorge in Berlin
- 26.04. – 30.04. I. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 17.05. – 23.05. 48. Lourdes-Wallfahrt, Frankreich
- 23.05. – 24.05. Vollversammlung ZdK, Saarbrücken
- 24.05. – 28.05. 96. Deutscher Katholikentag,  
Saarbrücken
- 07.06. – 11.06. II. Seminar 3. Lebensphase,  
Cloppenburg
- 18.09. – 23.09. 46. Woche der Begegnung,  
Ludwigshafen  
16.09. – 18.09. Vorkonferenz  
18.09. – 21.09. ZV  
20.09. – 23.09. BuKonf GKS
- 25.10. – 29.10. II. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 24.11. – 25.11. Vollversammlung ZdK

## Autoren

### Fortsetzung von Seite 105

#### Kortmann, Karin,

MdB, Sprecherin für politische Grund-  
fragen des ZdK; Beitrag aus:  
SALZkörner, I/2005, Hrsg. ZdK, Bonn.

#### Liebetanz, Klaus

Major a.D., Dörverden/Aller; Berater für  
humanitäre Hilfe im Ausland.

#### Lüer, Jörg

Referent im Sekretariat der Deutschen  
Kommission Justitia et Pax

#### Mitschke-Collande, Dr. Thomas von

Direktor der Unternehmensberatung  
Mc Kinsey & Partner. Beitrag aus:  
SALZkörner, I/2005, Hrsg. ZdK, Bonn.

#### Müller, Manfred

Oberstudienrat a.D., Düsseldorf

#### Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der  
Universität der Bundeswehr München.

#### Rauch, Dr. phil. Andreas Martin

Prof. eh. mit Lehrauftrag an der Universität  
Bonn.



# Geplanter Ablauf der zentralen Veranstaltungen zum XX. Weltjugendtag 2005 in Köln



Die Planungen rund um den Weltjugendtag 2005 werden ständig weiter entwickelt. Dieser Überblick spiegelt den aktuellen Stand (Juni 2005) wider. Unter Umständen können sich geplante Zeiten und Veranstaltungen aus dieser Übersicht verschieben oder ändern.

## Datum / Uhrzeit      Veranstaltung

### Montag, 15. August 2005

Tagsüber      Anreise  
20.00 - 22.00      Marienfeiern in den Gemeinden

### Dienstag, 16. August 2005

Ab 7.30 Uhr      Morgengebet in den Gemeinden  
10.00 – 16.00 Uhr      Geistliches Zentrum, Culture in the City, Begegnungszentren  
Nachmittags      Vorprogramm mit Musik und Gebet  
17.00 – 19.00 Uhr      Eröffnungsgottesdienste in Köln mit Kardinal Meisner, in Bonn mit Bischof Bode und in Düsseldorf mit Kardinal Lehmann  
19.00 – 22.00 Uhr      Welcome! Festival, in Köln, Bonn und Düsseldorf

### Mittwoch, 17. August 2005: „TAG DER MILITÄRSEELSORGE“

Ab 7.30 Uhr      Morgengebet in den Gemeinden  
9.00 – 13.00 Uhr      Katechese in Verbindung mit Einstimmung, Sakrament der Versöhnung und abschließender Messfeier  
14.00 – 17.00 Uhr      Musik-Picknick, (Köln, Bonn und Düsseldorf)  
14.00 – 22.00 Uhr      Jugendfestivals  
Abends      Im Rahmen des Jugendfestivals, ökumenische Gottesdienste

### Donnerstag, 18. August 2005

Ab 7.30 Uhr      Morgengebet in den Gemeinden  
9.00 – 13.00 Uhr      Katechese in Verbindung mit Einstimmung, Sakrament der Versöhnung und abschließender Messfeier  
nachmittags      Vorprogramm mit Musik und Gebet  
16.30 – 19.00 Uhr      Willkommensfeier mit dem Papst  
19.00 – 22.00 Uhr      Internationales Festival (Kölner City)

### Freitag, 19. August 2005

Ab 7.30 Uhr      Morgengebet in den Gemeinden  
9.00 – 13.00 Uhr      Katechese in Verbindung mit Einstimmung, Sakrament der Versöhnung und abschließender Messfeier  
14.00 – 18.00 Uhr      Jugendfestivals  
19.30 Uhr      Kreuzweg

### Samstag, 20. August 2005

Ab 7.30 Uhr      Stationsgottesdienst, Abschied in den Gemeinden  
11.00 Uhr      Einlassbeginn für Vigil auf dem Marienfeld  
ab 12.00 Uhr      Sakrament der Versöhnung  
nachmittags      Vorprogramm mit Musik und Gebet  
20.30 - 23.30 Uhr      Vigil mit dem Papst; anschließend Stille und Anbetung, Sakrament der Versöhnung auf dem Marienfeld

### Sonntag, 21. August 2005

7.00 Uhr      Laudes  
10.00 – ca. 12.30 Uhr      Abschlussmesse mit dem Papst auf dem Marienfeld  
bis 18.00 Uhr      Musikalischer Ausklang

*Mehr Informationen zum Jugendfestival gibt es unter Downloads, bei www.wjt.de*





### Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



### Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

### Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,  
10117 Berlin  
[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur;

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG  
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,  
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,  
e-Mail: [GKS.Redaktion@t-online.de](mailto:GKS.Redaktion@t-online.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,  
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.  
Überweisungen und Spenden an:  
Förderkreis der GKS (FGKS e.V.),  
Pax Bank eG Aachen,  
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.